

BULLETIN 2007

ZUR SCHWEIZERISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Herausgeber

Andreas Wenger und Victor Mauer
Center for Security Studies, ETH Zurich

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik im Internet

Das Bulletin sowie andere Publikationen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik können über <http://www.css.ethz.ch/> bestellt werden und sind dort auch im Volltext verfügbar.

Hrsg. Andreas Wenger und Victor Mauer
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich

© 2007 ETH Zürich
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik
ETH Zentrum SEI
Seilergraben 45–49, 8092 Zürich
e-mail: css@sipo.gess.ethz.ch

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.

Die im «Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

Umschlag, Layout und Satz Fabian Furter

Schriftarten The Sans und Adobe Caslon pro

ISSN 1024-0608

ISBN 3-905696-15-0

BULLETIN 2007 ZUR SCHWEIZERISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
---------	---

AKTUELLE DISKUSSION

Krisenmanagement im Wandel: Grundlagen, konzeptionelle Weiterentwicklung und aktuelle Trends <i>von Christoph Doktor</i>	11
---	----

Krisenmanagement bei Grossanlässen in der Schweiz <i>von Stefano Bruno</i>	41
---	----

Erfolgreiche Krisenkommunikation beginnt vor der Krise <i>Von Matthias Holenstein und Matthias Nast</i>	77
--	----

PROJEKTE DER FORSCHUNGSSTELLE

Auf den Punkt gebracht: Die «CSS Analysen zur Sicherheitspolitik» <i>von Daniel Möckli</i>	109
--	-----

Friedenspolitik ist Sicherheitspolitik – Studie zur zivilen Friedensförderung der Schweiz <i>von Christiane Callsen</i>	113
--	-----

Informationssicherheit in Unternehmen und die Rolle des Staates <i>von Manuel Suter</i>	121
--	-----

Master of Advanced Studies in Sicherheitspolitik und Krisenmanagement (MAS ETH SPCM): Crisis Response Operation	129
<i>von Silvia Azzouzi-Staubli</i>	
E-Learning in der internationalen militärischen Ausbildung	135
<i>von Timo Staub and Alexandra Tödt</i>	
Kurzangaben über die Autorinnen und Autoren	145
CHRONOLOGIE	
Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik von Januar bis Dezember 2006	149

VORWORT

Seit der Zeitenwende 1989/91 hat nicht nur ein grundlegender Wandel der sicherheitspolitischen Herausforderungen stattgefunden. Auch die während des Ost-West-Konflikts entwickelten Krisenreaktionsmechanismen sind in den letzten Jahren zunehmend einer kritischen Überprüfung unterzogen worden. Krisenmanagement und die vermehrt damit einhergehenden Aspekte der Konfliktprävention und der Konfliktnachsorge gehören heute zu den grossen Herausforderungen der Nationalstaaten und der internationalen Staatengemeinschaft. Das Bulletin 2007 zur schweizerischen Sicherheitspolitik rückt Fragen des Krisenmanagements in den Mittelpunkt seiner Analysen.

Der erste Beitrag in der Rubrik *Aktuelle Diskussion* beschäftigt sich mit der Problematik des Krisenmanagements unter den veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Die komplexe Natur der modernen Krisen stellt die Krisenmanagementforschung und das praktische Krisenmanagement vor neuartige Herausforderungen und macht einen Paradigmenwechsel erforderlich. Der Artikel nimmt eine Begriffsklärung und definitorische Abgrenzung vor, um zentrale Merkmale moderner Krisen herauszuarbeiten. Anschliessend werden neue konzeptionelle Entwicklungen und Tendenzen in der Krisenmanagementforschung aufgezeigt. Darauf aufbauend wird die Umsetzung der konzeptuellen Neuentwicklungen am Beispiel des Konzeptes der *Homeland Security* in den USA dargestellt sowie die Frage nach der Beschaffenheit eines entsprechenden Ansatzes für die Europäische Union erörtert, bevor abschliessend skizzenhaft auf die Herausforderungen für die Schweiz eingegangen wird.

Der zweite Beitrag befasst sich mit ausserordentlichen, aber planbaren Grossereignissen in der Schweiz sowie im benachbarten Ausland. Im Vordergrund stehen Aspekte des Krisenmanagements, welche für die Sicherheitsverantwortlichen von politischen, wirtschaftlichen und sportlichen Grossveranstaltungen von zentraler Bedeutung sind. Anhand von drei Fallbeispielen wird aufgezeigt, welche Strukturen und Instrumente in der Schweiz auf Stufe Bund und Kantone zur Bewältigung von sicherheitspolitischen Herausforderungen im Krisenmanagement bestehen. Es wird unter anderem der Frage nachgegangen, inwie-

fern Erfahrungen aus bisherigen Grossanlässen zu Strukturanpassungen geführt haben und welche kritischen Punkte im nationalen und kantonalen Krisenmanagement weiterhin ungelöst sind.

Der dritte Beitrag beschreibt Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der Krisenkommunikation. Die Wirkung der Kommunikation in der Krise lässt sich in der heutigen komplexen und differenzierten Gesellschaft nur schwer voraussagen. Anhand des Fallsbeispiels Vogelgrippe wird auf die Bedeutung der Kommunikation vor der eigentlichen Krise eingegangen: Durch dialogische Kommunikation über Risiken kann Vertrauen aufgebaut und damit Glaubwürdigkeit in der Krise erlangt werden.

In der Rubrik *Projekte der Forschungsstelle* wird nicht nur auf die Kontinuität langjähriger Expertise, sondern auch auf neue wissenschaftliche Perspektiven, Programme und Publikationen verwiesen. Dem Bedürfnis nach kompakten und prägnanten strategischen Analysen sucht die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik mit einer neuen Publikationsreihe nachzukommen. Mit den CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, die monatlich in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinen, wird ein breites Spektrum an sicherheitspolitischen Themen abgedeckt. Behandelt werden neben den zentralen globalen Herausforderungen Krisenregionen sowie die Rolle internationaler, staatlicher und nicht-staatlicher Akteure. Die CSS Analysen zur Sicherheitspolitik fragen darüber hinaus nach der Bedeutung der internationalen sicherheitspolitischen Entwicklungen für die Schweiz und wollen somit zur Entstehung einer strategischen Kultur in der Schweiz beitragen.

Mit der Studie «Zivile Friedensförderung als Tätigkeitsfeld der Aussenpolitik» konnte die Forschungsstelle auf Untersuchungen zu friedensunterstützenden Operationen aufbauen, die seit einigen Jahren zu einem Forschungsschwerpunkt geworden sind. Zunächst ging es darum, wichtige Grundinformationen zur Verfügung zu stellen. Damit verbunden war die Absicht, Impulse für die Weiterentwicklung der Strategie der Schweiz in diesem wichtigen Politikfeld zu geben. Es wurden fünf Länder miteinander verglichen, die entweder von vergleichbarer Grösse sind oder aber föderale Strukturen aufweisen. Zudem handelt es sich um Länder, die in den vergangenen Jahren den Bereich zivile Friedensförderung zu einem Schwerpunkt ihrer Aussenpolitik gemacht haben.

Die Erkenntnisse der Analyse lassen sich in acht generellen Trends zusammenfassen, deren verbindendes Postulat das verstärkte Denken und Handeln im Sinne einer Gesamtstrategie und das Ausnützen von Synergien zwischen den Bereichen der zivilen und militärischen Friedensförderung sowie der Entwicklungszusammenarbeit charakterisiert.

Die etablierte Forschungstätigkeit im Bereich des Schutzes kritischer Informationsinfrastrukturen führt die Forschungsstelle weiter. Im vergangenen Jahr erschien eine neue Ausgabe des *International CIIP Handbook*. Darüber hinaus wurde eine Evaluationsstudie zur CIIP-Politik in der Schweiz durchgeführt. Die Forschungen werden im Rahmen eines Dissertationsprojektes ausgedehnt, das die allgemeine Informationssicherheit in Unternehmen untersucht.

Der erste Lehrgang des Master of Advanced Studies in Security Policy and Crisis Management (MAS ETH SPCM) wurde mit dem letzten von insgesamt sechs Modulen zum Thema Krisenmanagement im Frühling 2007 abgeschlossen. Die Teilnehmer hatten die Gelegenheit, Aspekte der früheren Module anhand von drei Fallstudien in einer *Crisis Response Operation* umzusetzen. Unterstützt wurde der gesamte Studiengang durch die Expertise des ISN E-Learning Teams. ISN E-Learning leistet sowohl in der Schweiz als auch im internationalen Rahmen einen wichtigen inhaltlichen, beratenden und technologischen Beitrag zu standardkonformem E-Learning im Bereich der sicherheitspolitischen und militärischen Ausbildung.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge, Stefano Bruno darüber hinaus für die Koordination und Fabian Furter für das Layout.

Zürich, im Juni 2007

Prof. Dr. Andreas Wenger

Leiter der Forschungsstelle
für Sicherheitspolitik
der ETH Zürich

Dr. Victor Mauer

stv. Leiter der Forschungsstelle
für Sicherheitspolitik
der ETH Zürich

AKTUELLE DISKUSSION

KRISENMANAGEMENT IM WANDEL: GRUNDLAGEN, KONZEPTIONELLE WEITERENTWICKLUNG UND AKTUELLE TRENDS

von *Christoph Doktor*

EINLEITUNG

Der kaum ein halbes Jahrhundert junge akademische Forschungsbereich des Krisenmanagements sieht sich seit dem Ende der 1980er Jahre verstärkt mit neuartigen Herausforderungen konfrontiert. Hand in Hand mit den radikalen Veränderungen sicherheitspolitischer Strukturen, die seit beinahe zwei Jahrzehnten die internationale Staatenwelt bestimmen, geht die Notwendigkeit einher, die tradierten sicherheitspolitischen Handlungsmuster und die während der Jahrzehnte des Kalten Krieges entwickelten Krisenreaktionsmechanismen einer kritischen Revision zu unterziehen. Angesichts neuer Risiken und Gefahrenquellen – wie islamistischer Terrorismus, spontane oder gesteuerte Ausbrüche religiös oder extremistisch motivierter Gewalt, Cyberterrorismus, unkontrollierbare Migrationsströme sowie die rasante Entwicklung neuer Technologien – müssen die bis dato gültigen Massnahmen der Krisenbewältigung im Hinblick auf ihre Tauglichkeit neu bewertet werden.

Im Mittelpunkt der Debatte in der Krisenmanagementforschung stehen dabei Fragen nach der Natur der modernen Krisen und den daraus resultierenden Konsequenzen für das nationale und internationale Krisenmanagement. Nach traditioneller Definition wurde eine eintretende Krise grob entweder als natur- bzw. technologiebedingt oder von Menschen verursacht klassifiziert und darüber hinaus im Bereich der Sicherheitspolitik zwischen innerer und äusserer Sicherheit unterschieden. Dabei konnten Akteure meistens schnell identifiziert und die in nationalen oder internationalen Krisenmanagementplänen vorgesehenen Reaktionsmechanismen und -instrumente eingesetzt werden.¹

1 Vgl. dazu etwa Rosenthal, Uriel/Hart, Paul 't/Charles, Michael T. *The World of Crisis and Crisis Management*. In: Rosenthal, Uriel/Charles, Michael T./Hart, Paul 't (Hrsg.). *Coping with Crisis: The Management of Disasters, Riots and Terrorism*. Springfield: Charles C. Thomas. Publisher, LTD, 1989, S. 3-33, hier S. 10-11.

Im Gegensatz dazu entziehen sich die modernen Krisen oft zunächst einer eindeutigen Identifizierung oder Zuordnung. Die diffuse Gefahrenlage der post-bipolaren Welt auf der einen sowie die zunehmende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Vernetzung des globalisierten Staatensystems auf der anderen Seite, welche mit der rasanten Entwicklung von Technologien einhergeht, bedingen vielmehr eine Vielzahl von neuartigen Risiken und Bedrohungen. Die daraus entstehenden Krisenmuster zeichnen sich dadurch aus, dass sie irrational, nicht vorhersagbar und daher schwer zu handhaben sind. Sie folgen keinen linearen Entwicklungsschemata, sondern weisen komplexe, zuweilen chaotisch anmutende Ursachenzusammenhänge auf, was die traditionellen Antworten des Krisenmanagements als nicht mehr ausreichend erscheinen lässt.

Der französische Krisenforscher Patric Lagadec definiert die gegenwärtige Situation wie folgt: «Nous passons de l'accidentel – une défaillance spécifique, sur un terrain globalement stable – au chaotique: un terrain profondément et durablement déstructuré, matrice de problématiques des sécurité dont les lois nous échappent».² Diese 'Übergangslage' vom relativ Vertrauten ins grossenteils Ungewisse, in der sich das strategische Krisenmanagement seit mehreren Jahren befindet, wirft sowohl für die Forschung als auch das praktische Krisenmanagement neue Fragen auf und macht einen Paradigmenwechsel erforderlich. Dieser Prozess hat zwar an vielen Stellen bereits begonnen. Er ist jedoch weit davon entfernt, abgeschlossen zu werden, soweit ein solcher Endzustand angesichts stetiger Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfeldes je erreicht werden kann.

Der vorliegende Beitrag fokussiert auf die Problematik des Krisenmanagements unter den veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Im ersten Schritt wird auf der Basis der aktuellen Literatur des Forschungsbereichs eine Begriffsklärung und definitorische Abgrenzung vorgenommen, um die Merkmale der modernen Krisen und des Krisenmanagements herauszuarbeiten.

2 Lagadec, Patrick. Les nouveaux horizons du risque. In: *Préventive Sécurité*, (Janvier-février 2006), Nr. 85, S. 4.

In einem weiteren Schritt werden neue konzeptionelle Entwicklungen und Trends in der Krisenmanagementforschung dargestellt und diskutiert.

Darauf aufbauend wird es anschliessend darum gehen, die Umsetzung der konzeptuellen Neuentwicklungen am Beispiel des Konzeptes der Homeland Security in den USA aufzuzeigen sowie die Frage nach der Beschaffenheit eines potentiellen Homeland Security-Konzeptes für die Europäische Union und der Möglichkeit seiner Realisierung vor dem Hintergrund der bisher erfolgten Kooperations Schritte, vor allem im Bereich der Terrorismusbekämpfung, zu untersuchen. Das internationale Krisenmanagement im Sinne von militärisch-zivilen Peacekeeping-Operationen in Kriegs- und Krisengebieten³ steht hierbei nicht im Vordergrund der Betrachtung.

1 KRISE UND KRIENMANAGEMENT

Das Forschungsfeld des Krisenmanagements bietet ein heterogenes Erscheinungsbild. Es versammelt ein breites Spektrum an Wissenschaftlern und Analysten aus zahlreichen akademischen Disziplinen, darunter der Politikwissenschaft, den Internationalen Beziehungen, der Öffentlichen Verwaltung, Psychologie und Wirtschaftswissenschaften, aber auch der Epidemiologie, Kommunikationswissenschaften und Informatik, um nur einige zu nennen. Nicht zuletzt diese Multidisziplinarität ist es, die ungeachtet des in den letzten Jahren zunehmend interdisziplinären Ansatzes zahlreicher Forschungsprojekte⁴ das Aufkommen einer gemeinsamen Fachsprache und Begrifflichkeit in der Krisenmanagementforschung wenn nicht verhindert, so doch erschwert. So existiert zunächst nicht nur kein Konsens über die Art und Weise der Konzeptualisierung einer «Krise», sondern es ist umstritten, ob ein solcher Konsens

3 Eine Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklungen im internationalen Krisenmanagement bietet: Mauer, Victor/Doktor, Christoph. Internationales Krisenmanagement: Entwicklungen, Trends und Herausforderungen. In: *ASMZ*, 10 (2006), S. 1-2.

4 Vgl. etwa Stern, Eric/Sundelius, Bengt. *Crisis Management Europe: An Integrated Regional Research and Training Program*. In: *International Studies Perspectives*, (2002), 3, S. 71-88.

überhaupt angestrebt werden soll.⁵ Dementsprechend lassen sich sehr unterschiedliche Ansätze für die definitorische Erfassung einer Krise ausmachen, die sich in den Theoriedebatten zwischen positivistischen und interpretativen Polen bewegen. Während die Anhänger einer positivistischen Herangehensweise eine Krise anhand eines Sets von Kriterien festmachen und definieren, fokussiert die interpretative Schule auf das Management der Krise und sieht die Existenz einer Krise als alleine von individueller Perzeption abhängig.⁶ Im Folgenden wird ausgehend von den zwei genannten Herangehensweisen an die Konzeptionalisierung der Krise ein moderner definitorischer Ansatz vorgestellt, der die beiden Perspektiven vereint und damit eine konzeptuelle Grundlage für eine inderdisziplinäre Erforschung des Phänomens Krise schafft.

DIE KONZEPTUALISIERUNG DER KRISE

Die positivistischen definitorischen Versuche stellen die Konsequenzen, welche ein eintretendes Ereignis auf ein System hat, in den Mittelpunkt der Betrachtung. Danach wird «Krise» als Situation definiert, welche ein System oder Teile desselben durch plötzliche oder abrupte Veränderungen einer oder mehrerer dem System zugrunde liegender Variablen empfindlich stört oder zum Erliegen bringt. Eine Krise birgt hiernach Potential für eine unerwartete, potentiell gefährliche Systemtransformation und wird mit Begriffen wie «Veränderung» und «Konflikt» in Verbindung gebracht. Ob eine Krise tatsächlich systemische Veränderungen verursacht, hängt dabei von verschiedenen Faktoren ab, wie etwa der Empfindlichkeit bzw. Anfälligkeit des Systems selbst für Krisen oder den zur Verfügung stehenden Methoden des Krisenmanagements.⁷

Die zweite Gruppe von interpretativen Ansätzen bezieht sich auf die Entscheidungsfindungsprozesse bei einer Situation, die als Krise perzipiert wird: Eine «Krise» wird hier definiert als eine Situation, wel-

5 Vgl. Dayton, Bruce W. *Managing Crisis in the Twenty-First Century*. Editor's Note. In: *International Studies Review*, 6 (2004), S. 165-194, hier S. 165.

6 McConnel, Allan/Drennan, Lynn. *Mission Impossible? Planning and Preparing for Crisis*. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management*, 14 (June 2006), Nr. 2, S. 59-70, hier S. 59.

7 Vgl. Karkoszka, Andrzej. *Crisis Management: The Transformation of National and International Systems of Response*. In: *The Quarterly Journal*, (Summer 2005), S. 33-42, hier S. 34.

che die wichtigsten Ziele eines Entscheidungsfindungsgremiums bedroht und/oder dasselbe unter zeitlichen Handlungsdruck setzt. Dabei werden die Mitglieder des Entscheidungsfindungsgremiums oft durch das Auftreten der Krise überrascht. Entscheidungsfindung in einer krisenhaften Situation hängt damit im Wesentlichen von der Perzeption der Lage durch die an den Entscheidungsfindungsprozessen beteiligten Akteure ab, wobei die wichtigsten Elemente in der gegebenen Situation das tatsächliche Vorhandensein einer Gefahr bzw. Bedrohung, die für eine Reaktion zur Verfügung stehende Zeit sowie das Ausmass der Überraschung sind.⁸

Die neuere Krisenmanagementforschung versucht, die zwei verschiedenen Forschungstraditionen unter einen Hut zu bringen, indem sie bei der Konzeptualisierung der Krise die wesentlichen Elemente beider Denkschulen – die Auswirkungen der Krise auf das System sowie die Perzeptionsbedingtheit einer Krise als subjektiv empfundene Bedrohung, welche die Entscheidungsfindungsprozesse beeinflusst – mit einbezieht. «Krise» wird nach diesem Ansatz wie folgt definiert:

*«We speak of crisis when policy makers experience a serious threat to the basic structures or the fundamental values and norms of a system, which under time pressure and highly uncertain circumstances necessitates making vital decisions».*⁹

In den wissenschaftlichen Debatten lässt sich insgesamt ein Einvernehmen darüber ausmachen, dass die drei wichtigsten Elemente der oben genannten Definition – «threat» (Gefahr/Bedrohung), «uncertainty» (Unsicherheit) und «urgency» (Dringlichkeit/Zeitdruck) – ungeachtet der den verschiedenen im Forschungsfeld vertretenen Disziplinen eigenen unterschiedlichen Herangehensweisen an den Untersuchungsgegenstand und bei Anerkennung der Tatsache, dass die Wahrnehmung einer be-

8 Ebd. S. 35; zur Debatte um die Operationalisierbarkeit des Kriteriums 'Überraschung' vgl. Stern, Eric K. Crisis Studies and Foreign Policy Analysis: Insights, Synergies, and Challenges. In: *International Studies Review*, 5 (2003), 2, S. 183-191, hier S. 187.

9 Boin, Arjen/Hart, Paul 't/Stern, Eric/Sundelius, Bengt. *The Politics of Crisis Management: Public Leadership under Pressure*. Cambridge University Press, 2005, S.2.

stimmten Krise akteursbedingt variieren kann, bei dem Versuch einer definitorischen Erfassung des Phänomens Krise als konstitutiv gelten können.¹⁰

Entsprechend dem breiten Spektrum potentieller Krisensituationen wird der Begriff «threat» definitorisch etwas unscharf sowohl im Sinne von Gefahr als auch von Bedrohung verwendet. Gefahren gehen von den natur- und technologiebedingten Krisen und Katastrophen aus, während die sicherheitspolitisch relevanten, auf das Handeln von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren zurückgehenden Krisenlagen als Bedrohung gelten. Entscheidend dabei ist, dass sich die Gefahr bzw. Bedrohung gegen das soziale, politische oder ökonomische System richtet und die diesem System zugrunde liegenden Werte und Normen – wie etwa Sicherheit, Wohlstand und Entscheidungsfreiheit – direkt oder indirekt in Frage stellt oder ausser Kraft setzt. Sowohl die aus den natürlichen Katastrophen resultierenden Gefahren als auch sicherheitspolitische Bedrohungen, aber auch wirtschaftliche Zusammenbrüche können gleichermaßen das Gefühl der Krise hervorrufen, indem sie das Werte- und Normensystem tatsächlich oder vermeintlich bedrohen.¹¹ Die Tatsache, dass die Erfahrung einer Gefahr oder Bedrohung ein subjektives Empfinden ist und zudem von anderen Akteuren, etwa den Medien, beeinflusst werden kann, macht deutlich, dass eine Krise letztlich eine soziale und politische Konstruktion darstellt, die nicht mit absoluten Begriffen erfasst werden kann.¹²

«Uncertainty» als zweites charakteristisches Element einer Krise setzt an dieser Stelle an. Ein hohes Mass an Unsicherheit ist einer Gefahr oder Bedrohung inhärent und bezieht sich sowohl auf ihre spezifische Beschaffenheit als auch die zu erwartenden Konsequenzen. Darüber hinaus spielt der Faktor Unsicherheit in die verschiedenen Phasen einer Krise hinein, etwa bei den anfänglichen Reaktionen der Betroffenen oder der Dynamik der Ereignisse.¹³ Als eines der wesentlichen Merkmale der

10 Vgl. McConnel, Allan/Drennan, Lynn. *Mission Impossible?*, S.60.

11 Boin, Arjen/Hart, Paul t'/Stern, Eric/Sundelius, Bengt. *The Politics of Crisis Management*, S. 3.

12 Vgl. Rosenthal, Uriel/Boin, Arjen/Comfort, Luise K. *The Changing World of Crisis and Crisis Management*. In: Rosenthal, Uriel/Boin, Arjen R./Comfort, Luise K.(Hrsg.). *Managing Crisis: Threats, Dilemmas, Opportunities*. Springfield: Charles C. Thomas. Publisher, LTD, 2001, S. 7.

13 Vgl. Ebd.

neuen Risiken¹⁴ wirkt sich die zunehmende Unsicherheit nicht zuletzt auf die Perzeption einer krisenhaften Situation aus und beeinflusst damit direkt das Krisenmanagement.

Die meisten Krisen erzeugen zudem ein Gefühl der Dringlichkeit, wenn es darum geht, geeignete Gegenmassnahmen zu ergreifen. Zeitdruck oder «urgency» bildet daher das dritte für die Definition einer Krise konstitutive Element, das insbesondere für das Verstehen von Abläufen auf der operativen Ebene des Krisenmanagements von Bedeutung ist, wenn manchmal innerhalb kürzester Zeit Entscheidungen getroffen werden müssen, die in ihren Konsequenzen hohe Kosten, materielle Zerstörungen oder den Verlust von Menschenleben bedeuten können. Allerdings spielt auch hierbei die Perzeption eine gewichtige Rolle, denn es sind oft das Gefühl bzw. die Wahrnehmung, schnell handeln zu müssen oder unter Zeitdruck zu stehen, und nicht die tatsächlichen Umstände, welche die Reaktionen der Entscheidungsträger während einer Krise bestimmen.¹⁵

Der Vorteil einer so gefassten Definition der Krise, liegt darin, dass sie es erlaubt, sich dem Phänomen «Krise» über die Grenzen der Disziplinen hinweg definitorisch anzunähern. Sie trägt damit der Multidisziplinarität des Forschungsbereiches Rechnung und ist auf alle Typen von krisenhaften Situationen¹⁶ – wie Naturkatastrophen, Industrieunfälle, Zusammenbrüche der kritischen Infrastrukturen, zwischen- und innerstaatliche Konflikte oder terroristische Angriffe – anwendbar.¹⁷ Im Folgenden wird nun auf die Charakteristika moderner Krisen eingegangen.

14 Zum Risikokzept vgl. Habegger, Beat. Von der Sicherheits- zur Risikopolitik: Eine konzeptionelle Analyse für die Schweiz. In: *Bulletin 2006 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: ETH 2006, S. 133-164.

15 Vgl. Boin, Arjen/Hart, Paul t/Stern, Eric/Sundelius, Bengt. *The Politics of Crisis Management*, S. 3; Rosenthal, Uriel/Boin, Arjen/Comfort, Luise K. *The Changing World of Crisis and Crisis Management*, S. 7-8.

16 Zur Unterscheidung zwischen Krisen, Katastrophen, Notfällen etc. vgl. Boin, Arjen/McConnell, Allan. *Preparing for Critical Infrastructure Breakdowns: The Limits of Crisis Management and the Need for Resilience*. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management*, 15 (March 2007), Nr. 1, S. 50-59, hier S. 51-52.

17 Vgl. Boin, Arjen. *Lessons from Crisis Research*. In: *International Studies Review*, 6 (2004), S. 165-174, hier S. 167.

TYOLOGIE DER KRISEN

Seit den Anfängen der Krisenforschung in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes richtete sich der Fokus der Wissenschaft und der staatlichen Planung für Krisen- und Ausnahmesituationen auf Naturkatastrophen, von Menschen verursachte und technologiebedingte Störfälle, Pandemien, soziale Unruhen sowie im Kontext des Kalten Krieges auf die von staatlichen Aggressoren ausgehende konventionelle oder nukleare Bedrohung. Die meisten Krisen bedrohten in erster Linie die Nationalstaaten und ihre Gesellschaften; sie waren als Ereignisse zeitlich und räumlich deutlich abgrenzbar, leicht zu identifizieren und den Bereichen der inneren oder äusseren Sicherheit mit den jeweiligen Instrumenten der Krisenbewältigung zuzuordnen.¹⁸

Bereich	Innere Sicherheit (Instrumente: Bevölkerungsschutz, Polizei, Feuerwehr, evtl. subsidiär Armee)	Äussere Sicherheit (Instrumente: Diplomatie, Militär, Nachrichtenendienste)
	<ul style="list-style-type: none"> • Naturkatastrophen • Pandemien • von Menschen verursachte oder technologiebedingte Störfälle • soziale Unruhen etc. 	<ul style="list-style-type: none"> • von staatlichen Akteuren ausgehende konventionelle oder ABC-Bedrohung

Abbildung 1: Traditionelle Krisentypologie

Im Unterschied dazu entziehen sich viele der gegenwärtigen Krisen den traditionellen Kriterien und Einordnungsversuchen; sie sind nur schwer bis nicht vorhersagbar und entsprechen nicht den eingeübten Denkschemata. Die Tschernobyl-Katastrophe in der Mitte der achtziger Jahre mit nuklearem Fallout in weiten Teilen Europas gab einen Vorgeschmack auf die neuen grenzüberschreitenden Krisen, die nach dem Ende des Kalten Krieges mit der in allen Bereichen fortschreitenden Vernetzung der post-bipolaren Welt vermehrt aufkamen. Die modernen Krisen sind transnational und machen daher nicht vor den nationalen Grenzen halt;

18 Vgl. McConnel, Allan/Drennan, Lynn. *Mission Impossible?*, S. 68.

sie weisen grosse Komplexität auf, die es den Experten schwierig macht, ihre Ursachen zu verstehen und Gegenmassnahmen einzuleiten. Der Anfang und das Ende der modernen Krisen lässt sich auf der Zeitachse nicht eindeutig bestimmen, genauso wenig wie die Dynamik ihrer Entwicklung und die Geschwindigkeit, mit der sie über Grenzen von Nationalstaaten, Politikbereichen und Systemen hinüberschwappen.¹⁹ Im engeren sicherheitspolitischen Bereich zeigen die neuartigen Bedrohungen, die von nichtstaatlichen Akteuren in asymmetrischen Konfliktmustern ausgehen, nicht zuletzt am Beispiel der Terroranschläge in New York und Washington 2001, dass das Udenkbare passieren kann.

Angesichts der veränderten Charakteristika moderner Krisen erweisen sich die während der vergangenen Jahrzehnte entwickelten Typologien als nur bedingt hilfreich bei der Identifizierung von Krisenursachen, Krisenmustern und Gegenstrategien. Die traditionelle Einteilung in natürliche oder von Menschen gemachte Katastrophen, soziale Konflikte oder externe machtpolitische Bedrohungen lässt sich nicht mehr aufrechterhalten, weil es kaum möglich ist, die untereinander verlinkten – wenn auch geographisch oft weit auseinander liegenden Ursachen und Konsequenzen moderner Krisen – analytisch zu trennen.²⁰ In den wissenschaftlichen Debatten in der Forschung wurden mittlerweile einige neue Kategorisierungsversuche unternommen, mit deren Hilfe die modernen Krisen besser erfasst und damit die Entwicklung von Strategien und angemessenen Reaktionen ermöglicht werden soll.

Als Fortentwicklung der traditionellen Typologie kann der Ansatz von Mitroff und Alpaslan gelten.²¹ Sie unterscheiden zwischen drei verschiedenen Typen von Krisen: den Naturkatastrophen sowie «normalen» und «abnormalen» Krisen. Während die erste Kategorie keiner weiteren Erklärung bedarf, werden zu normalen Krisen unter Rückgriff auf die Thesen des Soziologen Charles Perrow²² Zusammenbrüche und krisen-

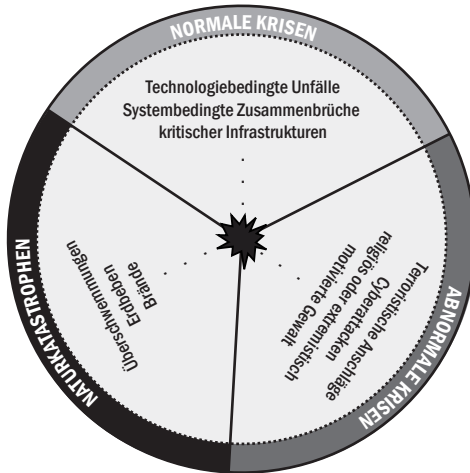
19 Vgl. Lagadec, Patrick. Les nouveaux horizons du risque, S. 4-5. Ein anschauliches Beispiel hierzu bietet die so genannte Mohammed-Karikaturenkrise von 2005/6.

20 Gundel, Stephan. Towards a New Typology of Crisis. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management*, 13 (September 2005), Nr. 3, S. 106-115, hier S. 107.

21 Mitroff, Ian I./Alpaslan, Murat C. Preparing for Evil. In: *Harvard Business Review*, 81 (April 2003), 4, S. 109-115.

22 Perrow, Charles. *Normal Accidents. Living with High-Risk Technologies*, New York: Basic Books, 1984.

hafte Ereignisse gezählt, deren Ursachen in der Komplexität moderner Technologien liegen. Dazu gehören alle Zwischenfälle und Krisen, die aus der Überlastung oder Missfunktion komplexer Systeme entstehen, wie etwa systembedingte Zusammenbrüche kritischer Infrastrukturen. Die dritte Kategorie der abnormalen Krisen, die im Zusammenhang der



Entwicklungen der letzten Jahre als die wichtigste bezeichnet wird, beinhaltet sicherheitspolitisch relevante Krisen, deren Entstehung auf vorsätzliches, böswilliges Handeln von Akteuren zurückgeht, wie terroristische Angriffe, Bombenanschläge, Cyberattacken oder gesteuerte Ausbrüche religiös oder extremistisch motivierter Gewalt.²³

Abbildung 2: Krisenrad²⁴

Eine weitergehende Typologie entwirft Gundel. Er unterscheidet zwischen vier Krisentypen, die nach den Kriterien Vorhersagbarkeit und Beeinflussungsmöglichkeit klassifiziert und in einer Matrix eingeordnet werden.²⁵

Der ersten Kategorie der «herkömmlichen» Krisen (conventional crises) werden Ereignisse zugeordnet, die vorhersehbar und leicht beeinflussbar bzw. beherrschbar sind, wie etwa bekannte Gefahren von technologischen Systemen. Die «unerwarteten» Krisen (unexpected crises) entspringen ebenfalls technologischen Systemen, zeichnen sich jedoch dadurch aus, dass die Art und Weise ihres Zustandekommens nicht vorhersehbar ist und daher eine Beeinflussung zwar prinzipiell möglich,

23 Mitroff, Ian I./Alpaslan, Murat C. *Preparing for Evil*, S. 110f.

24 In Anlehnung an Mitroff, Ian I./Alpaslan, Murat C. *Preparing for Evil*, S. 114.

25 Zu Definitionen der Kriterien Vorhersagbarkeit und Beeinflussungsmöglichkeit: Vgl. Gundel, Stephan. *Towards a New Typologie of Crisis*, S. 109.

aber vor dem Eintreten der Krise kaum realisierbar ist. Die dritte Kategorie der «schwer zu bewältigenden» Krisen (intractable crises) schliesst Gefahren oder Bedrohungen ein, die im Prinzip wohl bekannt, aber fast unmöglich zu beeinflussen sind, sei es aufgrund von Systemeigenschaften oder politischen Gründen und Interessenkonflikten. Die letzte

Gruppe bilden die fundamentalen Krisen (fundamental crises), welche in ihren Parametern weder vorhergesagt noch in ihren Auswirkungen beeinflusst werden können. Die Terrorangriffe vom 11. September 2001, Zusammenbrüche der kritischen Infrastrukturen mit katastrophalen Ausmassen oder aus dem Einsatz von Gentechnologie resultierende künftige Gefahren gehören in diese Kategorie.²⁶

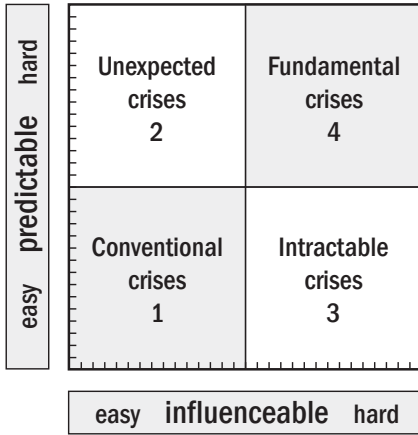


Abbildung 3: Crisis matrix²⁷

Die hier vorgestellten Versuche, Krisen mittels neuer Typologien zu erfassen, stellen nicht nur wissenschaftliche Ansätze dar, die Charakteristika moderner Krisen herauszuarbeiten und zu analysieren, sondern haben darüber hinaus eine praktische Relevanz für das Krisenmanagement. Die Klassifizierung von Krisen mittels der den aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen angemessenen Typologien sollte auf der praktischen Ebene des Krisenmanagements für die Auswahl von Gegenmassnahmen und Krisenmanagementstrategien einen Nutzen haben. Viele der gegenwärtigen Krisen, und das gilt erst recht für die Krisen der Zukunft, lassen sich in die in grossen Teilen sich überlappenden Kategorien «abnormaler Krisen» bei Mitroff und Alpaslan und «fundamentaler Krisen» bei Gundel einordnen. Die Fragen nach den Möglichkeiten der Erkennung, eventueller Vorbereitung und Handhabung dieser Art von

26 Ebd. S. 108-110.

27 Ebd. S. 112.

Krisen stehen im Mittelpunkt der nationalen und internationalen Konzepte für ein zeitgemässes strategisches Krisenmanagement.²⁸

KRISENMANAGEMENT: TRENDS, STRATEGIEN UND NEUE LÖSUNGSANSÄTZE

Die zu Beginn als wichtigste Charakteristika der Krise identifizierten Elemente: «threat» (Gefahr/Bedrohung), «uncertainty» (Unsicherheit) und «urgency» (Dringlichkeit/Zeitdruck) beschreiben den Zeitpunkt, zu dem die Krise als solche erkennbar wird und die meist hektische Zeitspanne der Entscheidungsfindung – das heisst des Krisenmanagements – mit dem Ziel einer möglichst schnellen Einleitung von Gegenmassnahmen einsetzt. In der Regel ist Krisenmanagement aber mehr als das; es umfasst Risikoanalyse, Langzeitprävention, Planung, Vorbereitung und nach der akuten Periode der Krisenentscheidungsfindung die Wiederherstellung des Normalzustands sowie die Frage der zu ziehenden Konsequenzen und ihrer Umsetzung.²⁹ Sowohl in der Forschung als auch in der Praxis ist ein breit geteilter Konsens zu konstatieren, Krisenmanagement als einen umfassenden Prozess zu sehen, der die oben angeführten Phasen einschliesst.³⁰

28 Strategisches Management wird wie folgt definiert: «Strategisches Management handelt oberhalb der einsatzorientierten operativ-taktischen Ebene. Es hat zum Ziel, bereichsübergreifend bestmögliche Rahmenbedingungen für den optimalen Einsatz aller verfügbaren Ressourcen zu schaffen. Dadurch sollen eine Krise oder ein Großschadenerscheinung so effektiv wie möglich bewältigt, der Normalzustand möglichst rasch wieder hergestellt und die Schadenauswirkungen soweit wie möglich begrenzt oder gemindert werden.» (Grambs, Wolfgang/Baach, Werner. Strategisches Krisenmanagement im Bevölkerungsschutz – eine staatliche Gemeinschaftsaufgabe. In: Europäische Sicherheit 6 (2006), S. 74-78, hier S. 75).

29 Vgl. Rosenthal, Uriel/Boin, Arjen/Comfort, Luise K. The Changing World of Crisis and Crisis Management, S. 15.

30 Vgl. Boin, Arjen/McConnell, Allan. Preparing for Critical Infrastructure Breakdowns, S. 52.



Abbildung 4: Krisenmanagement als Prozess³¹

Dabei bleiben die traditionellen Methoden nach wie vor eine wichtige Grundlage des Krisenmanagements, jedoch bedürfen sie angesichts der Natur der modernen Krisen einer Ergänzung und Erweiterung. Alleine mit den rationalen Methoden der Risikoanalyse, welche ein als Risiko eingestuftes Ereignis nach Wahrscheinlichkeit seines Eintretens und dem Ausmass der Auswirkungen klassifizieren³², kann irrational handelnden Akteuren und krisenhaften Ereignissen, die nicht-linearen Entwicklungsschemata folgen und komplexe bis chaotische Ursachenzusammenhänge aufweisen, nur schwer begegnet werden.³³ Gleiches gilt für die Prävention, Planung, Vorbereitung und Simulation von Reaktions-

31 FLAGAMT Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Vision des BABS: Mit Kompetenz und Partnerschaft zum besseren Schutz der Bevölkerung, <http://www.bevoelkerungsschutz.admin.ch/internet/bs/de/home/dienstleistungen/infomatbabs/infomatbs.ContentPar.0021.DownloadFile.tmp/408.964-d.pdf>

32 Zur Risikoanalyse und -politik vgl. Habegger, Beat. Von der Sicherheits- zur Risikopolitik.

33 Vgl. Robert, Bertrand/Lajtha, Chris. A New Approach to Crisis Management. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management*, 10 (December 2002), Nr. 4, S. 181-191, hier S. 184.

massnahmen, die oft der Kategorie der abnormalen bzw. fundamentalen Krisen und den aus ihnen resultierenden Unsicherheiten nicht gerecht werden, so dass Pläne zur Bewältigung von Krisenlagen bereits zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung veraltet und Simulationen unrealistisch sind.³⁴ Bezogen auf die Entscheidungsträger in krisenhaften Situationen heisst das in Worten von Mitroff und Alpaslan: «As a result, they are, essentially, fighting new wars with old strategies.»³⁵ In den aktuellen Debatten innerhalb des Forschungsbereiches wird daher ein holistischer Ansatz gefordert, welcher der in einem durch Globalisierungsprozesse bestimmten internationalen System wachsenden Komplexität der modernen Krisen Rechnung trägt und die die Praxis des gegenwärtigen Krisenmanagements bestimmenden Entwicklungen und Tendenzen bei der Suche nach angemessenen Antworten mit einbezieht.

Mit dem Wandel der Industrie- zur Risikogesellschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die aus ihren Strukturen, Abläufen und Prozessen resultierenden Risiken für die politisch Verantwortlichen immer weniger kalkulierbar und beherrschbar sind³⁶, ändert sich der Charakter der Krisen. Mit den wachsenden Schwierigkeiten den Anfang und das Ende einer Krise zeitlich genau zu bestimmen, erscheinen die modernen Krisen weniger als in der Zeit verortbare Ereignisse, sondern sind vielmehr als Prozesse zu begreifen, welche in der Tendenz verstärkt durch Transnationalisierung, Mediatisierung und Politisierung gekennzeichnet sind.³⁷

Die klassischen Antworten des Krisenmanagements richteten sich in den die nationale Sicherheit tangierenden Bereichen nach der Unterscheidung zwischen externen, internationalen sowie innerstaatlichen Krisen, welchen jeweils separat durch den Einsatz der dafür vorgesehenen Mittel – im Falle externer Krisen Diplomatie und Militär mit Hilfe der Nachrichtendienste, im Inland Polizei, Sicherheitsdienste und

34 Ebd.

35 Mitroff, Ian I./Alpaslan, Murat C. *Preparing for Evil*, S. 109.

36 Der hier verwendete Begriff «Risikogesellschaft» wurde von dem Soziologen Ulrich Beck geprägt: Beck, Ulrich. *Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp, 1986.

37 Vgl. 't Hart, Paul/Heyse, Liesbet/Boin, Arjen. *New Trends in Crisis Management Practice and Crisis Management Research: Setting the Agenda*. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management*, 9 (December 2001), Nr. 4, S. 181-188, hier S. 182-184.

Bevölkerungsschutzeinrichtungen – des nationalen Sicherheitsapparates zu begegnen war. Diese rigide Trennung zwischen innerer und äusserer Sicherheit ist zunehmend einer Erosion ausgesetzt und die damit einhergehende Zuordnung von sicherheitspolitischen Instrumenten und Mitteln heute nicht mehr tragbar.³⁸

Die modernen Krisen zeichnen sich nicht zuletzt durch Spill-over-Effekte aus. Viele von ihnen entstehen zwar auf nationaler oder regionaler Ebene, jedoch überschreiten sie oder ihre Folgen, begünstigt durch die interdependenten Strukturen und Vernetzungen der globalen Risikogesellschaft, die Grenzen von Staaten und Systemen und stellen damit die zuständigen Autoritäten vor Probleme, die ein Nationalstaat nicht alleine lösen kann. Migrationströme, internationaler Terrorismus, religiöser und politischer Extremismus, aber auch Natur- und technologiebedingte Katastrophen zählen zu den transnationalen Gefahren und Bedrohungen, die eine inter- und transnationale Kooperation der Sicherheitsorganisationen notwendig machen, sei es in einem institutionalisierten, multi- oder bilateralen Rahmen, sei es durch Ad-hoc-Zusammenarbeit in bestimmten Situationen.³⁹

Mediatisierung und Politisierung der Krisen, zwei weitere für moderne Krisen charakteristische Tendenzen, stehen in Wechselwirkung zueinander. Krisenmanagement ist schon immer eine inhärent politische Aufgabe gewesen. Während der Krisen erwarten Bürger, Organisationen und Medien von den Autoritäten eine Erklärung der Vorgänge und eine schnelle Wiederherstellung des Normalzustandes. Scheitert in einer von Gefahr, Unsicherheit und Zeitdruck bestimmten krisenhaften Situation die Krisenkommunikation, so kann dies das Vertrauen in die

38 Vgl. Stern, Eric K. *Crisis Studies and Foreign Policy Analysis*, S. 189; Gusy, Christoph. Die Vernetzung innerer und äusserer Sicherheitsinstitutionen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.). *Herausforderung Terrorismus: Die Zukunft der Sicherheit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, S. 197-221, hier S. 197.

39 Vgl. Quarantelli, Enrico L. Another Selective Look at Future Social Crisis: Some Aspects of Which We Can Already See in the Present. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management*, 9 (December 2001), Nr. 4, S. 233-237, hier S. 234-235; Stern, Eric/Sundelius, Bengt. *Crisis Management Europe*, S. 80.

Krisenmanagementfähigkeiten der politischen Eliten sowie deren Legitimation untergraben.⁴⁰

Bereits bei der Feststellung und Definition einer Situation als Krise spielen Medien eine wichtige Rolle: «If CNN defines a situation as a crisis, it will indeed be a crisis in all its consequences».⁴¹ Die Rolle der Medien als bedeutender Faktor, der eine krisenhafte Situation oder ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit beeinflusst, hat Konsequenzen. Für Entscheidungsträger wird Krisenkommunikation zu einem wichtigen Element des eigentlichen Krisenmanagements: Es geht jetzt nicht mehr nur darum, effektive physische Gegenmassnahmen einzuleiten, sondern gleichzeitig muss der auf den Ausbruch einer Krise folgende «image fallout» pro-aktiv gehandhabt werden, was einen professionellen Umgang mit den Medien seitens der politisch Verantwortlichen voraussetzt.⁴²

Für die Entwicklung von Konzepten und Strategien ergibt sich aus der Natur der modernen Krisen sowie der beim Management von Krisen in den vergangenen Jahren sichtbar gewordenen Tendenzen das Erfordernis nach koordinierten Anstrengungen aller relevanten Akteure und Institutionen über Ressortgrenzen hinweg auf sämtlichen Ebenen der nationalen Sicherheitsstrukturen. Darüber hinaus muss die transnationale Kooperation beim Monitoring von Risiken, Frühwarnsystemen und Krisenmanagement verstärkt gesucht und institutionalisiert werden. Nichtstaatliche Akteure aus den Bereichen der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen sollten da, wo es sinnvoll ist, integriert werden und mit staatlichen Autoritäten, beginnend bei Planung und Übungen, zusammenarbeiten. Die politisch Verantwortlichen müssen lernen, in Krisenlagen mit und nicht gegen die Medien zu arbeiten. Und schliesslich gehört die Schaffung einer gemeinsamen Begrifflichkeit, die Berufung von Expertengruppen und -netzwerken, die kreative und unkonventionelle Ideen entwickeln, sowie insbesondere in

40 Vgl. Boin, Arjen/McConnell, Allan. *Preparing for Critical Infrastructure Breakdowns*, S. 54.

41 Rosenthal, Uriel/Boin, Arjen/Comfort, Luise K. *The Changing World of Crisis and Crisis Management*, S. 12; es handelt sich hierbei um die Abwandlung des so genannten Thomas Theorems: «If men define a situation as a crisis, it will be a crisis in its consequences».

42 Vgl. 't Hart, Paul/Heyse, Liesbet/Boin, Arjen. *New Trends in Crisis Management Practice and Crisis Management Research*, S. 183.

föderalen Systemen die Etablierung von Koordinations- und Schnittstellen zu einem effektiven Krisenmanagementsystem dazu.⁴³

2 DAS KONZEPT DER HOMELAND SECURITY: USA UND EUROPA

Es existiert gegenwärtig keine Definition, die das Konzept der Homeland Security⁴⁴ allgemeingültig bestimmen würde. In der aktuellen Debatte im Bereich des Bevölkerungsschutzes im deutschsprachigen Raum wird Homeland Security als ein auf einem umfassenden Begriff von Sicherheit aufbauender Ansatz verstanden, der im gesamtstaatlichen und ressortübergreifenden Rahmen im Sinne der oben dargestellten holistischen Konzeption des Krisenmanagements alle im Staat, in der Wirtschaft und der Gesellschaft verfügbaren Mittel und Instrumente einsetzt. Als Zielsetzung gilt dabei, das Aufkommen symmetrischer und asymmetrischer Risiken soweit möglich präventiv zu verhindern, das politische und gesellschaftliche System, seine Institutionen, Bevölkerung und kritische Infrastrukturen zu schützen und beim Eintreten einer Krisenlage ihre Folgen zu bewältigen und die Wiederherstellung des Normalzustandes zu ermöglichen.⁴⁵

Das US-amerikanische System der Homeland Security bietet ein Beispiel für die institutionelle Umsetzung eines solchen Konzeptes. Ein mit dem amerikanischen Modell vergleichbares System für das Gebiet der Europäischen Union existiert noch nicht. Jenseits des europäischen Engagements im Bereich der internationalen Krisenprävention und des Krisenmanagements mit entsprechender institutioneller Verankerung von Strategien, Mitteln und Instrumenten im Rahmen der in ihren wesentlichen Bereichen intergouvernemental organisierten ESVP bleibt

43 Vgl. Lagadec, Patrick. *Les nouveaux horizons du risque*, S. 5; Boin, Arjen/McConnell, Allan. *Preparing for Critical Infrastructure Breakdowns*, S. 55-56; Karkoszka, Andrzej. *Crisis Management*, S. 35-36; 't Hart, Paul/Heyse, Liesbet/Boin, Arjen. *New Trends in Crisis Management Practice and Crisis Management Research*, S. 183.

44 Da es in der deutschen Sprache bisher keine einheitlich benutzte Entsprechung für Homeland Security gibt, wird im Folgenden der Originalbegriff verwendet.

45 Borchert, Heiko/Pankratz, Thomas. *Homeland Security aus europäischer Perspektive*. In: Borchert, Heiko (Hrsg.). *Weniger Souveränität – mehr Sicherheit: Schutz der Heimat im Informationszeitalter und die Rolle der Streitkräfte*. Hamburg: Mittler 2004, S. 17-38, hier S. 21.

das Krisenmanagement innerhalb des Territoriums der EU weitgehend Sache der Mitgliedstaaten. Allerdings gibt es auf der konzeptionellen Ebene Vorschläge dafür, wie ein Homeland Security-System im europäischen Kontext aussehen könnte. Im Folgenden wird zuerst kurz der Homeland Security-Ansatz in den USA vorgestellt und anschliessend ein entsprechendes Konzept für die Europäische Union besprochen sowie die Frage nach der Möglichkeit seiner Realisierung vor dem Hintergrund der bisher erfolgten Kooperations Schritte, vor allem im Bereich der Terrorismusbekämpfung, erörtert.

HOMELAND SECURITY IN DEN USA

Das als Reaktion auf die terroristischen Attacken vom 11. September 2001 von der US-Regierung als eine zentrale Koordinationsstelle geschaffene Department of Homeland Security vereint unter einem Dach zahlreiche der bis dato getrennt arbeitenden föderalen Institutionen und staatlichen Sicherheitsorganisationen sowie andere Akteure aus sicherheitsrelevanten Bereichen. Das Department bündelt im Dienst der nationalen Sicherheit die vorhandenen Ressourcen und koordiniert über die Grenzen von Ressorts und administrativen Ebenen hinweg ihren Einsatz zur Gefahrenabwehr und Krisenbewältigung. Auf der Grundlage der im Mai 2002 angekündigten und wenig später vorgestellten National Strategy for Homeland Security⁴⁶, die auf die Abwehr der terroristischen Bedrohung fokussiert, verfolgt die Behörde in erster Linie ein dreifaches strategisches Ziel: die Prävention von weiteren terroristischen Angriffen; die Reduzierung der Verwundbarkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen; sowie die Schadenbegrenzung im Falle eines erfolgten Angriffs.⁴⁷ Zu diesem Zweck wurden in der Strategie sechs Aufgaben- respektive Kompetenzbereiche identifiziert, in denen das Departement für ein koordiniertes Vorgehen die Verantwortung trägt:

46 *National Strategy for Homeland Security*, Office of Homeland Security, Washington D.C., July 2002, <http://www.whitehouse.gov/homeland/book/>

47 Ebd. S. vii.

1. Zusammenführung, Analyse und Verteilung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, die aus unterschiedlichen Quellen stammen;
2. Grenzen- und Infrastruktursicherung im Bereich des Luft-, See- und Strassentransports sowie weitere sensible Infrastrukturbereiche;
3. Terrorismusabwehr im Inneren und – im Hinblick darauf – Erweiterung der Befugnisse der Verfolgungsbehörden;
4. Schutz kritischer Infrastrukturen;
5. Verhinderung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen durch terroristische Akteure;
6. Krisenplanung und Krisenmanagement mit Ausbildung, Ausstattung, Übungen für die Einsatzkräfte und Koordination der Massnahmen auf allen staatlichen Ebenen sowie mit der Bevölkerung und der Wirtschaft.⁴⁸

Mit einem solchen Aufgaben- und Kompetenzzuschnitt deckt das Department of Homeland Security fast das gesamte Wirkungsfeld innerhalb des Bereiches der inneren Sicherheit ab und sollte damit in der Lage sein, frühere Sicherheitsdefizite in den USA zu reduzieren und die sicherheitsrelevanten Entscheidungsprozesse zu optimieren.⁴⁹ Über die innenpolitischen Massnahmen hinaus sieht die Strategie in bestimmten Feldern transnationale Kooperation mit Partnern und Nachbarstaaten vor.⁵⁰ Auf der operativen Ebene findet internationale Zusammenarbeit etwa in den Bereichen der Nachrichtendienste oder Luft- und Seefahrtorganisationen statt; zudem wurde eine grenzüberschreitende Kooperation bei Krisenplanung und Krisenmanagement mit den Nachbarstaaten Mexiko und Kanada initiiert.⁵¹

48 Ebd. S. viii-x.

49 Vgl. Dittler, Thomas/Neubecker, Adolf. *Homeland Security und die Notwendigkeit eines gesamtheitlichen Sicherheitsansatzes*. In: Borchert, Heiko (Hrsg.). *Weniger Souveränität – mehr Sicherheit: Schutz der Heimat im Informationszeitalter und die Rolle der Streitkräfte*. Hamburg: Mittler 2004, S. 147-165, hier S. 151.

50 *National Strategy for Homeland Security*, S. viii-ix.

51 Vgl. Dalgaard-Nielsen, Anja. *Homeland Security: American and European Responses September 11th*. In: Pilegaard, Jess (Hrsg.). *The Politics of European Security*. Copenhagen: The Danish Institute for International Studies, 2004, S. 159-178, hier S. 164.

Um dem übergeordneten – wenn auch schwer definierbaren – Ziel der Gewährleistung der Sicherheit näher zu kommen, wurde zugleich im Rahmen von Homeland Security ein inhaltlich-strategischer Paradigmenwechsel vollzogen. Er zeigt sich in der Abkehr von einer vorrangigen System- bzw. Kräfteorientierung hin zu einer Ausrichtung an spezifischen Fähigkeiten. Das beinhaltet den Ausbau von Fähigkeiten in den Kernbereichen Führung, Nachrichtenbeschaffung, Mobilität, Überlebensfähigkeit sowie Schutz kritischer Infrastrukturen.⁵²

Das US-amerikanische Konzept der Homeland Security kann als ein mehrschichtiger sicherheitspolitischer Ansatz betrachtet werden, in dem das Zusammenwirken mannigfacher Akteure, Mittel und Instrumente innerer Sicherheit durch eine zentrale Behörde koordiniert und durch aussenpolitische Kooperation ergänzt wird. Damit kommt Homeland Security in den USA zwar einem ganzheitlichen System des Krisenmanagements nahe. Allerdings bleiben wichtige Funktionen im Kernkompetenzbereich anderer Akteure. So spielen auf kommunaler Ebene und der Ebene der einzelnen Bundesstaaten die Regierungen bzw. Gouverneure in wichtigen Bereichen des Krisenmanagements, wie Polizei- oder Gesundheitswesen, nach wie vor eine entscheidende Rolle.⁵³

Darüber hinaus ist die praktische Umsetzung des Konzepts nicht unproblematisch. Das Department of Homeland Security verfügt über ein jährliches Budget von ca. 40 Milliarden Dollar und vereint unter seinem Dach insgesamt etwa 180'000 Mitarbeiter aus mehr als 35 Behörden und 8 Ministerien. Es befindet sich immer noch im Konsolidierungsprozess, in dem etwa auf administrativer Ebene verschiedene Personalsysteme sowie teilweise inkompatible Systeme der Budgetierung und des Rechnungswesens integriert werden müssen.⁵⁴ Seine Grösse und die komplexe Struktur wirken sich im Hinblick auf das effiziente Funktionieren des Departments negativ aus. So ist der grosse bürokra-

52 Vgl. Bernnat, Reiner. Herausforderung einer gesamtstaatlichen Sicherheitsarchitektur am Beispiel Homeland Security. In: *Homeland Security: Die Bedrohung durch den Terrorismus als Herausforderung für eine gesamtstaatliche Sicherheitsarchitektur*, DGAP-Analyse, Juni 2004, S. 19-23, hier S. 19.

53 Vgl. Dalgaard-Nielsen, Anja. *Homeland Security: American and European Responses* September 11th, S. 165.

54 Vgl. Bernnat, Reiner. Herausforderung einer gesamtstaatlichen Sicherheitsarchitektur am Beispiel Homeland Security, S. 19.

tische Apparat bei der Verteilung von sensiblen Informationen über Gefahren- und Bedrohungslage sowie bei der Koordination der erforderlichen Krisenmanagementmassnahmen eher hinderlich. Zudem leidet die Homeland Security darunter, dass das Konzept in seiner Hauptdimension auf Terrorismusbekämpfung abzielt, was nicht zuletzt bei der Bewältigung der durch den Hurrikan «Katrina» verursachten Katastrophe deutlich wurde.⁵⁵

EIN HOMELAND SECURITY-KONZEPT FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Ein Departement für Homeland Security nach amerikanischem Muster, ausgestattet mit vergleichbaren Mitteln und Kompetenzen, ist auf die Europäische Union schon aufgrund ihrer spezifischen Beschaffenheit nicht übertragbar. Borchert und Pankratz schlagen daher einen Ansatz für europäische Homeland Security vor, den sie als ein «übergeordnetes Metakonzept» verstehen, das die nationale Verteidigung und den Bevölkerungsschutz nicht ersetzt, sondern die vorhandenen Systeme nationaler Sicherheit prozessorientiert zusammenführt.⁵⁶

Ausgehend von der am Anfang dieses Kapitels präsentierten Definition wird ein europäisches Homeland Security-System als ein wirkungsorientierter, ressortübergreifend zu gestaltender Verbund konzipiert, in dem die zu erbringenden Teilleistungen aufeinander abgestimmt werden, um die in der Definition formulierten drei Zielsetzungen – Prävention, Schutz und Folgenbewältigung – zu erreichen. Das Aufgabenspektrum reicht dementsprechend von Krisenvorsorge über das eigentliche Krisenmanagement bis zur Krisennachsorge und erstreckt sich auf natürliche und technologiebedingte Gefahren sowie die Abwehr von ABC-Risiken, Terrorismus sowie Angriffen auf elektronische und andere kritische Infrastrukturen.⁵⁷

55 Vgl. Braml, Josef. *Atlantische Auswirkungen amerikanischer Heimatschutzpolitik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2005, S.5-7; Karkoszka, Andrzej. Crisis Management, S. 38-39; Channel, Ralph Norman. Intelligence and the Department of Homeland Security. In: *Strategic Insight*, 1 (August 2002), Nr. 6. S.1-3, hier S. 2. <http://www.ccc.nps.navy.mil/si/aug02/homeland2.asp>

56 Borchert, Heiko/Pankratz, Thomas. Homeland Security aus europäischer Perspektive, S. 23.

57 Ebd. S. 22-25.

Ähnlich den militärischen Grundsätzen der vernetzten Operationsführung soll der Gesamtverbund verschiedene Bereiche, Mittel und Instrumente sowie staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammenführen und miteinander verknüpfen, wobei die Leistungserbringung an einem übergreifenden Prozessmodell ausgerichtet wird, das die Führungs-, Kern- und Unterstützungsprozesse, die in einzelnen Ressorts bereichsspezifisch angewendet und umgesetzt werden, im Hinblick auf die Hauptaufgaben des Systems definiert⁵⁸:

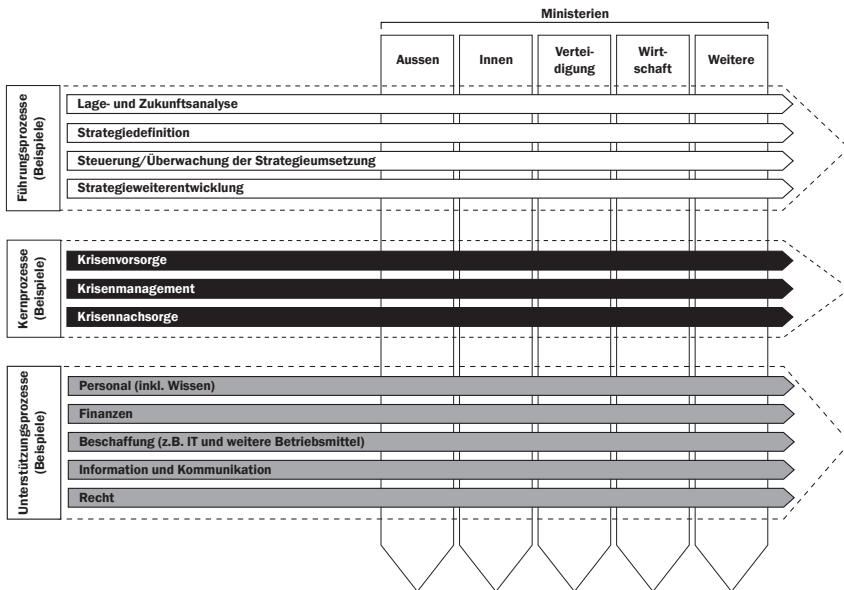


Abbildung 5: Homeland Security-Prozessmodell⁵⁹

Als Vorteil eines prozessorientierten Homeland Security-Systems wird angeführt, dass eine derartige Konzeption bei inhaltlich einheitlicher Definition der Prozesse, klarer Verantwortungszuordnung und Wirkungskontrolle den Handlungsspielraum der einzelnen Teilbereiche und beteiligten Institutionen stärkt, was insbesondere im Hinblick auf die

58 Ebd. S. 25-26.

59 Ebd. S. 27.

Problematik der Aufgaben- und Kompetenzverteilung im Mehrebenen-system der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung ist.⁶⁰

In der Praxis müsste ein so konzipiertes Metakonzept eines europäischen Homeland Security-Systems sowohl auf der nationalen als auch auf der EU-Ebene gedacht und umgesetzt werden, womit sich die Frage der politischen Machbarkeit stellt. Es gibt zwar in der Europäischen Union Kooperation in einzelnen Bereichen der inneren Sicherheit, wie unter anderem polizeiliche Zusammenarbeit und Datenaustausch im Rahmen von Schengen oder seit 2001 ein Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Kooperation in Katastrophenfällen⁶¹, jedoch bleiben die Mitgliedstaaten die Hauptakteure auf dem Feld der Homeland Security.

Die Terrorismusbekämpfung der EU bietet ein Beispiel für die Schwierigkeiten, ein kohärentes gemeinschaftliches Konzept in einem sensiblen sicherheitspolitischen Bereich auf der Gemeinschaftsebene zu verankern. Als Reaktion auf die Terroranschläge vom September 2001 wurde vom Europäischen Rat der europäische Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet. Das Dokument enthielt sieben Hauptziele:

1. Verstärkung der internationalen Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus;
2. Beschränkung des Zugangs zu finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen für Terroristen;
3. Erhöhung der Kapazität der europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten für Untersuchungen und Strafverfolgungen;
4. Schutz des internationalen Verkehrs und Einrichtung effizienter Systeme der Grenzüberwachung;

60 Ebd. S. 28-29.

61 Ratsbeschluss 2001/792/EG vom 23. Oktober 2001, Amtsblatt Nr. L297 vom 15. November 2001, S. 7-11, http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2001/l_297/l_29720011115en00070011.pdf

5. Verstärkung der Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und damit der Fähigkeit der Europäischen Union, terroristischen Angriffen vorzubeugen bzw. mit deren Folgen umzugehen;
6. Identifikation von Faktoren, die zur Rekrutierung von Terroristen beitragen;
7. Drittländer dazu veranlassen, sich im Kampf gegen den Terrorismus stärker einzusetzen.⁶²

Eine für die Umsetzung des Aktionsplans verabschiedete «road map» umfasste eine umfangreiche Liste von Einzelmassnahmen in verschiedenen Bereichen, die schwerpunktmässig aus innen- und justizpolitischen Aktionen bestanden, aber auch externe Massnahmen beinhalteten und innerhalb der institutionellen Struktur der EU säulenübergreifend ausgerichtet waren, womit der Aktionsplan mit seinen Umsetzungsleitlinien bereits den Charakter einer Strategie aufwies.⁶³ Unter dem Eindruck der Terroranschläge von Madrid im März 2004 und London im Juli 2005 verabschiedete der Europäische Rat am 1. Dezember 2005 eine umfassende und integrierte EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung⁶⁴, die konkrete Vorschläge für die Schaffung einer kollektiven Handlungsfähigkeit in der EU-Terrorismusbekämpfung und eine Vernetzung der Terrorabwehrpolitiken der Mitgliedstaaten enthielt. Der wenig später im Februar 2006 aktualisierte Aktionsplan beinhaltet mehr als 160 Einzelmassnahmen in den in der EU-Strategie festgelegten vier Arbeitsbereichen Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion, mit welchen

62 Terrorismus: Die europäische Antwort. Europäische Kommission, August 2004, http://ec.europa.eu/justice_home/key_issues/terrorism/terrorism_0904_de.pdf. Vgl. Mauer, Victor. The European Union and Counter-Terrorism. In: Deighton, Anne/Mauer, Victor (Hrsg.), *Securing Europe? Implementing the European Security Strategy*, Zürich: Center for Security Studies, 2006, S. 89-97.

63 Vgl. Monar, Jörg. Die EU und die Herausforderung des internationalen Terrorismus: Handlungsgrundlagen; Fortschritte und Defizite. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.). *Herausforderung Terrorismus: Die Zukunft der Sicherheit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, S. 136-172, hier S. 149.

64 <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st14/st14781-re01.en05.pdf>

das Ziel eines vernetzten Vorgehens gegen den Terror realisiert werden soll.⁶⁵

In der Praxis wurde aber bald erkennbar, dass die Umsetzung der Ziele der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung auf Schwierigkeiten stösst. So leidet der gemeinsame europäische Handlungswille unter unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen, die auf unterschiedliche Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit dem Terrorismus zurückgehen. Hinzu kommt, dass es auf den nationalen Ebenen voneinander strak divergierende Kapazitäten gibt, was etwa im Bereich der nachrichtendienstlichen Informationen die Bereitschaft zum Austausch hemmt. Einzelne Staaten ziehen es zudem vor, informell auf bi- oder multilateraler Ebene zu kooperieren, statt sich in reguläre Strukturen unter Einchluss aller EU-Mitglieder einbinden zu lassen.⁶⁶

Auf der EU-Ebene traten zudem Abstimmungs- und Kompetenzprobleme zwischen verschiedenen Politik- und Arbeitsfeldern sowie verschiedenen EU-Organen und Akteuren in den drei Säulen des EU-Vertrages wie auch ausserhalb des EU-Rahmens auf. Ein koordiniertes Vorgehen zeigt sich damit als schwer zu realisieren. Die angestrebte Vernetzung der aussen- und innenpolitischen Massnahmen der Terrorismusbekämpfung unter den EU-Mitgliedstaaten leidet vielmehr unter Kohärenzproblemen, die sowohl horizontal als auch vertikal in dem Mehrebenensystem der Europäischen Union anzutreffen und in gewisser Hinsicht dem gegenwärtigen EU-System immanent sind.⁶⁷

Anhand der Probleme, die bei der Herausbildung einer gemeinschaftlichen Terrorabwehrpolitik zu Tage treten, wird ersichtlich, dass im derzeitigen Entwicklungsstand des europäischen Integrationsprozesses die Schaffung einer europäischen Homeland Security, die einem ganzheitlichen Konzept – wie dem des von Borchert und Pankratz vorgeschlagenen – entsprechen würde, gegenwärtig unrealistisch ist. Im Unterschied zum föderativen US-System liegt in der Europäischen Union die

65 <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/06/st05/st05771-re01.en06.pdf>

66 Vgl. Monar, Jörg. Die EU und die Herausforderung des internationalen Terrorismus, S. 146-147.

67 Vgl. Mauer, Victor, *The European Union and Counter-Terrorism*, S. 96f.; Bendiek, Annet. *Die Terrorismusbekämpfung der EU: Schritte zu einer kohärenten Netzwerkpolitik*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2006, S. 5-6.

Entscheidungsgewalt in wichtigen sicherheitspolitischen Bereichen, wie Nachrichtendienste, Polizei, Verteidigung und Bevölkerungsschutz, bei den Mitgliedstaaten, womit von einem europäischen «Homeland» kaum gesprochen werden kann.⁶⁸ Einen eigenen Politikbereich, der sich im Sinne von Homeland Security in einem umfassenden Ansatz mit den Fragen der inneren und äusseren Sicherheit beschäftigen würde, gibt es auf der EU-Ebene bis dato nicht; vorhandene Ideen zur Schaffung einer Generaldirektion Homeland Security sind auf der Seite der Mitgliedstaaten auf kein Interesse gestossen und wurden daher verworfen. Dabei wäre es im Interesse Europas, nicht zuletzt im Hinblick auf ein Zusammenwirken mit den USA bei der Terrorismusabwehr die eigenen Erfahrungen und Ressourcen zu bündeln und effektiver einzusetzen. Ein europäisches System eines strategischen Krisenmanagements, welches das gesamte Gebiet der Europäischen Union abdeckt, kann aus den bestehenden Kooperationsansätzen sicherlich nur langfristig hervorgehen.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Anforderungen an das Krisenmanagement im 21. Jahrhundert werden von Faktoren bestimmt, welche in ihrer Beschaffenheit und in ihren Konsequenzen der Natur der modernen Krisen entspringen und sich grundlegend von den Ursachen und Mustern der «konventionellen» Krisen, die während der letzten Jahrzehnte die Forschung und Praxis des Krisenmanagements dominierten, unterscheiden. In der Forschung wurde diese Entwicklung seit dem Ende der 1980er Jahre erkannt und in dem Masse, in dem sich die tradierten Methoden und Reaktionsmechanismen als nicht mehr adäquat erwiesen, ein Paradigmenwechsel gefordert. Mit neuen definitorischen Ansätzen und Krisentypologien wird versucht, die Natur der modernen Gefahren und Bedrohungen und die daraus entstehenden «abnormalen» bzw. «fundamentalen» Krisen besser zu erfassen, um effektive Gegenstrategien entwickeln zu können.

68 Vgl. Dalgaard-Nielsen, Anja. Homeland Security: American and European Responses September 11th, S. 172.

Die moderne Krise erscheint als ein auf der Zeitachse nicht eindeutig verortbarer Prozess mit oft zyklischem Verlauf, der komplexe, nicht-lineare Entstehungs- und Entwicklungsmuster aufweist und die eingeübten Denkschemata herausfordert. Die moderne Krise als Prozess zeichnet sich durch ihren transnationalen Charakter aus, der die Trennung der Bereiche innerer und äusserer Sicherheit mit den dazugehörigen Mitteln und Instrumenten immer obsoleter erscheinen lässt. Die als Tendenz zu beobachtenden, zunehmenden und sich gegenseitig bedingenden Phänomene der Mediatisierung und Politisierung der Krisen machen das Krisenmanagement zudem mehr denn je zu einem immanent politischen Unterfangen, das von den handelnden Entscheidungsträgern einen professionellen und pro-aktiven Umgang mit den Medien verlangt. Für das Krisenmanagement ergibt sich aus den Charakteristika der neuen Krisen die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes, der alle auf nationaler Ebene vorhandenen Ressourcen ressort- und bereichübergreifend einzusetzen ermöglicht, Koordinierungsinstanzen schafft, unterschiedliche staatliche und nichtstaatliche Akteure, Experten und Institutionen integriert und darüber hinaus auf inter- und transnationale Kooperation setzt.

Das in den USA als Reaktion auf die terroristischen Angriffe vom 11. September 2001 geschaffene Homeland Security-System bietet ein Beispiel für die institutionelle Konkretisierung eines modernen ganzheitlichen Krisenmanagementkonzeptes. Das auf der Grundlage der National Strategy for Homeland Security von 2002 geschaffene Department of Homeland Security verfügt über weitgehende Kompetenzen im Bereich der Prävention, des Schutzes von staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen und des Krisenmanagements mit dem Aufgabenschwerpunkt Terrorismusabwehr. Die Behörde versammelt und bündelt als Koordinierungsinstanz unter einem Dach die verfügbaren Ressourcen des Landes, seine Institutionen sowie staatlichen und nichtstaatlichen Akteure und kooperiert darüber hinaus mit internationalen Organisationen und Nachbarstaaten. Jedoch ist die Umsetzung des Konzeptes nicht problemfrei: Die Grösse und komplexe Struktur des geschaffenen bürokratischen Apparates wirkt sich in konkreten Krisen negativ auf seine Effizienz aus.

Ein Homeland Security-Konzept mit einer Kompetenz- und Mittelfülle des US-amerikanischen Systems lässt sich auf die Europäische Union aufgrund ihrer Verfasstheit nicht übertragen. Ein gesamteuropäisches «Homeland» gibt es im eigentlichen Sinne nicht. In existierenden Konzeptentwürfen für eine europäische Homeland Security wird ein prozessorientiertes System vorgeschlagen, das ähnlich den Grundsätzen der vernetzten Operationsführung verschiedene Akteure, Bereiche und Instrumente in einem Gesamtverbund ressortübergreifend zum Zweck der Prävention, des Schutzes und der Folgenbewältigung bei Krisen zusammenführt und miteinander verknüpft. Allerdings würde die Realisierung eines solchen Systems, dessen Konzipierung und Umsetzung sowohl auf der nationalen als auch auf EU-Ebene voraussetzen, was aufgrund der bei den Mitgliedstaaten verbleibenden Souveränität über die sicherheitspolitischen Kernbereiche, wie Verteidigung, Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienste und Polizei, so kaum zu erwarten ist. Das Beispiel der EU-Terrorabwehrpolitik zeigt, dass ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene in sensiblen sicherheitspolitischen Bereichen mit grossen Umsetzungsschwierigkeiten behaftet ist. Die Schaffung eines gemeinschaftlichen Homeland Security-Systems ist daher gegenwärtig schwer vorstellbar und kann nur in einer langfristigen Perspektive entstehen.

Die modernen Krisen in ihrer Eigenschaft als sich nicht an die nationalen Grenzen haltende Ereignisse mit zyklischem Verlauf, deren Folgen in alle Bereiche eines Systems einwirken können, stellen auch die Schweiz vor die Herausforderung, ein den neuen Risiken angemessenes und umfassendes Krisenmanagementsystem zu schaffen. Die bisherigen Schritte in diese Richtung setzen einige der in der Forschung erarbeiteten Erkenntnisse um. So gründet das unter Führung vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz sich im Aufbau befindende System der «Nationalen Sicherheitskooperation» auf einem Verständnis vom Krisenmanagement als Prozess, welcher Prävention, Vorsorge, die eigentliche Krisenbewältigung sowie die Wiederherstellung des Normalzustandes und die Frage der zu ziehenden Konsequenzen mit einschliesst. Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes soll die nationale Sicherheitskooperation die zur Verfügung stehenden Mittel, Akteure und Instrumente zwecks eines effizienten Einsatzes im Krisenfall zusammenführen.

Allerdings ist die Frage, wie das endgültige Ergebnis aussehen soll, nach wie vor Gegenstand von Debatten. Die in dem Artikel besprochenen Konzepte von Homeland Security stellen zwei unterschiedliche Modelle dar. Es wäre abzuwägen, ob mit einer entfernt an das US-amerikanische Modell von Homeland Security angelehnten Variante mit einer zentralen Koordinierungsinstanz im Sinne eines Sicherheitsdepartments im schweizerischen föderalen System mit der starken Stellung der Kantone die gewünschten Resultate erreicht werden können; oder ob ein System, das die in der Schweiz auf kantonaler und Bundesebene vorhandenen Kapazitäten prozessorientiert zusammenführt, bessere Aussichten für die Realisierung eines modernen Krisenmanagementsystems bietet.

KRIENMANAGEMENT BEI GROSSANLÄSSEN IN DER SCHWEIZ*

von *Stefano Bruno*

EINLEITUNG

Bei politischen, wirtschaftlichen oder sportlichen Grossanlässen handelt es sich im Gegensatz zu Katastrophen und Notlagen sowie der Gewaltanwendung unterhalb der Kriegsschwelle (etwa Terroranschläge) um plan- oder voraussehbare Ereignisse. Beispiele für solche Grossanlässe sind internationale Konferenzen wie etwa die verschiedenen G8-Gipfel, das *World Economic Forum* von Davos oder auch Sportveranstaltungen mit internationaler Ausstrahlung wie beispielsweise die bevorstehende Fussballeuropameisterschaft in Österreich und der Schweiz. Die Bewältigung solcher Grossereignisse übersteigt die Ressourcen der ordentlichen Alltagsstrukturen und verlangt insbesondere eine verstärkte Koordination unter den Sicherheitsakteuren. Beim Eintritt eines externen Ereignisses, das unter Umständen mit der Veranstaltung in keinem direkten Zusammenhang steht, kann sich möglicherweise eine krisenhafte Situation für den eigentlichen Anlass ergeben.¹ In einem solchen Fall werden das Thema Krise und das Krisenmanagement virulent für den

* Der Autor dankt Andreas Wenger und Victor Mauer für die wertvollen Kommentare und die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts. Im Weiteren bedankt sich der Autor bei Stefan Räber, Sicherheitspolitischer Berater im Führungsstab der Armee, und Jan-Philipp Kessler für die wertvollen inhaltlichen Hinweise und die kritische Begleitung des Artikels. Der grösste Dank gilt den interviewten Personen, die eine wesentliche Unterstützung zur Abfassung des Artikels leisteten. Es handelt sich in alphabetischer Reihenfolge um folgende Personen: Pierre Aepli, ehemaliger Kommandant der Kantonspolizei Waadt und damaliger Vorsitzender des *Comité Directeur* für den G8-Gipfel in Evian; Br Andreas Bölsterli, Chef Operationen (J3), Stellvertreter Chef Führungsstab der Armee; Christoph Flury, Chef Strategie im Bundesamt für Bevölkerungsschutz; Martin Jäggi, Leiter Teilprojekt Sicherheit Öffentliche Hand UEFA EURO 2008; Marcus Müller, Leiter Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Kanton Basel-land; Stefan Räber, Sicherheitspolitischer Berater, Führungsstab der Armee; Markus Reinhardt, Kommandant Kantonspolizei Graubünden; Andreas Schaer, Gesamtprojektkoordinator öffentliche Hand für die UEFA EURO 2008 und Markus Wohlhauser, Chef Operationen, Stv Chef Stab Sicherheitsausschuss des Bundesrates. Für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts gilt ebenfalls ein Dank Beat Habegger, Daniel Möckli und Matthias Holenstein.

1 Ein solches Ereignis kann im Bereich von Naturkatastrophen, wie etwa grossen Lawinen-niedergängen oder Überflutungen, beziehungsweise zivilisationsbedingten Notlagen, wie zum Beispiel Grossbrände oder Chemieunfälle, bis zu Gewaltanwendungen unterhalb der Kriegsschwelle liegen.

Grossanlass selbst. Hierin besteht der logische Zusammenhang zwischen Grossanlass und Krisenmanagement.

Der vorliegende Artikel befasst sich mit solchen ausserordentlichen, aber planbaren Grossereignissen in der Schweiz beziehungsweise im benachbarten Ausland, aus denen sich durch ein externes Ereignis eine krisenhafte Situation bis hin zu einer grossen Krise entwickeln kann, aufgrund derer sich sowohl im Inland als auch in der Aussenwahrnehmung Imageschäden für das Land ergeben können.² Im schlimmsten möglichen Fall werden die innere Sicherheit des Landes, dessen Lebensgrundlagen, letztlich bis hin zu Menschenleben bedroht. Erst in der ausserordentlichen Lage kann von einer nationalen Krisensituation gesprochen werden.³ Die Erfahrung zeigt, dass in der Schweiz in besonderen und ausserordentlichen Lagen meistens sehr pragmatisch reagiert wird und ad hoc unkomplizierte Lösungswege zur Bewältigung der Situationen gefunden werden.⁴ Herausforderungen für den Bereich der inneren Sicherheit ergeben sich, wenn zum Beispiel mehrere Kantone gleichzeitig oder die Interessen des Bundes betroffen sind. In diesen Fällen stellen sich Fragen bezüglich der Schnittstellenproblematik zwischen Bund und Kantonen beziehungsweise unter den Kantonen.⁵

Die Relevanz von Grossanlässen für das Krisenmanagement in der Schweiz zeigt sich auf drei Ebenen. *Erstens* wird die Bedeutung von in der Schweiz stattfindenden politischen, wirtschaftlichen und sportlichen Grossanlässen für das Land weiter zunehmen. Im erweiterten Sinn handelt es sich bei solchen Anlässen auch um ein Element eines umfas-

2 Das Thema Krisenmanagement in Bezug auf überraschend eintretende Ereignisse im Bereich von Natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und der Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle ist nicht Gegenstand dieses Artikels.

3 Der Bundesrat definierte die ausserordentliche Lage im sicherheitspolitischen Bericht als eine «Situation, in der in zahlreichen Bereichen und Sektoren normale Verwaltungsabläufe nicht genügen, um die Probleme und Herausforderungen zu bewältigen, beispielsweise bei Naturkatastrophen, die das ganze Land schwer in Mitleidenschaft ziehen, oder bei kriegerischen Ereignissen.» In: *Sicherheit durch Kooperation. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999, S. 72.*

4 Als Beispiele für die pragmatische Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen beziehungsweise zwischen zivilen und militärischen Akteuren können die Ereignisbewältigungen im Zusammenhang mit dem Lawinenwinter von 1999 und dem Hochwasser von 2005 genannt werden.

5 Dazu zählen auch Aspekte der Einsatzverantwortung und der Zuweisung kantonaler Einsatzmittel, insbesondere von Polizeireserven.

senderen Standortmarketings. Damit kann sich ein Land insbesondere in einem globalisierten und stark medialisierten Umfeld als glaubwürdiger Partner verstärkt profilieren und grössere aussenpolitische Sichtbarkeit entfalten.

Zweitens erhält der Aspekt der Sicherheit bei Grossanlässen vor dem Hintergrund der veränderten, generell komplexeren Risiko- und Bedrohungssituation seit den 1990er Jahren eine immer zentralere Rolle. Grossveranstaltungen im Bereich von Politik, Wirtschaft und Sport geniessen weltweit grosse Aufmerksamkeit und bieten insbesondere durch die breite mediale Berichterstattung eine ideale Plattform für extremistische Gruppierungen. Nur wenn es den Sicherheitsverantwortlichen gelingt, wirksame und zweckdienliche Massnahmen zu planen und umzusetzen, ist eine erfolgreiche Durchführung auch aus Sicht der Sicherheit gewährleistet.

Und *drittens* steht mit der Organisation der Fussballeuropameisterschaft im Jahr 2008 (UEFA EURO 2008) der weltweit drittgrösste wiederkehrende Sportanlass bevor.⁶ Auch wenn die Nachwirkungen sportlicher Grossanlässe wie Olympische Sommer- und Winterspiele oder Fussballeuropa- und Weltmeisterschaften oft überschätzt werden, handelt es sich bei der EURO 2008 um einen Anlass, der für die Schweiz eine nachhaltige Ausstrahlungskraft entfaltet und beispielsweise positive Auswirkungen auf den Tourismus oder auf die Chancen zur Austragung weiterer Grossanlässe haben kann.

Das Kapitel 1 des vorliegenden Artikels geht der Frage nach, welche Strukturen und Instrumente in der Schweiz zur Bewältigung von sicherheitspolitischen Herausforderungen im Krisenmanagement auf Stufe Bund und Kantone bestehen. Es legt die Grundlagen für die folgenden beiden Kapitel, in denen anhand von zwei Fallbeispielen (dem G8-Gipfel in Evian in Kapitel 2 und dem *World Economic Forum* in Davos in Kapitel 3) sicherheitspolitische Erfahrungen aus bisherigen Grossanlässen aufgezeigt werden. Dabei wird auch auf die Frage eingegangen, inwiefern solche Erfahrungen als *Lessons identified* beziehungsweise sogar als *Lessons learned* zu Struktur Anpassungen im Bereich des Krisenma-

6 Von den insgesamt 31 Spielen finden 15 in der Schweiz statt, wobei das Eröffnungsspiel am 7. Juni 2008 in Basel durchgeführt wird.

nagements in der Schweiz genutzt wurden. Zudem folgen Hinweise auf kritische Punkte im nationalen und kantonalen Krisenmanagement, die weiterhin ungelöst sind. Kapitel 4 liefert einen Ausblick auf relevante Aspekte des Krisenmanagements für die Schweiz im Zusammenhang mit der EURO 2008.

1 KRISENMANAGEMENT INSTRUMENTE AUF STUFE BUND UND KANTONE

KRISE UND KRISENMANAGEMENT

Trotz des grossen Facettenreichtums von Krisen lassen sich zumindest drei typische Merkmale eines Krisenfalls aufzeigen: *Erstens* handelt es sich um unerwartete Ereignisse mit starkem Bedrohungscharakter für das entsprechende Umfeld.⁷ *Zweitens* sind ein hoher Grad an Ungewissheit und wenig gesicherte Informationen vorhanden. *Drittens* braucht es in einem Krisenfall rasche Entscheide.⁸ Krisen können sich periodisch wiederholen oder von einmaliger Natur sein.⁹ Es handelt sich oft um Ereignisse mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit, aber grossem Schadenpotenzial. Krisen können ausgelöst werden durch ein Einzelereignis oder durch eine Mehrzahl von Einzelereignissen. Beispiele für auslösende Faktoren sind Naturkatastrophen, zivilisationsbedingte Krisen und Notlagen, Terrorangriffe, Unternehmenszusammenbrüche, Arbeitslosigkeit usw.

Krisenmanagement seinerseits kann sich sowohl auf voraussehbare und planbare als auch auf unvorhergesehene, rasch eintretende Ereignisse beziehen. Es kann sich auch aus der Bewältigung eines bestimmten Ereignisses erst eine Krise beziehungsweise eine krisenhafte Situation ergeben. Die hauptsächliche Herausforderung für Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung besteht darin, eine Krisenmanagement-

7 Es gibt allerdings auch Beispiele von Krisen, die schleichend auftreten und deren Ausmass erst nach Jahren oder sogar Jahrzehnten sichtbar werden. Die globale Erwärmung kann als Beispiel für diesen Typ von Krise bezeichnet werden.

8 McConnell, Allan/Drennan, Lynn. Mission Impossible? Planning and Preparing for Crisis. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management* 14 (2006), Nr. 2, S. 59f.

9 Carrel, Laurent F. *Leadership in Krisen – Ein Handbuch für die Praxis*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2004, S. 41-44.

Struktur zu etablieren, die stark genug ist, um möglichen Bedrohungen und Risiken zu begegnen und im Falle eines krisenhaften Ereignisses dieses zu bewältigen, ohne gleichzeitig übermässige finanzielle Ressourcen zu binden.¹⁰

DIE SICHERHEITSARCHITEKTUR DER SCHWEIZ

Die Bundesverfassung legt fest, dass der Bund und die Kantone gemeinsam für die Sicherheit des Landes und den Schutz der Bevölkerung zuständig sind: «Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Sicherheit des Landes und den Schutz der Bevölkerung. Sie koordinieren ihre Anstrengungen im Bereich der inneren Sicherheit»¹¹. Mit der inneren Sicherheit der Schweiz befassen sich im Bund neben dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)¹² insbesondere auch das Eidgenössische Departement des Inneren (EDI)¹³ sowie das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)¹⁴.

Durch das Zusammenwirken aller sicherheitspolitischen Mittel, durch die Bündelung von deren Kräften sowie durch möglichst effiziente Abläufe sollen die sicherheitspolitischen Herausforderungen bewältigt werden. Dieses System wird als «Nationale Sicherheitskooperation» (NSK) bezeichnet.¹⁵ Die NSK ist zurzeit im Aufbau begriffen, wobei das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) die führende Rolle inne hat.

Nebst den zivilen Behörden und Einsatzmitteln verfügt auch die Armee über einen verfassungsmässigen Auftrag zur subsidiären Unterstützung sowohl im Bereich der polizeilichen als auch der nichtpolizei-

10 Vgl. auch McDonnell/Drennan, *Mission Impossible?*, S. 59.

11 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, SR 101, Art. 57.

12 In erster Linie das Bundesamt für Polizei (fedpol) mit dem Dienst für Analyse und Prävention (DAP).

13 Insbesondere die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV).

14 Insbesondere der Bevölkerungsschutz, die Armee (subsidiär) sowie die Nachrichtendienste.

15 Führungsstab der Armee (FST A). Factsheet Sicherheitsarchitektur Kooperation: Dialog und Absprachen, Bern, 2007 (vorerst amtsintern; Kontaktadresse: Stefan.Raeber@vtg.admin.ch), S. 1.

lichen Gefahrenabwehr. Die Bundesverfassung formuliert es wie folgt: «[Die Armee] unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.»¹⁶ Die Einsatzarten der Armee sowie deren Polizeibefugnisse sind im Militärgesetz geregelt.¹⁷ Mit Ausnahme der militärischen Landesverteidigung liegt die Einsatzverantwortung grundsätzlich bei den zivilen Behörden.

DIE SICHERHEITSPOLITISCHE FÜHRUNG UND DAS STRATEGISCHE KRISEN-MANAGEMENT BEIM BUND

Die strategische Führung auf nationaler Ebene wird vom Bundesrat und auf kantonaler Ebene durch die Kantonsregierungen wahrgenommen.¹⁸ Zur Ereignisbewältigung überantwortet der Bund jeweils dem dafür am besten geeigneten Departement die Federführung. Dieses erhält innerhalb der Bundesverwaltung die *Lead*-Funktion und ist Ansprechstelle für die Kantone. Für die besondere und ausserordentliche Lage gibt es eine Reihe abrufbereiter departementaler und interdepartementaler Führungsorgane und Krisenstäbe. Hinsichtlich der damit verbundenen Kompetenz- und Schnittstellenfragen übernimmt die Bundeskanzlei eine Koordinationsaufgabe.¹⁹

Auf Stufe Bund befassen sich zusätzlich zwei spezielle Instrumente mit dem strategischen Krisenmanagement. *Erstens* der Sicherheitsausschuss des Bundesrates (SiA BR), der Beratungen und Entscheide des Gesamtbundesrates in sicherheitspolitischen Fragen vorbereitet. Neben Früherkennung, Prävention und Krisenbewältigung beschäftigt sich der SiA BR verstärkt mit Fragen der Planung und Bewältigung von voraussehbaren Ereignissen, welche die Sicherheit der Schweiz tangieren können. Der SiA BR setzt sich aus den jeweiligen Vorstehern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), des

16 BV, Art. 58 Abs. 2.

17 Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) vom 3. Februar 1995 (Stand am 13. Juni 2006), SR 510.10.

18 SIPOL B 2000, S. 61f.

19 Führungsstab der Armee (FST A). Factsheet Sicherheitsarchitektur: Bund-Kantone, Zivil-Militär, Bern, 2007 (vorerst amtsintern; Kontaktadresse: Stefan.Raeber@vtg.admin.ch), S. 2.

Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) sowie des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zusammen.²⁰ Seit 2006 steht dem SiA BR mit dem Stab Sicherheitsausschuss des Bundesrates (Stab SiA) ein permanentes Führungsunterstützungsinstrument zur Verfügung. Damit ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen worden, um den SiA BR und die Lenkungsgruppe Sicherheit (LGSi, vgl. weiter unten) zeitgerecht und nachhaltig zu unterstützen. Der Stab SiA ist insbesondere zuständig für die Erarbeitung der sicherheitspolitischen Prioritäten und Nachrichtenbedürfnisse von SiA BR und LGSi. Im Weiteren verfolgt der Stab SiA die Sicherheitsentwicklung, erarbeitet ein integrales Lagebild und entwickelt Handlungsoptionen zuhanden des SiA BR und der LGSi.²¹ Im Sinne der Vorsorgeplanung erhielt der Stab SiA vom derzeitigen Departementvorsteher des VBS zudem den Auftrag, Krisenszenarien zu entwickeln.²² Beim Stab SiA handelt es sich um einen Kernstab, der im Sinne des «Aufwuchses» im Krisenfall mit relevanten Akteuren aus der Bundesverwaltung ergänzt werden kann.²³

Zweitens umfasst die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrates die bereits erwähnte Lenkungsgruppe Sicherheit (LGSi). Die LGSi ist ein vorberatendes Gremium für die sicherheitspolitische Strategieschöpfung. Sie hat die Voraussetzungen für eine koordinierte strategische Führung durch den Bundesrat zu schaffen. Die LGSi befasst sich mit Bedrohungen der inneren und äusseren Sicherheit.²⁴

DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN INSTRUMENTE DER KANTONE

Seitens der Kantone bilden die Kantonsregierungen die sicherheitspolitischen Partner des Bundes. Die Kantone haben zwei kantonsübergreifende Fachgremien gebildet: die Konferenz der Kantonalen Justiz- und

20 Weisungen über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrats vom 5. Juli 2006, S. 6641. <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2006/6641.pdf>.

21 Vgl. Weisungen sicherheitspolitische Führung.

22 Stabsmechanik statt Strategie. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 12. April 2007.

23 Interview vom 2. April 2007 mit Markus Wohlhauser, Chef Operationen, Stv Chef Stab Sicherheitsausschuss des Bundesrates.

24 Ebd.

Polizeidirektorinnen und –direktoren (KKJPD) sowie die Schweizerische Konferenz der Kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und –direktoren (MZDK). Dabei setzt die KKJPD zur Bewältigung von Grossereignissen als beratendes und unterstützendes Gremium die seit 2004 bestehende Arbeitsgruppe Gesamtschweizerische Interkantonale Polizeizusammenarbeit bei besonderen Ereignissen (AG GIP) ein. Es bestätigt die föderalistische Grundstruktur der Schweiz, dass im sicherheitspolitischen Bereich auch in den Kantonen keine einheitlichen Organe, Prozesse und Kompetenzregelungen vorhanden sind.²⁵

Auf der operativen Ebene sind die Polizeikorps für die Wahrung der Sicherheit zuständig. Zur Bewältigung von regionalen Grossereignissen sind die Polizeikorps schweizweit in insgesamt vier Konkordate gegliedert. Das Ziel der Polizeikonkordate besteht grundsätzlich darin, verbesserte und effizientere Strukturen für die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der polizeilichen Gefahrenabwehr zu generieren. So werden beispielsweise verschiedene Fachgruppen eingesetzt, die eine enge Zusammenarbeit sicherstellen, die vorhandenen Einsatzkräfte optimal aufeinander abstimmen und zudem den finanziellen Aufwand in den einzelnen Polizeikorps verringern sollen. Das Polizeikonkordat Nordwestschweiz beispielsweise regelt die Zusammenarbeit von rund 4'000 Polizeiangehörigen, wobei auch mit den anderen schweizerischen Konkordaten kooperiert wird.²⁶ Die im Jahre 1995 vereinbarte Zusammenarbeit sieht explizit auch die Kooperation bei Grossanlässen, bei grossen Unglücksfällen und Katastrophen sowie bei schweren Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vor.²⁷

Im Falle von nationalen Interessen im Zusammenhang mit Grossereignissen kann die KKJPD zudem die Kantone zum Interkantonalen Polizeieinsatz (IKAPOL) einladen. Der Grundsatz verlangt, dass alle Kantone gemäss ihrer Ressourcenverfügbarkeit Unterstützung zu leisten haben. Die operative Koordination eines IKAPOL-Einsatzes liegt bei der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS), die durch die im Jahr 2004 eingesetzte Arbeitsgruppe Operationen (AG

25 FST A, Factsheet Bund-Kantone, S. 2.

26 Vgl. <http://www.police.be>.

27 Vgl. Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz vom 20. Januar 1995. <http://www.ag.ch/sar/output/530-100.pdf>.

OP) unterstützt wird.²⁸ Dieser Gruppe gehören alle Konkordate sowie die keinem Konkordat angehörenden Kantone (Zürich und Tessin) an. Die Aufgabe dieses Gremiums besteht darin, bei einem Grossanlass jeweils die Lage zu beurteilen und gestützt darauf den notwendigen interkantonalen Personaleinsatz festzulegen.

Im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr sind die Kantonalen Führungsorgane (KFO) zuständig. Ihre Aufgabe besteht in der Führung und Koordination der komplementär zur Polizei eingesetzten Partner des Bevölkerungsschutzes (Feuerwehr, Rettungsdienste, Zivilschutz, Technische Betriebe).²⁹ Ist in einem konkreten Ereignisfall die gesamte Kaskade an zivilen Mitteln ausgeschöpft, können die Kantone den Bund und die Armee um Unterstützung anfragen. Im Falle einer Bewilligung dieser Unterstützung durch den Bundesrat plant, koordiniert und führt der Führungsstab der Armee (FST A) den subsidiären Einsatz der militärischen Mittel.³⁰ Trotz der bereits vielfach geübten Zusammenarbeit zwischen zivilen Einsatzmitteln und der Armee gibt es weiterhin Herausforderungen, etwa im Bereich der verschiedenen Schnittstellen sowie in dem noch nicht optimalen zivil-militärischen Zusammenspiel im Bereich der strategischen Schulung.³¹ Die 2005 eingerichtete Plattform KKJPD-VBS ist ein zweckmässiges Instrument zur Regelung solcher praktischer Problemstellungen und hat sich bereits mehrfach bewährt.³²

Auf der Grundlage der rechtlich festgelegten Kompetenzteilung werden gewisse «Bundesaufgaben» von den Kantonen umgesetzt. Zu diesen Aufgaben zählt auch die Gewährleistung der Sicherheit völkerrechtlich geschützter Personen während ihres Aufenthalts auf schweizerischem Hoheitsgebiet.³³ Die Schweiz ist auf der Grundlage des Wiener Über-

28 Es ist die Aufgabe der Kantone, in der Planung für die Ereignisbewältigung den Ressourcenbedarf der benötigten zivilen Kräfte abzuklären.

29 Die Kantone werden dabei durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) unterstützt.

30 FST A, Factsheet Bund-Kantone, S. 2.

31 Vgl. Stabsmechanik, *NZZ*, 12. April 2007.

32 Interview vom 29. März 2007 mit Stefan Räber, Sicherheitspolitischer Berater, Führungsstab der Armee.

33 Die Kantone müssen diese Aufgabe durch die Einsetzung ihrer Mittel zugunsten des Bundes erfüllen. Vgl. dazu auch das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), SR 120, Art. 4 Abs. 2.

einkommens über konsularische und diplomatische Beziehungen verpflichtet, diese Aufgabe zu erfüllen.³⁴ Der Bund ist seinerseits nicht befugt, über die kantonalen Einsatzmittel zu verfügen und Prioritäten für deren Einsatz festzulegen. Es gibt auch keine rechtliche Grundlage, die den Bund legitimiert, die Kantone zur Unterstützung zu zwingen. Der optimale Einsatz der kantonalen Mittel bei überkantonalen Ereignissen hängt alleine vom Willen der Kantone ab. In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass die kantonale Kooperation sehr gut funktionieren kann, jedoch in einzelnen Fällen aufgrund der kantonalen Hoheit und der fehlenden Verfügungsgewalt seitens des Bundes daraus auch suboptimale Ergebnisse im Krisenmanagement resultieren können.

2 DER G8-GIPFEL VON EVIAN 2003

Der G8-Gipfel vom 1. bis 3. Juni 2003 in Evian zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass es sich für die Schweiz um ein Grossereignis mit einer multinationalen³⁵, interkantonalen³⁶ und interdepartementalen Komponente³⁷ handelte und somit von ungewöhnlicher und in der Praxis in dieser Art nicht geübten Komplexität war. Hinsichtlich der sicherheitspolitischen Vorbereitung auf den G8-Gipfel sah sich die Schweiz vor «Neuland» gestellt. Der G8-Gipfel kann zweifellos als Ereignis für die Schweiz bezeichnet werden, das für das Image des Landes von zentraler Bedeutung war – die Schweiz präsentierte sich sinnbildlich weltweit im Schaufenster.³⁸

34 Wiener Übereinkommen über konsularische und diplomatische Beziehungen, SR 0.191.02.

35 So musste im Vorfeld des G8-Gipfels ein entsprechender Staatsvertrag mit Frankreich ausgearbeitet und unterzeichnet werden, vgl. dazu Botschaft zum Staatsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Französischen Republik über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten anlässlich des Gipfels in Evian vom 7. März 2003, SR 03.022.

36 Neben dem Kanton Genf waren die Kantone Waadt und Wallis betroffen. Nebst der Stadt Genf (insbesondere mit dem dortigen internationalen Flughafen) konzentrierte sich das Sicherheitsdispositiv vor allem auf Lausanne, da dort ein Teil der G8-Delegationen logierte. In diesem Zusammenhang galt es insbesondere das Szenario zu vermeiden, dass von Seiten der Globalisierungsgegner die Zufahrtsachsen von Lausanne nach Evian versperrt wurden. Insofern mussten die beteiligten Ordnungskräfte in erster Linie diese Wege schützen und offen halten. Interview vom 1. März 2007 mit Pierre Aepli, ehemaliger Kommandant der Kantonspolizei Waadt und damaliger Vorsitzender des *Comité Directeur* für den G8-Gipfel in Evian.

37 Insgesamt waren fünf eidgenössische Departemente involviert.

38 Evian – «Produkt» Sicherheit überdenken. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 15. Mai 2003.

DIE SICHERHEITSLÜCKE IM BEREICH DER POLIZEIKORPS

Für die Vorbereitungen des G8-Gipfels wurde ein spezielles gesamtschweizerisches *Comité Directeur* eingerichtet. Dieses setzte sich aus Vertretern des Bundes (EDA, EJPD, VBS) und der betroffenen Kantone zusammen. Die Aufgaben des Komitees bestanden darin, (1) als Ansprechpartner für das französische Pendant im Rahmen des bilateralen französisch-schweizerischen Koordinationskomitees zu dienen, (2) die in der Schweiz notwendigen Ressourcen zu ermitteln und deren Einsatz zu planen sowie (3) im Bereich der rechtlichen Aspekte eine Überwachungsfunktion auszuüben.³⁹

Trotz vorhandener Koordinationsmechanismen bestand eines der Kernprobleme beim G8-Gipfel darin, dass Informationen, die im Nachrichtenbeschaffungs- und Darstellungsprozess generiert worden waren, zu wenig als Analysegrundlage für die Entscheidungsfindung benutzt wurden. Im Nachgang zum und gewissermassen als *Lesson learned* aus dem G8-Gipfel wird seither diesem Aspekt des Krisenmanagements schweizweit eine stärkere Gewichtung beigemessen. Dies zeigt sich etwa an der etablierten Struktur des Nachrichtenverbundes und der integralen Lageanalyse am WEF.⁴⁰

Grundsätzlich verfügte anlässlich des G8-Gipfels jeder der drei hauptsächlich betroffenen Westschweizer Kantone Genf, Waadt und Wallis über seine eigenen zivilen Einsatzmittel zur Gewährung der kantonalen Sicherheit. Während in der Planungsphase die Absprachen zwischen den Kantonen gewährleistet waren, fehlten sie teilweise im Einsatz. Diese Sachlage resultierte insbesondere aus den fehlenden kantonsübergreifenden Reserveelementen⁴¹. Das prioritäre Ziel der Kantone bestand in der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem eigenen Hoheitsgebiet. Damit wurden auf Kosten der Bereitstellung einer Reserve fast alle verfügbaren Mittel bereits gebunden. Eine grössere Reserve, die flexibel hätte eingesetzt werden können, wäre für ein effektives Krisenmanagement von zentraler Bedeutung gewesen. Es herrschte offenbar

39 Botschaft zum Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zugunsten der zivilen Behörden und im Rahmen des Staatsvertrags mit Frankreich anlässlich des G8-Gipfels in Evian vom 1. bis 3. Juni 2003 vom 12. Februar 2003, SR 03.012, S. 1520f.

40 Interview mit Pierre Aepli.

41 Ebd.

auch eine gewisse Zurückhaltung bei anderen Kantonen hinsichtlich der Bereitstellung von eigenen Kräften. Kantone und Städte wehrten sich dagegen, über die bereits zur Verfügung gestellten Kräfte hinaus weitere Kontingente zu mobilisieren. Ein Grund für diese Zurückhaltung lag zweifellos in den Erfahrungen aus dem WEF, das insbesondere in den Jahren 2001 (Zürich) und 2003 (Bern) dezentral in der Schweiz und nicht am Austragungsort in Davos Krawalle nach sich zog.⁴² So wurde wohl befürchtet, dass im Falle von ähnlichen Zwischenfällen ausserhalb der Kernzone des G8-Gipfels die Polizeikräfte im eigenen Kanton gebraucht würden.

Ein grundsätzliches Problem beim Einsatz von Polizeikräften bei überkantonalen Ereignissen besteht darin, dass es sich bei den Reserveelementen lediglich um *ad hoc*-Mittel handelt. Kontinuität und Planbarkeit sind unter diesen Umständen langfristig schwierig zu garantieren. Der gemeinsame Einsatz von verschiedenen kantonalen Polizeikörpern kann zudem durch die teilweise unterschiedliche Ausbildung erschwert werden. Dies kann sich in der zivil-militärischen Zusammenarbeit speziell akzentuieren, insbesondere wenn die Einsatz- und Verhaltensregeln (*Rules of engagement*) nicht von Anfang an präzise abgestimmt sind. In der Bewältigung von Alltagslagen spielen diese Problemfelder eine eher sekundäre Rolle. Für die Gewährleistung der Sicherheit bei Grossanlässen mit Dimensionen wie jenen bei einem G8-Gipfel, beim WEF oder der EURO 2008 können sich daraus hingegen Probleme ergeben.⁴³ Dies zeigt sich beispielsweise im Mangel an Reserveelementen und somit in der zu geringen Flexibilität der Einsatzmittel.

Diese Zusammenhänge wurden bereits in den USIS-(Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz)-Berichten ausführlich dargelegt und kommentiert. Ein im Rahmen von USIS diskutiertes Modell schlug bekanntlich die Schaffung einer dezentralisierten Polizeireserve von rund 1'000 Mann bei den Kantonen vor, die nach Bedarf hätte eingreifen sollen.⁴⁴ Auf die Umsetzung dieses Modells wurde letztlich

42 Evian, *NZZ*, 15. Mai 2003.

43 Interview mit Pierre Aepli.

44 Vgl. USIS. *Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz. Teil III. Detailstudie vom 24. September 2002*. <http://www.usis.ch>, S. 14.

jedoch verzichtet.⁴⁵ Zur Füllung der sicherheitspolitischen Lücke aufgrund der fehlenden personellen Mittel der Polizei wird in der heutigen Praxis deshalb die Armee im Rahmen von Assistenzdiensten zur subsidiären Unterstützung ziviler Behörden eingesetzt. Das Grundproblem ist damit aber bis heute nicht gelöst, sondern lediglich aufgeschoben. Das wird solange der Fall bleiben, bis die politischen Entscheidungsträger auf Stufe Bund und Kantone bereit sind, die Ressourcen für die Aufstockung der fehlenden zivilen Kräfte zu sprechen.

DER SUBSIDIÄRE EINSATZ DER ARMEE

Aufgrund der Sicherheitslücke bei den Polizeikorps genehmigte im März 2003 die Bundesversammlung den Einsatz der Armee zugunsten der zivilen Behörden am G8-Gipfel.⁴⁶ Auf Seiten der Armee kam das Grenzwachkorps sowie die für subsidiäre Einsätze zuständigen Territorial Division (Ter Div) 1 und die Territorial Brigade (Ter Br) 10 zum Einsatz.⁴⁷ Die Armee hatte am Boden und auf dem Genfersee insgesamt 46 Hauptaufträge zu erfüllen. Hinzu kamen die Leistungen in den Bereichen Luftpolizei und Lufttransport. Zur positiven Gesamtbilanz des Armeeeinsatzes trug vor allem das seit ein paar Jahren praktizierte Einsatz- und Verfahrenstraining zwischen der schweizerischen und französischen Luftwaffe bei. Am G8-Gipfel wurde diese binationale Aufgabenteilung zum ersten Mal im Einsatz angewandt. Die Effizienz des Dispositivs zur Sicherung des französisch-schweizerischen Luftraums konnte unter Beweis gestellt werden und war für die Schweiz eine wertvolle Erfahrung.⁴⁸ Die ursprünglich nur auf den G8-Gipfel beschränkte Zusammenarbeit mit Frankreich wurde auf eine dauernde Kooperation

45 Vgl. auch Armee soll zur inneren Sicherheit beitragen, In: *Neue Zürcher Zeitung*, 7. November 2002 und Evian, *NZZ*, 15. Mai 2003.

46 Vgl. Botschaft Einsatz der Armee, SR 03.012.

47 Robert Riedo. Schutz der G8-Konferenz von Evian – Der Armee-Einsatz. In: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift* (2003), Nr. 7/8, S. 14.

48 Dabei konnte auch von früheren gemeinsamen Übungen mit Frankreich profitiert werden. Vgl. Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (Hrsg.). Überprüfung der Zielsetzungen der Armee. Berichterstattung an die Bundesversammlung gemäss Artikel 149b des Militärgesetzes. Pilotbericht per 31. Dezember 2003, S. 10.

ausgeweitet. Eine ähnliche grenzüberschreitende Kooperation besteht heute auch mit Italien und Deutschland.⁴⁹

Insbesondere für die Teilstreitkräfte Heer und Luftwaffe war der Einsatz am G8-Gipfel eine wertvolle Erfahrung, weil ein teilstreitkräfte-übergreifender Einsatz (JOINT-Gedanke) erfolgreich umgesetzt wurde. Trotz teilweise schwieriger Bedingungen wurden die subsidiären Leistungen zeitgerecht erbracht.⁵⁰ Nebst den *Rules of engagement* und der einheitlichen Ausbildung in der Armee bewährte sich auch die Modularität des Einsatzes nach den Prinzipien der Armee XXI. So konnten Truppenteile aus dem ganzen Landesgebiet unter einem territorial verankerten Kommando Dienst leisten. Die bekannten Eigenheiten der Miliz wie beispielsweise die mangelnde vordienstliche Bereitschaft für die Planung und die zeitlich limitierte Verfügbarkeit für den Einsatz deckten in der Vorbereitungsphase und der Durchführung aber auch Grenzen auf.

Zu den Hauptaufgaben der Armee zählte unter anderem die Bewachung des Flughafens Genf zur Abwicklung der An- und Abreise von Gipfelteilnehmern.⁵¹ Die Flugpisten sollten gegen mögliche Besetzungen durch Demonstranten geschützt werden. Dem eingesetzten Flughafenbataillon war es aufgrund der *Rules of engagement* in jedem Fall untersagt, in eine direkte Konfrontation mit Demonstranten zu geraten. Im Eskalationsfall hätten zivile Interventionskräfte zur Bereinigung der Lage eingesetzt werden müssen. Hier zeigen sich das Dilemma beziehungsweise die Grenzen der subsidiären Einsätze von Milizformationen der Armee zur Entlastung der Polizei: Während der Ordnungsdienst prinzipiell nicht in den Aufgabenbereich der Armee gehört, sind seitens der Polizeikorps oft zu wenige Kräfte vorhanden. Aus diesem Grund musste anlässlich des G8-Gipfels auch auf deutsche Polizisten zurückgegriffen werden.⁵² Hätte das taktisch-operative Ziel der Sicherung des Flughafens nicht erfüllt werden können, wäre es unter Umständen zu

49 Vgl. dazu Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und Italien über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft vom 31. August 2005, SR 05.069 und Luftraumsicherung als strategische Aufgabe. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. Mai 2007.

50 VBS, *Überprüfung Zielsetzungen der Armee*, S. 10.

51 <http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/tools/webarchiv/g8gipfel/schlussbilanz.html>.

52 Interview mit Pierre Aepli.

einer Verzögerung oder Verunmöglichung der Ankunft von Teilen der G8-Delegationen aus dem Ausland gekommen. Das Image der Schweiz hätte Schaden genommen. Ein von der Sache her operatives Problem hätte damit rasch eine strategische Dimension erhalten.

SPILL-OVER-EFFEKTE VON TAKTISCHER BIS STRATEGISCHER EBENE

Es zeigt sich gerade bei Grossanlässen wie dem G8-Gipfel, dass sich operative oder auch taktische Probleme als *Spill-over*-Effekt rasch auf die strategische Ebene erstrecken können. Dieser Effekt lässt sich im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel gut nachweisen. *Erstens* lag ein Problem bei der Bewältigung der unbewilligten Demonstrationen und gewalttätigen Manifestationen in der Stadt Genf darin, dass sich die politische Ebene in die Polizeiarbeit einmischte.⁵³ So intervenierten etwa Parlamentarier und Stadträte mehrmals. Diese Tatsache sowie das Verhalten der Polizeikräfte wurden im Nachgang zum G8-Gipfel zwischen dem linken und rechten politischen Lager in Genf zur grossen Streitfrage bezüglich der Verantwortung für die Geschehnisse und die entstandenen hohen Sachschäden.⁵⁴ Einer der Vorwürfe lautete, dass die damalige Polizeidirektorin die Entwicklung der Ereignisse anfänglich unterschätzt habe, später jedoch die Polizeikräfte zur Überreaktion veranlasst hätte.⁵⁵

Die Einmischung der Politik in operative Fragen führte insgesamt zur zeitweiligen Beschneidung beziehungsweise Blockierung der Polizeihoheit. Die Kompetenzabgrenzung zwischen Politik (strategische Ebene) und Einsatzkräften (operativ-taktische Ebene) wurde zu wenig strikt befolgt. Im Weiteren nützten Polizeigewerkschaften die Lage am G8-Gipfel dazu aus, ihre eigenen Interessen zu manifestieren und durch-

53 Vgl. dazu auch Schweizer Auftritt auf der G-8-Bühne. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 1. Juni 2003, Genf im G-8-Ausnahmestand. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 2. Juni 2003 und Zuerst Samthandschuh, dann die Faust. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 2. Juni 2006.

54 Im Gegensatz zur Vorgehensweise der schweizerischen Sicherheitskräfte wurde allgemein das Vorgehen der deutschen Polizisten gelobt. So gelang es ihnen offenbar, mit einer entsprechenden Taktik und in Kooperation mit den Wasserwerfern, die ihnen zugewiesenen Abschnitte beim Vorgehen gegen Randalierer effektiver zu schützen.

55 Samthandschuh, *NZZ*, 2. Juni 2003 und Genf ist nicht Genua, trotz allem. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 4. Juni 2003.

zusetzten, was die Einsatzkräfte zusätzlich schwächte. Und schliesslich führte die Entlassung des Polizeichefs relativ kurz vor dem G8-Gipfel ebenfalls zu Unsicherheit in den Reihen der Einsatzkräfte.⁵⁶

Zweitens zeigte sich der angesprochene *Spill-over*-Effekt ausgeprägt am Zwischenfall auf einer Autobahnbrücke bei Aubonne, als sich ein Demonstrant versuchte abzuseilen. Indem ein Polizist das Seil durchtrennte, stürzte der Demonstrant in die Tiefe. Dieser Zwischenfall ist ein anschauliches Beispiel für den so genannten «strategischen Soldaten» (in diesem Fall ein «strategischer Polizist»): Das auf der gefechts-technischen Ebene angesiedelte Ereignis wirkte sich rasch und nachhaltig auf der strategischen Ebene aus und wurde zu einem Politikum hinsichtlich der *Rules of engagement* der Polizei. Die Überlegungen zum strategischen Soldaten werden im Fallbeispiel zum WEF vertieft.

UMGANG MIT DEM EINFLUSS DER MEDIEN

Am G8-Gipfel zeigte sich zudem der wachsende Einfluss der Medien im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement bei Grossereignissen. So fokussierte die Berichterstattung insbesondere in der Westschweiz bereits Monate vor dem Gipfel stark auf Sicherheitsfragen. Dies bewirkte eine gewisse Übersensibilisierung der betroffenen Bevölkerung, die in der Folge den bevorstehenden G8-Gipfel als Ereignis wahrnahm, das in erster Linie zu einer Einschränkung der persönlichen Freiheit führt.⁵⁷ Aufgrund dieser offenbar auch für die Behörden überraschend grossen Medienberichterstattung wählten die Verantwortlichen der Polizei eine ausgeprägt offene Kommunikationsstrategie. Es wurde eine Pressestelle eingerichtet, über die Informationen zentral abgerufen werden konnten. Zudem wurde aktiv das persönliche Gespräch mit Journalisten gesucht, um möglichst rasch Missverständnissen entgegenzuwirken beziehungsweise um ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis aufzubauen. Gleichwohl verursachten einzelne Pressemitteilungen eine gewisse Beunruhigung in der Bevölkerung. Dies trifft vor allem auf die von der Polizei im Vor-

56 Interview mit Pierre Aepli.

57 Beispielsweise im Zusammenhang mit den vorgesehenen Teilsperren von Autobahnabschnitten.

feld des Gipfels gemachte Schätzung zu, dass möglicherweise mit bis zu 500'000 Demonstranten zu rechnen sein werde, was von einzelnen Medienerzeugnissen entsprechend aufgenommen wurde.⁵⁸

LESSONS IDENTIFIED AUS DEM G8-GIPFEL

Im Nachgang zum G8-Gipfel wurde die Koordination bei interkantonalen Polizeieinsätzen verbessert. Weil erkannt wurde, dass nur durch die Bereitstellung einer Reserve eine genügende Flexibilität der Einsatzkräfte sicherzustellen ist, setzte die Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) die Arbeitsgruppe Operationen (AG OP, vgl. weiter oben) ein. In analoger Zusammensetzung zu diesem Gremium besteht auf politischer Ebene die Arbeitsgruppe für Gesamtschweizerische Interkantonale Polizeizusammenarbeit (AG GIP). Sie ist ebenfalls ein direkter Ausfluss der Erfahrungen des G8-Gipfels. Die Gruppe beschliesst über die Anträge der Gruppe Operationen aus politischer Sicht und stellt gegebenenfalls dem Bund die Gesuche der Kantone. Im weiteren geht auf der strukturellen Ebene auch die Schaffung des Stabs SiA letztlich auf Erfahrungen und *Lessons identified* aus dem G8-Gipfel sowie die damit zusammenhängende Forderung der Kantone nach einem direkten Ansprechpartner (*Single point of contact*) zurück. Die Entwicklung des Stabs SiA ist zwar noch nicht abgeschlossen, stellt aber einen Schritt in die von den Kantonen gewünschte Richtung dar.⁵⁹ Und schliesslich wurde nach dem G8-Gipfel in der Schweiz dem integralen Lagebild zu Recht ein viel stärkeres Gewicht beigemessen.

3 DAS WORLD ECONOMIC FORUM (WEF) IN DAVOS

Die hohe symbolische Bedeutung des *World Economic Forum* (WEF) als Imageträger für die Schweiz ist in den letzten Jahren weiter ge-

58 Interview mit Pierre Aepli.

59 Interview mit Markus Wohlhauser.

stiegen.⁶⁰ Mit Beschluss vom 28. Juni 2000 hat der Bundesrat den privatrechtlich organisierten Anlass aufgrund seiner Bedeutung und der Auswirkungen für die nationalen Interessen der Schweiz als ausserordentliches Ereignis im Sinne von Artikel 4 der BWIS-Abgeltungsverordnung qualifiziert.⁶¹

DIE SICHERHEITSLÜCKE IM BEREICH DER POLIZEIKORPS

Für die Vorbereitung und Einsatzdurchführung am WEF ist auf ziviler Seite der Stab CALERCIO geschaffen worden, in dem sich die Kantonspolizei Graubünden während des ganzen Jahres mit ihren Partnern auf den Grossanlass vorbereitet. Der Polizeiführungsstab CALERCIO kann im Hinblick auf krisenhafte Situationen erweitert werden.⁶² Der kantonale Führungsstab des Kantons Graubünden seinerseits ist während des WEF jeweils auf Pikett gestellt. Er kann ausserdem den bereits im Einsatz stehenden Teilstab modulartig ergänzen.⁶³

Während bis im Jahr 2000 die Kantonspolizei Graubünden die Sicherheitsaufgaben am WEF selbständig wahrnahm, ist sie seither auf die Unterstützung aller schweizerischen Polizeikorps, der Armee und einer Vielzahl von weiteren Partnern angewiesen. Die Sicherheitsaufgaben wurden in den letzten Jahren vom Personenschutz auf den Objektschutz und seit der zunehmenden Radikalisierung eines Teils der Antiglobalisierungsbewegung Ende der 1990er Jahre auch auf den unfriedlichen Ordnungsdienst ausgeweitet.⁶⁴ Zur Gewährleistung der umfassenden

60 Vgl. auch Botschaft zum Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung des Kantons Graubünden bei den Sicherheitsmassnahmen im Rahmen des World Economic Forum 2005 (WEF 05) und des World Economic Forum 2006 (WEF 06) in Davos, SR 04.060, S. 5302.

61 Vgl. Botschaft WEF 06, SR 04.060, S. 5297 und Verordnung über die finanziellen Leistungen an die Kantone zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS-Abgeltungsverordnung) vom 1. Dezember 1999 (Stand am 19. Dezember 2006), SR 120.6.

62 Reinhardt, Markus. Das World Economic Forum in Davos aus polizeilicher Sicht. In: *Kriminalistik-Schweiz* (2005), Nr. 2, S. 125f.

63 Ausserdem verfügt das WEF selber ebenfalls über einen Krisenstab. Die Landschaft Davos hat ihrerseits einen eigenen Katastrophenstab und eine entsprechende Lawinenorganisation zur Verfügung, die nach Bedarf eingesetzt werden können.

64 Die Radikalisierung von Teilen der Antiglobalisierungsbewegungen manifestierte sich etwa im Jahre 1999 am Rande der WTO-Konferenz in Seattle sehr deutlich, als es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Globalisierungsgegnern und der Polizei kam.

Schutzaufgaben im Rahmen des WEF ist ein gesamtschweizerisches Dispositiv erforderlich. Damit sind die föderalistischen Polizeistrukturen der Schweiz in besonderer Weise gefordert. Unter diesen Bedingungen sind der Personaleinsatz, die Koordinationsanstrengungen zwischen den beteiligten Akteuren sowie die Kosten in den letzten Jahren deutlich angestiegen.⁶⁵

Wie am G8-Gipfel in Evian 2003 zeigt sich auch beim WEF die tendenziell eher rückläufige Bereitschaft der gegenseitigen Bereitstellung von Polizeikräften unter den Kantonen.⁶⁶ Hier zeigen sich die praktischen Grenzen des föderalistischen Polizeisystems der Schweiz. Einen wichtigen Schritt hinsichtlich der Regelung und Vereinheitlichung von IKAPOL-Einsätzen stellt allerdings die Ende 2006 von allen Kantonen unterzeichnete Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL) dar. Die Vereinbarung bildet die Grundlage für nunmehr schweizweit einheitliche Entschädigungen von IKAPOL-Einsätzen, rationellere Verfahren und die Vermeidung von Doppelspurigkeiten.⁶⁷

DER SUBSIDIÄRE EINSATZ DER ARMEE

Wie beim G8-Gipfel leistet aufgrund der Lücken im Bereich der Sicherheitsgewährung seitens der Polizeikräfte die Armee Einsätze bei den Konferenzschutzmassnahmen anlässlich des WEF. Die Leistungen erfolgen im Rahmen eines subsidiären Sicherungseinsatzes im Assistenzdienst, der vom Parlament genehmigt ist.⁶⁸ Dadurch entlastet die Armee die Polizei und ermöglicht es dieser, ihre Mittel konzentriert in den Kernbereichen einzusetzen. Zu den Armeeaufträgen zählen Bewachung und Überwachung kritischer Objekte ausserhalb der Kernzone Davos, Zutrittskontrollen mit Berufspersonal, Lufttransporte, Schutz des Luft-

65 Reinhardt, Markus. Report: World Economic Forum in Davos – Herausforderung. In: *Sicherheitsforum* (2004), Nr. 5, S. 43f.

66 Reinhardt, *World Economic Forum*, S. 127.

67 Interview vom 27. Februar 2007 mit Markus Reinhardt, Kommandant Kantonspolizei Graubünden.

68 Die im Kanton Graubünden vorhandenen Polizeikräfte reichen auch bei einer Verstärkung durch andere Polizeikorps (IKAPOL-Einsatz) nicht aus, um die Sicherheit des WEF zu garantieren. Damit sind die rechtlichen Voraussetzungen für einen Einsatz der Armee im Assistenzdienst erfüllt.

raumes und logistische Unterstützung. Während die Einsatzverantwortung beim Gesamteinsatzleiter, dem Kommandanten der Kantonspolizei Graubünden liegt, hat die Armee die Führungsverantwortung für die militärischen Kräfte.⁶⁹

Das WEF ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich über Jahre hinweg die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen (in diesem Fall der Kanton Graubünden) beziehungsweise zwischen zivilen und militärischen Mitteln gut eingespielt hat.⁷⁰ Auf strategischer und operativ-taktischer Ebene konnten zudem dank des sich wiederholenden Charakters des WEF Kompetenzen systematischer, unkomplizierter und zielführender aufgebaut werden. Dies hat zweifellos positive Rückwirkungen auf die Ausgestaltung der Schnittstellen zwischen den zivilen und militärischen Einsatzmitteln. Aufgrund der jährlichen Wiederholung des Grossanlasses konnten auch gegenseitige Vorurteile zwischen ziviler und militärischer Seite beziehungsweise zwischen Bund und Kantonen abgebaut werden. Mit der Gesamteinsatzleitung durch den Kommandanten der Kantonspolizei Graubünden besteht für das WEF zudem eine klare Führungsstruktur für die Sicherheitsmassnahmen. Dies ist ein Vorteil im Vergleich zur Situation am G8-Gipfel: Die Führungskräfte und die Einsatzkräfte konnten dort nicht auf vergleichbare Erfahrungen zurückgreifen, da es sich um ein in diesen Dimensionen einmaliges Ereignis, in der Praxis noch nie geübtes Ereignis handelte. Der G8-Gipfel war für die zivilen und militärischen Partner sowohl auf strategischer als auch auf operativ-taktischer Ebene eine weitaus grössere Herausforderung.

RULES OF ENGAGEMENT, STRATEGISCHER SOLDAT UND SPILL-OVER-EFFEKTE

In der Zusammenarbeit zwischen den (zivilen und militärischen) Sicherheitspartnern sind die *Rules of engagement* von zentraler Bedeutung. Dabei stehen Befugnisse der Angehörigen der Armee bei der Ausübung polizeilicher Zwangsmassnahmen im Vordergrund (insbesondere der Einsatz von Schusswaffen). Es ist entscheidend, dass sich die Sicher-

69 Reinhardt, *World Economic Forum*, S. 126.

70 Interview vom 4. April 2007 mit Br Andreas Bölsterli, Chef Operationen (J3), Stellvertreter Chef Führungsstab der Armee.

heitspartner von Anfang an auf klare und für alle gleich geltende Regeln einigen.⁷¹ Die *Rules of engagement* im Zusammenhang mit dem WEF werden vom VBS (Bereich Verteidigung) in Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden (Kantonspolizei Graubünden) und nach Rücksprache mit dem EJPD (Bundesamt für Polizei) erarbeitet.⁷²

In der Kernzone von Davos kommen nur Angehörige der Militärischen Sicherheit (MilSich), also Berufspersonal, zum Einsatz, weil das Risiko einer direkten Konfrontation mit Demonstranten als zu hoch eingeschätzt wird.⁷³ Auch wenn die Einsatzkräfte ihre Aufgaben fest nach den vorgegebenen *Rules of engagement* lösen, kann nie ausgeschlossen werden, dass vereinzelt Grenzsituationen auftreten. Hier kommt der so genannte strategische Soldat ins Spiel. Dabei geht es um die Gefahr, dass insbesondere im Zusammenhang mit der starken Medialisierung die Aktion eines einzelnen Individuums (etwa eines Soldaten) bereits genügt, um einen Zwischenfall auf gefechtstechnischer Stufe auf die strategische (und damit politische) Stufe zu heben.⁷⁴ Damit sind letztlich wiederum *Spill-over*-Effekte angesprochen. Am Beispiel des WEF besteht deshalb für die Armee ein Risiko, dass einer ihrer Angehörigen bei der Ausübung seines Auftrags «Objektschutz» weit ab der Kernzone Davos unvermittelt zum strategischen Soldaten wird.⁷⁵

Davos ist primär ein Tourismusort, der auch während des WEF Erholungsgäste beherbergt. Wie bei anderen ausserordentlichen, aber plan- und voraussehbaren Grossereignissen können auch beim WEF externe Zwischenfälle krisenhafte Situationen auslösen, die Auswirkungen auf das Hauptereignis haben. Gewalttätigkeiten, Ausschreitungen und Sachschäden vermögen rasch einen hohen Imageverlust zu entfalten, der eine nachhaltige Wirkung hat.⁷⁶ Das Ziel der militanten Globalisierungsgegner besteht darin, den ordnungsgemässen Ablauf des WEF zu verhindern und eine hohe Appellwirkung zu erzielen.⁷⁷ Den Hö-

71 FST A, Factsheet Dialog und Absprachen, S. 1. und Interview mit Br Andreas Bölsterli.

72 Botschaft WEF 05, SR 04.060, S. 5304.

73 http://www.vtg.admin.ch/internet/groupgst/de/home/eins/archiv/einsaetze_im_rahmen/wef2006/auftr.html.

74 Interview mit Br Andreas Bölsterli.

75 Interview mit Markus Reinhardt.

76 Reinhardt, *World Economic Forum*, S. 124.

77 Ebd., S. 123.

hepunkt bildeten dabei die Ausschreitungen in den Jahren 2001 und 2003, die aber nicht in Davos, sondern in Zürich beziehungsweise Bern stattfanden.⁷⁸

Während die Gefahr von Terroranschlägen als gering eingeschätzt wird, erhält das Risiko der Beeinträchtigung der inneren Sicherheit am WEF insbesondere in Form von gewalttätigen Demonstrationen sowie in Form von Angriffen auf Personen und von Sabotageakten eine grössere Priorität.⁷⁹ Zu den vor allem ab 1999 zugenommenen Sabotageakten gehören auch solche auf die Infrastruktur wie zum Beispiel die Stromversorgung. Das Gelingen eines professionell geführten Anschlagversuchs auf die Stromversorgung konnte letztlich vor allem durch Zufall verhindert werden. Ein erfolgreicher Anschlag hätte in Davos möglicherweise zu einem mehrere Tage dauernden totalen Stromunterbruch geführt, was sowohl den Tourismus als auch das WEF enorm beeinträchtigt und einen nicht abschätzbaren Imageschaden verursacht hätte.⁸⁰

LESSONS IDENTIFIED AUS DEM WEF

Insbesondere durch den wiederholenden Charakter des WEF ist dieser Grossanlass eine ausgezeichnete Möglichkeit zur Einübung einer wirksamen Zusammenarbeit von Bund und Kantonen beziehungsweise zwischen zivilen Einsatzmitteln und der Armee. Das beim WEF gewonnene Know-how fliesst auch in die Bewältigung anderer Ereignisse ein. Eine weitere Optimierung ist allerdings im Bereich der taktischen Begrifflichkeit anzustreben, in der teilweise weiterhin Unterschiede

78 Seither ist jedoch eine gewisse Mobilisierungsmüdigkeit, Uneinigkeit und Orientierungslosigkeit auf Seiten der Antiglobalisierungsbewegung festzustellen. Der fedpol-Bericht zur inneren Sicherheit aus dem Jahr 2006 sieht die Gründe insbesondere in der Heterogenität der Bewegung und vor allem nach den Ausschreitungen und Anschlägen in Bern während des WEF im Jahr 2003 und in Genf beziehungsweise Lausanne während des G8-Gipfels von Evian in einer kritischen Medienberichterstattung gegenüber der Antiglobalisierungsbewegung, was zu deren Zerrissenheit beitrug. Vgl. Fedpol. Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2005. Bern, 2006, S. 25.

79 Vgl. Botschaft WEF 06, SR 04.060, S. 5301.

80 Reinhardt, *World Economic Forum*, S. 123 und Interview mit Markus Reinhardt.

zwischen einzelnen Polizeikorps bestehen.⁸¹ Dank der Gesamteinsatzleitung durch den Kommandanten der Kantonspolizei Graubünden besteht am WEF eine sehr klare und schlanke Führungsstruktur. Das Sicherheitsdispositiv kann von der jahrelangen Erfahrung profitieren und es erfolgten systematisch die notwendigen Anpassungen. Insbesondere die Jahre 2001 und 2003 mit den grossen Ausschreitungen in Zürich beziehungsweise in Bern machten deutlich, dass die Globalisierungsgegner verstärkt auf eine zeitliche und geografische Dezentralisierung ihrer Aktionen hin tendieren. Dies zwingt die Sicherheitskräfte zu mehr Flexibilität. Sie müssen in der Lage sein, sich schweizweit rasch an die entsprechenden *Hot spots* per Lufttransport, auf der Strasse oder Schiene zu verschieben. Eine Gefahr dieser Dezentralisierung besteht darin, dass trotz IKAPOL-Vereinbarung die Bereitschaft der Kantone weiter abnehmen könnte, eigene Sicherheitskräfte nach Davos zu entsenden. Denn vor dem Hintergrund latenter, aber schwierig abschätzbarer Gefährdungslagen wird der Gewährleistung der Sicherheit im eigenen Kanton vermutlich höhere Priorität beigemessen.

4 DIE FUSSBALLEUROPAMEISTERSCHAFT VON 2008

AUFBAU AUF VORHANDENEN STRUKTUREN

Die EURO 2008 ist der grösste bislang in der Schweiz durchzuführende Sportanlass. Im Gegensatz zu den Beispielen G8-Gipfel in Evian und WEF handelt es sich hierbei um einen noch bevorstehenden Grossanlass. Die Botschaft zum Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee anlässlich der EURO 2008 legt die Zielsetzung bezüglich der Sicherheit wie folgt fest: «Die Gewährleistung einer sicheren und störungsfreien Veranstaltung ist ein grundlegendes Ziel von Bund, Kantonen und Städten und geniesst höchste Priorität. Die Sicherheitsvorkehrungen sollen wirksam, aber auch diskret und verhältnismässig sein.»⁸²

81 Mit der Erarbeitung von entsprechenden Reglementen ist heute allerdings ein guter Standard erreicht worden.

82 Botschaft zum Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung der zivilen Behörden anlässlich der Fussball-Europameisterschaft 2008 (UEFA EURO 2008) vom 13. September 2006, SR 06.075, S. 8182.

Die Planungsphase für den Bereich Sicherheit an der EURO 2008 wurde im Jahr 2005 eingeleitet.⁸³ An der EURO 2008 wird auch die Strategie «Sicherheit durch Kooperation» eine wichtige Rolle spielen: Die Partner der inneren und der äusseren Sicherheit der Schweiz werden vor die Herausforderung gestellt sein, über einen längeren Zeitraum und in einem erweiterten, dezentralen geografischen Raum optimal zu kooperieren.⁸⁴ Ausserdem haben die Sicherheitskräfte nebst ihrer Kernfunktionen zusätzlich die Rolle von perfekten Gastgebern zu erfüllen, was entscheidend zum Image der gesamten Veranstaltung beitragen soll.⁸⁵

Richtigerweise wurde im Rahmen der Vorbereitungen zur EURO 2008 bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Koordination aller beteiligter Sicherheitsakteure angestrebt. Diese Forderung enthält auch die Botschaft zum Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee.⁸⁶ Dieses Vorgehen ist zweifellos eine direkte Umsetzung von *Lessons identified* aus dem G8-Gipfel von Evian, in dessen Nachgang für künftige, ähnliche Grossanlässe die Bildung einer gemeinsamen Plattform für alle Sicherheitsakteure gefordert wurde. So bilden der Leiter Teilprojekt Sicherheit und die Polizeikommandanten der Austragungsorte zusammen mit einem Vertreter des Bundesamtes für Polizei, einem Vertreter der Armee und dem Präsidenten der Arbeitsgruppe Organisationen der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (AG OP) die gemeinsame Teilprojektleitung im Bereich Sicherheit der EURO 2008.

Der interkantonale Polizeieinsatz (IKAPOL) wiederum wird von den entsprechenden Gremien geplant, der AG OP beziehungsweise der AG GIP.⁸⁷ Der Interkantonale Koordinationsstab (IKKS) ist dem Präsidenten der AG OP unterstellt und entscheidet über den Einsatz jener

83 Interview vom 2. März 2007 mit Andreas Schaer, Gesamtprojektkoordinator öffentliche Hand für die UEFA EURO 2008.

84 Interview vom 19. März 2007 mit Martin Jäggi, Leiter Teilprojekt Sicherheit Öffentliche Hand UEFA EURO 2008.

85 Balmer, Guido. Sicherheit während der EURO 2008 (4). Hilfe aus der Westentasche: Mit dem Gastgeberhandbuch zum Einsatz an der EURO 2008. In: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift* (2007), Nr. 4, S. 32.

86 Vgl. Botschaft Einsatz der Armee, SR 06.075, S. 8182.

87 Interview mit Martin Jäggi.

Kräfte des Bundes, der Kantone und der Städte, die nicht dem jeweiligen Einsatzkanton angehören und von diesem freigestellt werden können.⁸⁸

Die Sicherheitsverantwortlichen konnten bei ihrer Planungsarbeit auch auf wichtige Erfahrungen vergleichbarer Anlässe im Ausland zurückgreifen.⁸⁹ So flossen insbesondere im Sinne von *Best practices* Erkenntnisse aus der FIFA WM 2006 und der UEFA EURO 2004 in das Nationale Sicherheitskonzept der EURO 2008 ein.⁹⁰ Gleichwohl sind selbstverständlich spezifische Verhältnisse in Österreich und der Schweiz vorhanden, welche die Durchführung des Grossanlasses entsprechend beeinflussen.⁹¹ Zu berücksichtigen sind auch die in der Öffentlichkeit wenig bekannten Fernsehdokumentationen, wonach während der Fussballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland teilweise grössere Probleme in den Innenstädten auftraten, obwohl Deutschland auf eine grosse Anzahl an zivilen Sicherheitskräften zurückgreifen konnte.

Für die EURO 2008 ist trotz der Einmaligkeit des Ereignisses bewusst keine grundsätzlich neue Krisenmanagementorganisation konzipiert worden. Vielmehr laufen die Verantwortlichkeiten und Abläufe auf Stufe Bund, Kantone und Städte im Rahmen der ordentlichen Lage ab. Das Teilprojekt Sicherheit ist dabei insbesondere für die Koordination und Planung von Sicherheitsmassnahmen während der EURO 2008 zuständig und stimmt diese regelmässig mit den vier Austragungsorten in der Schweiz, den österreichischen Sicherheitsbehörden und dem Organisator ab.⁹² In der Planungsphase koordiniert dieses Teilprojekt die Zuteilung der Bundesmittel und die Bedarfserhebung an interkantonalen und ausländischen Einsatzkräften zugunsten der Austragungsorte.⁹³

Die ordentliche föderale Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Städten im Sicherheitsbereich wird auch während der EURO 2008

88 Teilprojektleitung Sicherheit Öffentliche Hand UEFA EURO 2008 unter Mitwirkung des Bundes, der Kantone und der Host Cities (Hrsg.). *Nationales Sicherheitskonzept Schweiz für die UEFA EURO 2008*. 30. März 2008. <http://www.switzerland.com>, S. 46.

89 Interview mit Andreas Schaar.

90 Teilprojektleitung, *Nationales Sicherheitskonzept*, S. 16-19 und Jäggi, Martin. Sicherheit während der EURO 2008 (3). Sicherheit durch Kooperation. In: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift* (2007), Nr. 3, S. 14.

91 Botschaft Einsatz der Armee, SR 06.075, S. 8181 und Interview mit Martin Jäggi.

92 Jäggi, *Sicherheit durch Kooperation*, S. 14.

93 Teilprojektleitung, *Nationales Sicherheitskonzept*, S. 9.

nicht tangiert. Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Durchführung der Sicherheitsmassnahmen bei den Kantonen sowie den vier Spielorten (Basel, Bern, Genf und Zürich).⁹⁴ Auf der Ebene der Spielorte sind zudem lokale Projektstrukturen aufgebaut worden. Gleichwohl ist auch der Bund in den Prozess der Gewährleistung der Sicherheit einbezogen. Die politische Gesamtverantwortung für die Massnahmen der Sicherheitsbehörden seitens des Bundesrates liegt beim Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und den Vertretern der Regierungen der Kantone und Austragungsorte.⁹⁵ Explizit zur Bekämpfung des *Hooliganismus* wurde mit der Revision des Bundesgesetzes zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) per 1. Januar 2007 die Grundlage für eine systematische Verbesserung gelegt.⁹⁶ Ein Vorteil besteht darin, dass das neue rechtliche Instrumentarium mit demjenigen in der EU und somit auch mit dem Partnerland Österreich kompatibel ist.

NATIONALER KOORDINATIONSSTAB SCHWEIZ UND INTEGRALES LAGEBILD

Die beiden Partnerländer Schweiz und Österreich haben von Beginn an möglichst vergleichbare Strukturen in der Planungsphase etabliert. So wurden beispielsweise jeweils zehn Subteams mit verschiedenen Arbeitseinheiten eingesetzt.⁹⁷ Mit dem Übergang in die Umsetzungsphase anfangs 2007 wurde in der Schweiz der Nationale Koordinationsstab Schweiz (NAKOS.ch) eingesetzt. Hierbei handelt es sich um ein neues, in dieser Art einmaliges und nicht geübtes Koordinationsinstrument in der Schweiz. Der NAKOS.ch ist nach internationalem Vorbild entstanden und wird vom Leiter Teilprojekt Sicherheit geleitet. Die Mitglieder des interdisziplinären Koordinationsstabs NAKOS.ch rekrutieren sich aus den verschiedenen beteiligten Organisationen bei Bund, Kantonen

94 Für die Umsetzung der Massnahmen sind die Austragungsorte und Kantone (Sicherheit im öffentlichen Raum) respektive der Schweizerische Fussballverband (Sicherheit im Stadion) verantwortlich.

95 Teilprojektleitung, *Nationales Sicherheitskonzept*, S. 13.

96 Vgl. BWIS, SR 120.

97 Interview mit Martin Jäggi.

und Austragungsorten und situativ auch aus weiteren Partnern.⁹⁸ In den NAKOS.ch integriert ist zudem eine Medieninformationszentrale, womit eine Zentralisierung des Medienbereichs erreicht werden soll.⁹⁹ Eine der wesentlichen offenen Punkte liegt in der Bereitschaft der vier Spielorte (*Host cities*), die übergeordnete Koordinationsfunktion von NAKOS.ch zu akzeptieren. Hier wird sich auch zeigen, inwiefern *Lessons identified* aus dem G8-Gipfel tatsächlich konsequent umgesetzt werden und wie weit dies der (Polizei-)Föderalismus der Schweiz überhaupt zulässt.

Für die Planung und Steuerung des Einsatzes der Sicherheitskräfte ist ein umfassendes und aktualisiertes Lagebild unabdingbar, wie die Erfahrungen aus dem G8-Gipfel und dem WEF deutlich zeigen. Vor diesem Hintergrund ist zu Recht die Etablierung eines nationalen Lagezentrums in Bern geplant. Das so genannte Polizei Informations- und Koordinationszentrum (PICC) ist Teil des NAKOS.ch und wird durch das Bundesamt für Polizei (fedpol) betrieben. Dabei basiert das PICC auf bestehenden ordentlichen Strukturen des Bundeslagezentrums des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) und den im Nachrichtenverbund vorgesehenen Organen.¹⁰⁰

DIE HERAUSFORDERUNGEN BEI DER EURO 2008

Das mögliche Risiko- und Bedrohungspotential im Zusammenhang mit der EURO 2008 ist sehr breit und reicht von der allgemeinen Kriminalität über *Hooliganismus* bis zu Terrorismus.¹⁰¹ Insbesondere das Risiko im Zusammenhang mit *Hooliganismus* ist aber erst mit der Gruppenauslösung und der sich daraus ergebenden Gruppenpaarungen am 2. Dezember 2007 abzuschätzen.¹⁰² Bis dahin basiert die Vorbereitung insbesondere auf einer auf Annahmen basierten Planung. Dies bedeutet im Vergleich zu anderen Grossveranstaltungen eine zusätzliche (zeitkritische) Herausforderung.

98 Teilprojektleitung, *Nationales Sicherheitskonzept*, S. 45.

99 Ebd., S. 56.

100 Ebd., S. 45 und Interview mit Andreas Schauer.

101 Vgl. Teilprojektleitung, *Nationales Sicherheitskonzept*, S. 20-25.

102 Jäggi, *Sicherheit durch Kooperation*, S. 14.

Die so genannten *Public-viewing*-Veranstaltungen¹⁰³ werden eine Vielzahl an Besuchern in der ganzen Schweiz anziehen. Auch wenn die Erfahrungen aus der Fussballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland zeigten, dass diese öffentlichen Anlässe durchaus beruhigende Wirkung auf die Gesamtlage hatten, können diese Veranstaltungen gleichwohl zu einem Schwerpunkt des polizeilichen und nichtpolizeilichen Einsatzes werden. Die grosse Herausforderung besteht darin, dass ganztägige Programme für die Dauer der gesamten EURO 2008 geplant sind und zudem damit zu rechnen ist, dass sich bei den *Public-viewing*-Veranstaltungen unter den Besuchern auch solche befinden werden, die aus Sicherheitsgründen keine Tickets für die Spiele erhalten haben. Dieses Besucherpotenzial könnte öffentliche Plätze als Bühne für Auseinandersetzungen nutzen. Einen weiteren Aspekt des Phänomens «Masse» bilden Ansammlungen grosser Menschenmengen in den Innenstädten bei so genannten Topspielen, also bei Spielen mit einer Mobilisierung einer grossen Menge an Fans.¹⁰⁴ Schliesslich bilden Hochrisikospiele einen weiteren Kernaspekt bei der Planung der Sicherheitsmassnahmen.¹⁰⁵

Die Sicherheitsverantwortlichen müssen sich auch mit dem Szenario auseinandersetzen, dass zwei oder mehrere Ereignisse gleichzeitig eintreten. Dabei kann beispielsweise ein Ereignis in direktem Zusammenhang mit der EURO 2008 stehen (zum Beispiel Probleme mit dem *Hooliganismus*), während ein paralleles Zweitereignis in keinem Zusammenhang mit der Europameisterschaft steht (beispielsweise eine Hochwasserkatastrophe, ein grosser Erdbeben oder eine Epidemie). Solche Situationen könnten zu grösseren Problemen führen, binden sie doch möglicherweise über einen längeren Zeitraum hinweg wesentliche Teile der verfügbaren Einsatzmittel. Die Mechanismen hierfür bestehen auf Bundesebene, doch sind sie aufgrund des bisher nicht eingetretenen Falles einer grossen nationalen Krisensituation in der Praxis weitgehend ungeübt. Es stellt sich die Frage, wie gut die ordentlichen Instrumente

103 Öffentliche Veranstaltungen mit Live-Übertragungen von Fussballspielen.

104 Beispiele für solche Spiele sind etwa Begegnungen mit der Teilnahme von britischen Teams, der niederländischen oder der schwedischen Fussballnationalmannschaft.

105 Zu so genannten Hochrisikospiele werden aus Erfahrung zum Beispiel Begegnungen zwischen Deutschland und England oder Griechenland und der Türkei gezählt.

und Prozesse des nationalen Krisenmanagements auf die Bewältigung solcher Situationen vorbereitet und ausgerichtet sind.

Eine äusserst brisante Lage wäre zudem dann gegeben, wenn aufgrund der wahrgenommenen Sicherheitslage über eine Verschiebung der Anspielzeit einer Begegnung, die Nichtdurchführung eines Spiels oder sogar den Abbruch der Europameisterschaft entschieden werden müsste. Die Nichteinhaltung des vorgesehenen Spielplans oder der Abbruch der EURO 2008 würde zweifellos einen massiven Imageschaden für die Schweiz nach sich ziehen.¹⁰⁶ Hinzu tritt, dass Interessen von zwei Staaten aufeinander abgestimmt werden müssen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Einschätzung der Sicherheitslage durch die Schweiz und Österreich nicht in jedem Falle deckungsgleich ausfallen wird, was die Entscheidungsfindung gerade bei Krisensituationen vor zusätzliche Komplikationen stellen würde. Bei solchen Szenarien ist die politisch-strategische Ebene des Krisenmanagements erreicht. Es zeigt sich aber, dass gewisse Fragen des strategischen Krisenmanagements erst gegen Ende 2007 beziehungsweise anfangs 2008 in den Blickpunkt rücken werden. Ein Hauptgrund besteht darin, dass das Risikopotenzial derzeit noch zu wenig gut abschätzbar ist und zudem die Auseinandersetzung mit demselben für die Politik mit ihrer Ausrichtung auf aktuelle Problemstellungen grundsätzlich noch zu früh scheint.¹⁰⁷

IKAPOL, AUSLÄNDISCHE UNTERSTÜTZUNG UND SUBSIDIÄRER ARMEEEINSATZ

Die Schweiz will die Gewährung der Sicherheit an der EURO 2008 im Grundsatz mit eigenen Sicherheitskräften bewältigen. Im Nationalen Sicherheitskonzept wird gleichwohl deutlich darauf hingewiesen, dass in «einzelnen Bereichen [...] Unterstützung durch ausländische Kräfte indes unumgänglich [ist]»¹⁰⁸. Damit ist wiederum die Sicherheitslücke im Polizeibereich angesprochen. Es ist zudem vorgesehen, dass je nach Lage die Kantone bei nachgewiesenen ausgeschöpften eigenen Kräften gemäss IKAPOL-Vereinbarung beim Bund die Anforderung polizeilicher

106 Interview mit Andreas Schaer.

107 Ebd.

108 Teilprojektleitung, *Nationales Sicherheitskonzept*, S. 13.

Einsatzkräfte für die Verstärkung des Ordnungsdienstes aus dem Ausland beantragen können. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern in der polizeilichen Sicherheit stützt sich auf bilaterale Kooperationsabkommen.¹⁰⁹ Dabei ist insbesondere auf den notwendigen Informationsaustausch hinzuweisen, der für die Bewältigung von Grossereignissen im Rahmen einer EURO 2008 von zentraler Bedeutung ist. Auf internationaler Ebene besteht im Bereich der Sicherheit von Sportanlässen zudem eine enge Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern. So zielt etwa das auch von der Schweiz ratifizierte Europäische Übereinkommen vom 19. August 1985 über Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen von Zuschauern bei Sportanlässen auf die Harmonisierung der Sicherheitsstandards innerhalb von Europa ab. Es verpflichtet zudem die Vertragsstaaten dazu, Massnahmen zur Prävention von Gewaltakten bei Sportanlässen einzuführen und anzuwenden.¹¹⁰ Eine enge Zusammenarbeit auch auf internationaler Ebene ist unumgänglich für die Gewährung der Sicherheit während eines Grossanlasses mit den Dimensionen einer Fussballeuropameisterschaft. Deshalb werden bis zum Beginn der EURO 2008 drei Konferenzen mit den Anrainer-, Transit- und Teilnehmerstaaten durchgeführt.¹¹¹

Eine besonders hohe Bedeutung wird der Luftraumsicherung in Kooperation mit den Nachbarländern zukommen. Es steht ausser Frage, dass die Aufgaben zur Luftraumsicherung – insbesondere im Zusammenhang mit der terroristischen Bedrohung – nur noch im internationalen Verbund wahrgenommen werden können.¹¹² Während mit Frankreich¹¹³, Italien und Deutschland entsprechende Abkommen bereits

109 Ebd., S. 40.

110 Vgl. Europäisches Übereinkommen über Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen von Zuschauern bei Sportanlässen, insbesondere bei Fussballspielen. Abgeschlossen in Strassburg am 19. August 1985. Von der Bundesversammlung genehmigt am 21. Juni 1990. Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 24. September 1990. In Kraft getreten für die Schweiz am 1. November 1990 (Stand am 1. März 2005), SR 0.415.3.

111 Jäggi, *Sicherheit durch Kooperation*, S. 14.

112 Aufgrund der Kleinheit des Landes sind die Reaktionszeiten in der Schweiz sehr begrenzt. Im Weiteren können Flugzeuge, die sich nicht zu erkennen geben wollen, nur durch militärische Aufklärungsmittel erfasst werden.

113 Frankreich verfügt im Zusammenhang mit der Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft über grosses Know-how, insbesondere auch bezüglich der Kompetenzen für einen allfälligen Waffeneinsatz. Vgl. auch Luftraumsicherung, *NZZ*, 10. Mai 2007.

bestehen, konnte mit Österreich bisher noch kein Vertrag abgeschlossen werden. Trotz bestehendem Entwurf ist es zur Zeit schwierig abzuschätzen, ob ein Abkommen noch vor Beginn der EURO 2008 ausgehandelt und ratifiziert werden kann – nicht zuletzt aufgrund laufender (sicherheits-) politischer Diskussionen in Österreich (unter anderem hinsichtlich der Beschaffung von Eurofighter-Kampffjets).¹¹⁴

Da die Polizeikräfte der vier Austragungskantone sowie die vorgesehene interkantonale Unterstützung (IKAPOL-Einsätze) nicht reichen werden, um die Sicherheit des Anlasses zu gewährleisten, ist ein subsidiärer Einsatz der Armee erforderlich und rechtlich abgestützt. Der Armeeeinsatz im Assistenzdienst zugunsten der zivilen Behörden basiert auf Artikel 67 des Militärgesetzes.¹¹⁵ Dabei bieten die Strukturen der Armee, das heisst der Armee XXI, ab 2004 spezifische Vorteile, die sich anlässlich der EURO 2008 bewähren könnten. Die Armee ist schlanker und flexibler geworden, was sich vor allem in der *Task force*-Organisation manifestiert. Es sind bessere Möglichkeiten gegeben, um Eskalationssituationen örtlich und zeitlich begrenzt aufzufangen, da die einzelnen Verbände in ihrer Handlungsfähigkeit nicht mehr durch geografische Grenzen eingeschränkt sind.¹¹⁶ Die Aufgabe der Wahrung der Luftsicherheit steht durch die erwähnte praktizierte Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten und gültiger bilateraler Verträge auf einer soliden Basis. Und die bereits eingespielte Zusammenarbeit zwischen den Territorial-Regionen und den Kantonalen Territorialverbindungsstäben (KTVS) bietet ihrerseits eine gute Grundlage für die zivil-militärische Kooperation.¹¹⁷

KANTONSÜBERGREIFENDE STRUKTUREN: DAS BEISPIEL VON BASEL

Einen interessanten Ansatz im Bereich der Krisenmanagementstrukturen im Zusammenhang sowohl mit der polizeilichen als auch der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr anlässlich der EURO 2008 wei-

114 Luftraumsicherung, *NZZ*, 10. Mai 2007.

115 Vgl. Militärgesetz, Art. 67.

116 Interview mit Br Andreas Bölsterli.

117 Ebd.

sen die Kantone Baselstadt und Baselland auf.¹¹⁸ Deren Ansatz basiert auf einer – letztlich über Jahre hinweg im Alltag systematisch aufgebauten – partnerschaftlichen Kooperation, in der kantonsübergreifend von der Führung bis zur Bewältigung gemeinsam vorgegangen wird. So setzen sich im Rahmen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr Arbeitsteams aus jeweils Vertretern von beiden Halbkantonen zusammen. Zudem wurde eine interessante, möglicherweise für interkantonaies Vorgehen generell zukunftsweisende Kompetenzaufteilung für Teilbereiche definiert. Baselland übernimmt beispielsweise im kantonsübergreifenden EURO 2008-Raum die gesamte Verantwortung im Bereich Verkehr, während für die Polizeisicherheit Baselstadt die Verantwortung trägt. Der Vorteil der Übertragung von Gesamtverantwortlichkeiten über Kantonsgrenzen hinaus liegt darin, dass die operative Führung konzentriert und zentralisiert sowie die Zahl an Schnittstellen reduziert wird. Vorgesehen ist auch die Einrichtung eines gemeinsamen Lagezentrums für beide Halbkantone.¹¹⁹

Die permanenten kantonalen Krisenstäbe von Baselstadt und Baselland bleiben gleichwohl auch während der EURO 2008 in Funktion. Da nicht das gesamte Territorium der Halbkantone zum EURO 2008-Raum zählt, sind zusätzlich kleinere Kernstäbe aufgebaut worden.¹²⁰ Hier wird sich erst in der Praxis zeigen, welchen Einfluss diese geografische Trennung zwischen EURO 2008-Raum und Nicht-EURO-2008-Raum und damit die geschaffenen Parallelstrukturen für das Funktionieren des Krisenmanagements haben wird. Als Grundsatz ist auf jeden Fall festgelegt worden, dass bei einem Grossereignis im Nicht-EURO 2008-Raum demjenigen kantonalen Kernstab die Führungsverantwortung zukommt, auf dessen Hoheitsgebiet sich das Ereignis ereignet hat.

Gerade am Beispiel des partnerschaftlichen Vorgehens von Baselstadt und Baselland zeigt sich gut, wie *Lessons identified* als Grundlage zur Weiterentwicklung und Optimierung der Krisenmanagementstrukturen umgesetzt worden sind. Eine der Hauptforderungen aus dem G8-Gipfel lautete, dass eine Krisenmanagementstruktur schlank sein sollte

118 Baselstadt und Baselland sind Teil des nordwestschweizerischen Polizeikonkordats.

119 Interview vom 8. März 2007 mit Marcus Müller, Leiter Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Kanton Baselland.

120 Ebd.

und über eine klare Führung verfügen muss. Vor dem Hintergrund der *Lessons identified* aus bisherigen Grossanlässen in der Schweiz zielt die im Hinblick auf die EURO 2008 hin geplante verstärkte partnerschaftliche Komponente zwischen Baselstadt und Baselland im Bereich der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in die richtige Richtung. Sie könnte durchaus Modellcharakter nicht nur für diese Region, sondern darüber hinaus für ähnliche interkantonale Kooperationen schweizweit erhalten.

SCHLUSSWORT

Im Mittelpunkt des Artikels standen Aspekte des Krisenmanagements in der Schweiz im Zusammenhang mit Ereignissen, deren Auswirkungen von grosser Bedeutung für das Land sind. Zu solchen Einzelereignissen zählen unter anderem planbare und voraussehbare Veranstaltungen im politischen, wirtschaftlichen oder auch sportlichen Bereich. Die Argumentationslinie im Artikel orientierte sich an drei Fallbeispielen, die in diese Kategorie von Grossanlässen fallen: Der G8-Gipfel in Evian von 2003, das *World Economic Forum* von Davos sowie die bevorstehende Fussballeuropameisterschaft in der Schweiz und in Österreich.

Insbesondere in den vergangenen Jahren erfolgte im Zusammenhang mit den Strukturen des Krisenmanagements eine Anpassung sowohl auf kantonaler als auch auf Bundesebene. Hierzu bildeten Erkenntnisse und Lehren aus vergangenen Grossanlässen (insbesondere dem G8-Gipfel von Evian) eine wichtige Grundlage. Auf Stufe der Kantone sind vor allem die Schaffung der Arbeitsgruppe Gesamtschweizerische Interkantonale Polizeizusammenarbeit bei besonderen Ereignissen (AG GIP) und der Arbeitsgruppe Operationen (AG OP) zu erwähnen. Für die bessere Regelung von praktischen Problemstellungen im Zusammenhang mit der zivilen und militärischen Kooperation wurde zudem 2005 die Plattform KKJPD-VBS eingerichtet.

Auf Stufe Bund bestehen heute die strukturellen Voraussetzungen, damit der SiA BR im Krisenfall über die notwendigen Informationen und Planungen verfügt. So steht dem Bundesrat mit dem Stab SiA ein Führungsunterstützungsinstrument zur Verfügung, welches permanente

Führungsunterstützung leisten soll. Damit würden die Strukturen im Bereich der ordentlichen Lage gestärkt. Mit dem Stab SiA sollen auch die Voraussetzungen für eine verstärkte, übergeordnete und interdepartementale Kooperation geschaffen werden. Gleichwohl beinhaltet das System auf Stufe Bund auch Elemente, die einer raschen Entscheidungsfindung im Falle einer Krise entgegenstehen. So sind trotz der Schaffung von SiA BR, Stab SiA und LGSi die Entscheidungsträger vielfach noch stark dem Departementalprinzip verpflichtet. Und die Mechanismen zur Bewältigung von nationalen Krisen auf Bundesebene sind weitgehend noch nicht geübt worden, da bisher keine Krise nationalen Ausmasses eingetreten ist.

Die bisherigen Einsätze der Armee gerade auch bei Grossanlässen zeigen ihrerseits, dass die Strukturen der Armee XXI für die Erfüllung der Leistungsbedürfnisse ziviler Partner zweckmässig sind. Dazu zählen die Führungsstruktur mit dem *Task force*-Modell sowie der JOINT-Gedanke, was einen abgestimmten Teilstreitkräfte übergreifenden Einsatz begünstigt. Insgesamt bewährte sich bisher auch die Modularität des Einsatzes nach den Prinzipien der Armee. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Dienstleistung von Truppenteilen aus dem ganzen Landesgebiet unter einem territorial verankerten Kommando. Grenzen und Optimierungsbedarf bestehen allerdings weiterhin hinsichtlich der subsidiären Einsätze der Armee zur Entlastung der Polizei. So besteht eine nicht zu unterschätzende Grauzone zwischen der Ausübung des Auftrags «Objektschutz» und des Auftrags «Ordnungsdienst» (der grundsätzlich nur durch Polizeikräfte auszuführen ist). Keine absolute Garantie, aber doch eine zentrale Grundlage für die Vermeidung solcher Situationen ist die frühzeitige Festlegung klarer *Rules of engagement*. Die Sicherheitslücke aufgrund fehlender ziviler Kapazitäten wird auch in absehbarer Zukunft nur durch subsidiäre Einsätze der Armee sowie die Unterstützung ausländischer Polizeikräfte geschlossen werden können, falls keine grundlegende Modellanpassung beschlossen wird (etwa durch die Bereitstellung einer festen Reserveeinheit). Damit werden die bekannten Probleme weiter bestehen: zu geringe Anzahl an Reserveelementen, Frage der Einsatzverantwortung, eingeschränkte Flexibilität des Einsatzes derselben oder auch die zurückhaltende gegenseitige Bereitstellung kantonaler Einsatzkräfte.

Die Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten im Bereich der bevorstehenden EURO 2008 werden durch die aktuellen strukturellen Gegebenheiten des kantonalen und nationalen Krisenmanagements mit beeinflusst. Die Sicherheitsverantwortlichen der EURO 2008 können aber auch von Lehren beziehungsweise *Lessons identified* aus vergangenen Grossanlässen in der Schweiz und im Ausland profitieren. Ob es sich dabei auch um *Lessons learned* handelt, wird erst im Nachhinein, vor allem nach der Durchführung der Fussballeuropameisterschaft zu beurteilen sein. Daran wird sich auch an einem konkreten Beispiel zeigen, inwiefern *Lessons identified* tatsächlich konsequent umgesetzt werden und wie stark dies die vorhandenen föderalistischen Strukturen in der Schweiz überhaupt zulassen.

ERFOLGREICHE KRISENKOMMUNIKATION BEGINNT VOR DER KRISE

Von Matthias Holenstein und Matthias Nast, Stiftung Risiko-Dialog*

EINLEITUNG

«Die Furcht vor der Vogelgrippe nimmt zu – statt ab. Eine Flut von behördlicher Information hätte die Verwirrung im Volk dämpfen sollen. Doch bisher ist genau das Gegenteil der Fall»¹, schrieb der Tages-Anzeiger am 18. Oktober 2005. Einige Wochen später kritisierte Franz Wyss, Zentralsekretär der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), seinerseits die Medien. Diese hätten lediglich «Sensationen und viel Hysterie um wenig verbreitet.»²

Wer in der Krise kommunizieren will, hat keine leichte Aufgabe. Die Praxis zeigt, dass fast immer von der einen oder anderen Seite Kritik laut wird. Auch theoretische Grundlagen belegen, dass sich die Wirkung der Kommunikation schlecht voraussagen lässt. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interessen der verschiedenen Zielgruppen tragen ebenso dazu bei wie die Komplexität der heutigen Mediengesellschaft. Die öffentliche Debatte ist kaum steuerbar. Eine zielorientierte Kommunikation vor der Krise kann jedoch das Vertrauen in eine Behörde stärken und deren Information im Ereignisfall mehr Gewicht und Glaubwürdigkeit geben. Der Dialog über Krisen muss vor deren Eintreten geführt werden, um der Komplexität der heutigen Gesellschaft gerecht zu werden.

Der vorliegende Artikel beschreibt Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der Krisenkommunikation und geht auf die Bedeutung der Kommunikation vor der eigentlichen Krise ein. Einbezogen werden

* Die gemeinnützige Stiftung Risiko-Dialog (<http://www.risiko-dialog.ch>) forscht, berät und führt Dialoge, um die gesellschaftliche Risikokompetenz zu stärken. Die Autoren bedanken sich herzlich bei Betty Zucker, Katrin Meier, Marianne Hager und Fabrina Cerf für die Unterstützung bei der Erarbeitung dieses Artikels.

- 1 Mutter, Bettina. Verwirrung schürt Angst vor Grippe. In: *Tages-Anzeiger*, 18. Oktober 2005.
- 2 Ellner, Susanna. Stallpflicht wird nach «Hysterie» aufgehoben. In: *Tages-Anzeiger*, 8. Dezember 2005.

aktuelle sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zur Risikokommunikation sowie Wissen aus der Kommunikationsforschung für Unternehmen, das – wo sinnvoll und möglich – auf die Krisenkommunikation von Behörden übertragen wird. Der Artikel soll die Leitfäden von und für Praktiker zur Krisenkommunikation ergänzen und die dortigen Empfehlungen in einen grösseren Zusammenhang stellen. Der Fokus liegt auf der Kommunikation in sicherheitspolitischen Krisen. Solche sind heute oftmals nur im vernetzten Zusammenspiel zwischen staatlichen und privaten Akteuren zu lösen (Ausfälle von kritischen Infrastrukturen, Naturkatastrophen, Pandemien etc.) und immer stärker von kommunikativen Aspekten geprägt.³

In der Einführung (Kapitel 1) wird auf die Bedeutung der Krisenkommunikation als integraler Bestandteil des gesamten Krisenmanagements hingewiesen. Kapitel 2 stellt die Herausforderungen von Krisenkommunikation in der heutigen differenzierten Gesellschaft vor, während Kapitel 3 auf wichtige Fallstricke aus Sicht von Theorie und Praxis eingeht. In Kapitel 4 wird als Fallbeispiel die Medienrealität und Krisenkommunikation zur Vogelgrippe in die Überlegungen einbezogen. Kapitel 5 geht als Folgerung auf die zentrale Notwendigkeit der Kommunikation vor der Krise ein. Zuletzt wird in Kapitel 6 ein Fazit gezogen. Die Organisation und Gestaltung der Krisenkommunikation zwischen und innerhalb von Behörden sowie die praktische Umsetzung (Führungsprozesse, technische Kommunikationsmittel etc.) werden in diesem Artikel nicht behandelt.

1 KRISENKOMMUNIKATION ALS TEIL DER ALLGEMEINEN RISIKOKOMMUNIKATION

Krisenkommunikation umfasst die gesamte Kommunikation während eines bereits angelaufenen Störprozesses. Es geht dabei um die Überwindung dieses Störprozesses und die Herstellung des Normalzustandes. Die Krisenkommunikation ist Teil der umfassenden Risikokommunikation.

3 Siehe beispielsweise Ministry of Defence, *Strategic Trends Programs 2007-2036*, 23.01.2007. http://www.mod.uk/NR/rdonlyres/5CB29DC4-9B4A-4DFD-B363-3282BE255CE7/0/strat_trends_23jan07.pdf.

tion, die alle Phasen des Risikomanagements betrifft. Je nach Ziel und konkreter Situation gestalten sich Form und Inhalt der Kommunikation unterschiedlich. Das vorliegende Kapitel vertieft diese Definitionen und geht auf die Gestaltung der Krisenkommunikation ein.

DEFINITION VON KRISE

In der Literatur finden sich unzählige Definitionen von Krisen. Es besteht dabei fast nur Konsens, dass kein Konsens besteht. Für den vorliegenden Artikel eignet sich als Ausgangspunkt eine Definition von Weber. Er betont, dass allen Definitionsansätzen gemeinsam sei, dass die Krise einen ausserordentlichen Fall (im Gegensatz zum Normalfall) darstelle. Wie die meisten anderen Autoren bezeichnet auch Weber die Bedrohung als typisches Kennzeichen einer Krise. Eine Krise sei «[...] eine ausserordentliche Situation [...], welche die Existenz derart nachhaltig stört oder gefährdet, dass nur gezielte, auf die Umstände abgestimmte Gegenmassnahmen den bisherigen Zustand aufrechterhalten oder wieder herstellen können.»⁴ Ähnlich liest sich Krummenacher, der die Krise als Situation definiert, «[...] die nach einem abrupten Wechsel einer oder mehrerer Basisvariablen eines Systems entsteht, so dass die Erreichung bisheriger essentieller Normen und Ziele gefährdet und damit die Existenz dieses Systems in Frage gestellt wird.»⁵ Insbesondere im Unternehmensbereich hat der Begriff «Krise» in letzter Zeit eine Ausweitung erfahren. Dazu Landert: «Krisen müssen aus heutiger Sicht als Krise der Orientierung, als Verlust des Vertrauens in die Zukunft, als Erwartungsunsicherheit definiert werden.»⁶ In der Medien- und Informationsgesellschaft muss der Krisenbegriff zudem auch vermehrt kommunikationstheoretisch begriffen und begründet werden.

Eine Krise wirkt sich meist negativ aus, d.h. es sind Opfer zu beklagen, materielle Verluste hinzunehmen oder Ängste auszuhalten. Diese

4 Weber, Ph. *Krisenmanagement, Organisation, Ablauf und Hilfsmittel der Führung in Krisenlagen*. Bern, Frankfurt am Main, Las Vegas: Lang, 1980, S. 15.

5 Krummenacher, A. *Krisenmanagement: ein systemorientierter Ansatz zur Bewältigung von Unternehmenskrisen*. Zürich: Industrielle Organisation, 1981, S. 8.

6 Landert, Chantal E. *Krisenmanagement und Kommunikation im Wandel*. Diss. Universität St. Gallen. Bamberg: DIFO-DRUCK GmbH, 2003, S. 36.

Wirkungen – oder befürchteten potentiellen Wirkungen – werden von den Medien aufgegriffen, was wiederum zu einer Reaktion in der Gesellschaft führt. Diese wirkt wieder zurück auf den Auslöser resp. Akteur einer Krise. Beispielsweise wird eine Behörde kritisiert, dass sie unpassend auf die Krise reagiert habe. Das wiederum kann unter Umständen zu einer Vertrauenskrise gegenüber einer öffentlichen Institution führen.

Krisen sind zudem nicht zwingend «unerwartete (thematisch nicht vorbereitete) Bedrohungen»⁷, wie Luhmann dies postuliert. Krisen können auch «erwartet» eintreten: So wird eines Tages wieder ein Erdbeben die Region Basel treffen. Auch der Fall der Vogelgrippe entspricht nicht vollständig einer Krise im Luhmannschen Sinne. Sie tritt nicht plötzlich und überraschend in die Welt, sondern «schleicht sich heran». Wir wissen heute um das Risiko, das von einer potenziellen Mutation des H5N1-Virus ausgeht. Pandemiepläne liegen vor. Falls eines Tages die befürchtete – und von zahlreichen Experten erwartete – Krise eintritt, werden wir also nicht überrascht sein (dürfen). Dazu Viscusi: «However, the avian flu risk is slower-moving than many other types of disaster and consequently has given policy makers greater time to develop a policy response.»⁸

DEFINITION VON KRISENKOMMUNIKATION

Auch die Definitionen der Krisenkommunikation sind in der Literatur recht uneinheitlich. Es wird eher auf die Bedeutung der Kommunikation in der Krise hingewiesen, als dass diese umschrieben wird. Begrifflich wird dabei zwischen der übergeordneten Risikokommunikation und Krisenkommunikation unterschieden: Risikokommunikation umfasst den gesamten Kommunikationsprozess in allen Phasen des Risikomanagements, d.h. also vor, während und nach einem Störprozess.⁹ Die eigentliche Krisenkommunikation jedoch ist ein einzelnes

7 Luhmann, Niklas. *Öffentliche Meinung*. In: Politische Vierteljahresschrift 11, Opladen, 1970, S. 2–28, S. 12.

8 Viscusi, Kip W. Natural disaster risk: An introduction. In: *Journal of Risk und Uncertainty* (2006) 33, 1–2. S. 5–11, 10.

9 International Risk Governance Council, *White Paper on Risk Governance*. Geneva, S. 54f.

Element der Risikokommunikation während eines bereits angelaufenen Störprozesses. Es geht dabei um die Überwindung dieses Störprozesses und die Herstellung des Normalzustandes.

Aus organisationsinterner Sicht lässt sich die Krisenkommunikation (als Teil der umfassenden Risikokommunikation) im Schnittbereich von Risikomanagement und Kommunikationsmanagement beschreiben (siehe *Abbildung 1*). Auf den Aspekt des Risiko-Dialogs wird in Kapitel 5 eingegangen.

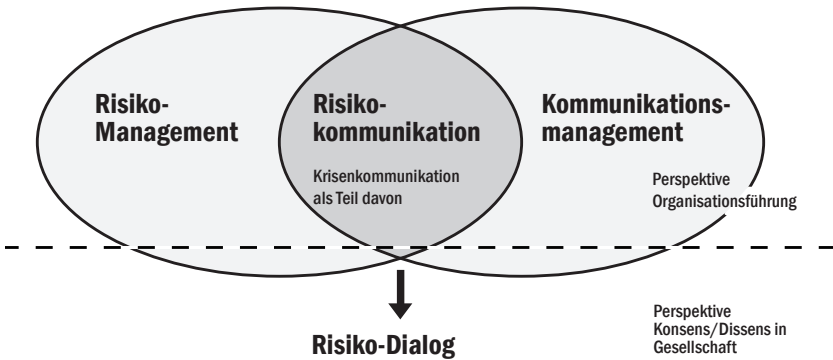


Abbildung 1: Krisenkommunikation als Teil der Risikokommunikation nach Haller

Heute sind Krisen oft komplex, mit grossen Unsicherheiten und gesellschaftlichem Konfliktpotential verbunden. Dies trifft auch auf den Fall der Vogelgrippe zu, wie sich im Folgenden zeigen wird. Bei der Vogelgrippe kommt erschwerend hinzu, dass sie neben der «Ankündigung» eine zweite Besonderheit aufweist: Sie wird in der Wahrnehmung der Bevölkerung mit den Grippewellen vermischt, die regelmässig über den Globus rollen. Jährlich erkranken weltweit Millionen Menschen an der Grippe. Jede Grippeepidemie fordert tausende Menschenleben. Trotzdem bleiben die Menschen ruhig. Sie brechen keineswegs in Panik aus. Die Grippe ist damit ein klassisches Beispiel für ein Risiko, an das sich die Menschen gewöhnt und das sie in ihren Alltag eingebaut haben. Dieser Aspekt stellt sehr hohe Anforderungen an die Krisenkommuni-

kation. Um im Ereignisfall glaubwürdig sowie handlungsfähig zu bleiben beziehungsweise sich mehrere Handlungsoptionen offen zu halten, sind in solchen Fällen dialogische und präventive Risikokommunikations-Massnahmen gefragt.

KRISENKOMMUNIKATION VON BEHÖRDEN

Der vorliegende Artikel fokussiert auf Behörden, die speziell für das Krisenmanagement zuständig sind (Alarmorganisationen, Krisenstäbe) oder denen im Krisenfall bestimmte Aufgaben zukommen (z.B. Bundesamt für Gesundheit). Diese Behörden haben im Vergleich zu Unternehmen einen Vorteil: Sie sind (zumindest teilweise) kulturell und mental eher auf Krisen ausgerichtet. Krisen sind ihr «daily business», was ihnen auch die kommunikative Bewältigung erleichtert. Zudem verfügen sie über einen weiteren entscheidenden Vorteil: Die betroffenen Institutionen werden beispielsweise bei einer Pandemie oder einem natürlichen Erdbeben kaum für die Ursache der Krise verantwortlich gemacht. Die Schuldfrage und die «Moral» der Organisation stehen im Vergleich zu den «profitorientierten» Unternehmen weniger im Zentrum. Dauert eine Krise allerdings an und/oder wird diese mangelhaft bewältigt, geraten die entsprechenden Organisationen ebenso von Medien und Öffentlichkeit unter Beschuss wie Unternehmen, die dem Wettbewerb ausgesetzt sind.

VERSCHIEDENE ZIELE VON KRISENKOMMUNIKATION

Wie die Krisenkommunikation konkret ausgestaltet werden soll, hängt stark von der Art der Krise und deren Verlauf ab. Generell sind vor einer Krise dialogische Massnahmen sowie der Aufbau eines gewissen Grundvertrauens zentrale Elemente der Kommunikation. Während der akuten Krise hingegen treten andere Aspekte wie Alarmierung, Kom-

munikation von konkreten Verhaltensanweisungen etc. in den Vordergrund. Folgende Typen der Krisenkommunikation können unterschieden werden:

Typ der Kommunikation	Ziel / Zweck	Art
1. Informationsvermittlung zu möglichen Krisen	Präventive Kommunikation, um z.B. Verhaltensmassnahmen bekannt zu machen und Vertrauen aufzubauen	Einweg und dialogisch vom Sender an breite/mit breite Öffentlichkeit
2. Dialog über mögliche Krisen	Dialog, um Wissen zu generieren, die Kompetenz im Umgang mit Krisen zu steigern und brisante Themen frühzeitig zu erkennen	Dialogisch zwischen Interessensvertretern und der Bevölkerung
3. Alarmierung	Aufmerksamkeit für akute Gefahren schaffen resp. Informationen vermitteln	Einweg vom Sender an die Betroffenen
4. Verhaltensinformationen im Krisenfall	Kurz und prägnant die Betroffenen über adäquate Verhaltensweisen informieren	Einweg vom Sender an die Betroffenen
5. Hintergrundinformationen zu einer Krise (zeitlich weniger dringend)	Breitere Information zur aktuellen Krise	Einweg vom Sender an die Betroffenen und breiter an Interessierte
6. Diskussion über die Legitimität der getroffenen Massnahmen und mögliche Folgen	Gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Krise, Positionierung der Akteure sowie Lernen aus der Krise	Dialogisch zwischen Interessensvertretern und der Bevölkerung

Klassischerweise fokussiert Krisenkommunikation nur auf die Kommunikationstypen 3–5. Dies wird jedoch der heutigen Bedeutung der Kommunikation vor und nach der Krise nicht gerecht. Die Grundlage für den Erfolg der Krisenkommunikation im engeren Sinn bilden die Informationsvermittlung und die dialogische Auseinandersetzung im Vorfeld der Krise.

2 HERAUSFORDERUNGEN DER HEUTIGEN KRISENKOMMUNIKATION

Dem Praktiker fallen tausend Herausforderungen für die konkrete Krisenkommunikation ein: Von der Auswahl der richtigen Zielgruppen über das Formulieren von Kernbotschaften bis hin zum wirkungsvollen Auftritt vor den Medien. Das vorliegende Kapitel geht auf drei grundlegende Rahmenbedingungen ein, welche die heutige Krisenkommunikation prägen.¹⁰ Sie leiten sich aus der Erkenntnis ab, dass sowohl Krisen als auch Risiken Wahrnehmungsphänomene sind, die im Verhältnis zum eigentlichen Anlass ein Eigenleben entwickeln. Entscheidend ist somit, wie 1) eine Krise von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, 2) die Medien das Thema aufgreifen und 3) mit der Komplexität und Nicht-Kontrollierbarkeit der Wirkung von Kommunikation und öffentlichen Debatten umgegangen wird.

UNTERSCHIEDLICHE BLICKWINKEL AUF RISIKEN UND KRISEN

Risiken und damit verbundene Krisen können auf unterschiedlichen Ebenen betrachtet werden. Haller¹¹ entwickelte dazu ein Drei-Ebenen-Modell gesellschaftlicher Risikowahrnehmung und Risikokommunikation (siehe *Abbildung 2*).

10 Landert, Chantal E. *Krisenmanagement und Kommunikation im Wandel*.

11 Vgl. z.B. Haller, Matthias. *Erübrigt sich angesichts der Globalisierung der Risiko-Dialog?* In: Gomez, Peter/Müller-Stewens, Günter/Rüegg-Stürm, Johannes (Hrsg.). *Entwicklungsperspektiven einer integrierten Managementlehre: Forschungsgespräche aus Anlass der 100-Jahr-Feier der Universität St. Gallen, 18-19. Juni 1998*. Bern: Haupt, 1999, S. 73-120.

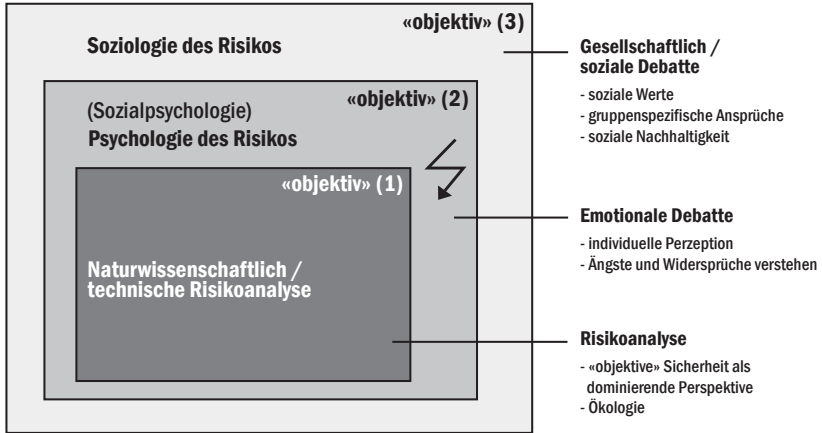


Abbildung 2: 3-Ebenen-Modell gesellschaftlicher Risikowahrnehmung und Risikokommunikation nach Haller

Auf der ersten Ebene beschreibt das Modell *naturwissenschaftlich-technische Aspekte* von Krisen. Hier geht es um technische Erklärungen zum Ereignis und um Argumentationen mit Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenerwartungen. Wie wahrscheinlich ist die Mutation des H5N1-Virus? Wie gefährlich wäre der neue Grippestamm? Diese naturwissenschaftliche Bewertung reicht aber offensichtlich nicht aus, um die Reaktion der Menschen abzubilden. Auf der zweiten, der *psychologischen Ebene* wird zusätzlich das individuelle Verhalten betrachtet, welches stark durch die Wahrnehmung der Krisensituation geprägt ist. Ausschlaggebend dabei sind Faktoren wie die direkte Betroffenheit von einer Krise, die Möglichkeit, weiteren Folgen der Krise auszuweichen, die Assoziationen, welche die Krise auslöst (z.B. die Verknüpfung der jährlichen Vogelzüge mit der Stallpflicht für Geflügel), der Überraschungswert einer Krise, die Reversibilität von Schäden (gibt es Todesopfer?) und wie die Folgen sinnlich wahrgenommen werden können. Ängste und Hoffnungen spielen als Emotionalitäten eine bedeutende Rolle. All diese Elemente basieren auch auf persönlichen Erfahrungen und dem Austausch mit dem direkten kommunikativen Umfeld. Auf der dritten Ebene finden sich schliesslich *soziologisch-objektive Betrachtungen*. Hier wird die Frage gestellt, wie Krisen in der Gesellschaft auf-

genommen werden, wie damit umgegangen wird und welche (Bewertungs-)Konflikte daraus entstehen können, aber auch wie Rituale von Schuldzuweisungen ablaufen.

Neben diesen drei Ebenen gilt es zu berücksichtigen, dass sich die heutige Gesellschaft gemäss Luhmann in verschiedene Teilsysteme ausdifferenziert hat. Sie sind geprägt von verschiedenen Wertsystemen und folgen jeweils ihren eigenen, spezifischen Logiken. Daher müssen sie auch in der Kommunikation unterschieden werden (zielgruppen- oder akteurspezifische Krisenkommunikation). Beispiele solcher Subsysteme sind die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Politik, Nicht-Regierungsorganisationen, Medien etc. Diese Teilsysteme interagieren untereinander, woraus Konflikte und gegenseitige Zuschreibungen von Eigenschaften entstehen können. Behörden bilden ebenfalls ein solches Subsystem und sind nicht frei von Eigeninteressen. Die Logik der Behörden verlangt die Aufklärung der Bevölkerung über die «wahren» Ursachen der Krise. Zugleich sind die Behörden an der Erhaltung ihres guten Rufs interessiert sowie an den eigenen personellen und finanziellen Ressourcen hinsichtlich der nächsten Budgetrunde.

Für die Krisenkommunikation ist es somit nicht nur zentral, zu wissen, auf welcher Ebene kommuniziert wird, sondern auch, dass verschiedene Teilsysteme resp. Akteurgruppen aufgrund ihrer ungleichen Logiken unterschiedliche Ebenen bevorzugen und damit ihre je spezifischen Bewertungen einbringen. Ein einfaches Beispiel: Mit technischen Experten, die nicht direkt betroffen sind, kann über Wahrscheinlichkeiten von langfristigen Gesundheitsschäden, beispielsweise denen der Vogelgrippe, gesprochen werden. Bei besorgten Betroffenen steht das Wohl der eigenen Familienmitglieder im Zentrum. Diese Differenzierung macht die Krisenkommunikation aufwändiger, aber auch wirkungsvoller.

MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT

Nolens volens gilt es anzuerkennen, dass der Umgang mit den Medien ein zentrales Element der Krisenkommunikation ist. Jede Person wird bewusst oder unbewusst von der medialen Realität beeinflusst. Vor allem die Macht der Bilder ist nicht zu unterschätzen. Die heutigen

(Massen-)Medien wirken insbesondere als Verstärker, indem sie Themen auch kontrovers aufgreifen und diese der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Die Logik der Medien kann über die Nachrichtenwerttheorie beschrieben werden. Der Nachrichtenwert entscheidet als ein Einflussfaktor, welche Nachricht in den Medien erscheint, d.h. ob eine Information berichtenswert ist, in welchem Umfang und in welcher Aufmachung die Nachricht erscheint und ob diese in der Prime Time gesendet bzw. auf der Titelseite publiziert wird.

Für die Krisenberichterstattung sind die am häufigsten zutreffenden Nachrichtenwerte «Bedeutsamkeit», «Überraschung», «Personalisierung» und «Negativismus». In anderen Worten: Je grösser das Ausmass einer Krise ist und je mehr persönliche Betroffenheit sie auslöst, desto eher wird das Thema von den Medien aufgegriffen (Bedeutsamkeit). Kommt eine Krise überraschend, ist ihr Nachrichtenwert hoch. Hier spielen Erwartungen eine grosse Rolle: Ist eine Gesellschaft auf eine Krise vorbereitet, ist der Nachrichtenwert tendenziell geringer. Heute sind Einzelfälle der Vogelgrippe kaum mehr eine Nachricht wert.

Bei der Personalisierung geht es darum, ob und wie eine Krise durch das Schicksal oder Handeln einer – möglichst bekannten – Persönlichkeit geprägt ist. Würde etwa ein Staatsoberhaupt an der Vogelgrippe erkranken, wäre dem Virus eine enorme mediale Aufmerksamkeit sicher. Schlüsselpersonen können aber auch Auslöser einer Krise sein. Dies trifft vor allem für Skandale zu, die einer bestimmten Person zugeschrieben werden. Gleichzeitig sind Schlüsselpersonen bei der kommunikativen Bewältigung einer Krise von grosser Wichtigkeit, da Hoffnung und auch Vertrauen auf sie als Person projiziert werden. Der letzte wichtige Nachrichtenwert für Krisen ist deren Negativität. Je mehr es um Tod, Krankheit und Zerstörung geht, desto attraktiver ist das Thema für die Medien. Über Chancen wird kaum berichtet.

Weiter ist davon auszugehen, dass die (Massen-)Medien im Sinne der Agenda-Setting-Theorie¹² in der Gesellschaft definieren können, welche

12 Jarren, Ottfried/Bonfadelli, Heinz (Hrsg.). *Einführung in die Publizistikwissenschaft*. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt, 2001, S. 390f.

Themen in der Öffentlichkeit als relevant wahrgenommen werden¹³, also worüber Menschen eher nachdenken. Die Medien reduzieren in ihrer Berichterstattung die Vielfalt möglicher Ereignisse einerseits über Nachrichtenfaktoren und Nachrichtenwerte, andererseits durch Gatekeeper-Prozesse, d.h. über Auswahlprozesse durch die Kommunikatoren. Damit konstruieren die Medien eine öffentliche Agenda als Medienrealität, welche gemäss der Agenda-Setting-Theorie von den Rezipienten als soziale Wirklichkeit übernommen wird. Dabei ist der Agenda-Setting-Effekt bei direkt erfahrbaren Themen (lokale Ereignisse wie Hochwasser) geringer als bei Themen, die nicht persönlich erlebt werden (Kriege im Ausland, Tsunami). Unterschiede zeigen sich diesbezüglich auch bei der Art des Mediums: Die Fernseh-Berichterstattung hat einen eher kurzfristigen Scheinwerfer-Effekt, während die Berichterstattung der Printmedien zu langfristigem Agenda-Setting führt.

Entscheidend für Erfolg oder Misserfolg der Krisenkommunikation ist auch die richtige Dosis «Information». Das sei am Beispiel der Vogelgrippe illustriert: Wie oben ausgeführt, wird eine solche Krise «erwartet»; gleichzeitig hat sich die Bevölkerung an das herkömmliche Grippe-Virus «gewöhnt». Die Behörden – und hier vor allem die Gesundheitsbehörden – stehen deshalb vor einem Kommunikationsproblem. Dazu Sandman und Lenard: «So it's hard for officials to know how aggressively to sound the alarm. They don't want to be accused of needlessly frightening the public. They also don't want to be accused – later – of leaving the public underprepared for a disaster.»¹⁴ Fakt ist: Allzu zurückhaltende Information wird überhört, zu laute hingegen kann übertriebene Ängste oder sogar Panik auslösen. Nicht von ungefähr hat sich die WHO früh mit dramatischen Appellen an die Medien, die Öffentlichkeit und die Mitgliedsstaaten gewandt, um auf die Gefahren, die von der Vogelgrippe ausgehen, aufmerksam zu machen. Sandman und Lenard legen Wert auf die Aussage: «Don't be afraid to frighten people». Über die Appelle der WHO schreiben sie weiter: «Un-

13 Bonfadelli, Heinz. Medienwirkungsforschung I. *Grundlagen und theoretische Perspektiven*. Konstanz: UVK Medien, 1999, S. 223f.

14 Sandman, Peter M./Lenard, Jody. Bird Flu: Communicating the Risk. In: *Perspectives in Health* Vol. 10, No. 2 (2005), S. 2–9, S. 3.

til a pandemic begins, there's little chance we'll scare people too much.»¹⁵ Denn: «If and when a pandemic begins, people who have had time to get used to the idea are likelier to understand their risks, follow official advice, and take an active role in protecting themselves.»¹⁶ Die frühe und umfassende Information der Bevölkerung kann indessen auch ins Gegenteil umschlagen. Denn die relativ kurze Aufmerksamkeitsspanne der Medienkonsumenten setzt der Wirkung von Risiko- und Krisenkommunikation enge Grenzen. Der durchschnittliche TV-Zuschauer, die durchschnittliche Zeitungsleserin interessiert sich nur während einer beschränkten Zeitspanne für ein bestimmtes Thema. Das kann unter Umständen dazu führen, dass bei Eintritt der Krise die Bevölkerung nicht erwartungsgemäss reagiert. Ende 2005 schrieb A. Pollack in der *New York Times*: «**There's so much expectation for it [avian flu] to develop into a pandemic that if it does not in the next year or two it's quite possible you would see a backlash like the 1976 experience**», said Dr Taubenberger [referring to a predicted epidemic of swine fever among humans in the US in 1976, a prediction that did not come true]. **What I fear is that people would make the conclusion, falsely, that influenza is not such an important public health problem.**»¹⁷

Es sei hier auch auf die zunehmende Bedeutung und Wirkung der neuen internetgestützten Kommunikationsmittel wie Newsticker, News-Sites sowie interaktive Foren oder Blogs für die Krisenkommunikation hingewiesen. Sie ergänzen klassische Kommunikations- und Medienformen, und die Informationen verbreiten sich schneller. Innert kürzester Zeit sind sie weltweit verfügbar. Sie weisen beispielsweise schnell auf Widersprüche in der Kommunikation oder im Verhalten hin und können damit die Glaubwürdigkeit von Organisationen rasch in Frage stellen. Jenseits eingespielter Kommunikationskanäle hat sich in den letzten Jahren damit eine Kommunikationsform etabliert, die noch schwieriger zu beeinflussen ist als die traditionellen Medienprodukte. Das eröffnet allerdings auch die Chance, die Resonanz bei den Emp-

15 Ebd., S. 4.

16 Ebd., S. 3.

17 Pollack, A. zit in: Nerlich, Brigitte/Hallyday, Christopher. Avian flu: the creation of expectations in the interplay between science and media. In: *Sociology of Health & Illness* Vol. 29, No. 1 (2007), S. 46–65, S. 57.

fängern von Krisenkommunikation früh zu erkennen, indem beispielsweise ein systematisches Monitoring dieser Medien auf dem Internet betrieben wird.

Kurzum: Für die Krisenkommunikation gilt es, alle diese Faktoren zu kennen, um abschätzen zu können, mit welchen Medienreaktionen zu rechnen ist und wie die eigene Kommunikation gestaltet werden soll. Die Bedeutung der etablierten Massenmedien und des Internets nimmt zu, während gleichzeitig die direkte Behördeninformation an die Bevölkerung zunehmend kritisch hinterfragt wird oder weniger Aufmerksamkeit erhält.

KOMPLEXITÄT UND NICHT-KONTROLLIERBARKEIT

Die Komplexität der heutigen Gesellschaft nimmt aus mehreren Gründen zu. Ein bereits erwähntes Element ist die zunehmende Segregierung der Gesellschaft in Teilsysteme, aber auch zwischen Jung und Alt oder zwischen technophoben und technophilen Personengruppen (vgl. Peter Sloterdijk). Dies führt zu unterschiedlichen Bewertungen von Technologien und deren Folgen. So können Kernenergie sowie die damit verbundenen Risiken und potenziellen Krisen als Lösungsansätze für Energie- und Klimafragen betrachtet werden, aber auch als unverantwortliche Bedrohung. Die Aversionen gegenüber Risiken sowie die Wahrnehmung der Folgen von Krisen sind von Mensch zu Mensch verschieden. Angesichts der zunehmenden Individualisierung und der damit verbundenen Entsolidarisierung in der Gesellschaft steht in einer Krise vermehrt das Wohl des Einzelnen im Vordergrund. Leistungen für das Gemeinwesen, wie das erfolgreiche Abwenden eines Störfalls, treten in den Hintergrund, wenn einzelne Personen zu Schaden gekommen sind. Einzelschicksale können den (medialen) Verlauf einer Krise stark prägen. Zudem nehmen Technologisierung und Globalisierung einen immer grösseren Platz im alltäglichen Leben ein. Wir sind vom Funktionieren von Technologien abhängig, und schon der Gedanke an ein Blackout beispielsweise der Stromversorgung kann verunsichern. Allein die Vermutung, dass eine Technologie Gesundheitsschäden mit sich bringen könnte, lässt sogenannte Phantomrisiken entstehen, wie beispielsweise die Diskussion um den «Elektrosmog». Diese Phantom-

risiken können jedoch Emotionen auslösen, welche die menschliche Wahrnehmung und somit schliesslich auch das reale Verhalten prägen.

Ohne die einzelnen Prozesse einer modernen vernetzten Wirtschaft oder die naturwissenschaftlichen Grundlagen einer Technologie zu verstehen, werden wir mit ihren Entwicklungen und Folgen konfrontiert. Wie gross sind die Risiken beispielsweise einer Pandemie wirklich? «Wirklich» – jenseits der oft als «Propaganda» empfundenen Information. Was wären die Folgen für die Wirtschaft? Als Einzelner können wir es nicht wissen und müssen auf Experten vertrauen. Aber auch diese gelten heute nicht mehr als a priori glaubwürdig, unter anderem infolge der zunehmenden Drittmittelfinanzierungen und der «Experteninflation» in den Medien.

Diese Komplexität der modernen Gesellschaft führt dazu, dass die Wirkung von Kommunikation und die Dynamik einer öffentlichen Debatte kaum vorherzusagen, geschweige denn zu kontrollieren sind. Wie Taylor treffend formuliert: «Ironically, given what we now know about complex systems, controlling the crisis situation may well be impossible: Chaos theory implies that events have a life and logic of their own; there is limited room for intervention [...] The impossibility of predicting all of the possible narratives that may be publicly told by various stakeholders in the wake of a crisis further calls into question the value of the much-lauded [...] crisis communication plan. Moreover, given the impossibility of controlling communication in midcrisis, it seems impractical if not unethical to keep insisting that managers must regain control. Advising executives (or potential future executives) to focus on achieving the impossible may only exacerbate what is already a highly stressful and difficult situation for most organizational employees.»¹⁸ Anders gesagt: Der Glaube an die vollständige Kontrollierbarkeit der Krisenkommunikation macht deren Anwendung nur noch schwieriger.

18 Tyler, Lisa. Towards a postmodern understanding of crisis communication. In: *Public Relations Review* 31 (2005), S. 566–571.

3 FALLSTRICKE DER KRISENKOMMUNIKATION

Eine erfolgreiche Krisenkommunikation kann angesichts der oben skizzierten Komplexität nicht mit wenigen einfachen Grundsätzen garantiert werden. Auf Basis vieler Autoren¹⁹ und Praktiker lassen sich jedoch einige Fallstricke der Krisenkommunikation benennen, die in der Umkehrung einen Misserfolg wahrscheinlich machen. Sie sind auf jeden Fall zu vermeiden und betreffen sowohl die Gestaltung des Kommunikationsprozesses als auch deren Inhalt.

Fehlt das Verständnis für die Dynamik einer Krise und werden mögliche kommunikative Reaktionen seitens beteiligter Interessengruppen nur mangelhaft einbezogen, kann der Krisenkommunikationsprozess nicht angemessen gestaltet werden. Folgende Fragen stehen deshalb am Beginn der Krisenkommunikation und müssen kritisch geklärt werden: Wo liegen die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Interessengruppen? Was könnte (kommunikativ) im worst case passieren? Was wären mögliche Reaktionen der Behörden oder der Politik?

Da die Dauer einer Krise schwierig abzuschätzen ist, darf die Kommunikation nicht plötzlich abreißen. Es nützt wenig, wenn zwar im ersten Moment adäquat reagiert wird, später aber keine Ressourcen mehr vorhanden sind, um die Kontinuität und die Anschlussfähigkeit in der Kommunikation aufrechtzuerhalten. Ein sorgfältig aufgebauter Vertrauensbonus ist schnell verspielt, wenn keine Nachfolgekommunikation betrieben wird und somit der «rote Faden» in der Öffentlichkeit abreisst. Wie schon bei den Nachrichtenwerten erwähnt, ist die Sichtbarkeit von Schlüsselpersonen mit vertrauten Gesichtern zentral. Die Absenz des BAG-Direktors in der ersten Arena-Sendung vom 14. Oktober 2005 zur Vogelgrippe wurde reihum kritisiert. Man fragt sich: Nehmen die Behörden das Thema ernst genug?

Den Emotionen kann in der Krisenkommunikation kaum genug Beachtung geschenkt werden. Krisen können Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Reine so genannte sachliche Information mit dem

19 Vgl. dazu: Schulz, Jürgen. *Management von Risiko- und Krisenkommunikation – zur Bestandserhaltung und Anschlussfähigkeit von Kommunikationssystemen*. Diss. Humboldt-Universität. Berlin, 2000; und Knill, Marcus. *Krisenkommunikation und Medien*. 03.05.2003. <http://www.rhetorik.ch/Krisenkommunikation/Krisenkommunikation.html>.

Charme von Statistiken oder Appelle an die Vernunft werden als Mangel an Einfühlungsvermögen interpretiert. Mann und Frau fühlen sich nicht verstanden- und/oder gehört. Zweifel am ethischen und moralischen Verhalten auch von Behörden können aufkommen. Der Aufbau einer Vertrauensbeziehung hilft, auch in solch schwierigen Situationen bei aller gegebenen Distanz eine gewisse Nähe zu den Betroffenen herzustellen und Sorgen zu erkennen. Kurz: Die Menschen fühlen sich ernst genommen.

Ist die Kommunikation unklar und inkonsistent, werden die Adressaten unter Umständen misstrauisch und stellen die Aufrichtigkeit der Kommunikationsverantwortlichen in Frage. Das wiederum ist äusserst schädlich für die Glaubwürdigkeit. Denn wer sagt, dass er alles im Griff hat, zu keiner Zeit Gefahr für Umwelt und Menschen bestand oder Sicherheit garantiert, wirkt heute unglaubwürdig. Alle wissen, dass es keine 100%ige Sicherheit gibt. Unsicherheiten können und sollen deshalb offen angesprochen werden. Im Weiteren sind die Hintergründe von getroffenen Entscheiden zu erläutern, und es soll aufgezeigt werden, wie die eigene Organisation (weiter) mit der Krise umgeht. Zudem soll immer auch erklärt werden, was der Einzelne im Krisenfall tun kann. Denn eigene Handlungsmöglichkeiten verringern in der Wahrnehmung den Schrecken, der von Krisen ausgeht.

Auch wer den Worten keine Taten folgen lässt oder gemachte Versprechungen nicht einhält, stolpert über einen Fallstrick der Krisenkommunikation. Denn wer etwas verspricht, wird mit Argusaugen beobachtet, ob er seine Versprechen auch einhält. Falls einmal etwas schief läuft, muss dies offen deklariert werden. Als einer der schlimmsten Kommunikationsfehler gilt jedoch, Inkonsistenz zwischen den Botschaften und/oder den Taten. Wer einmal A sagt und dann B tut, wirkt weder kompetent noch glaubwürdig. Beim folgenden Fallbeispiel der Vogelgrippe kommt hinzu, dass verschiedene Behörden unterschiedliche und damit inkonsistente Beurteilungen äusserten.

Wie mit diesen Fallstricken umgegangen wird, hängt stark mit den diskutierten Rahmenbedingungen der Krisenkommunikation (siehe Kapitel 2) zusammen. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, welche Art von Krisenkommunikation mit welchem Zweck betrieben werden soll: Geht es um Alarmierung, Hintergrundinformation oder Legitimierung von

Massnahmen? Weiter ist die Frage zu beantworten, ob die Vermittlung von Wissen im Vordergrund steht oder die persönliche Wahrnehmung der Betroffenen angesprochen werden soll. Kritisch zu prüfen ist zudem, wie die aktuelle Medienrealität aussieht. Wo steht die öffentliche Diskussion und welches ist das Image der eigenen Institution? Letztlich muss sich jeder Kommunikator bewusst machen, welche Erwartungen er an die Wirkung der Kommunikation angesichts der Komplexität der heutigen Gesellschaft stellt.

Die in diesem Kapitel gemachten Überlegungen gelten nicht nur im Fall der Krisenkommunikation, sondern lassen sich – wenn auch mit anderem Fokus – auf die allgemeine Risikokommunikation übertragen. Meist steht dort mehr Zeit zur Verfügung, doch das Geschehen ist oftmals stärker von Konflikten zwischen den Akteuren geprägt. Umgekehrt gesagt: In der Krise kann auch Solidarität entstehen, die für die Kommunikation genutzt werden kann.

In der Krisenkommunikation kann eine Vielzahl von Fehlern gemacht werden. Umso mehr muss hier nochmals der Vertrauensaufbau vor der Krise betont werden (siehe Kapitel 5). Fehler können auch dann noch passieren, doch werden ihre Folgen möglicherweise weniger heftig sein, wenn die Krisenkommunikation auf dem Nährboden des Vertrauens aufbauen kann.

4 DAS FALLBEISPIEL VOGELGRIPPE

Experten befassen sich intensiv mit dem Risiko einer Pandemie. Das Thema wird auch von den Medien aufgrund des hohen Nachrichtenswertes prominent aufgenommen. Insbesondere die Vogelgrippe beschäftigt die Öffentlichkeit. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie Medien und Behörden diese potentielle Krise zu bewältigen versuchen.

DIE VOGELGRIPPE ALS MEDIENEREIGNIS

Nachdem die Vogelgrippe am 14. Februar 2006 die deutsche Insel Rügen erreicht hatte und daraufhin unzählige Kameraleute tote Schwäne filmten und Journalisten aus aller Welt Geflügelhalter interviewen wollten, gerieten die Medien ins Schussfeld der Kritik. Sie wurden pauschal der Übertreibung bezichtigt. In seinem Beitrag für die Deutsche Welle lässt Dennis Stute zahlreiche Kritiker zu Wort kommen²⁰, so zum Beispiel Willy Streitz von der Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel: «Die Medien sind derzeit vom Vogelgrippevirus befallen – sie sind kränker als die Vögel.» Stephan Russ-Mohl, Direktor des Europäischen Journalismus-Observatoriums (EJO) in Lugano, gibt zu bedenken: «Auch die seriösen Medien sind unter dem sehr starken Einfluss der Boulevard-Medien gezwungen, Dinge aufzuplustern, welche die Leute in Angst und Schrecken versetzen, obwohl dazu überhaupt kein Anlass besteht.» Unabhängig von der Qualität sei es Teil des Problems, so Russ-Mohl weiter, wenn etwa die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» der Vogelgrippe mehrere Seiten widme: «Durch die schiere Quantität gewinnt das Thema in der Wahrnehmung des Publikums an Bedeutung.» Weiter weist er auf die Bildsprache hin, die oft das Gegenteil von dem nahe lege, was in den Artikeln steht: «Es wurden millionenfach Bilder von Menschen in Schutzanzügen gedruckt – und damit suggeriert, dass eine grosse Ansteckungsgefahr besteht.» Winfried Göpfert, Experte für Wissenschaftsjournalismus an der Freien Universität Berlin, weist auf einen weiteren heiklen Punkt hin, nämlich auf den Begriffswirrwarr. Es sei keineswegs nur in Boulevardzeitungen zu beobachten gewesen, dass nicht zwischen einer potentiellen Pandemiegefahr und dem Vordringen der Geflügelpest unterschieden wurde.

Die Lust nach der Sensation ist zweifellos eine wichtige Triebfeder im Medienbereich. Denn nicht nur «Sex sells». Auch Angstthemen können den Verkauf ankurbeln. Doch stimmen die oben genannten pauschalen Urteile tatsächlich? Bettina Böse kommt in ihrer 2006 durchgeführten Studie zur publizistischen Qualität der Berichterstattung über die Vogelgrippe zu einem differenzierten Schluss: Die Resultate ihrer

20 Stute, Dennis. *Aufbauschen und zuspitzen – die Vogelgrippe in den Medien*. In: Deutsche Welle, 23. März 2006. <http://www.deutsche-welle.de/dw/article/0,2144,1913433,00.html>.

Untersuchung der drei Abonnementszeitungen «Welt», «Tagesspiegel» und «Berliner Zeitung» und der drei Boulevardzeitungen, «Bild», «B.Z.» und «Berliner Kurier» zeigen, dass zwar keine der untersuchten Tageszeitungen alle gestellten Kriterien an eine gute Vogelgrippe-Berichterstattung erfüllte. Oftmals komme Sensation vor Information, sogar bei den Abonnementzeitungen. Trotzdem hätten die Abonnementszeitungen insgesamt den besseren Gesamteindruck gemacht, allen voran der «Tagesspiegel», gefolgt von der «Welt» und – schon mit deutlichem Abstand – der «Berliner Zeitung». Fazit: Die Leser der Abonnementzeitungen werden zwar nicht ausreichend informiert. In der Regel können sie aufgrund der Qualität der Berichterstattung das Risiko der Vogelgrippe aber durchaus richtig einschätzen.²¹ Auch Sonja Platt kommt in ihrer Analyse der Informationsleistung von ausgewählten Nachrichtensendungen im deutschen Fernsehen («Tagesschau», «Tagesthemen», «W wie wissen» von ARD und «nano» von 3-Sat) zu dem Ergebnis, dass zwar gewisse Defizite in der Berichterstattung über die Vogelgrippe nicht von der Hand zu weisen seien. Alles in allem sei die Informationsleistung aber zufrieden stellend und nicht fehlerhaft, übertrieben oder sensationalistisch.²²

Nach der Logik der Nachrichtenwert-Theorie und im Sinn der Agenda-Setting-Theorie wirken die (Massen-)Medien auf die Medienkonsumenten ein und bestimmen, bei welchen Themen es sich lohnt, nachzudenken und vor allem, wie darüber nachzudenken sei. Die Medienberichterstattung übt also einen entscheidenden Einfluss auf die Risikowahrnehmung der Bevölkerung aus.²³ Margraf weist in diesem

21 Böse, Bettina. *Der sterbende Schwan als Medienkatastrophe. Die Berichterstattung über Vogelgrippe zwischen Information und Sensation. Eine Untersuchung der publizistischen Qualität in Boulevard- und Abonnementzeitungen.* Forschungsbericht, Freie Universität Berlin. Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, 2007. http://www.kommwiss.fu-berlin.de/fileadmin/user_upload/wissjour/boese-art.pdf.

22 Platt, Sonja. *Vogelgrippe im Fernsehen – der schmale Grat zwischen Objektivität und Panikmache. Die Informationsleistung von Nachrichtensendungen im Vergleich zu Wissenschaftsmagazinen.* Forschungsbericht, Freie Universität Berlin, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, März 2007. http://www.kommwiss.fu-berlin.de/fileadmin/user_upload/wissjour/fobe-platt.pdf.

23 Vgl.: Margraf, Jürgen. Die Vögel und die Furcht. In: *Uni Nova., Wissenschaftsmagazin der Universität Basel 104 (2006)*, November, S. 9–10, S. 10.

Zusammenhang auf einen bemerkenswerten Umstand hin: Erst kürzlich habe der Begriff «Vogelgrippe» das alte Wort «Geflügelpest» ersetzt und damit Neuheit und gleichzeitig nahe Gefahr suggeriert, da Vögel allgegenwärtig seien und man sich somit kaum dagegen schützen könne.²⁴ An dieser Stelle ist allerdings einzuschränken, dass die Medien nicht ausschliesslich für Übertreibungen, Sensationsmeldungen und das Schüren von Ängsten verantwortlich sind. Denn nachdem sie ein neues Thema aufgegriffen haben, sind Journalisten auf Informationen, Tatsachen, Expertenmeinungen und Erlebnisberichte von Betroffenen angewiesen. Befragt von den Medien, geben sich Wissenschaftler, Behördenvertreter und der vom Stallzwang betroffene Bauer oftmals emotional und unkritisch. Zudem sind auch Experten und Behördenvertreter nicht immer frei von Interessen oder durch und durch sachlich.

DIE RISIKO- UND KRISENKOMMUNIKATION DER SCHWEIZER MEDIEN UND BEHÖRDEN

Dass die behördliche Risiko- und Krisenkommunikation nicht immer fehlerfrei klappt, zeigte die strategische Führungsübung vom Januar 2005 («Schweinegrippe-Pandemie») – bevor die Vogelgrippe zum medialen Ereignis wurde. Deren Auswertung hat im Kommunikationsbereich zahlreiche Mängel aufgedeckt. Gemäss Schlussbericht sei der Kommunikationsprozess mit der Bevölkerung und den Medien «ungenügend» gewesen, es habe eine – von der Fachgruppe Medien gewünschte – politische Leitfigur gefehlt, die als «Mister Influenza» vor die Medien hätte treten können. Zudem habe die Zusammenarbeit zwischen den Bundesämtern und der Informationsaustausch mit den Kantonen und den Nachbarländern zu wünschen übrig gelassen.²⁵

Mit dem Heranrücken der Vogelgrippe sahen sich die Behörden ab der zweiten Hälfte des Jahres 2005 dann mit einem realen Risiko konfrontiert – einem Risiko, das sich zu einer echten Krise auszuweiten drohte (und immer noch droht).

24 Ebd.

25 Strategische Führungsausbildung (Hrsg.). Führungsübung 2005: *Epidemie in der Schweiz, Schlussbericht*. Schweizerische Bundeskanzlei, 2005.

Die involvierten Bundesbehörden – allen voran das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) – intensivierten ihre Kommunikationsanstrengungen. Dabei kam es allerdings zu einem unerwünschten Effekt. Den Behörden gelang es nicht, dass die Empfänger klar zwischen der drohenden klassischen Geflügelpest und der für die Menschen bedrohlichen Grippe-Pandemie unterschieden. Das führte in der Bevölkerung zu Unruhe, stiftete Verwirrung und zeigt den erwähnten Einfluss von Inkonsistenz. Ferner preschten Regierungs- und Behördenvertreter, aber auch Experten mit eigenen Meinungen vor, die von den Medien übernommen, verstärkt und verbreitet wurden. Als Beispiel sei an dieser Stelle ein Artikel aus dem Tages-Anzeiger vom 29. Oktober 2005 erwähnt. Darin wird BAG-Direktor Zeltner folgendermassen zitiert: «[Er] betonte gestern, eine Pandemie drohe «unverändert», doch bei der Vorsorge seien die Kantone derzeit «nicht alle gleich weit». Zeltner findet es darum wichtig und richtig, dass praktisch alle Kantone und Kantonsspitäler Reserven des Grippemittels Tamiflu haben». Das, so der Tages-Anzeiger weiter, sei bei der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) jedoch auf Widerspruch gestossen. GDK-Generalsekretär Franz Wyss richtete sich wie folgt an die kantonalen und nationalen Behörden: «Es herrscht eine chaotische Situation in Bezug auf Massnahmen des Bundes und der Kantone in den Bereichen Grippeimpfung, Vogelgrippe und allfällige Pandemie». Die GDK wünsche, dass «die Kommunikation über Sonderaktionen einzelner Kantone» zu unterlassen sei. Solche seien «mit der Gefahr verbunden, dass die Verunsicherung in der Bevölkerung noch erhöht wird». Im gleichen Zeitungsartikel erfahren nun die Leserinnen und Leser, dass ein anderes Mitglied der GDK, der Walliser Gesundheitsdirektor Thomas Burgener, dies genau umgekehrt sah. Er habe aus der Bevölkerung sehr positive Reaktionen zu seiner aktuellen Informationsoffensive über die Walliser Pandemievorsorge erhalten (der Kanton hatte 15 000 Packungen Tamiflu, 1 Million Gesichtsmasken und genügend Handschuhe eingekauft): Nicht seine Kommunikation sei verunsichernd, «sondern das unkoordinierte Auftreten der diversen Instanzen

auf Bundesebene. Und nichts anderes.»²⁶ Solche Informationen wirken auf die Bevölkerung zweifellos irritierend und können ihr Vertrauen in die Behörden untergraben.

Auch mit ihrer Information rund um die Stallpflicht lösten die Behörden zeitweilig Verwirrung aus: **Bundesrat Pasqual Couchpin rügte die Hysterie rund um die Vogelgrippe.** BAG-Direktor Thomas Zeltner stellte fest, dass die Freilandhaltung von Hühnern in der Schweiz, gestützt auf eigene Risikobeurteilung, vorerst nicht eingeschränkt werde.²⁷ Doch keine Woche später wurde das Schweizer Geflügel in die Ställe gesperrt. Das bewog NZZ-online zu folgender Bemerkung: «Noch vor Wochenfrist verkündeten die Schweizer Bundesbehörden, dass das Freilaufverbot für Hühner und Gänse kein Thema sei, solange nicht in den unmittelbaren Nachbarländern das Virus H5N1 nachgewiesen werde. Und Bundesrat Couchpin warnte die Bevölkerung vor hysterischen Überreaktionen. Offenbar ist die eigene Warnung in Bern nicht angekommen. Anders lässt sich die Stallverfügung für das einheimische Geflügel nicht erklären.»²⁸

BVET-Direktor Hans Wyss, der andernorts nicht verhehlt hat, dass er persönlich auf den Stallzwang verzichtet hätte, als BVET-Chef aber handeln musste,²⁹ übte sich in Selbstkritik: Auch ihm sei es nicht gelungen, zu klären, wo die Gefahr für das Huhn und wo die Gefahr für den Menschen liege. Die Behörden hätten wohl ein «Grundproblem zu lösen: «Wir reden von einer Tierseuche. Aber viele tun so, als würde in der Schweiz demnächst der erste Mensch angesteckt.»³⁰

Auch in den elektronischen Medien überzeugten die Behördenvertreter im Herbst 2005 nicht immer. In der Sendung «Arena» vom Schweizer Fernsehen vom 14. Oktober 2005 beging BAG-Direktor Thomas Zeltner einen bedeutenden Fauxpas in der Risiko- und Krisenkommunikation. Das Medieninteresse an der Vogelgrippe war derzeit

26 Mutter, Bettina. Gesundheitsdirektoren uneins über Grippe-Information. In: *Tages-Anzeiger*, 29. Oktober 2005.

27 Vanoni, Bruno. Vogelgrippe: Couchepin rügt «Hysterie». In: *Tages-Anzeiger*, 20. Oktober 2005.

28 uhg: Wenn die Hysterie regiert. In: *NZZ-online*, 21. Oktober 2005. <http://www.nzz.ch/2005/10/21/il/newzzEF2CGKTE-12.html>.

29 Mutter, Bettina. Bundesrat lässt Hühner einsperren. In: *Tages-Anzeiger*, 22. Oktober 2005.

30 Mutter, Bettina. Verwirrung schürt Angst vor Grippe.

sehr gross. Die Risikokommunikation wäre deshalb Chefsache gewesen (Personalisierung). Zeltner schickte aber seine Stellvertreterin vor. Was BAG-Vizedirektorin Flavia Schlegel in der Sendung sagte, respektive was ein Journalist daraus machte, war am 16. Oktober 2005 im *Sonntagsblick* zu lesen: «Alles im Griff. Alles unter Kontrolle. Alles kein Problem. Der Haken dabei: Das Volk glaubt es ihr nicht.»³¹ Auf die Kritik von Kommunikationsfachmann Marcus Knill an Flavia Schlegel antwortete BAG-Sprecherin Christina Hertig ungeschickt mit: «Wir sind noch gar nicht in einer Krise».³² Mit dieser Aussage verabschiedete sich die Sprecherin endgültig von der Krisenkommunikation und eröffnete eine «Krise der Kommunikation».

EIN ZWISCHENFAZIT: WIDERSPRÜCHLICHE KOMMUNIKATION ALS KERNPROBLEM

Gerade weil die Bevölkerung verunsichert ist, möchte sie durch kohärente Information und wissenschaftlich abgesichertes Wissen Sicherheit erlangen. Wie im Fallbeispiel gezeigt, scheint dies im Herbst 2005 weder Behörden, Medien noch Forschern abschliessend gelungen zu sein. Die Kommunikation der Behörden zur Vogelgrippe war oft widersprüchlich, was zur Verwirrung der Bevölkerung beitrug. Insbesondere gelang es nicht, zwischen der Geflügelpest und einer potentiellen Grippe-Pandemie zu unterscheiden. Zugleich wurde verpasst, während der Phase der Risikokommunikation die für den echten Krisenfall so wichtige Vertrauensbasis zu schaffen (siehe Kapitel 5). Den Medien ihrerseits ging es oft lediglich darum, Fehler und Versäumnisse der Behörden zu kritisieren, anstatt deren Arbeit zu unterstützen.

Grundsätzlich bleibt allerdings ein Dilemma bestehen. Wie oben erwähnt, kann gemäss Sandman und Lanard ein Zuviel an Berichterstattung aber auch durchaus legitim sein. So stellt auch Franz Wyss, GDK-Zentralsekretär, bei aller Kritik fest, dass die vielen Schlagzeilen zur Vogelgrippe auch etwas Positives bewirkt hätten: «Nun befasst man

31 Brotz, Sandro. Killer-Virus. Gesucht: Madame oder Mister Vogelgrippe. In: *Sonntagsblick*, 16. Oktober 2005.

32 Mutter, Bettina. Verwirrung schürt Angst vor Grippe.

sich energischer mit der Erarbeitung von Pandemieplänen.»³³ Die NZZ ihrerseits macht wie folgt auf das Problem aufmerksam, vor welchem die Medien angesichts einer drohenden Krise stehen: «Wenn die Medien nicht warnen und der Katastrophenfall eintritt, wird man ihnen ebenfalls Versagen vorwerfen. Niemand kennt die Zukunft. Im Nachhinein wird man immer klüger sein.»³⁴

Angesichts der kurzen Aufmerksamkeitsspanne der Medienkonsumenten ist dies durchaus auch als Warnung zu verstehen. Denn in letzter Zeit ist es um die Vogelgrippe ruhiger geworden. Es besteht nun die Gefahr, dass der Rückgang der behördlichen Kommunikation und der medialen Berichterstattung von der Bevölkerung fälschlicherweise als Entwarnung interpretiert wird.

5 CHANCEN DER RISIKOKOMMUNIKATION VOR DER KRISE NUTZEN

Nach dem Grundsatz «Nach der Krise ist vor der Krise»³⁵ soll in diesem Kapitel auf die Chancen eingegangen werden, welche die Kommunikation über Risiken und Krisen vor einem Ereignis bietet. Dabei stehen zwei Aspekte im Vordergrund: Der Aufbau von Vertrauen und das Lernen aus erfolgter Kommunikation.

MIT DIALOG ÜBER RISIKEN DIE BASIS FÜR VERTRAUEN SCHAFFEN

Wissensvermittlung ist ein wichtiges Element der Krisenkommunikation. Doch wie kann erreicht werden, dass die Empfänger der Information den Absender für glaubwürdig halten und ihre Entscheide und ihr Verhalten entsprechend gestalten? Als ein wesentlicher Faktor hat sich in den vergangenen Jahren sowohl in der Theorie als auch in der

33 Zit. in Ellner, Susanna. Stallpflicht wird nach «Hysterie» aufgehoben. In: *Tages-Anzeiger*, 8. Dezember 2005.

34 ras. Live von der Viren-Front. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 21. Oktober 2005.

35 Carrel, Laurent F. *Leadership in Krisen – Ein Handbuch für die Praxis*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2004.

Praxis das Konzept «Vertrauen» durchgesetzt³⁶. Gemäss Luhmann ermöglicht Vertrauen eine notwendige Reduktion von Komplexität in der heutigen Gesellschaft. Vertrauen ermöglicht es, auch ohne Bearbeitung aller vorliegenden Informationen Entscheide zu fällen und so das Leben zu meistern. Für die hier gemachten Überlegungen ist das soziale (im Gegensatz zum interpersonellen) Vertrauen interessant. Dabei beruht das Institutionsvertrauen weniger auf persönlichen Interaktionen, sondern «auf deren Wahrnehmung und Bewertung spezifischer Performance»³⁷. Neben den (medial vermittelten) Erfahrungen, beispielsweise mit einer Behörde, spielen die Übereinstimmung in den Wertvollstellungen und eine persönliche Disposition zum Vertrauen allgemein entscheidend mit.

Vertrauen lässt sich nicht nach dem Motto «Vertrauen Sie uns» einfordern. Es bedingt vielmehr einen kontinuierlichen Aufbau über einen längeren Zeitraum hinweg. Zudem kann Vertrauen nicht direkt erzeugt werden. Es können jedoch Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Entstehen von Vertrauen begünstigen. Der Verlust des Vertrauens in eine Institution kann hingegen gerade in einer Krise sehr schnell erfolgen, wenn beispielsweise das Symbolhafte einer vertrauenswürdigen Behörde durch eine aufgedeckte Unstimmigkeit ins Wanken gerät. Doch welche Faktoren bestimmen das Vertrauen, das in einem Krisenfall die Krisenkommunikation stark prägen kann? In Anlehnung an Baumgärtner sind es primär:

- Glaubwürdigkeit und Kompetenz als Eigenschaften, die einer Person resp. hier einer Institution zugeschrieben werden
- Konsistenz in den einzelnen Informationen als auch zwischen Information und Handlung
- Offenheit und Transparenz, vor allem in Bezug auf die Prozesse im Umgang mit Krisen

36 Vgl. Lyon, Lisa/ Cameron, Glen T. A Relational Approach Examining the Interplay of Prior Reputation and Immediate Response to a Crisis. *Journal of Public Relations Research*, Vol. 16 (2004), No. 3, S. 213-241. Baumgärtner, Risiko- und Krisenkommunikation, S. 368f.

37 Baumgärtner, Risiko- und Krisenkommunikation, S. 371.

- Personale Kommunikation, da Vertrauen stark durch die Beziehung zu einer einzelnen Person geprägt ist
- Verständlichkeit und adäquate Sprache in der Kommunikation
- Wahrhaftigkeit und gute Absicht mit Verzicht auf Verschweigen von Informationen und Klarstellung der eigenen Position
- Sensibler Umgang mit Anspruchsgruppen, um deren Bedürfnisse zu erkennen und zu respektieren.

Für die Krisenkommunikation ist zentral: Der Vertrauensaufbau muss vor der Krise erfolgen. Tritt der Krisenfall ein, gilt es, das Vertrauen zu bewahren und kein Misstrauen aufkommen zu lassen. In der Krisenkommunikation soll lange vor einem Ereignis auf mögliche Risiken und Krisen eingegangen werden. Ereignisse wie die Vogelgrippe zeigen deutlich, wie wichtig dies ist. Gelingt es, vor einer Krise in einen Dialog mit verschiedenen Interessengruppen zu treten, bringt dies verschiedene Vorteile mit sich. Erstens wird das Vertrauen in die Akteure verstärkt, was erfahrungsgemäss in der Krise trägt. Es kann so eher davon ausgegangen werden, dass Informationen als glaubwürdig erachtet und Handlungsempfehlungen aufgenommen werden. Zweitens sind die Wahrnehmung von Krisen bei den Interessengruppen und damit verbundene Emotionalitäten bei den kommunizierenden Institutionen besser bekannt. Damit kann kommunikativ gezielter auf Bedürfnisse eingegangen werden. Drittens können mögliche Betroffene sich mit einer Krise auseinandersetzen und sich so zumindest mental darauf vorbereiten. Sie werden damit im Ereignisfall weniger überrascht sein. Viertens können im gewissen Rahmen verschiedene Kommunikationsstrategien getestet werden. Schliesslich wird durch diesen Dialog fünftens die Früherkennung von Schlüsselthemen oder Reizwörtern in der öffentlichen Debatte ermöglicht, sodass zeitgerecht darauf reagiert werden kann und Krisen weniger überraschend zuschlagen (Früherkennung).

In Kapitel 4 wurden die Krisenkommunikation und die Medienrealität im Fall der Vogelgrippe betrachtet. Das Fallbeispiel zeigt die Komplexität der Krisenkommunikation. Beispielsweise sind in der Bevölkerung noch immer viele Unsicherheiten in Bezug auf die zu erwar-

tenden Schäden vorhanden. Diese sind im Vergleich dazu bei anderen Ereignissen wie einem Flugzeugabsturz klarer. Teilweise blieb zudem die Unsicherheit, ob sich die Schweiz damals in einem «ungefährlichen» Zustand befand oder ob die Pandemie nur noch eine Frage der Zeit sei. Solche Unsicherheiten gilt es durch die Krisenkommunikation zu überwinden. Gerade deshalb muss es das Ziel der Behörden sein, im Vorfeld Glaubwürdigkeit und das Vertrauen aufzubauen, dass die Verantwortlichen ihre Aufgabe gut machen. Offenbar ist es nicht abschliessend gelungen, dieses Vertrauen vor dem Herbst 2005 aufzubauen oder es zu halten. Mehr Konsistenz in den Aussagen zwischen einzelnen Exponenten würde jedoch dazu beitragen. Bereits diskutiert wurde zudem die Wichtigkeit von Schlüsselpersonen in der Kommunikation und die grosse Bedeutung von Emotionen, die es zu berücksichtigen gilt.

Vogelgrippe und Pandemie sind Themen, die in der Agenda der Medien gesetzt sind. Dies kann genutzt werden, um aktiv über den Stand der Vorbereitungen der Behörden zu kommunizieren, bevor die eigentliche Krise eintritt. Wie sensibel das Thema allerdings ist, zeigen die jüngsten Reaktionen der Bevölkerung auf die Empfehlung zum Kauf von Schutzmasken. Wie und noch vielmehr wogegen die Schutzmasken helfen, ist ein ungeklärter Punkt, der die breite Bevölkerung beschäftigt. Durch den Dialog mit Interessengruppen können auf allen Seiten Fragen geklärt und heikle Punkte erkannt werden. Diese Kommunikation vor der Krise benötigt zwar Zeit und Kontinuität, aber dieser frühe Vertrauensaufbau lohnt sich später im Krisenfall.

Damit ist klar: Moderne Krisenkommunikation beginnt mit dem Dialog über Risiken lange vor der eigentlichen Krise. Dies trifft insbesondere auf Krisen zu, die mit komplexen Systemen und verteilten Verantwortlichkeiten (z.B. kritische Infrastrukturen) und einem hohen Grad an Unwissenheit verbunden sind. Die Erfahrung aus anderen Risikobereichen, beispielsweise im Umgang mit neuen Technologien wie pervasive computing, zeigt zudem, dass sich solche Risiko-Dialoge lohnen. Konflikte in der Öffentlichkeit haben dadurch ein geringeres Mobilisierungspotenzial, und es kann gegenseitiges Verständnis aufgebaut werden. Dass die Kommunikation vor der Krise auch im sicherheitspolitischen Kontext an Bedeutung gewinnt, zeigen zudem etwa die Kommunikationsbemühungen im Pandemieplan. Sie sollen, wie oben dar-

gestellt, vor der Krise eine informierte und sensibilisierte Öffentlichkeit und Vertrauen in die zuständigen Institutionen schaffen.

LERNEN AUS DER KRISE: EVALUATION DER KOMMUNIKATION

Fast jeder Ratgeber zur Krisenkommunikation weist auf die Wichtigkeit des Trainings hin. Neben der reinen Medienausbildung ermöglichen beispielweise Simulation Games und Übungen das Wechselspiel verschiedener Kommunikationsstrategien zu testen. Doch neben diesen Trainings gilt es auch, die Lehren aus echten Fällen und Übungen aufzuarbeiten, um daraus zu lernen. Eine systematische und zukunftsorientierte Evaluation der Krisenkommunikation kann der jeweiligen Organisation Feedbacks zur Aussenwahrnehmung geben, Impulse zur Gestaltung der Kommunikation liefern und den kontinuierlichen Verbesserungsprozess unterstützen. Kernelemente einer solchen Evaluation müssen sein:³⁸

- Evaluation gemäss theorie- und praxisgestützten Kriterien und Einbezug der Innen- und Aussensicht
- Einsatz verschiedener methodischer Elemente wie Interviews und Medienanalysen, um die verschiedenen Aspekte der Kommunikation zu erfassen.
- Möglichkeit und Bereitschaft, Erkenntnisse wieder in die Organisation einfliessen zu lassen.

Genauso wie das Krisenmanagement allgemein oder die dortige Führungs- und Stabsarbeit in After Action Reviews analysiert werden, soll dies mit der Krisenkommunikation durch eine klare Evaluation geschehen. Denn aus Erfahrung lernt man, auch wenn keine allgemeingültigen Patentrezepte abgeleitet werden können. Erkenntnisse aus Führungsübungen zur Pandemie und Erfahrungen aus den BSE-Vorfällen

38 Vgl. auch Kasperson, Jeanne X./Kasperson, Roger E., *The Social Contours of Risk*. London: Earthscan, 2005, S. 51f.

waren solche Elemente einer Evaluation der Krisenkommunikation, die für den aktuellen Pandemieplan genutzt werden. Für solche Lessons learned sind auch Analysen der Medien und das Abfragen von Wirkung der Kommunikation beim Empfänger zentral. Dies ist eine permanente Aufgabe, da sich öffentliche Debatten und Risikowahrnehmungen dynamisch entwickeln können und sich damit die kommunikativen Realitäten verändern.

6 FAZIT

Krisenkommunikation ist ein zentraler Erfolgsfaktor eines modernen Krisenmanagements. Jede Krise hat ihre eigenen Dynamiken und Fallstricke. Die Komplexität und letztlich die Nicht-Steuerbarkeit der öffentlichen Kommunikation in einer Krise hat verschiedene Ursachen: Krisen werden unterschiedlich wahrgenommen. Menschliches Handeln ist stark von Emotionen geprägt. Medien folgen in der Kommunikation einer eigenen Logik, die von Nachrichtenwerten geprägt ist. Welche Themen in der Öffentlichkeit als wichtig erachtet werden, hängt stark von Agenda-Setting-Prozessen ab.

Die Chancen eines aktiven Dialogs über Risiken vor der Krise sind zu nutzen, um Bedürfnisse der Akteure und brisante Themen in der Öffentlichkeit frühzeitig zu erkennen. Vor allem aber kann damit kontinuierlich Vertrauen zwischen den Akteuren aufgebaut werden. Dies trägt in der Krise und stärkt die Glaubwürdigkeit von Behörden, beispielsweise bei der Kommunikation von Massnahmen. Einfache, allumfassende Patentrezepte für die Krisenkommunikation gibt es nicht, auch wenn solche oft so postuliert werden à la «7 ways to heaven». Mit dem Bewusstsein für Fallstricke lassen sich jedoch Fehler vermeiden. Auch hier hilft Vertrauen, damit nicht gleich beim ersten Fehler, der unweigerlich passieren wird, die gesamte Behörde als Institution und damit auch ihre Aussagen in Frage gestellt werden. Die erfolgte Krisenkommunikation ist zudem systematisch zu evaluieren und mittels Training zu stärken. Dies tönt selbstverständlich. Die Realität sieht jedoch oft anders aus. Die Risikokommunikation ist für den Erfolg des Krisenmanagements nie zu unterschätzen. Gerade im Pandemiefall ist klar: Die nächste Welle kommt bestimmt.

PROJEKTE DER FORSCHUNGSSTELLE

AUF DEN PUNKT GEBRACHT: DIE «CSS ANALYSEN ZUR SICHERHEITSPOLITIK»

von Daniel Möckli

Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien – viele Akteure unserer Gesellschaft sind in ihrer Arbeit auf vertiefte Kenntnisse weltpolitischer Trends angewiesen. Aufgrund der Komplexität internationaler Zusammenhänge, der heutigen Informationsflut und der knappen Zeitbudgets ist ein sachgerechtes Verständnis der relevanten politischen Themen und Diskussionen aber zu einer zunehmenden Herausforderung geworden.

Dem Bedürfnis nach kompakten und prägnanten strategischen Analysen sucht die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik (Center for Security Studies, CSS) mit einer neuen Publikationsreihe zu entsprechen. Die „CSS Analysen zur Sicherheitspolitik“ bieten einen konzisen Überblick über aktuelle welt- und sicherheitspolitische Entwicklungen. Monatlich werden jeweils zwei Themen behandelt, illustriert mit Graphiken, Tabellen und Fotos. Die Analysen erörtern Hintergründe, Ursachen und Folgen von zentralen Ereignissen und Trends und legen die wesentlichen Streitpunkte und verschiedenen Positionen in Konflikten und sicherheitspolitischen Kontroversen dar. Sie sind als Brücke zwischen wissenschaftlicher Forschung und der Praxis der Sicherheitspolitik konzipiert und sollen für Interessierte eine Grundlage für die weiterführende Bearbeitung der jeweiligen Thematik darstellen.

Die CSS Analysen decken im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs ein breites Spektrum von Themen ab. Behandelt werden beispielsweise Krisenregionen wie der Nahe und Mittlere Osten; globale Herausforderungen wie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder der Klimawandel als Konfliktursache; Machtverschiebungen im internationalen System; sogenannte „neue“ Risiken wie Bioterrorismus oder Angriffe auf kritische Infrastrukturen; die Aussen- und Sicherheitspolitik einzelner Staaten; die Rolle internationaler Organisationen wie der Nato, der Uno und der EU; oder etwa die Bedeutung nichtstaatlicher Akteure in der Sicherheitspolitik.

BISHER ERSCHIENENE NUMMERN DER CSS ANALYSEN

- Nr.16: Kritische Infrastrukturen: Verwundbarkeiten und Schutzkonzepte
- Nr.15: Was will Russland? Ambitionen und Grenzen einer Grossmacht
- Nr.14: Deutsche Verteidigungspolitik: Kontinuität und Wandel
- Nr.13: Die illegale Drogenwirtschaft im Fokus der Sicherheitspolitik
- Nr.12: US-Raketenabwehr: Eine strategische Herausforderung für Europa
- Nr.11: Afghanistans schwierige Stabilisierung
- Nr.10: Die EU und die Transformation europäischer Sicherheit
- Nr.9: Vor dem Statusentscheid: Kosovo zwischen neuer Gewalt und labilem Frieden
- Nr.8: Der Aufstieg Chinas: Regionale und globale Machtverschiebungen
- Nr.7: Uno-Friedensoperationen im Wandel
- Nr.6: Der Privatsektor als neuer Akteur der Sicherheitspolitik
- Nr.5: Biorisiken: Schutz vor Pandemie und Bioterrorismus
- Nr.4: Baustelle Bündnis: Die NATO nach dem Gipfel von Riga
- Nr.3: Nach der Baker-Kommission: Wie weiter im Irak?
- Nr.2: Brennpunkt Energiesicherheit: Erdölverknappung und die Folgen
- Nr.1: Irans nukleare Ambitionen: Welche Optionen für den Westen?

Auch wenn der Schwerpunkt der CSS Analysen in der Regel auf den internationalen Entwicklungen liegt, wird immer auch die Bedeutung dieser Entwicklungen für die Schweiz erörtert. Damit soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die häufig von innenpolitischen Parametern ge-

prägte Debatte in der Schweiz bezüglich aussen- und sicherheitspolitischer Interessen und Positionen vermehrt in den Kontext der internationalen Bedrohungslage und des europäischen Sicherheitsumfelds zu stellen. Die CSS Analysen wollen in diesem Sinne zur Entstehung einer strategischen Kultur in der Schweiz beitragen.

Die CSS Analysen werden von Experten des Center for Security Studies verfasst und erscheinen jeweils am ersten Mittwoch des Monats. Sie sind gratis und werden in deutscher, französischer und englischer Sprache veröffentlicht. Die CSS Analysen sind als elektronische Publikation verfügbar und können auf folgenden Webseiten des CSS heruntergeladen werden:

Deutsche und französische Version:

Netzwerk schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik
(Swiss Foreign and Security Policy Network, SSN):
www.ssn.ethz.ch

Englische Version:

International Relations and Security Network (ISN):
www.isn.ethz.ch

Bei beiden Webseiten können sich Interessenten in eine Mailingliste eintragen, um so regelmässig über die neuen Nummern der CSS Analysen informiert zu werden.

KONTAKT

Daniel Möckli, Editor CSS Analysen

Center for Security Studies
ETH Zürich
Weinbergstrasse 11
CH-8092 Zürich
Tel: +41 (0)44 632 78 70
Email: analysen@sipo.gess.ethz.ch

FRIEDENSPOLITIK IST SICHERHEITSPOLITIK – STUDIE ZUR ZIVILEN FRIEDENSFÖRDERUNG DER SCHWEIZ

von *Christiane Callsen*

Die zivile Friedensförderung der Schweiz ist im vergangenen Jahrzehnt konzeptionell aufgewertet, institutionell verankert und über einen vierjährigen Rahmenkredit finanziell gesichert worden. Eine Studie der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich hat nun im Auftrag des Zentrums für Analyse und prospektive Studien des EDA (ZAPS) die zivile Friedensförderung der Schweiz auf der Basis eines Vergleichs mit den entsprechenden Aktivitäten Deutschlands, Kanadas, Norwegens und Schwedens analysiert. Im vorliegenden Artikel wird nach einem kurzen Abriss der internationalen Entwicklung die Studie kurz vorgestellt und eine Auswahl der Handlungsempfehlungen erläutert. Die gesamte Studie steht online zur Verfügung.¹

WARUM FRIEDENSFÖRDERUNG?

Aufgrund des seit dem Ende des Kalten Krieges geografisch und inhaltlich erweiterten Risikospektrums haben sich im euro-atlantischen Raum die gemeinsame Stabilisierung von Krisenherden und die Bewältigung globaler Sicherheitsfragen zu zentralen Elementen sicherheitspolitischer Strategien herausgebildet. Seit den 1990er Jahren finden gewaltsame Auseinandersetzungen häufig in Ländern statt, die von Bürgerkriegen zerrissen sind und deren lokale und regionale Institutionen sich als unfähig erweisen, frühzeitig einzugreifen und eine nachhaltige Lösungsfindung zu unterstützen. Mit dem Zerfall der UdSSR und des jugoslawischen Bundesstaates brachen ethnische Konflikte an der europäischen Peripherie aus, die zu hohen Opferzahlen führten. Das

1 Wenger, Andreas, Victor Mauer, Stefano Bruno, Christiane Callsen und Daniel Trachsler. *Zivile Friedensförderung als Tätigkeitsfeld der Aussenpolitik: Eine vergleichende Studie anhand von fünf Ländern*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, 2006. <http://www.css.ethz.ch/publications/workingpapers/> oder <http://www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?id=26680>.

Debakel verschiedener Uno-Missionen zu Beginn der 1990er Jahre sowie die humanitäre Katastrophe in Ruanda von 1994 trugen entscheidend dazu bei, dass erstens die militärische Friedensförderung auf die neuen Rahmenbedingungen der Friedenssicherung ausgerichtet wurde und zweitens der Gedanke der Prävention und der Einsatz ziviler Mittel eine markante Bedeutungszunahme erfuhren.² Gerade auch kleinere und mittlere Staaten haben in der Folge begonnen, im Bereich der zivilen Friedensförderung substantielle Beiträge zu leisten. Neben der Gewährleistung der eigenen Sicherheitsinteressen ist dieses Engagement auch auf den seit dem Ende des Kalten Krieges erheblich ausgeweiteten aussenpolitischen Handlungsspielraum zurückzuführen, der sich heute für eine nachhaltige Konfliktbearbeitung nutzen lässt. Das friedenspolitische Engagement erlaubt zudem eine aussenpolitische Profilierung, die sich insbesondere kleinere und mittlere Staaten zunutze machen, um innerhalb der Staatengemeinschaft Visibilität zu erreichen und so den eigenen Wirkungsgrad zu erweitern.

HANDLUNGSOPTIONEN FÜR DIE SCHWEIZ

Auch die Schweiz hat auf diese Entwicklung reagiert. In den vergangenen Jahren ist es ihr gelungen, sowohl namhafte Beiträge im Bereich der Fazilitations- und Vermittlungsdienste zu leisten als auch diplomatische Initiativen zur internationalen Politikformulierung und Normbildung zu lancieren und zu unterstützen. Angesichts des länder-spezifischen Ausdifferenzierungsprozesses der Ziele und Mittel im Bereich der Friedensförderung suchte die vorliegende Studie ungenutztes Potential zu eruieren und Anhaltspunkte für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu formulieren. Mit der Gegenüberstellung der konzeptionellen Ausrichtung, institutionellen Anbindung und operationellen Stossrichtung der zivilen Friedensförderung Deutschlands,

2 Trachsler, Daniel. Zivile Friedensförderung: Chance für die Schweiz? In: Spillmann, Kurt R. und Andreas Wenger (Hrsg.). *Bulletin 2002 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, 2002, 63–96; Wenger, Andreas, Victor Mauer und Dominik Schwerzmann. *Die Schweiz und friedensunterstützende Operationen: Trends, Chancen, Herausforderungen*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, 2003.

Kanadas, Norwegens, Schwedens und der Schweiz schafft die Studie eine Diskussionsgrundlage für Massnahmen, um die zivile Friedensförderung innerhalb der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik besser zu verankern und konsequenter auf die Entwicklungen des internationalen Systems auszurichten. Vier zentrale Erkenntnisse der insgesamt acht abgegebenen Empfehlungen sollen im folgenden kurz erläutert werden.

1) LANGFRISTIGE SICHERUNG UND ERHÖHUNG DES ENGAGEMENTS

Angesichts der zunehmenden Nachfrage nach Angeboten im Bereich der zivilen Friedensförderung weltweit empfiehlt die Studie dem Bund die langfristige Sicherung und den Ausbau seines Engagements. Die Verabschiedung des ersten Rahmenkredits für Massnahmen zur zivilen Friedensförderung 2003 (Laufzeit 2004–2007) war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Bei der kommenden Debatte über den Rahmenkredit 2008–2011 wird das Parlament gefordert sein, einen moderaten Ausbau der finanziellen Basis der zivilen Friedensförderung mitzutragen. Die Studie belegt, dass sämtliche untersuchten Staaten die zivile Friedensförderung als Bestandteil ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik substantiell aufgewertet und in den vergangenen Jahren die personellen und finanziellen Ressourcen für diesen Politikbereich tendenziell erhöht haben. Dieser Ausbau ist vor dem Hintergrund der allgemeinen Sparmassnahmen im öffentlichen Bereich bemerkenswert. Kanada hat 2005 die für die zivile Friedensförderung bestehenden Mittel für die kommenden fünf Jahre mit der Lancierung des *Global Peace and Security Fund* signifikant aufgestockt. Auch in Norwegen steigen die Ausgaben für Frieden, Wiederversöhnung und Demokratieförderung seit mehreren Jahren kontinuierlich an. Gerade das Beispiel Norwegen zeigt, wie mit einem hohen Ressourceneinsatz, einer langfristigen Orientierung und der Bereitschaft, ein Engagement auch bei Rückschlägen weiterzuführen, sichtbare Erfolge erzielt werden können. Eine Erhöhung der Mittel liegt nicht zuletzt im eigenen Sicherheitsinteresse der Schweiz: Krisen können letztlich auch die Sicherheit der Schweiz tangieren. In diesem Sinn mag ein Ausbau der zivilen Friedensförderung auch als Chance verstanden werden, die eigenen Sicherheitsinteressen aktiv in die Staa-

tengemeinschaft einzubringen und umzusetzen. Darüber hinaus zeigt die Studie auf, dass die untersuchten Staaten ihr Engagement im Bereich der zivilen Friedensförderung auch als Mittel sehen, sich in einer Nische als zentraler Akteur zu positionieren und so die eigenen Werte nach aussen zu tragen und den aussenpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern.

2) EINBETTUNG DER ZIVILEN FRIEDENSFÖRDERUNG IN EINE «GESAMTSTRATEGIE FRIEDENSFÖRDERUNG»

Ausdruck des laufenden Anpassungsprozesses des sicherheitspolitischen Instrumentariums ist die verstärkte Ausrichtung der Friedensförderung auf so genannte integrierte Missionen sowie die Bündelung der Kräfte im Rahmen einer umfassenden Präventions- und Stabilisierungsstrategie. Vor diesem Hintergrund schlägt die Studie die Konzipierung einer übergreifenden Schweizer «Gesamtstrategie Friedensförderung» vor, welche die zivilen und militärischen Komponenten der Friedensförderung miteinander verbindet, mit den strukturellen Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Übereinstimmung bringt und die vorhandenen Synergien besser nutzt. Friedensförderung weist heute weit über eine Verminderung des Eskalationspotentials von Konflikten hinaus und soll letztlich einer ursachenorientierten Konfliktlösung und der langfristigen Stärkung der lokalen Institutionen und Zivilgesellschaft dienen. Hierfür erscheint eine strategische Prioritätensetzung der militärischen und der zivilen Instrumente angebracht. Die Relevanz der strukturellen Armutsbekämpfung für die Konfliktprävention, die Förderung von Friedensprozessen und die Stabilisierung von Krisenregionen ist schon seit geraumer Zeit erkannt worden und hat sich in einer sukzessiven Annäherung der beiden Bereiche insbesondere bei der operativen Zusammenarbeit bereits niedergeschlagen.

Insbesondere in Kanada und Norwegen hat dieser Anpassungsprozess die strategisch-konzeptionelle Ebene bereits erreicht. In der Schweiz arbeiten die relevanten Akteure innerhalb des EDA – die Politische Abteilung IV und die Deza –, des VBS und des EJPD zwar sowohl im operativen Bereich als auch in konzeptionellen Fragen eng und konstruktiv zusammen. Dennoch bleiben den Schweizer Möglichkeiten

vorläufig enge Grenzen gesetzt, wie das Beispiel Sudan zeigt. Nach der erfolgreichen Verhandlungsführung der Schweizer Diplomatie für einen Waffenstillstand in den Nuba-Bergen musste die Schweiz die Anfrage der Konfliktparteien nach der Übernahme der Führung der unbewaffneten Waffenstillstandskommission aufgrund der Restriktionen des Militärgesetzes negativ beantworten.³ Angesichts innenpolitischer Widerstände mag die Diskussion einer Gesamtstrategie und des in diesem Zusammenhang auszuweidenden Handlungsspielraums im Bereich der Armee-Einsätze verfrüht erscheinen. Doch entgehen der Schweiz wesentliche Erfahrungen, die sie benötigt, wenn sie weiterhin situationgerecht zivile Friedensförderung betreiben bzw. in einer Region oder auf einem Themengebiet eine Schlüsselposition einnehmen will.

3) GEOGRAFISCHE UND THEMATISCHE SCHWERPUNKTSETZUNG

Ein weiterer Bereich, in dem der Bund bereits aktiv geworden ist, betrifft die Schwerpunktsetzung in geografischer und thematischer Hinsicht. Es ist davon auszugehen, dass sich die meisten in diesem Bereich aktiven Länder spezialisieren werden, was angesichts knapper finanzieller Ressourcen sinnvoll ist. Welche Länder sich in welche Richtung ausdifferenzieren werden, ist noch nicht genau absehbar, doch zeigt die Studie, dass die Diskussion in allen Verwaltungen geführt wird. Stärken der Schweiz sind die Vermittlung zwischen Konfliktparteien, die Beratung in den Bereichen Rechtsstaat, Föderalismus und Verfassungsrecht, die Entminung, die demokratische Kontrolle der Streitkräfte sowie die Zusammenarbeit mit zivil- und privatwirtschaftlichen Akteuren. Letztlich ist die Festlegung der Prioritäten ein politischer Entscheid.

3 Erfolgreiches Engagement im Sudan: Enge Grenzen für Schweizer Möglichkeiten. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 21. Juni 2005; Gezielte Gewichtung in der Friedensförderung: Studie empfiehlt Spezialisierung auf wenige Themen und Länder. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. Januar 2007.

4) BEDEUTUNGSZUWACHS DER MULTILATERALEN EBENE

Die Möglichkeiten einzelner Staaten bei der Friedensförderung sind aufgrund der hohen Anforderungen an Missionen und aufgrund der notwendigen Ressourcen begrenzt. Die multilaterale Zusammenarbeit spielt auch im zivilen Bereich der Friedensförderung eine zunehmend grössere Rolle. Als wichtigste Plattformen in der zivilen Friedensförderung haben sich in den vergangenen Jahren die Uno und regionale Organisationen, insbesondere die EU, etabliert. Zwei Gründe sprechen für ein Vorgehen auf multilateraler Ebene: Erstens können dadurch Ressourcen, Know-how und spezifische Stärken gebündelt und zielgerichtet eingesetzt werden. Zweitens wirkt multilaterales Vorgehen in der Regel legitimitätsfördernd. Seit ihrem Uno-Beitritt hat sich die Schweiz mit diplomatischen Initiativen für Normbildung und die Schaffung von friedensrelevanten Institutionen ausserordentlich erfolgreich für Frieden und Sicherheit eingesetzt.

Angesichts der Rolle der Europäischen Union, die mit zunehmend globaler Ausrichtung eine weitgefächerte Palette an zivilen und militärischen Instrumenten für internationale Friedensmissionen anbieten kann, wirft die Studie die Frage auf, inwiefern die Schweiz auch ihre Zusammenarbeit mit der EU für den Bereich der zivilen Friedensförderung strategischer verankern kann. Dass für eine intensivere Kooperation eine Mitgliedschaft keine Bedingung ist, zeigen wiederum die Beispiele Norwegen und Kanada. Die beiden Nicht-EU-Mitgliedstaaten leisten personelle und materielle Unterstützung für zivile und militärische EU-Krisenmanagementoperationen auf der Grundlage eines Rahmenabkommens, das sie 2004 resp. 2005 abgeschlossen haben. Die EU wird als Akteur der Friedensförderung weiterhin an Gewicht gewinnen und im für die Schweiz wichtigen Umfeld tätig sein.

SCHLUSSBEMERKUNG

Die zivile Friedensförderung der Schweiz hat während der vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielt, und die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Ausbau dieses sicherheitspolitisch relevanten Politikbereichs stehen gut. Die Schweiz kann an die in den vergangenen Jahren

gemachten Erfahrungen sowie an eine langjährige Tradition der Guten Dienste und des humanitären Engagements anknüpfen. Der Blick der Studie auf die internationalen Entwicklungen und auf ähnlich gelagerte Staaten wie die Schweiz zeigt jedoch, dass die schweizerische Prägung der zivilen Friedensförderung noch ungenutztes Potential birgt und Anpassungen zu prüfen sind.

Wenger, Andreas, Victor Mauer, Stefano Bruno, Christiane Callsen und Daniel Trachsler. *Zivile Friedensförderung als Tätigkeitsfeld der Aussenpolitik: Eine vergleichende Studie anhand von fünf Ländern*. Zürich: Center for Security Studies, ETH Zürich, 2006.

WEBSITE

URL <http://www.css.ethz.ch/publications/workingpapers/>

URL <http://www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?id=26680>

KONTAKTADRESSE

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik

ETH Zürich

SEI

8092 Zürich

Tel. +41 (0)44 632 40 25

INFORMATIONSSICHERHEIT IN UNTERNEHMEN UND DIE ROLLE DES STAATES

von *Mauel Suter*

EINLEITUNG

Wenn von der Informationssicherheit in Unternehmen die Rede ist, wird häufig über Antiviren-Software, *Firewalls* und Verschlüsselungsmassnahmen gesprochen. Natürlich sind diese technischen Massnahmen für die Stabilität der Systeme von zentraler Bedeutung. Die Jahre vergeblicher Bemühungen im Kampf gegen Viren und Hacker haben aber auch gezeigt, dass sich die Informationssicherheit mit technischen Massnahmen alleine nicht verbessern lässt. Daher ist es wichtig, dass auch die gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen der mangelnden Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologien erforscht werden.

Die Politikwissenschaft hat sich bisher vor allem auf die Untersuchung staatlicher Massnahmen zum Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen (*Critical Information Infrastructure Protection, CIIP*)¹ konzentriert. Das *Center for Security Studies (CSS)* hat bereits langjährige Erfahrung auf diesem Forschungsfeld und hat im Jahr 2006 eine neue Version des *International CIIP Handbook* herausgegeben.² Im ersten Teil des Artikels sollen deshalb die wichtigsten Erkenntnisse aus dieser Forschung zusammengefasst werden.

Im letzten Jahr wurde die Forschungstätigkeit am CSS im Bereich der Informationssicherheit jedoch auch auf jene Unternehmen ausgeweitet, die nicht Betreiber kritischer Infrastrukturen sind. Im Auftrag der

- 1 Beim Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen geht es sowohl um den Schutz physischer Komponenten (Server, Kabel etc.) als auch um den Schutz abstrakter und immaterieller Dinge (Informationen, Internet etc.). Vgl. dazu: Wigert, Isabelle. Der Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen in der Schweiz : Eine Analyse von Akteuren und Herausforderungen. In: Wenger, Andreas (Hrsg.). *Bulletin 2005 zur Schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Center for Security Studies, 2005, S. 97.
- 2 Abele-Wigert, Isabelle/Dunn, Myriam. *International CIIP Handbook 2006, Vol. I: An Inventory of 20 National and 6 International Critical Information Infrastructure Protection Policies*. Zürich: Center for Security Studies, 2006.

Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI)³ wurde eine breit angelegte Studie über die Informationssicherheit in Schweizer Unternehmen durchgeführt. Im zweiten Teil des Artikels sollen Ergebnisse aus dieser Arbeit präsentiert und die weiteren geplanten Forschungen im Bereich der Informationssicherheit in Unternehmen vorgestellt werden. Neuere ökonomische Analysen haben aufgezeigt, dass Informationssicherheit in vielerlei Hinsicht als öffentliches Gut beschrieben werden kann, von dem jeder uneingeschränkt profitieren kann, für dessen Bereitstellung aber niemand bezahlen will.⁴ Unter dieser Prämisse ist es aus politikwissenschaftlicher Sicht von Interesse zu untersuchen, welche staatlichen Massnahmen dazu beitragen können, die Informationssicherheit in Unternehmen zu verbessern.

1 DER SCHUTZ KRITISCHER INFORMATIONSFRAKTRUKTUREN (CIIP)

Mit dem *International CIIP Handbook* gibt die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik seit 2002 ein viel beachtetes Inventar der Massnahmen zum Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen verschiedener Staaten und internationaler Organisationen heraus. Die Ausgabe 2006 enthielt zudem einen separaten Band mit ausführlichen Analysen zu den Herausforderungen und den internationalen Trends in diesem Bereich.⁵ Daneben befasste sich das CSS auch intensiv mit der Schweizer CIIP-Politik. So wurde eine Evaluationsstudie über die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) verfasst.

ERKENNTNISSE AUS DEM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Im *CIIP Handbook* 2006 wurde die CIIP-Politik von 20 Staaten und 6 internationalen Organisationen analysiert. Die Relevanz des Schutzes

3 <http://www.melani.admin.ch/>

4 Einen aktuellen Überblick über die verschiedenen Publikationen und Workshops zum Thema *Economics of Information Security* bietet die Website von Ross Anderson: <http://www.cl.cam.ac.uk/~rja14/econsec.html>

5 Dunn, Myriam/Mauer, Victor (Hrsg.). *International CIIP Handbook 2006, Vol.II: Analyzing Issues, Challenges, and Prospects*. Zürich: Center for Security Studies, 2006.

kritischer Informationsinfrastrukturen wird von immer mehr Staaten erkannt. Die ergriffenen Massnahmen, die verantwortlichen Organisationen sowie der Stand der Umsetzungen unterscheiden sich in den untersuchten Ländern jedoch stark. Gleichwohl lassen sich auch internationale Trends herausarbeiten. Besonders deutlich feststellbar ist die Entwicklung hin zu *Public-Private Partnerships*. Die Regierungen haben verstanden, dass die kritischen Informationsinfrastrukturen nur in enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft effizient geschützt werden können.⁶ Dieser Trend ergibt sich häufig zwangsläufig, da in vielen Staaten die kritischen Infrastrukturen von privaten Unternehmen betrieben werden. Der Trend dürfte sich noch weiter verstärken, weil die Partnerschaft zwischen Behörden und Unternehmen eine für beide Seiten attraktive Alternative zu einem direkten staatlichen Eingriff darstellt.

Ein weiterer internationaler Trend ist die Schaffung von *Computer Emergency Response Teams* (CERTs). Diese CERTs ermöglichen als Fachstellen für Informationssicherheit eine schnelle und effiziente Reaktion auf mögliche Vorfälle. Zudem haben sie in vielen Fällen den Auftrag, die Bedrohungslage laufend zu analysieren und Frühwarnungen herauszugeben. Sie tragen so zur Prävention und zur Sensibilisierung der Anwender bei.

Schliesslich kann als dritte Entwicklung die verstärkte internationale Kooperation genannt werden. Es wird versucht, die Gesetzgebung soweit als möglich zu harmonisieren;⁷ in zahlreichen Konferenzen werden Erfahrungen ausgetauscht; und schliesslich arbeiten die verschiedenen CERTs in der Dachorganisation *Forum of Incident Response and Security Teams* (FIRST)⁸ eng zusammen. Diese Entwicklung ist zu begrüssen, da die Angreifer oft auch international agieren.

6 Andersson, Jan J./Malm, Andreas. *Public-Private Partnerships and the Challenge of Critical Infrastructure Protection*. In: Dunn/Mauer, *International CIIP Handbook 2006, Vol. II*, S. 139-168.

7 Ein Beispiel dafür ist die Cybercrime-Konvention des Europarates, die 2001 beschlossen wurde und 2004 in Kraft trat. Vgl. <http://conventions.coe.int/Treaty/EN/Treaties/Html/185.htm>

8 <http://www.first.org/>

CIIP IN DER SCHWEIZ

Das zentrale Organ der CIIP-Politik in der Schweiz ist die Melde- und Analysestelle Informationssicherung. Sie übernimmt Aufgaben in den Bereichen Früherkennung, Prävention und Krisenbekämpfung. Damit diese anspruchsvollen Aufgaben erfüllt werden können, ist MELANI als Kooperationsmodell von drei Partnern konzipiert. Dem Informatikstrategieorgan des Bundes (ISB) unterliegen dabei die administrative Leitung und Aufgaben im Bereich der Prävention; der Dienst für Analyse und Prävention des Bundesamtes für Polizei (fedpol) betreibt das nachrichtendienstliche Lagezentrum; und das *Computer Emergency Response Team* (CERT) der Stiftung SWITCH kümmert sich um technische Problemlösungen.

Im zweiten Halbjahr 2006 verfasste das CSS zuhanden des Bundesrats eine Evaluationsstudie über MELANI. Dabei hat sich gezeigt, dass MELANI bisher sehr erfolgreich agiert. Die befragten Betreiber kritischer Infrastrukturen⁹ äusserten sich sehr positiv. Vor allem wird geschätzt, dass MELANI im Sinne einer *Public-Private Partnership* eng mit den Unternehmen zusammenarbeitet. Besonders gut bewährte sich MELANI bei der Bewältigung der *Phishing*-Attacken auf verschiedene Schweizer Finanzinstitute, bei denen den Unternehmen effizient und effektiv geholfen werden konnte. Der positive Eindruck der Evaluation wurde auch von den befragten internationalen Experten bestätigt.¹⁰ MELANI wird in einigen Ländern gar als Vorbild für den Aufbau einer eigenen CIIP-Organisation betrachtet.

Als zentrale zukünftige Herausforderung bezeichnete der Evaluationsbericht das ungleiche Wachstum von MELANI in den verschiedenen Bereichen der kritischen Infrastrukturen. Während in einzelnen Bereichen schon viele Privatunternehmen mit MELANI zusammenarbeiten und bei einem weiteren Wachstum bald die Grenzen einer engen, auf persönlichem Vertrauen basierenden Kooperation erreicht werden dürften (so zum Beispiel im Finanzsektor), sind in anderen Bereichen noch zu wenige Firmen eingebunden (beispielsweise im Gesundheitswesen).

9 Insgesamt wurden 8 mündliche Interviews durchgeführt mit Vertretern von Unternehmen, die kritische Infrastrukturen betreiben.

10 Insgesamt äusserten sich verschiedene CIIP-Experten aus 9 Ländern zu MELANI.

In der Bundesratssitzung vom 23. Januar 2007 wurde der Evaluationsbericht zur Kenntnis genommen und entschieden, die Melde- und Analysestelle Informationssicherung weiterzuführen.¹¹

2 INFORMATIONSSICHERHEIT IN UNTERNEHMEN

Informationssicherheit ist aber nicht nur in Bezug auf den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen ein wichtiges Thema. Alle Anwender der Informations- und speziell der Internettechnologie setzen sich möglichen Bedrohungen durch Viren, Hacker oder Datendiebstahl aus. Besonders betroffen sind die Unternehmen, denen durch solche Vorfälle durchaus ein beträchtlicher finanzieller Schaden entstehen kann.

UMFRAGESTUDIE ÜBER DIE SITUATION DER SCHWEIZER UNTERNEHMEN

Im Auftrag von MELANI untersuchte die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik deshalb die Situation der Schweizer Unternehmen in einer breit angelegten Umfragestudie.¹² Bislang fehlten in der Schweiz Daten zur Häufigkeit von Vorfällen, die die Informationssicherheit in Unternehmen beeinträchtigen. Mit Hilfe einer schriftlichen Befragung wurde versucht, diesen Mangel zu beheben. 562 Unternehmen aus allen relevanten Wirtschaftssektoren und aus allen verschiedenen Grössenklassen nahmen an der Befragung teil. Dabei interessierten nicht nur Häufigkeit und Art der Vorfälle, sondern auch die getroffenen und geplanten Gegenmassnahmen.

Es überrascht wenig, dass die Mehrheit (72%) der Unternehmen angab, im Jahr 2005 mindestens einen Vorfall festgestellt zu haben, der die Informationssicherheit betraf. Am stärksten verbreitet sind Viren, Würmer, Trojanische Pferde und *Spyware*. Ebenfalls relativ häufig wird die Informationssicherheit durch konventionellen Diebstahl (beispiels-

11 Vgl. Medienmitteilung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) vom 24.01.07: <http://www.efd.admin.ch/00468/index.html?lang=de&msg-id=10361>

12 Suter, Manuel. *Informationssicherheit in Schweizer Unternehmen: Eine Umfragestudie über Bedrohungen, Risikomanagement und Kooperationsformen*. Zürich: Center for Security Studies, 2006. http://www.crn.ethz.ch/publications/crn_team/detail.cfm?id=25402

weise eines Laptops) bedroht. Gezielter Datendiebstahl, Attacken auf die Verfügbarkeit oder auch Verunstaltungen von Homepages werden seltener festgestellt. Diese Vorfälle mit sehr hohem Schadenspotential betreffen vor allem Grossfirmen und Unternehmen, die das Internet für den An- und Verkauf nutzen.

Das bedeutet aber nicht, dass sich die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) besser schützen. Es wurde im Gegenteil klar, dass besonders die KMU nur wenig Mittel für ihre Informationssicherheit einsetzen (können). Gerade diesen Unternehmen würde deshalb ein gegenseitiger Austausch helfen. Sie könnten so von den Erfahrungen anderer Unternehmen profitieren und ihre knappen Ressourcen effizienter einsetzen. Die Mehrheit der Unternehmen würde auch eine verstärkte Kooperation begrüßen. Die Organisation einer solchen Zusammenarbeit ist aber mit Aufwand verbunden. Es stellt sich die Frage, ob der Staat die Unternehmen in diesem Bereich unterstützen kann und soll.

DIE ROLLE DES STAATES: THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN UND INTERNATIONALE MODELLE

Die Rolle des Staates hinsichtlich der Informationssicherheit von Unternehmen steht deshalb auch im Zentrum der weiteren Forschung. Im Rahmen einer Dissertation sollen die diversen Möglichkeiten staatlichen Handelns theoretisch erörtert werden. Es gilt abzuklären, ob der Staat mit Hilfe einer Anreizpolitik, über die Gesetzgebung oder auch durch regulierendes Eingreifen dazu beitragen kann, die Informationssicherheit in Unternehmen zu erhöhen. Dabei wird einerseits die Literatur aus den Bereichen des öffentlichen Risikomanagements berücksichtigt; wichtig sind andererseits aber auch die Ansätze aus dem Bereich des neuen Institutionalismus, insbesondere wenn es darum geht, die Effizienz möglicher staatlicher Handlungen zu beurteilen.

Das Forschungsprojekt wird sich jedoch nicht auf die theoretische Diskussion beschränken. Weil in vielen Ländern bereits staatliche Massnahmen zur Verbesserung der Informationssicherheit ergriffen wurden, können die verschiedenen Ansätze miteinander verglichen werden. Im Rahmen dieses Vergleiches wird speziell auch auf die Massnahmen der Schweiz fokussiert. Die Forschung kann somit sehr praxisnah durchge-

führt werden, und die theoretischen Annahmen sind jeweils direkt an der Realität überprüfbar.

SCHLUSSWORT

Während der Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen mittlerweile in vielen Ländern auf der sicherheitspolitischen Agenda steht und in diesem Bereich auch schon verschiedene Forschungsarbeiten durchgeführt worden sind, ist noch wenig untersucht worden, was der Staat zur Verbesserung der allgemeinen Informationssicherheit beitragen kann. Mit dem beschriebenen Forschungsprojekt soll versucht werden, diese Lücke zu verkleinern. Die zahlreichen Initiativen in den verschiedenen Ländern und die engagierte und aktuelle theoretische Debatte über die Ökonomie der Informationssicherheit bieten den Rahmen der geplanten Untersuchungen.

Der Schwerpunkt der Forschung wird bei den staatlichen Massnahmen liegen, die die Verbesserung der Informationssicherheit in Unternehmen zum Ziel haben. Dadurch kann die Forschung nicht nur mit den bisherigen Untersuchungen zum Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen verbunden werden; mit dem Projekt „Informationssicherheit in Unternehmen“ kann zudem das bestehende Know-how an der Forschungsstelle ideal genutzt und weiter ausgebaut werden.

KONTAKTADRESSE

Manuel Suter
ETH Zürich
Center for Security Studies
Weinbergstrasse 11
CH-8092 Zürich
Telefon: +41 (0)44 632 63 49
suter@sipo.gess.ethz.ch

MASTER OF ADVANCED STUDIES IN SICHERHEITSPOLITIK UND KRISENMANAGEMENT (MAS ETH SPCM): CRISIS RESPONSE OPERATION

von Silvia Azzouzi-Staubli

EINLEITUNG

Der Master of Advanced Studies in Sicherheitspolitik und Krisenmanagement (MAS ETH SPCM) wurde am Departement für Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften (D-GESS) an der ETH Zürich lanciert und geht auf die gemeinsame Initiative der Schweizer Armee (Höhere Kaderausbildung der Armee) und der Professur für Sicherheitspolitik zurück. Angesprochen werden nationale wie internationale Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen (NGO's), höhere Verantwortungsträger von Bundes-, Kantons- und Gemeindeverwaltungen sowie Offiziere der Schweizer Armee ab Stufe Oberst.

Der erste Lehrgang startete im Herbst 2005 und behandelte in den sechs Kursblöcken Themen des Managements von komplexen Krisensituationen, strategische Risiken und Bedrohungen, nationale und internationale Sicherheitspolitik und Grand Strategy. Der Lehrgang wurde mit dem Modul Krisenmanagement¹ in Form einer Übung, welche die behandelten Elemente der früheren Module vereinte und umsetzte, im Frühling 2007 abgeschlossen.

Die Übung wurde in Form einer Crisis Response Operation (CRO) durchgeführt. Die gewählte CRO basierte in Teilen auf dem Szenario der schwedischen Übungsreihe Viking, insbesondere auf der Übung Viking 05. Diese behandelt eine von der UN angeordnete und von der NATO geführte CRO im fiktiven Staat Bogaland, lehnt sich aber eng an Erfahrungen aus Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, dem Irak und Afghanistan an.

1 Eine Vertiefung des Themas Krisenmanagement nimmt Christoph Doktor in seinem Artikel «Krisenmanagement im Wandel: Grundlagen, konzeptionelle Weiterentwicklung und aktuelle Trends» vor.

Die MAS Teilnehmer bekamen die Gelegenheit, während der Dauer von fünf Tagen anhand von drei Fallstudien ihr erlerntes Wissen umzusetzen und auf der strategischen Ebene mehrere Aspekte der CRO zu bearbeiten. Vor dem Hintergrund einer (fiktiven) Anfrage des Generalsekretärs der UN an den Bundesrat um Mithilfe wurde ihnen vom Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses des Bundesrates (SiA) die Rolle eines Ad-hoc-Think Tanks zugeteilt, um die Mandatierung der UN Mission (Fallstudie 1), eine Mehrfachkrise (Fallstudie 2) und das Nation Building (Fallstudie 3) im Fall Bogaland zu bearbeiten.

AUFGABENSETZUNG UND ZIELVORSTELLUNGEN

Die Aufgabe der ersten Fallstudie bestand darin, die komplexe Situation in allen Facetten zu erfassen und anschliessend die innen- und aussenpolitischen Konsequenzen auf der strategischen Stufe zu evaluieren. Bei der zweiten Fallstudie hatten die MAS Teilnehmer unter Zeitdruck die Auswirkungen einer Mehrfachkrise zu bearbeiten. In der dritten Fallstudie sollte die Dimension des Nation Buildings bearbeitet werden, wobei das Schwergewicht auf die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren und Organisationen gelegt werden sollte, um mögliche Beiträge der Schweiz zu definieren. Die erarbeiteten strategischen Optionen der Fallstudien sollten einer Delegation der Lenkungsgruppe Sicherheit (LGSi) präsentiert werden, welche von Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft gespielt wurde. Zusätzlich wurden weitere Personen als Coaches beigezogen. Unter anderem konnte auf die Expertise von Frau Dr. Barbara Haering, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, Herrn Dr. Jean-Luc Vez, Direktor des Bundesamtes für Polizei (fedpol), und Herrn Peter Arbenz zurückgegriffen werden.

Die nötigen Unterlagen wurden den MAS Teilnehmern zur Vorbereitung im Voraus zugestellt. Zur Vertiefung des Wissens gab es zu Beginn der Woche Einführungen in die Aufgaben des SiA, des Stabes SiA und der LGSi. Weiter erläuterte Beat R. Krättli, Geschäftsführer der metacom GmbH, in zwei Referaten die Krisenkommunikation, welche vor allem in der zweiten Fallstudie ins Zentrum rückte. Um die

Strukturierung der Aufgabenteilung zu erleichtern, wurden im Vorfeld der Übungsleitung ein Chef und ein stellvertretender Chef Think Tank für jede der drei Fallstudien bestimmt.

Grundlegendes Ziel der CRO war es, die vorhandenen sicherheitspolitischen Instrumente sowie deren Zusammenspiel und gegenseitige Abhängigkeiten im Kontext nationaler und wirtschaftlicher Besonderheiten kennen zu lernen. Darüber hinaus sollten die Teilnehmer einen vertieften Einblick in die komplexen Aufgaben von Schlüsselrollen in der Unterstützung der strategischen Führung erhalten. Schliesslich sollten sie ihre Kenntnisse zur Bewältigung der Krisenkommunikation, insbesondere in der praktischen Zusammenarbeit mit den Medien, erweitern. Der Fokus wurde folglich auf die Gruppe als Ganzes und nicht auf das Erlernen von Aufgaben einzelner Funktionsträger innerhalb einer Organisationseinheit wie der LGSi gelegt.

FALLSTUDIEN

Die gewählte CRO spielte im fiktiven, multi-ethnischen Staat Bogaland und dessen Umgebung. Nach einer sich stetig verschlechternden Lage kam es zu einem langen und blutigen Bürgerkrieg. Dieser bewog den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu, als erste Massnahme eine Resolution zu verabschieden, in der er auf die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts auf die gesamte Region verwies. Aufgrund der sich verschlechternden Lage erliess der Sicherheitsrat später in einer weiteren Resolution ein allgemeines und vollständiges Embargo für Importe und Exporte, welches Energiegüter wie Erdöl oder Erdgas und Kriegsmaterial betraf. Unter dem Druck der UN und der umliegenden Staaten wurde ein Bogaland Peace Agreement (BPA) unterzeichnet, welches aber nur mangelhaft umgesetzt wurde. Die humanitäre Situation verschlechterte sich weiterhin dramatisch. Dies bewog den UN Sicherheitsrat zum Entwurf einer weiteren Resolution, welche den Einsatz einer UN Mission (UNMIB) und einer Bogaland Force (BFOR) vorsah.

FALLSTUDIE 1

Hier setzte die erste Fallstudie ein, in welcher die Mandatierung der geplanten UN Mission in Bogaland zu behandeln war. Die MAS Teilnehmer hatten die strategische Lage unter spezieller Berücksichtigung der Interessen der Schweiz zu analysieren. Ausserdem galt es, verschiedene Optionen einer Schweizer Beteiligung an der UN Mission zu überprüfen. So bestand die Möglichkeit der Beteiligung der Armee an der BFOR, die Verstärkung der Polizeimittel, die Mithilfe bei den Wahlvorbereitungen oder humanitäre Hilfe. Zudem wurde die Aufgabe gestellt, mögliche Reaktionsszenarien mit Blick auf die Politik, die Medien und die Bevölkerung zu entwickeln. Schliesslich sollte das Mandat des UN Sicherheitsrates mitgestaltet werden. Als Unterlagen dienten diverse Informationspapiere über die Lage in Bogaland, aber auch verschiedene Dokumente des UN Sicherheitsrates.

FALLSTUDIE 2

Nach Beendigung der ersten Fallstudie wurden die notwendigen Informationen über die zweite Fallstudie verteilt. Diese behandelte einen Ausschnitt kurz nach dem Aufmarsch der UN Mission in Bogaland, an welcher sich die Schweiz im grossen Umfang beteiligt hatte. Einzelergebnisse sowie die noch nicht erfolgte Entfaltung der UNMIB und der BFOR hatten sich zur Mehrfachkrise entwickelt. Nebst der schwierigen Lage in Bogaland mit diversen Kampfhandlungen zwischen den verfeindeten Parteien und Scharmützeln mit den Einsatztruppen rurmorte es auch ausserhalb der Konfliktzone. Es gab diverse Vorfälle wie Sprengstoffanschläge in verschiedenen europäischen Ländern. Auch die Schweiz wurde von den Spannungen nicht verschont; unter anderem wurden Demonstrationen geplant und durchgeführt.

Vor diesem Hintergrund hatten die MAS Teilnehmer eine strategische Lagebeurteilung vorzunehmen und die diplomatischen und militärischen Auswirkungen der Ereignisse auf das internationale Umfeld und die Schweiz einzuschätzen. Ausserdem sollten sie mögliche Strategien für die weitere Beteiligung der Schweiz in der UNMIB und BFOR und deren Auswirkungen auf die Schweiz erarbeiten. Auch hier mussten

eine Reihe unterschiedlicher Reaktionsszenarien mit Blick auf so unterschiedliche Akteure wie das Parlament, die Kantone und Parteien sowie die Bevölkerung analysiert werden. Vertieft wurden in der zweiten Fallstudie die Reaktionen der Medien behandelt. Die MAS Teilnehmer hatten sich auf eine Medienkonferenz vorzubereiten, welche unter der Leitung von Beat R. Krättli und seinem Team realitätsnah durchgeführt wurde. In Einzelinterviews bekamen sie ausserdem die Chance, ihre Kommunikationsfähigkeiten zu trainieren.

FALLSTUDIE 3

Schon kurz nach dem Anlaufen des UN Einsatzes in Bogaland begannen bei den Vereinten Nationen Überlegungen zum Nation Building Prozess. In der dritten Fallstudie wurde von einer Beruhigung der Lage ausgegangen, und Wahlen wurden vorgesehen. Der Bundesrat war bestrebt, das schweizerische militärische Kontingent in der BFOR möglichst rasch zu reduzieren und später ganz abzuziehen. Die bisherige Hilfestellung wollte er jedoch so lange aufrechterhalten, bis die eingesetzten Mittel durch solche aus dem Bereich Nation Building abgelöst werden konnten. Weiter sah er vor, die Bevölkerung in Bogaland beim Wiederaufbau des Staates zu unterstützen und somit den Flüchtlingen eine rasche Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Im Hinblick auf eine langfristige Stabilität und Selbständigkeit des Landes sollte das wirtschaftliche Wachstum in der ganzen Region gefördert und ein Beitrag zu einer *Security Sector Reform* geleistet werden. Hierbei galt es die Interessen der Schweiz zu wahren, im Speziellen die wirtschaftlichen Beziehungen mit Bogaland und den umliegenden Ländern, indem Firmen und Betriebe in der Schweiz und in Bogaland geschützt und unterstützt werden sollten. Bei der Planung wurde davon ausgegangen, dass die möglichen Massnahmen über eine längere Zeitspanne von bis zu zwei Jahren aufrechterhalten werden mussten, um die nötigen Erfolge zu erzielen. Die MAS Teilnehmer bekamen in ihrer Rolle als Ad-hoc-Think Tank die Aufgabe, sich zu verschiedenen möglichen Bereichen einer Schweizer Beteiligung wie der humanitären Hilfe zur Selbsthilfe, dem Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft oder wirtschaftlichen Reformen Überlegungen zu machen und Antworten zu finden.

FAZIT

Die Übung in Form einer Crisis Response Operation vermittelte den Teilnehmern einen realitätsnahen Einblick in die Komplexität des Krisenmanagements auf der strategischen Stufe. Als entscheidend erwies sich bei der Suche nach Lösungen in allen drei Fallstudien ein breiter Ansatz, der das Zusammenwirken einer ganzen Palette ziviler und militärischer Instrumente und Massnahmen umfasste. Eindrücklich war daneben die Erfahrung, wie stark im heutigen Umfeld das strategische Krisenmanagement durch Transnationalisierung, Mediatisierung und Politisierung beeinflusst wird. Bewährt hat sich die Zusammensetzung der Gruppe aus Personen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen. Die MAS Teilnehmer konnten von den unterschiedlichen Ausbildungen und Berufserfahrungen der anderen Mitspieler profitieren. Gerade auf der strategischen Ebene lohnt es sich, den Schritt von einer sektoriellen Arbeitsweise zu einem multidisziplinären Denkansatz bereits bei der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zu machen.

WEBSITE

<http://www.spcm.ethz.ch>

KONTAKTADRESSE

ETH Zürich
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik
Seilergraben 45/47/49
CH-8092 Zürich
+41 (0)44 632 82 64
mas@sipo.gess.ethz.ch

E-LEARNING IN DER INTERNATIONALEN MILITÄRISCHEN AUSBILDUNG

von *Timo Staub and Alexandra Tödt*

ZUSAMMENFASSUNG

Die internationale militärische Ausbildung wird in ihrem Wandel von zwei Faktoren getrieben: Anforderungen, die durch die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen verursacht werden, sowie Anforderungen, die durch den gesellschaftlichen und technologischen Wandel bedingt sind. In diesem Umfeld ist es einerseits notwendig, dass Armeen verschiedener Nationen sowie militärische Streitkräfte und zivile Sicherheitsinstrumente zusammenarbeiten können. Die Grundlage für diese Zusammenarbeit ist die *Interoperabilität*, die durch gemeinsame Ausbildungsinhalte gefördert wird. Andererseits werden die Ausbildungsinhalte für alle Angehörigen der militärischen Streitkräfte komplexer, und die Armeeausbildung muss sich laufend ändernden Umständen anpassen. E-Learning, insbesondere „Advanced Distributed Learning“ (ADL), ist diejenige Ausbildungsform, mit der Interoperabilität am besten erreicht wird und die den neuen Anforderungen in hohem Grade entspricht. Der Artikel schliesst mit einem Schweizer Fallbeispiel, das zeigt, wie ADL im internationalen Umfeld militärischer Ausbildung erfolgreich implementiert wird.

AUSBILDUNGSANFORDERUNGEN EINES GEWANDELTEN SICHERHEITSPOLITISCHEN UMFELDS

Das sicherheitspolitische Umfeld hat sich seit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes auch für die Schweiz fundamental geändert. Die Wahrscheinlichkeit eines klassischen Verteidigungskrieges ist für absehbare Zeit sehr klein geworden. Gleichzeitig kamen, nicht erst seit dem 11. September 2001, neue Sicherheitsrisiken und -anforderungen dazu, die für alle europäischen Armeen doktrinrelevant sind: Das bedeutet, dass die Schweizer Armee neben dem wenig wahrscheinlichen

Verteidigungsfall vor allem für andere Einsatzszenarien gewappnet sein muss. Dazu zählen einerseits die zivil-militärische Kooperation bei der Katastrophenhilfe und das Agieren in Gewaltszenarien unterhalb der zwischenstaatlichen Kriegsschwelle. Andererseits ist die Schweiz vermehrt aufgefordert, in friedensunterstützenden Missionen (*Peace Support Operations, PSO*) mitzuarbeiten - das beste Beispiel ist die *Swisscoy* im Kosovo. Vor dem Hintergrund dieses veränderten Aufgabenspektrums moderner Streitkräfte kommt der Anforderung nach *Interoperabilität*, das heisst der Möglichkeit der produktiven Zusammenarbeit mit ausländischen Armeen und zwischen Streitkräften und zivilen Partnern, eine erhöhte Bedeutung zu.

AUSBILDUNGSANFORDERUNGEN EINES GEWANDELTEN GESELLSCHAFTLICHEN UND TECHNOLOGISCHEN UMFELDES

In demokratischen Staaten sind die Armeen dem gleichen gesellschaftlichen Wandel unterworfen, wie die Gesellschaften der Staaten, die sie verteidigen. In der Schweiz führte dieser gesellschaftliche Wandel zu mehrfachen Reformen in der Milizausbildung. Ein weiteres Beispiel ist die Eingliederung von weiblichen Armeeangehörigen in die Kampfverbände. Auch die Technologisierung der Lebenswelten hat massive Rückwirkungen auf die zu vermittelnden Ausbildungsinhalte: Moderne Waffensysteme sind technologieintensiv und werden häufig bereits mit standardisierten computer-basierten Handbüchern und Trainings verkauft. Zudem bestimmt der Technologiewandel die Konfliktdynamik und -komplexität in einer Weise, die oft schwierig vorauszusehen ist - man denke nur an die verstärkte Präsenz von multimedialen Aufzeichnungsgeräten in den Konfliktgebieten oder den Einsatz von Mobiltelefonen für die Koordination von Gewaltakten und Zündung von improvisierten Explosivsätzen.

STEIGENDE ANFORDERUNGEN AN DIE ARMEEAUSBILDUNG

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Anforderungen an die Schweizer Streitkräfte seit den 1990er Jahren komplexer und vielschich-

tiger geworden sind – die Armee muss auf neue Bedrohungsszenarien in einem zunehmend komplexen Umfeld angemessen reagieren können; sie muss bereit sein für die Kooperation mit nicht-militärischen Stellen; und sie muss fähig sein, im Bedarfsfalle auch mit ausländischen Armeen zusammenzuarbeiten. Eine weitere Feststellung ist, dass die geänderten Anforderungen alle Funktions- und Hierarchiestufen betreffen, bis hinunter zum einfachen Soldaten: Im heutigen Sicherheitsumfeld ist es nicht mehr ausreichend, wenn ein Soldat nur dazu ausgebildet wurde, in einer High Intensity Warfare-Situation Befehlen zu folgen und nach standardisierten Szenarien Gewalt auszuüben; der Soldat muss mit ständig wechselnden und teilweise widersprüchlichen Anforderungen umgehen können, damit er auch in komplexen Situationen angemessen reagiert.

Die Armeeausbildung muss im heutigen Sicherheitsumfeld mehr Inhalte vermitteln, und diese Inhalte werden immer anspruchsvoller und komplexer – sie reichen vom Einsatz neuer Informationstechnologien bis hin zu fein zisierten Regelungen zum verhältnismässigen Gewalteininsatz im Konfliktfalle (*Rules of Engagement*). Gleichzeitig sinkt die Halbwertszeit des vermittelten Wissens: Dies betrifft fast alle Fachgebiete, von den Ausrüstungskomponenten (zum Beispiel Führungs- und Kommunikationsmittel) bis hin zu den prozeduralen Vorgaben im Einsatz (zum Beispiel *Staff Procedures* in einer Peace Support Operation). Der gesamte Prozess bedingt, dass sich die Armeeausbildung laufend den geänderten Umständen anpassen muss, was im angelsächsischen Sprachgebrauch mit dem Begriff *Training Transformation* bezeichnet wird.

GEMEINSAME AUSBILDUNGSINHALTE FÖRDERN DIE INTEROPERABILITÄT

Die Schweizer Armee hat ihre Lehrpläne schon seit langer Zeit weitgehend festgeschrieben und mit der Personalverwaltung verknüpft. Dies tun die meisten Armeen, schliesslich geht es darum, dass im Bedarfsfalle ausgebildete Spezialisten vorhanden sind und auch gefunden werden können. Falls diese Armeen nun in einem PSO-Einsatz an der Seite ziviler Partner zusammenarbeiten sollen, so stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, wenn die Armeebildung weiterhin nur aufgrund von national und sektoriell erstellten Lerninhalten geschieht? Die Antwort ist Nein: Wenn Angehörige verschiedener Armeen sowie ziviler Sicherheitsinstrumente mit den gleichen Lerninhalten lernen, so bedeutet das für die beteiligten Nationen in der Regel einen Interoperabilitätsgewinn. Alle Beteiligten sind mit identischen Terminologien und Lerninhalten ausgebildet und somit auch besser darauf vorbereitet, im Einsatz miteinander zu funktionieren.

Dies gilt ganz besonders für Fachwissen, das die nationalen Armeen traditionellerweise gar nicht in den Lehrplänen hatten. Das beste Beispiel ist wohl das Wissen, das man für den multinationalen PSO-Einsatz braucht: Wenn multinationale Truppenverbände zusammen mit zivilen Partnern in einem PSO-Einsatz miteinander funktionieren sollen, so müssen sie auf gemeinsame PSO-relevante Ausbildungsgrundlagen aufbauen können: Gemeinsame Rules of Engagment, gemeinsame Stabsprozeduren, einsatzrelevante Sprachkenntnisse, etc. In der physischen Truppenausbildung wird dies schon gemacht, beispielsweise werden Angehörige mehrerer Nationen am Finnish Defence Forces International Center (FINCENT) in Niinisalo gemeinsam in taktischen PSO-Fragen ausgebildet. Auch die Schweiz ist in solche Ausbildungstätigkeiten involviert, wenn auch nur in einem verhältnismässig kleinen Rahmen - Beispiele sind die international angelegten Stabsübungen oder die Ausbildungskurse, die die Schweizer Armee über das PfP-Framework anderen Nationen zur Teilnahme anbietet.

INTERNET-GEBRAUCH IN DER AUSBILDUNG

Nicht nur die Anforderungen an die Armeeausbildung ändern sich, auch das Ausbildungswesen hat in den letzten Jahren einen grossen Wandel erlebt. Dieser Wandel betrifft nicht nur die zu vermittelnden Inhalte, sondern auch die Art, wie diese Inhalte vermittelt werden. An Universitäten erwarten die Studenten, dass die Lehrpläne im Internet publiziert werden, und Vorlesungsinhalte werden immer häufiger übers Internet zugänglich gemacht. Viele Lehrveranstaltungen werden mit *E-Learning* unterstützt, wie dies die Schweizer Armee zurzeit für ihre Ausbildungsgänge plant.

E-Learning ist ein relativ weit gefasster Begriff; er umschreibt den Einsatz von spezialisierten Internet-Mitteln für die Ausbildung. E-Learning umfasst die unterschiedlichsten Lernszenarien, von der Internet-gestützten Lehrer-zu-Lerner-Kommunikation über weite Distanzen hinweg bis hin zum selbständigen Lernen am Computer mit vorgefertigten Lernmaterialien, wie es beispielsweise beim *Advanced Distributed Learning (ADL)* praktiziert wird. ADL ist für Armeen besonders interessant, da sie über eine relativ grosse Zahl an identisch auszubildendem Personal verfügen: Ist ein ADL-Kurs einmal erstellt, kann dieser für eine grosse Anzahl Soldaten wieder verwendet werden, wodurch sich die Ausbildungskosten pro Soldat trotz der relativ hohen Herstellungskosten von ADL-Kursen verringern.

ADVANCED DISTRIBUTED LEARNING UND INTEROPERABILITÄT

Wenn ADL-Kurse mit dem Ziel der Interoperabilität verbunden werden und der gleiche ADL-Kurs von mehreren Nationen wieder verwendet wird, erreicht man sowohl einen *Interoperabilitätsgewinn zwischen den involvierten Nationen* (gleiche Ausbildungsinhalte über Staatsgrenzen hinweg), als auch, bedingt durch die sehr grosse Studentenzahl, *eine starke Reduktion der Ausbildungskosten*. Die entsprechende Umsetzung setzt aber voraus, dass sich die involvierten Länder auf gemeinsame Terminologien und Lernziele einigen können.

Die ADL-Kurse müssen zwischen den einzelnen Nationen und Schulen ausgetauscht werden können. Dies wird nur durch die Einhaltung entsprechender technologischer Standards gewährleistet. Der in diesem Bereich am weitesten verbreitete Standard ist *SCORM* (*Shareable Content Object Reference Model*) in der Version 1.2. SCORM ist eine E-Learning-Norm, die im Wesentlichen die technische Interoperabilität im ADL-Bereich gewährleistet: SCORM 1.2 führt zur Fähigkeit, Lerninhalte zwischen verschiedenen Internet-basierten Lernsystemen auszutauschen und garantiert so die Wiederverwendbarkeit von Lerninhalten über Systemgrenzen hinweg.

SCORM baut auf etablierten anderen Normen auf, wie beispielsweise dem *IMS Manifest* (Beschreibung von Lernobjekten mit Metadaten) oder den Normen der Luftfahrtindustrie. Als SCORM entwickelt wurde, wurden die Bedürfnisse im Bereich militärischer Ausbildung von Anfang an mitberücksichtigt. SCORM passt deshalb ideal zu den Anforderungen einer Armee; es ermöglicht Interoperabilität und wird auch von der Industrie unterstützt. SCORM ist in der Version 1.2 die E-Learning-Norm, die sich auch ausserhalb der Verteidigungsindustrie weltweit am meisten verbreitet hat.

ADVANCED DISTRIBUTED LEARNING IN DER INTERNATIONALEN MILITÄRAUSBILDUNG – DAS BEISPIEL DER ETH ZÜRICH

Die ETH Zürich unterhält an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik ein Projekt, das sich mit dem Einsatz von E-Learning in der internationalen Armeeausbildung auseinandersetzt: ISN E-Learning. ISN E-Learning arbeitet unter der Schirmherrschaft des *Partnership for Peace Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes* (PfP-Konsortium), zudem realisiert es die Ziele des *US-Schweizerischen Memorandum of Understanding*, welches im April 1999 zwischen den Verteidigungsministern der beiden Ländern unterzeichnet wurde. ISN E-Learning arbeitet dabei mit einer ganzen Reihe von Organisationen zusammen, darunter das E-Learning Projekt der Schweizer Armee, das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), das *US Joint Forces*

Command (US JFCOM) und eine ganze Reihe von zivilen Universitäten und Fachhochschulen. Zusammen mit seinen Partnern stellt ISN E-Learning Produkte her, die sich in drei Kategorien einteilen lassen: Lerninhalte, Beratung und Technologien. ISN E-Learning leistet in der Schweiz und international mit Erfolg und hoher Visibilität einen inhaltlichen, beraterischen und technologischen Beitrag zu standardkonformem E-Learning im Bereich der sicherheitspolitischen und militärischen Ausbildung.

LERNINHALTE

ISN E-Learning verfügt zurzeit über 50 umfangreiche E-Learning-Kurse, die bei diversen militärischen und sicherheitspolitischen Ausbildungsveranstaltungen zum Einsatz kommen. Diese Kurse werden von Offizieren und Diplomaten aus allen PfP/NATO-Staaten gebraucht und wurden bisher etwa 40'000 mal absolviert. Allein auf der Infrastruktur der ETH haben sich mehr als 11'000 Teilnehmer registriert. Die intensive Nutzung der Kurse im internationalen Umfeld gibt dem Schweizer Beitrag eine hohe Sichtbarkeit. Die Kurse werden von einer Vielzahl von Institutionen im PfP-Rahmen erstellt und zwischen den einzelnen Ausbildungsinstitutionen ausgetauscht. Seit Neuem liegt der Fokus aber nicht mehr darin, dass eine Nation einen Kurs erstellt, der anschliessend den anderen Nationen ‚tel quel‘ angeboten wird – neue Kurse werden von einer Reihe von Nationen in Koproduktion erstellt, anschliessend werden sie gemeinsam eingesetzt und auch der weiteren PfP-Gemeinschaft zum Gebrauch angeboten. Die Wiederverwendung der Kurse erfolgt im Rahmen des Studienganges Berufsoffizier an der ETH Zürich, in vielen Ausbildungsgängen nationaler Militärakademien in den baltischen Staaten, Rumänien, und anderen osteuropäischen Staaten, aber auch in den Genfer Zentren GCSP und DCAF. Die Thematik der verschiedenen Kurse betrifft Felder wie beispielsweise Militäringlisch, das Spannungsfeld zwischen Rules of Engagement und Völkerrecht, Peace Support Operations, den Kampf gegen den Menschenhandel oder das so genannte Defense Institution Building.

TECHNOLOGIE

ISN E-Learning hat sich in den letzten Jahren weltweit die Position eines Open Source Technologieführers im Bereich *Advanced Distributed Learning* erarbeitet: Es hat die erste, zertifizierte SCORM 1.2 RTE in freier Software zu Verfügung gestellt. Die Entscheidung, alle Produkte als freie Software (*Open Source*) zur Verfügung zu stellen, sichert eine Verbreitung der Technologie. Die *SCORM 1.2 RTE* wurde in vier Lernmanagementsysteme eingebaut, ist über 100'000 mal herunter geladen worden und findet weltweit Anwendung. Viele Softwarelösungen entstammen aus Koproduktionen, wie beispielsweise das *ILLAS Learning Management System*, das in der schweizerischen Fachhochschullandschaft verbreitet eingesetzt wird. Die genannten Technologien werden von diversen nationalen Armeen verwendet, sie kommen bei PfP-Training-Centers und auch in einer ganzen Reihe von zivilen Universitäten und Fachhochschulen zum Einsatz, darunter auch viele Schweizer Institutionen.

BERATUNG

ISN E-Learning hat auch im Bereich der Beratung von E-Learning Projekten eine herausragende Stellung. Seit vielen Jahren bringt das ISN seine E-Learning Kompetenz in Form von Studien für die Schweizer Armee ein: Studie Digital Training AXXI, Konzeptionsstudie E-Learning AXXI, Bericht Internationale Zusammenarbeit im Bereich E-Learning Management, Beilage Schlussbericht PL E-Learning. Im Schweizer Projekt E-Learning V berät das ISN sowohl die armasuisse als auch den Führungsstab durch Workshops und Konzepte. Leistungen des ISN für E-Learning V werden bei Erstellung von Inhalten (Masterausbilder Workshops) ebenso erbracht wie bei der Organisation von Konferenzen. In der internationalen Arbeit stellt das ISN den *Chair der ADL Working Group* im Rahmen des *PfP Consortium*. In dieser internationalen Gruppe bringt das ISN sein Wissen über E-Learning Standards und Prozesse ein und spielt es an die Schweizer Streitkräfte zurück. ISN

E-Learning arbeitet sehr eng mit den „ADL Co-Laboratories“ zusammen, die für die technische Erarbeitung des SCORM-Standards verantwortlich zeichnen. Bedingt durch seine Mitarbeit im PfP-Rahmen ist ISN E-Learning gut platziert, um die entsprechenden Standards im realen Gebrauch zu testen, wobei ganz besonders die Aspekte getestet werden, die in nationalen Ausbildungsstrukturen nur schwer zu testen sind – nämlich den Austausch von Lerninhalten über System- und Landesgrenzen hinweg, und die Wiederverwendung derselben E-Learning-Lösungen in den verschiedensten Lern- und Einsatzszenarien. ISN E-Learning hat in diesem Bereich inzwischen ein einzigartiges Wissen erarbeitet, das die gesamte Produktions- und Einsatzkette im ADL-Bereich betrifft. Dieses Wissen kommt bei den verschiedensten Institutionen zum Einsatz, und zwar sowohl national als auch international.

KONTAKT

staub@sipo.gess.ethz.ch

toedt@sipo.gess.ethz.ch

KURZANGABEN ÜBER DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Silvia Azzouzi-Staubli, MA, ist Kurskordinatorin des «Master of Advanced Studies in Security Policy and Crisis Management» an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich.

Dr. Stefano Bruno ist ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich. Er arbeitete im Bereich Schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik.

Christiane Callsen, lic. phil. I, Master of Advanced European Studies, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und verantwortlich für das Projekt «Netzwerk schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik» (SSN).

Christoph Doktor, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich. Er arbeitet im Forschungsbereich «New Risks».

Matthias Holenstein, dipl. natw. ETH Zürich, ist Projektleiter bei der Stiftung Risiko-Dialog. Er beschäftigt sich mit Risiken aus den Themenbereichen Energie und Netzwerke sowie mit den methodischen Aspekten von Risikowahrnehmung, -bewertung und -kommunikation.

Dr. des. Daniel Möckli ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich. Er ist Editor der «CSS Analysen zur Sicherheitspolitik».

Dr. Matthias Nast ist Projektleiter bei der Stiftung Risiko-Dialog. Er beschäftigt sich mit öffentlichen Risikodebatten und der Krisenbewältigung bei Naturgefahren.

Timo Staub, lic. oec., arbeitet als ISN Strategy Officer an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich. Er ist Mitglied der ISN-Geschäftsleitung und leitet die Advanced Distributed Learning (ADL) Working Group des PFP-Konsortiums.

Manuel Suter lic. phil. I, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich. Er arbeitet im Bereich «New Risks».

Alexandra Tödt, M.A., arbeitet als ISN Head of E-Learning an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik. Sie ist Mitglied der ISN-Geschäftsleitung.

CHRONOLOGIE

CHRONOLOGIE ZUR SCHWEIZERISCHEN SICHERHEITSPOLITIK VON JANUAR BIS DEZEMBER 2006

zusammengestellt von Erik Dinkel, unter Mitarbeit von Christiane Callsen

Die Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik ist Teil der Website «Netzwerk schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik – SSN» und auf dem Internet unter www.ssn.ethz.ch aktuell abrufbar.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

In der Chronologie werden folgende Abkürzungen verwendet:

AdA	Angehörige der Armee
AO	Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee
APK-N	Aussenpolitische Kommission des Nationalrats
APK-S	Aussenpolitische Kommission des Ständerats
BAZL	Bundesamt für Zivilluftfahrt
BFM	Bundesamt für Migration
BFS	Bundesamt für Statistik
CdA	Chef der Armee
CEMT	European Conference of Ministers of Transport (Europäische Verkehrsministerkonferenz)
CIA	Central Intelligence Agency
Deza	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DSP	Direktion für Sicherheitspolitik
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council (Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat)
EASA	European Aviation Safety Agency (Europäische Agentur für Flugsicherheit)
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EU	Europäische Union
Eufor	European Union Force
Europol	European Police Office (Europäisches Polizeiamt)
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
FBI	Federal Bureau of Investigation (Amerikanische Bundespolizei)
Fedpol	Bundesamt für Polizei
GASP	Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik
GPDel	Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte
GPK-N	Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats
GPK-S	Geschäftsprüfungskommission des Ständerats
GWK	Grenzwachtkorps
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergieagentur)
IIC	Independent Inquiry Committee
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
Isaf	International Security Assistance Force (Internationale Schutztruppe in Afghanistan)
ISF	International Security Forum
IWF	Internationaler Währungsfonds
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
Kfor	Kosovo Force (Internationale Friedenstruppe im Kosovo)
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MILAK	Militärakademie an der ETH Zürich
MZDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
Neat	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
NNSC	Neutral Nations Supervisory Commission
NPT	Nuclear Non-Proliferation Treaty (Atomwaffensperrvertrag)
NTG	Nato Training Group
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

OIF	Organisation internationale de la francophonie
OPCW	Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (Organisation für das Verbot von chemischen Waffen)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnership for Peace (Partnerschaft für den Frieden)
PSO	Peace Support Operations
Sacu	Southern African Customs Union (Südafrikanische Zollunion)
Seco	Staatssekretariat für Wirtschaft
SEF	Schweizerischer Expertenpool für zivile Friedensförderung
SES	Single European Sky (Einheitlicher europäischer Luftraum)
SIK-N	Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats
SIK-S	Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats
SIS	Schengener Informationssystem
SKH	Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe
SND	Strategischer Nachrichtendienst
Swisscoy	Swiss Company (Schweizer Kompanie im Rahmen der Kfor)
UNDP	United Nations Development Programme (Uno-Entwicklungsprogramm)
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge)
Unifil	United Nations Interim Force in Lebanon (Friedensmission der Uno in Libanon)
Uno	United Nations Organisation (Vereinte Nationen)
USIS	Projektgruppe «Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz»
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WEF	World Economic Forum (Weltwirtschaftsforum)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
ZISP	Zentrum für Internationale Sicherheitspolitik

01.01.2006

BRIGADIER LÄTSCH NEUER DIREKTOR DER MILITÄRAKADEMIE

Brigadier Rudolf Steiger, Direktor der Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK), ETH-Titularprofessor und Dozent für Menschenführung und Kommunikation, geht in Pension. Dessen Funktion als MILAK-Direktor wird von Brigadier Daniel Lätsch, bisheriger Kommandant der Infanteriebri-gade 7, übernommen.

06.01.2006

MEHR EINSATZBEZOGENE DIENSTTAGE DER ARMEE IM JAHR 2005

Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) gibt bekannt, dass die Schweizer Armee im Jahr 2005 beinahe eine halbe Million Dienstage in Einsätzen geleistet hat. Gegenüber dem Vor-jahr entspricht dies einer Zunahme von annähernd 25 Prozent. Zwei Drittel der Dienstage wurden für subsidiäre Sicherungseinsätze (Botschaftsschutz, das World Economic Forum 2005, Unterstützung des Grenzwachtkorps) er-bracht. Gut 3 Prozent der Dienstage wurden im Rahmen der Katastrophen-hilfe geleistet; ins Gewicht fielen hier vor allem die Hilfsaktion in Sumatra nach der Tsunami-Katastrophe sowie der Armee-Einsatz in der Schweiz nach den heftigen Niederschlägen im August 2005. Der Umfang der Hilfe zugun-sten ziviler Anlässe lag bei 58'241 Diensttagen, und in der militärischen Frie-densförderung wurden 97'827 Dienstage, also knapp 20 Prozent aller Ein-satztage, geleistet.

06.01.2006

OECD-BERICHT ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SCHWEIZ

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht ihren Bericht über die Lage der Schweizer Wirtschaft. Der Bericht konstatiert ein im Vergleich zu anderen OECD-Ländern deut-lich unterdurchschnittliches Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in der Schweiz, doch bleibt die Schweiz nach Auffassung der OECD ein wohlha-bendes Land.

09.01.2006 bis 13.01.2006

UNO-SONDERBERICHTERSTATTER ÜBER RASSISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT IN DER SCHWEIZ

Der Uno-Sonderberichtserstatter über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Doudou Diène, weilt in der Schweiz. Diène führt Gespräche mit Vertretern des Bundesrats, von Bundesämtern und Kantonsregierungen sowie mit Angehörigen von Minderheiten. Am 10. Januar 2006 wird Diène von Bundesrat Pascal Couchepin, dem Vorsteher des EDI, zu einem Arbeitsbesuch in Bern empfangen. Im Zentrum der Gespräche stehen Aktivitäten des EDI zur Prävention von Rassismus und Diskriminierung. Diène trifft ausserdem mit Bundesrat Christoph Blocher, dem Vorsteher des EJPD, zusammen. Diène kritisiert unter anderem das Fehlen einer einheitlichen Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Schweiz.

11.01.2006

ERKLÄRUNG DES BUNDESRATES ZUR VERÖFFENTLICHUNG EINES GEHEIMEN DOKUMENTS

Der Bundesrat befasst sich mit der Veröffentlichung eines als geheim klassifizierten Dokuments im Sonntags-Blick. In der Ausgabe vom 8. Januar hatte der Sonntags-Blick ein Dokument des Strategischen Nachrichtendienstes publiziert, in dem von der Existenz mutmasslicher CIA-Gefängnisse die Rede ist. Dabei handelt es sich um eine Faxmeldung des ägyptischen Aussenministeriums in Kairo an die ägyptische Botschaft in London. Der Bundesrat verurteilt die Weiterleitung des Dokuments an die Presse sowie dessen Veröffentlichung durch den Sonntags-Blick und hält fest, dass es sich um strafbare Handlungen handle, die dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der Schweiz schaden. Der Oberauditor der Schweizer Armee hat am 9. Januar gegen den Chefredaktor sowie gegen zwei Redaktoren des Sonntags-Blicks eine Voruntersuchung wegen der Veröffentlichung von klassifiziertem Material sowie eine vorläufige Beweisaufnahme gegen unbekannte Täterschaft wegen der Weiterleitung des Dokuments an den Sonntags-Blick angeordnet. Am 10. Januar hat ausserdem die Bundesanwaltschaft ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung und Veröffentlichung amtlich geheimer Verhandlungen aufgenommen.

12.01.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY BEIM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE IN STRASSBURG

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), weilt zu einem offiziellen Besuch beim Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, dem Schweizer Luzius Wildhaber, in Strassburg. Im Zentrum der Gespräche stehen die von der Schweiz geförderten Reformen zur Entlastung des Gerichtshofs, der mit rund 80'000 hängigen Verfahren stark überlastet ist. Zur Sprache kommt ferner die Umsetzung der gefällten Urteile.

13.01.2006

POSITIVE HALTUNG DER SIK-S ZU FÜHRUNGSSTRUKTUREN DER ARMEE

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SIK-S) kommt nach Prüfung des Berichts des Bundesrates zu den Führungsstrukturen der Armee und die Unterstellungsverhältnisse zum Schluss, dass die bei der Konzipierung der Armee XXI von der Kommission eingebrachten Anliegen in der Umsetzung gebührend berücksichtigt werden. Zudem lässt sich die SIK-S durch den VBS-Vorsteher über die Hintergründe der Veröffentlichung eines Geheimpapiers des Nachrichtendienstes durch die Presse unterrichten und setzt sich mit der Situation der Berufsoffiziere auseinander.

16.01.2006 bis 30.01.2006

EINSATZ DER ARMEE IM RAHMEN DES WEF 2006

Die Schweizer Armee leistet im Rahmen der Sicherheitsmassnahmen rund um das World Economic Forum (WEF) 2006 einen Assistenzdiensteinsatz zugunsten des Kantons Graubünden. Die Einsatzverantwortung liegt bei den zivilen Behörden des Kantons Graubünden. Die Armee ist mit dem Schutz von Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Verkehr sowie Strom- und Wasserversorgung, der Sicherung des Luftraums und der Durchführung von Lufttransporten beauftragt. Zudem werden Berufssoldaten der Militärischen Sicherheit mit dem Schutz von Personen und der Durchführung von Zutrittskontrollen betraut. Ausdrücklich nicht vorgesehen sind Einsätze im Ordnungsdienst; dieser bleibt Sache der Polizei. Das Parlament hatte dem Einsatz von

maximal 6500 Armeeingehörigen zugestimmt; effektiv eingesetzt werden im Tagesdurchschnitt rund 4100 Armeeingehörige.

17.01.2006

BEFEHL FÜR DIE GRUNDBEREITSCHAFT 2007 DER ARMEE

Der Chef der Armee (CdA), Korpskommandant Christophe Keckeis, erlässt den Befehl für die Grundbereitschaft 2007 an die Armee. Der Befehl definiert die von der Armee kurz- und mittelfristig zu erbringenden Aufgaben in den Bereichen Ausbildung, Logistik, Personal und Führung und schafft somit die Grundlage für die weitere Planung. Zu den 2007 zu erbringenden Leistungen der Armee zählen unter anderem die subsidiäre Unterstützung ziviler Partner in den Bereichen Grenz-, Konferenz- und Objektschutz sowie Einsätze zur internationalen Friedensförderung und Krisenbewältigung. Als neues Element ist im Befehl zur Grundbereitschaft 2007 eine Mehrjahresplanung von 2007 bis 2011 enthalten.

19.01.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER ZU BESUCH BEI EU-VORSITZ IN WIEN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, trifft sich zu offiziellen Arbeitsgesprächen mit dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer und dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in Wien. Österreich hat im ersten Halbjahr 2006 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Im Zentrum der Gespräche stehen die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU; es kommen insbesondere die Themen Elektrizität, Gesundheit und eine Zusammenarbeit beim europäischen Satellitennavigationssystem Galileo zur Sprache. Schüssel verspricht, sich als EU-Ratsvorsitzender für eine rasche Ratifikation der Bilateralen II einzusetzen. Interessiert zeigen sich die österreichischen Gastgeber ferner an der schweizerischen Verlagerungspolitik. Diskutiert werden zudem der mögliche Bau eines unterirdischen Atom-Endlagers im Zürcher Weinland sowie die Fussball-Europameisterschaft 2008.

19.01.2006 bis 23.01.2006

WIRTSCHAFTSMINISTER DEISS IN INDIEN

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Indien. Im Zentrum des Besuchs stehen die Stärkung der Wirtschafts-

beziehungen, die Vertiefung des Dialogs mit den indischen Behörden sowie die Förderung des Wirtschaftsstandorts Schweiz in Indien. Auf seiner Reise wird Deiss von rund einem Dutzend Wirtschaftsvertretern begleitet. Darunter sind unter anderem Vertreter von UBS, Credit Suisse, Novartis und ABB. In Kalkutta nimmt Deiss an einem Wirtschaftsforum der Confederation of Indian Industries teil, und in Bangalore besichtigt der Wirtschaftsminister verschiedene IT-Unternehmen. In Delhi hält Deiss eine Rede vor der Vereinigung der indischen Industrie- und Handelskammer (FICCI). Zum Abschluss der Reise trifft der EVD-Vorsteher in Delhi mit dem indischen Handels- und Industrieminister Kamal Nath sowie mit Staatspräsident Abdul Kalam zusammen.

23.01.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN WIEN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch bei ihrer österreichischen Amtskollegin Ursula Plassnik in Wien. Im Zentrum der Gespräche mit Plassnik steht der Ratifizierungsprozess für die bilateralen Verträge II zwischen der Schweiz und der EU. Plassnik sichert ausserdem zu, zur Klärung des Verteilschlüssels der Kohäsionszahlungen der Schweiz an die neuen EU-Mitgliedstaaten beizutragen.

25.01.2006

AUSSENMINISTERIN CALMY-REY AN ABDANKUNGSFEIER RUGOVAS

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt anlässlich der Abdankungsfeier des verstorbenen kosovarischen Präsidenten Ibrahim Rugova zusammen mit zahlreichen Delegationen aus aller Welt in Pristina. In einem Beileidsschreiben drückt Bundespräsident Moritz Leuenberger den Behörden und der Bevölkerung des Kosovos das tief empfundene Beileid der Schweiz aus.

25.01.2006 bis 29.01.2006

WORLD ECONOMIC FORUM 2006 IN DAVOS

Mit gut 2300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 89 Ländern findet in Davos das Weltwirtschaftsforum (WEF) 2006 unter dem Motto «Kreativer Imperativ» statt. Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, eröffnet das Forum gemeinsam mit WEF-Gründer Klaus Schwab. Bundesrä-

tin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, sowie die Bundesräte Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, und Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, nehmen ebenfalls im Rahmen des WEF an Treffen und Workshops teil. Anwesend sind ferner der ehemalige US-Präsident Bill Clinton, Uno-Generalsekretär Kofi Annan und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. In rund 200 Panels werden globale Probleme und mögliche Lösungsansätze erörtert; Schwerpunktthemen sind der Aufstieg Chinas und Indiens. Die Kundgebungen rund um das Forum verlaufen weitgehend ruhig.

26.01.2006

STELLUNGNAHME DES EDA ZUM WAHLSIEG DER HAMAS

Das EDA begrüsst den guten Verlauf der palästinensischen Parlamentswahlen und bezeichnet den Wahlsieg der Hamas als Ereignis von wegweisender Bedeutung. Es ruft alle Parteien zum Verzicht auf Gewalt und zur Respektierung des Rechts auf und signalisiert Kooperationsbereitschaft mit einer palästinensischen Regierung, deren Handeln auf Dialog und friedlichen Mitteln beruht.

27.01.2006

EJPD-VORSTEHER BLOCHER TRIFFT US-REGIERUNGSVERTRETER

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, trifft Robert S. Mueller, den Direktor der amerikanischen Bundespolizei (FBI), zu einem offiziellen Arbeitsgespräch in Zürich. Im Zentrum des Gesprächs stehen die Bekämpfung des Terrorismus und die kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit. Im Anschluss trifft sich Blocher mit dem US-Minister für Homeland Security, Michael Chertoff, in Davos. Gegenstand der Gespräche sind die Einführung biometrischer Pässe, das Visa Waiver-Programm der USA, allgemeine Fragen der bilateralen Polizeizusammenarbeit sowie die von der Schweiz getroffenen Massnahmen im Zusammenhang mit der Vogelgrippe.

27.01.2006

ABKOMMEN ZWISCHEN RUSSLAND UND DER SCHWEIZ

Am Rande des WEF in Davos unterzeichnen Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, und der russische Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, German Gref, ein Abkommen über den gegenseitigen Marktzugang für Waren und Dienstleistungen. Das bilaterale Abkommen ist Teil der Ver-

handlungen, die Russland mit seinen Handelspartnern im Hinblick auf den russischen WTO-Beitritt führt. Die Vereinbarung sieht nach einer Übergangsfrist den Abbau von Zöllen und Erleichterungen bei gewissen nichttarifären Handelshemmnissen vor, was den Zugang von Schweizer Unternehmen zum russischen Markt verbessern soll.

28.01.2006

SCHAFFUNG EINES FORUMS FÜR HANDELS- UND INVESTITIONS-ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DEN USA

Am Rande des WEF in Davos einigen sich Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, und Robert Portman, Handelsbeauftragter der USA, auf die Schaffung eines gemeinsamen Kooperationsforums (Swiss-US Trade and Investment Cooperation Forum). Das Forum soll die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA ermöglichen, indem es regelmässige Gespräche organisiert. Welche Themen besprochen werden, soll in den kommenden Wochen entschieden werden. Der Schaffung des Kooperationsforums waren Sondierungsgespräche über ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern vorausgegangen; der Bundesrat erteilte jedoch kein Verhandlungsmandat. Am WEF bekräftigen die Schweiz und die USA ferner, ihre Zusammenarbeit innerhalb der WTO und anderen internationalen Organisationen weiterführen zu wollen.

30.01.2006

FINANZMINISTER MERZ TRIFFT IWF-DIREKTOR

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, trifft im Anschluss an das WEF in Davos den Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Rodrigo de Rato, in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die weltwirtschaftlichen Entwicklungen, die Initiative zur Entschuldung der ärmsten Länder, die Finanzierung und die strategische Ausrichtung des IWF sowie die wirtschaftliche Lage der Schweiz.

30.01.2006

RUND SECHS MILLIONEN GELEISTETE ARMEE-DIENSTTAGE IM JAHR 2005

Das VBS gibt bekannt, dass im Jahr 2005 242'136 Angehörige der Armee (AdA) 6'019'542 Dienstage geleistet haben. Dies entspricht dem Durch-

schnittswert vergangener Jahre. Beinahe eine halbe Million der 2005 absolvierten Dienstage wurden in Einsätzen geleistet, was einer Zunahme von rund 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr gleichkommt.

31.01.2006

BUNDESRAT VERHÄNGT SANKTIONEN GEGENÜBER USBEKISTAN

Der Bundesrat beschliesst ein Rüstungsgüterembargo sowie Reisesanktionen gegenüber Usbekistan und erlässt eine entsprechende Verordnung; dies geschieht infolge der Menschenrechtsverletzungen in Andischan vom Mai 2005. Die Schweiz verurteilte bereits damals das Massaker und erliess erste Restriktionen. Mit den nun getroffenen Massnahmen schliesst sich der Bundesrat den von der EU am 14. November 2005 beschlossenen Sanktionen gegenüber Usbekistan an. Die individuellen Reiserestriktionen betreffen zwölf der für die Niederschlagung der Proteste in Andischan verantwortlichen Personen; diese dürfen nicht mehr in die Schweiz einreisen oder diese passieren.

01.02.2006

INTENSIVIERUNG DER POLIZEIKOOPERATION MIT ALBANIEN, MAZEDONIEN UND RUMÄNIEN

Der Bundesrat verabschiedet zwei Botschaften zu Polizeikooperationsabkommen zwischen der Schweiz einerseits und Albanien, Mazedonien und Rumänien andererseits. Die Abkommen schaffen die Voraussetzungen, um die polizeiliche Zusammenarbeit in den Bereichen Informationsaustausch, Koordination, Aus- und Weiterbildung sowie der Bildung von Arbeitsgruppen zu verstärken.

01.02.2006

JAHRESBEWILLIGUNG FÜR DIE USA ZUR BENÜTZUNG DES SCHWEIZER LUFT- RAUMS

Das UVEK und das EDA informieren den Bundesrat über die Erteilung der Bewilligung für offizielle Flugzeuge der USA zur Benützung des schweizerischen Luftraums für das Jahr 2006. Die Bewilligung sieht ein vereinfachtes Verfahren für die Erteilung von Überflugsrechten vor und nimmt explizit Bezug auf das Völkerrecht. Die schweizerischen Behörden behalten sich das Recht vor, in begründeten Verdachtsmomenten Kontrollen durchzuführen. Die Erteilung

der Jahresbewilligung hatte sich im Zusammenhang mit offenen Fragen bezüglich der mutmasslichen CIA-Gefangenentransporte verzögert.

02.02.2006

STAATSSSEKRETÄR AMBÜHL IN BRÜSSEL

Staatssekretär Michael Ambühl weilt im Rahmen der regelmässigen Kontakte zwischen der Schweiz und der EU zu Gesprächen mit Vertretern der EU-Kommission und des EU-Ministerrats in Brüssel. Im Zentrum der Gespräche stehen die Ratifizierung der bilateralen Abkommen II, mögliche Verhandlungen in den Bereichen Strommarkt und Galileo, der Bericht des Bundesrates über die verschiedenen europapolitischen Optionen der Schweiz und die Prüfung eines Freihandelsabkommens im Agrarbereich. Behandelt werden zudem internationale Themen wie der Status des Kosovos, das iranische Atomprogramm und die Uno-Reformen. Zudem bekräftigt der Staatssekretär die Haltung der Schweiz in der Frage der kantonalen Steuerprivilegien zugunsten ausländischer Holdinggesellschaften im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen.

02.02.2006

OFFIZIELLER BESUCH DES CHINESISCHEN AUSSENMINISTERS

Der chinesische Aussenminister Li Zhaoxing weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Nach einem Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Moritz Leuenberger wird er von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, empfangen. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen und die Menschenrechte. Ebenfalls besprochen werden die Reform der Uno und die Schaffung eines Menschenrechtsrates. In wirtschaftlicher Hinsicht wie auch in Menschenrechtsfragen wollen die Schweiz und China enger zusammenarbeiten. China ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien.

03.02.2006

DELEGATION BHUTANS IN DER SCHWEIZ

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den Aussenminister des Königreichs Bhutan, Lyonpo Khandu Wangchuk, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die bila-

teralen Beziehungen sowie Fragen der internationalen und regionalen Politik. Die Schweiz unterhält mit Bhutan seit 1985 diplomatische Beziehungen und unterstützt das Land im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit rund sieben Millionen Franken pro Jahr.

06.02.2006

VERBRENNUNG EINER SCHWEIZER FAHNE IM LIBANON

Nachdem bei den gewaltsamen antidänischen Protestaktionen im Geschäftsviertel Beiruts auch eine Schweizer Fahne verbrannt worden ist, wendet sich Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, telefonisch an den libanesischen Premierminister sowie den libanesischen Aussenminister. Von offizieller libanesischer Seite wird die Gewalt verurteilt und versichert, dass alles unternommen werde, die Sicherheit von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern sowie von Schweizer Institutionen im Libanon zu gewährleisten. Die Unruhen brachen Ende Januar 2006 aufgrund der im Oktober 2005 in einer dänischen Zeitung abgedruckten Karikaturen des Propheten Mohammed aus.

06.02.2006 bis 02.03.2006

SCHWEIZER LUFTWAFFE IN NORWEGEN

Im Rahmen der Übung Nightway trainiert die Schweizer Luftwaffe mit sechs F/A-18-Kampffjets im Norden von Norwegen über dem Meer den Nachtflug. Das Training bei Dunkelheit ist in der Schweiz aufgrund der dichten Besiedlung und der damit verbundenen Nachtruhestörung nur sehr eingeschränkt möglich. Mit der Übung Nightway absolviert die Schweizer Luftwaffe bereits das siebte Mal ein Training in Norwegen.

07.02.2006

NÄCHTLICHE TESTFLÜGE MIT DROHNEN

Die Schweizer Luftwaffe beginnt mit der Durchführung einer Serie von nächtlichen Testflügen mit Drohnen. Gestartet wird ab dem Militärflughafen Emmen. Vorgesehen sind zehn Flüge im zivilen Luftraum zwischen 22 Uhr und 6 Uhr. Erstmals werden die Drohnen dabei nicht durch Helikopter begleitet. Gemäss Medienmitteilung dienen die Einsätze der Verifizierung der vom BAZL, von Skyguide und der Luftwaffe ausgearbeiteten Einsatzverfahren und Abläufe.

07.02.2006

UMSTRITTENE KRITIK LEUENBERGERS AN DER VERÖFFENTLICHUNG DER MOHAMMED-KARIKATUREN IN SCHWEIZER ZEITUNGEN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, äussert sich im Rahmen der Sendung «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens kritisch gegenüber den Schweizer Zeitungen, die einige der umstrittenen Mohammed-Karikaturen nachgedruckt haben. Demgegenüber bezeichnete das EDA in einer Stellungnahme die Veröffentlichung einiger Karikaturen in der Schweiz als «vertretbar». Scharf kritisiert wird die Publikation von iranischer Seite. Der Presseattaché der iranischen Botschaft in Bern fordert die Zeitungen, welche die Karikaturen abgebildet haben, auf, sich bei der gesamten islamischen Welt zu entschuldigen. Der Präsident der FDP Schweiz, Fulvio Pelli, weist sowohl die Forderung Irans als auch die Äusserungen von Bundespräsident Leuenberger zurück. Während die SVP, die CVP und die SP im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Mohammed-Karikaturen aussenpolitische Zurückhaltung empfehlen, fordert die FDP ein entschiedeneres Auftreten der Schweiz für universelle Freiheitsrechte.

07.02.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER ERÖFFNET UMWELTMINISTERFORUM IN DUBAI

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, eröffnet das Globale Umweltministerforum in Dubai und ruft dazu auf, im Bereich der Entwicklung konkretere und messbarere Ziele für die globale Umweltpolitik zu formulieren. Gestützt auf die international vereinbarten Vorgaben in den Bereichen Klimaschutz (Kyoto-Protokoll), Artenvielfalt und Chemikalien bringt der Bundespräsident den Vorschlag zur Schaffung einer globalen Agenda für die gesamte internationale Umweltpolitik ein. Das Forum dauert bis am 9. Februar 2006.

11.02.2006

DEMONSTRATION IN BERN GEGEN MOHAMMED-KARIKATUREN

Rund 1000 Personen demonstrieren auf dem Bundesplatz in Bern gegen die «Beleidigung» des Propheten Mohammed durch die vor rund vier Monaten in einer dänischen Zeitung veröffentlichten Karikaturen. Im Verlauf der Kund-

gebung verrichten die Männer auf mitgebrachten Teppichen und Tüchern mit Blick gegen Osten ein gemeinsames Mittagsgebet. Organisiert wurde die ohne Zwischenfälle verlaufende Veranstaltung von einer Vereinigung von Muslimen aus Biel.

14.02.2006

GESPRÄCHE ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DEM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, empfängt den stellvertretenden Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Klaus Tschüscher, zu einem Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die Entwicklung in der WTO, die Beziehungen zur EU sowie die Pflege und Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

14.02.2006

KRIEGSMATERIALEXPORTE 2005

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gibt bekannt, dass die Schweiz im Jahr 2005 Kriegsmaterial für 257,7 Millionen Franken in 72 Länder exportiert hat. Dies entspricht einem Rückgang von 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wichtigster Abnehmer war mit 58,8 Millionen Franken wiederum Deutschland. Danach folgen Dänemark, die USA und Schweden.

16.02.2006

AUSSENMINISTERIN CALMY-REY IN BERLIN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Berlin. Im Zentrum der Gespräche mit dem deutschen Bundesausserminister Frank-Walter Steinmeier stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland, insbesondere die Frage der An- und Abflugsregime vom Flughafen Zürich, die europäische Integration, die Reform der Uno, die Lage auf dem Westbalkan sowie die Situation im Nahen und Mittleren Osten.

17.02.2006

BUNDESRAT COUCHEPIN TRIFFT DEN GENERALSEKRETÄR DER FRANKOPHONIE

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, trifft den Generalsekretär der Frankophonie, Abdou Diouf, in Genf. Im Zentrum der Gespräche stehen die Beziehung der Schweiz und der Organisation internationale de la francophonie (OIF), deren institutionelle Reformen und die multilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung sowie kulturelle und sprachliche Vielfalt.

21.02.2006

BERICHT DER SCHWEIZ AN DEN EUROPARAT

Die Schweiz geht auf das durch den Generalsekretär des Europarates an die Mitgliedstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) gestellte Auskunftsbegehren im Zusammenhang mit den mutmasslichen Geheimgefängnissen der CIA in Europa ein und schickt den entsprechenden Bericht nach Strassburg. Der Bericht des EDA betont das Engagement der Schweiz für die Achtung der Menschenrechte. Weiter wird das Verbot unerlaubter Handlungen für fremde Staaten auf dem Gebiet der Schweiz gemäss Völkerrecht und Schweizerischem Strafgesetzbuch hervorgehoben und auf die diesbezüglich laufenden Ermittlungen der Bundesanwaltschaft verwiesen. Abschliessend hält der Bericht fest, dass die Schweiz überzeugt ist, die wirksame Anwendung der EMRK gewährleisten zu können.

22.02.2006 bis 23.02.2006

VERHANDLUNGEN ZWISCHEN DER SRI-LANKISCHEN REGIERUNG UND DER LTTE IN GENF

Vertreter der sri-lankischen Regierung und der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) treffen sich unter Vermittlung des norwegischen Entwicklungsministers Erik Solheim zu Gesprächen im rund 20 Kilometer vor Genf liegenden Schloss Bossey. Direkte Kontakte zwischen den beiden Parteien waren seit Frühjahr 2003 unterbrochen gewesen; in den vergangenen Monaten hatten ausserdem Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens vom Februar 2002 erheblich zugenommen. Nach Abschluss der Gespräche bekennen sich beide Parteien zur Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens und versprechen in einer Erklärung, dafür zu sorgen, dass es zu keinen Einschüchterungen, Entführungen und Tötungen mehr kommen wird. Die LTTE ihrerseits wollen künftig auf die Rekrutierung von Kindern verzichten.

22.02.2006 bis 24.02.2006

BILATERALE ABKOMMEN MIT ASERBEIDSCHAN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Baku. Auf dem Programm stehen Gespräche mit dem Präsidenten Aserbeidschans, Ilham Alijew, dem Premierminister Artur Raszadeh, dem Aussenminister Elmar Mammadyarow und weiteren Regierungsvertretern. Im Rahmen ihres Besuchs unterzeichnet Calmy-Rey drei bilaterale Abkommen – ein Investitionsschutzabkommen, ein Rahmenabkommen für die technische, finanzielle und humanitäre Zusammenarbeit, ein Doppelbesteuerungsabkommen – und eine gemeinsame Erklärung zur Migration. Ferner spricht die Bundesrätin den Konflikt zwischen Aserbeidschan und Armenien um die Region Berg-Karabach an und unterstreicht das Interesse der Schweiz an einer friedlichen Lösung. Die Gesellschaft Schweiz – Armenien kritisiert den aus ihrer Sicht «einseitigen» Besuch der Bundesrätin.

24.02.2006

IRANISCHER STELLVERTRETENDER AUSSENMINISTER IN BERN

Der Staatssekretär des EDA, Michael Ambühl, empfängt den iranischen Stellvertretenden Aussenminister Saeed Jalili zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Der Besuch findet im Rahmen der regelmässigen Kontakte zwischen der Schweiz und der Islamischen Republik Iran statt. Im Zentrum der Gespräche stehen die Nuklearfrage, die Menschenrechtslage und die kulturelle Verständigung. Ambühl ruft die Position der Schweiz in Erinnerung, die im aktuellen Konflikt um das iranische Atomprogramm die Haltung der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) unterstützt. Diese fordert von Iran die Einstellung der Urananreicherung und anderer sensibler Aktivitäten. Im Hinblick auf den Nahostkonflikt betont Ambühl sowohl das Existenzrecht Israels als auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und verweist auf die Bemühungen der Schweiz für eine gerechte und dauerhafte Verhandlungslösung.

24.02.2006

BUNDESRAT BLOCHER IN PARIS

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, trifft erstmals seinen französischen Amtskollegen, Pascal Clément, zu Arbeitsgesprächen in Paris. Im Zentrum der Gespräche stehen die Rechtshilfe und die Zusammenarbeit im

Bereich von Auslieferungen. Behandelt werden weiter Fragen zur Assoziierung der Schweiz an die Vertragswerke von Schengen und Dublin, die Anpassung von bilateralen Verträgen, zivilrechtliche Belange sowie das anfangs 2006 verabschiedete französische Anti-Terror-Gesetz.

25.02.2006 bis 03.03.2006

VERTEIDIGUNGSMINISTER SCHMID IN CHINA UND KOREA

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu offiziellen Arbeitsbesuchen in China und Südkorea. Die Reise nach China erfolgt auf Einladung des chinesischen Verteidigungsministers, Cao Gangchuan. Im Zentrum der Gespräche stehen unter anderem die Atomprogramme Irans und Nordkoreas sowie die Beziehungen zwischen der Schweiz und China; zur Sprache kommt ferner die Politik Chinas in Tibet. Beide Minister äussern den Wunsch, den strategischen Dialog zwischen Bern und Peking zu institutionalisieren. Zum Abschluss seines Chinabesuchs trifft Schmid mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao zusammen. Neben den bereits mit dem Verteidigungsminister behandelten Themen kommen die Menschenrechte und Taiwan zur Sprache. In Südkorea trifft Schmid mit seinem südkoreanischen Amtskollegen, Verteidigungsminister Yoon Kwang Woong, zusammen, und stattet den Schweizer Offizieren der Neutral Nations Supervisory Commission (NNSC) einen Besuch ab.

27.02.2006

FESTLEGUNG DER MODALITÄTEN DER KOHÄSIONSZUHLUNGEN AN DIE EU

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, unterzeichnet in Brüssel das Memorandum of Understanding zwischen der Schweiz und der EU über die Modalitäten des Schweizer Finanzbeitrags an die zehn EU-Mitgliedstaaten, die der Union seit 2004 angehören. Für die EU unterzeichnen die amtierende EU-Ratspräsidentin und österreichische Aussenministerin Ursula Plassnik und die Kommissarin für Aussenbeziehungen Benita Ferrero-Waldner die Vereinbarung. Die Übereinkunft war am 22. Februar vom Bundesrat genehmigt worden. Der Beitrag beläuft sich auf insgesamt eine Milliarde Franken, mit dem über einen Zeitraum von fünf Jahren ausgewählte Projekte in den zehn EU-Staaten finanziell unterstützt werden sollen. Die rechtliche Grundlage für den «Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU» soll das Osthilfegesetz bilden, das vom

Nationalrat in der Märzsession behandelt werden wird; der Betrag selbst muss von den eidgenössischen Räten ebenfalls noch bewilligt werden.

01.03.2006 bis 04.03.2006

BUNDESRAT DEISS IN POLEN UND LITAUEN

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, weilt in Begleitung einiger Vertreter der Schweizer Wirtschaft zu Gesprächen in Polen und Litauen. In Warschau trifft er unter anderem den polnischen Wirtschaftsminister Piotr Wozniak. Thema sind die wirtschaftlichen Beziehungen und die Kohäsionszahlungen der Schweiz. In Vilnius trifft Deiss den litauischen Finanzminister Zygmantas Balcytis, den Wirtschaftsminister Kestutis Dauksys und die Landwirtschaftsministerin Kazimira Prunskiene. Neben wirtschaftlichen Themen kommen wiederum die Kohäsionszahlungen der Schweiz zur Sprache.

01.03.2006

EUROPOL-ABKOMMEN IN KRAFT

Das in der Herbstsession 2005 verabschiedete Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und dem Europäischen Polizeiamt (Europol) tritt in Kraft. Das Abkommen ermöglicht eine engere operationelle und strategische Zusammenarbeit zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität mit den an Europol beteiligten EU-Staaten. Nationale Verbindungsstelle zu Europol ist das Bundesamt für Polizei (Fedpol); vorgesehen ist ferner die Entsendung eines Polizeiverbindungsbeamten nach Den Haag.

04.03.2006

SP SCHWEIZ SPRICHT SICH FÜR SCHWEIZER EU-BEITRITT AUS

An der Delegiertenversammlung verabschiedet die sozialdemokratische Partei der Schweiz den zweiten Teil ihrer Europaplattform und spricht sich einstimmig für einen Beitritt der Schweiz zur EU aus. Die Europaplattform behandelt Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts und kommt zum Schluss, dass bei einem EU-Beitritt die Vorteile überwiegen. Als Rahmenbedingung für Beitrittsverhandlungen fordert die SP Schweiz die Durchsetzung von Übergangsfristen in Bezug auf die Anpassung der Mehrwertsteuer und die Umsetzung der EU-Agrarmarktordnungen, Übergangsregelungen bei der Personenfreizügigkeit

sowie eine Staffelung der Beitragszahlungen. Auf eine Einführung des Euros soll vorerst verzichtet werden.

07.03.2006

ANHÖRUNG ZUR ARMEEORGANISATIONS-REVISION

Das VBS beginnt mit der Anhörung der Meinung von Parteien und Interessengruppen zur Revision der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (AO). Da Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, die Revision noch im laufenden Jahr abschliessen will, wird nicht eine Vernehmlassung im üblichen Sinn durchgeführt, sondern die vorgesehene Neuausrichtung mit den verschiedenen Interessengruppen – darunter die politischen Parteien, die kantonalen Militärdirektorinnen und -direktoren und die Schweizerische Offiziersgesellschaft – anlässlich von Informationsveranstaltungen diskutiert. Mit dem Entwicklungsschritt 2008/2011 ist eine Schwereverlagerung von der klassischen Territorialverteidigung zur Raumsicherung geplant. Dabei bleibt der Bestand von 120'000 Aktiven, 80'000 Reservisten und 20'000 Rekruten unverändert. Die Zahl der Infanteriebataillone soll jedoch zulasten der gepanzerten und weiterer schwerer Formationen von 16 auf 20 erhöht werden; zudem sollen künftig sechs statt vier Katastrophenhilfe-Bataillone zur Verfügung stehen. Gleichzeitig soll die Kompetenz für den Verteidigungskampf erhalten bleiben.

07.03.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER EMPFÄNGT LIBERIANISCHE PRÄSIDENTIN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, empfängt die liberianische Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf zu einem offiziellen Besuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liberia. Leuenberger sichert Liberia Unterstützung beim Wiederaufbau des kriegsversehrten Landes zu. Zurzeit fördert die Schweiz mit einem jährlichen Beitrag von vier Millionen Franken vor allem die Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen. Im Anschluss an das Gespräch mit Leuenberger treffen sich Johnson-Sirleaf und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, zu einem Arbeitssessen und erörtern den Kampf gegen die Korruption, die Lage der Frauen in Liberia sowie die geplante Schaffung eines Uno-Menschenrechtsrates in Genf.

08.03.2006

ZIVILDIENTST 2005

Das EVD teilt mit, dass im Jahr 2005 1656 Gesuche um Zulassung zum Zivildienst eingereicht wurden. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von 8,25 Prozent. Der Grund für die rückläufige Tendenz ist, dass immer mehr Stellungspflichtige als untauglich erklärt werden. Nach den Unwettern von 2005 kamen erstmals, wie seit der Gesetzesrevision von 2004 vorgesehen, Zivildienstleistende im Bereich der Katastrophenhilfe zum Einsatz. Geleistet wurden diesbezüglich rund 800 Dienstage in der Innerschweiz und im Bündnerland.

08.03.2006 bis 10.03.2006

CHEF DER ARMEE IN SCHWEDEN

Der Chef der Armee (CdA), Korpskommandant Christophe Keckeis, weilt als offizieller Gast des Oberbefehlshabers der schwedischen Streitkräfte, General Hakan Syrén, in Schweden. Er führt Fachgespräche und absolviert Truppenbesuche. Gesprächsthemen sind friedenserhaltende Einsätze, die zweijährlich stattfindende Übung Viking sowie Ausbildungsfragen.

09.03.2006

AUSSENMINISTERIN CALMY-REY IN LONDON

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in London und erläutert mit dem britischen Aussenminister Jack Straw die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien, Fragen der europäischen Integration und die Schaffung des Menschenrechtsrats der Uno in Genf. Die Aussenministerin informiert Straw ferner über das Anliegen der Schweiz, sich am europäischen Strommarkt und am Satellitennavigationssystem Galileo zu beteiligen, sowie über die Möglichkeit eines landwirtschaftlichen Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU.

09.03.2006

SCHWEIZER ANTWORT AUF EU-KRITIK

Botschafter Bernhard Marfurt, Chef der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel, übergibt der EU-Kommission ein zehnteitiges Schreiben, in dem die Schweiz zu den von der EU-Kommission geäusserten Vorwürfen Stellung nimmt. Die EU-Kommission wirft der Schweiz vor, durch gewisse kantonale Steuerbestimmungen Holding- und Verwaltungsgesellschaften staatliche Beihilfen zu gewähren. Die EU-Behörde sieht darin eine Verzerrung des Wettbewerbs und somit einen Verstoss gegen das Freihandelsabkommen von 1972. Die Schweiz weist in ihrem Schreiben die Vorwürfe der Kommission als unbegründet zurück. Sie argumentiert, dass das Freihandelsabkommen ausschliesslich den Warenverkehr regle und bei dessen Abschluss keine Rechtsharmonisierung angestrebt worden sei. Aus Schweizer Sicht besteht damit kein Zusammenhang zwischen dem Freihandelsabkommen und der Besteuerung gewisser Unternehmen. Zudem stellen die kantonalen Bestimmungen bei der Besteuerung von Holding- und Verwaltungsgesellschaften aus Schweizer Sicht keine Subventionierung von Unternehmen dar.

09.03.2006

ENTSORGUNG VON 56 PANZERHAUBITZEN M-109

Das VBS gibt bekannt, dass in seinem Auftrag 56 nicht kampfwertgesteigerte Panzerhaubitzen des Typs M-109 von der Armasuisse entsorgt werden. Die Haubitzen werden demilitarisiert und das daraus gewonnene Material der Reststoffverwertung zugeführt.

09.03.2006

BUNDES RAT COUCHEPIN BEI AMTSEINSETZUNG DES PORTUGIESISCHEN PRÄSIDENTEN

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, vertritt die Schweiz an der offiziellen Amtseinssetzung des portugiesischen Präsidenten Aníbal Cavaco Silva in Lissabon. In der Schweiz leben rund 167'000 portugiesische Staatsangehörige. Die Anwesenheit des Schweizer Innenministers ist daher sowohl eine Reverenz an die in der Schweiz lebenden Portugiesinnen und Portugiesen als auch ein Zeichen der ausgezeichneten bilateralen Beziehungen der beiden Länder.

10.03.2006

EINSCHRÄNKUNG DER AUSFUHR VON KRIEGSMATERIAL

Der Bundesrat beschliesst, die Ausfuhr von ausgedientem Kriegsmaterial einzuschränken, und konkretisiert dieses Vorhaben mit mehreren Entscheiden zu Fragen der Kriegsmaterialausfuhr. Gemäss Bundesratsbeschluss soll überschüssiges Kriegsmaterial an das jeweilige Ursprungsland zurückgegeben oder mit dem Einverständnis des Herkunftslandes sowie einer Nichtwiederausfuhrerklärung an Staaten, die allen internationalen Exportkontrollregimen angehören, verkauft werden. Die Nichtwiederausfuhrerklärung soll nebst dem Verkauf künftig auch die Leihe sowie Schenkung von Kriegsmaterial verhindern. Ausserdem wird der Bundesrat grundsätzlich nur noch auf konkrete Ausfuhrgesuche eingehen. Diesbezügliche Voranfragen sind in Rahmen einer Auskunftserteilung an das Seco zu richten. Grundlage des Bundesratsbeschlusses sind die von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe erarbeiteten Vorschläge. Die Arbeitsgruppe war im September 2005 nach den im Zusammenhang mit Exporten von altem Kriegsmaterial entstandenen Unklarheiten eingesetzt worden. Ende 2005 hielt die Arbeitsgruppe in einem Bericht fest, dass die Kriegsmaterialgesetzgebung nicht verletzt worden sei. Sie schlug allerdings vor, die Abwicklung der Bewilligungsverfahren für den Export von ausgemustertem Kriegsmaterial zu verbessern und die Reihe der Abnehmerländer einzuschränken.

13.03.2006

NATIONALRAT VERABSCHIEDET DAS BUNDESGESETZ ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA

Der Nationalrat nimmt mit 116 zu 40 Stimmen bei einer Enthaltung das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas an. Das neue Bundesgesetz bildet die Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas sowie für die Solidaritätszahlungen in der Höhe von einer Milliarde Franken an die neuen Mitgliedstaaten der EU. Die Vorlage wurde am 15. Dezember 2005 vom Ständerat ohne Gegenstimmen gutgeheissen. Ein Kommissionspostulat, wonach die Kohäsionszahlungen nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe finanziert werden sollen, wird vom Nationalrat mit 94 zu 64 Stimmen ebenfalls angenommen und eine entsprechende Motion mit 94 zu 60 Stimmen an den Ständerat überwiesen.

14.03.2006

EDA VERURTEILT DIE ENTFÜHRUNG EINES SCHWEIZER IKRK-DELEGIERTEN IM GAZASTREIFEN

Das EDA verurteilt die Entführung eines Schweizer IKRK-Delegierten sowie weiterer ausländischer Personen im Gazastreifen aufs Schärfste und verlangt deren unverzügliche Freilassung. Weiter zeigt sich das EDA beunruhigt über die Verschlechterung der Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten und ruft die Konfliktparteien zur Beendigung der Gewalt und zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts auf. Nach der Erstürmung des palästinensischen Gefängnisses in Jericho durch israelische Soldaten am selben Tag waren palästinensische Bewaffnete gegen ausländische Einrichtungen vorgegangen und hatten Journalisten, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen sowie Lehrer als Geiseln genommen. Der Schweizer IKRK-Delegierte wird gleichentags wieder freigelassen.

15.03.2006

BUNDES RAT MERZ TRIFFT WIRTSCHAFTS MINISTER AUS ASERBEIDSCHAN

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, trifft den aserbeidschani schen Wirtschaftsminister Heydar Babayev in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die Beziehungen zwischen der Schweiz und Aserbeidschan, die Zusammenarbeit bei der Weltbank und beim Internationalen Währungs fonds sowie Entwicklungen auf dem internationalen Erdölmarkt.

14.03.2006

BULGARISCHER AUSSEN MINISTER IN BERN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den bulgarischen Aussenminister Ivailo Kalfin im Von-Wattenwyl-Haus. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, europapolitische Fragen sowie die Schaffung eines Uno-Menschenrechtsrats. Die Gespräche finden im Vorfeld des auf den folgenden Tag anberaumten Besuchs des bulgarischen Präsidenten bei Bundespräsident Moritz Leuenberger statt.

15.03.2006

BULGARISCHER PRÄSIDENT BEI BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, trifft den bulgarischen Präsidenten Georgi Parvanov in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Bulgarien, insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen und die Entwicklungshilfe. Im Rahmen des Besuchs unterzeichnen Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, und die bulgarische Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, Emilia Maslarova, eine Vereinbarung über die soziale Sicherheit, die unter anderem die Auszahlung der Renten im Ausland regelt. Bereits am Vorabend hatte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, den bulgarischen Aussenminister Ivailo Kalfin zu einem Arbeitsgespräch getroffen. Die Schweiz unterstützt den Transformationsprozess in Bulgarien seit 1992 und stellt für die Jahre 2006 und 2007 rund 16,5 Millionen Franken bereit.

15.03.2006

UNO-RESOLUTION ZUR SCHAFFUNG EINES MENSCHENRECHTSRATES

Die Generalversammlung der Uno in New York verabschiedet mit grosser Mehrheit und gegen den Willen der USA eine Resolution zur Schaffung eines Menschenrechtsrates. Die Schweiz spielte bei der Schaffung des neuen Rates eine aktive Rolle und begrüsst die Annahme der Resolution. Der Menschenrechtsrat wird seinen Sitz in Genf haben und ab dem 19. Juni 2006 die Menschenrechtskommission ersetzen. Der Rat wird der Uno-Generalversammlung unterstellt sein, er wird mindestens für drei Sessionen während mindestens zehn Wochen pro Jahr zusammenkommen und über einen periodischen Evaluationsmechanismus zur Überprüfung der Menschenrechtsverpflichtungen verfügen. Der Rat wird aus 47 Mitgliedern bestehen, die für eine Dauer von drei Jahren gewählt werden. Bei schweren und systematischen Verletzungen der Menschenrechte besteht die Möglichkeit, den betreffenden Staat aus dem Rat zu suspendieren.

16.03.2006

PRÄSIDENT OSTTIMORS IN BERN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfangen den Präsidenten

Osttimors, Xanana Gusmão, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche steht die aktuelle Situation in Osttimor.

16.03.2006 bis 22.03.2006

VIERTES WELTWASSERFORUM IN MEXIKO

Die Schweiz nimmt am vierten Weltwasserforum in Mexiko-Stadt teil. Die Schweizer Delegation wird von Botschafter Remo Gautschi, dem stellvertretenden Direktor der Deza, geleitet. Im Zentrum des Forums stehen die Rolle lokaler Behörden im Umgang mit Wasser sowie die Frage, ob die Kontrolle über die Wasserversorgung in staatlichen Händen bleiben oder für die Privatwirtschaft geöffnet werden soll. Das Treffen geht mit dem Appell, die Bedeutung des Wassers für eine nachhaltige Entwicklung der Welt anzuerkennen, zu Ende. Der freie Zugang zu Wasser wird in der Abschlusserklärung aber nicht als Grundrecht anerkannt. Bestätigt wird hingegen das erklärte Ziel der Uno, die Anzahl Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis 2015 zu halbieren. Heute leben rund eine Milliarde Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Am Rande des Treffens kommt es zu einigen Gegenveranstaltungen und Demonstrationen.

16.03.2006

AUSSENMINISTERIN CALMY-REY ERÖRTERT KOSOVO-FRAGE

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, erörtert in Bern mit dem Sonderbeauftragten des Uno-Generalsekretärs für Kosovo, Martti Ahtisaari, die Kosovo-Frage. Die Bundesrätin legt die Position der Schweiz dar und diskutiert die Rolle der Schweiz in Kosovo. Denkbar seien gemäss EDA ein Schweizer Engagement in den Bereichen Minderheitenschutz und Gemeindeverwaltung. Ahtisaari informiert zudem über den laufenden Verhandlungsprozess zum zukünftigen Status Kosovos.

22.03.2006

BESUCH DES TSCHECHISCHEN PRÄSIDENTEN IN BERN

Der Präsident der Tschechischen Republik, Vaclav Klaus, weilt zu einem offiziellen Besuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche mit Bundespräsident Moritz Leuenberger, Aussenministerin Micheline Calmy-Rey und Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss steht die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die

neuen EU-Staaten. Im Anschluss an das Gespräch führen Bundespräsident Moritz Leuenberger und der tschechische Präsident Vaclav Klaus an der Universität Bern eine öffentliche europapolitische Debatte.

23.03.2006

KUBANISCHER AUSSENMINISTER IN BERN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den kubanischen Aussenminister, Felipe Pérez Roque, in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die Entwicklungshilfe und die Menschenrechte.

24.03.2006

EIDGENÖSSISCHE RÄTE VERABSCHIEDEN OSTHILFEGESETZ

Die eidgenössischen Räte heissen in den Schlussabstimmungen das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas mit 127 zu 53 Stimmen bei 14 Enthaltungen und mit 37 zu 1 Stimme bei 6 Enthaltungen gut. Das Gesetz bildet die Rechtsgrundlage für die Kreditbegehren zur Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas sowie für die Kohäsionszahlungen der Schweiz von einer Milliarde Franken zur Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der erweiterten EU. Die SVP hat bereits angekündigt, das Referendum gegen das Gesetz zu ergreifen.

27.03.2006 bis 29.03.2006

MENSCHENRECHTSDIALOG ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND CHINA

Vertreter der Schweiz und der Volksrepublik China treffen sich in Bern zum neunten Mal im Rahmen des Menschenrechtsdialogs zwischen der Schweiz und China. Der Dialog zwischen den beiden Staaten wird seit 1991 geführt. Im Zentrum der aktuellen Gespräche stehen Aspekte der Menschenrechte in der Wirtschaft, verschiedene Projekte der Zusammenarbeit im Strafvollzug sowie die bevorstehende Einsetzung des neuen Menschenrechtsrates der Uno in Genf. Die Schweizer Delegation äussert sich im Rahmen des Treffens besorgt über die Menschenrechtsslage in China, insbesondere im Hinblick auf die tibetischen und uigurischen Minderheiten.

27.03.2006 bis 28.03.2006

BESUCH DER FRANZÖSISCHEN AUSSENHANDELSMINISTERIN

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, und der Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), Jean-Daniel Gerber, empfangen die französische Aussenhandelsministerin Christine Lagarde zu einem offiziellen Arbeitsbesuch. Im Zentrum der Gespräche stehen die Wirtschaftspolitik Frankreichs und der Schweiz, die laufenden Verhandlungen in der WTO sowie Fragen zur Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU.

27.03.2006

AUFLÖSUNG DER UNO-MENSCHENRECHTSKOMMISSION

Die 1946 gegründete Menschenrechtskommission der Uno mit Sitz in Genf hält ihre letzte Sitzung ab. Die Menschenrechtskommission wird durch den von der Uno-Generalversammlung am 15. März 2006 ins Leben gerufenen Menschenrechtsrat ersetzt. Das neugeschaffene Gremium hat seinen Sitz ebenfalls in Genf.

28.03.2006

NEUE SIMPLONKONVENTION UNTERZEICHNET

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, und der italienische Verkehrsminister Pietro Lunardi unterzeichnen in Turin die neue Simplonkonvention. Das Abkommen erneuert die auf 1896 zurückgehende alte Konzession und regelt den Bahnbetrieb durch den Simplontunnel auf der grenzüberschreitenden Strecke zwischen Brig und Domodossola.

31.03.2006 bis 04.04.2006

EVD-VORSTEHER DEISS IN SAUDIARABIEN UND KUWAIT

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, weilt zu offiziellen Besuchen in Saudiarabien und Kuwait. Begleitet wird er von hochrangigen Vertretern der Schweizer Wirtschaft. Ziel der Reise ist es, den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und den beiden Golfstaaten neue Impulse zu geben. In Riad unterzeichnet Deiss ein Investitionsschutzabkommen zwischen der Schweiz und Saudiarabien. Der kuwaitische Aussenminister kündigt die Er-

öffnung einer Botschaft in Bern an. Im Juni 2006 sollen zudem Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den Golfstaaten aufgenommen werden.

31.03.2006

INFORMELLES TREFFEN MIT DEM IRANISCHEN AUSSENMINISTER

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, trifft sich in Genf zu einem informellen Treffen mit dem iranischen Aussenminister Manouchehr Mottaki. Im Zentrum stehen dabei Fragen im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm, die Lage im Nahen Osten sowie die Menschenrechtslage im Iran. Im Zusammenhang mit dem Atomstreit mit dem Iran plädiert die Schweiz für eine diplomatische Lösung und betont die zentrale Rolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

01.04.2006

AUSDEHNUNG DER PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Das Integrationsbüro des EDA/EVD gibt das Inkrafttreten der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitglieder der EU sowie der Verstärkung der flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping bekannt.

04.04.2006

MUTMASSLICHE CIA-GEFANGENENFLÜGE IN DER SCHWEIZ ZWISCHEN- GELANDET

Amnesty International veröffentlicht einen Bericht, wonach insgesamt sechs der mutmasslichen CIA-Flüge, bei denen Terrorverdächtige durch die CIA verschleppt worden sein sollen, in Genf und Zürich zwischengelandet sind. Gemäss Amnesty International fanden die Transporte von Terrorverdächtigen durch die CIA teilweise über Strohfirnen und private Unternehmen statt, da diese keine Überflugsrechte oder Landebewilligungen einholen müssen. Die Zwischenlandungen der von Amnesty International mit Gefangenentransporten in Verbindung gebrachten Maschinen werden durch die Schweizer Behörden bestätigt. Eine Verbindung zur CIA kann gemäss BAZL jedoch nicht gemacht werden, da lediglich technische Angaben hinsichtlich der Flüge vorliegen und über deren Zweck nichts bekannt ist.

05.04.2006 bis 06.04.2006

DAS NORWEGISCHE KÖNIGSPAAR BESUCHT DIE SCHWEIZ

Ihre Majestäten König Harald V. und Königin Sonja von Norwegen weilen auf Einladung des Bundesrats zu einem Staatsbesuch in der Schweiz. Das Königspaar wird in Bern durch den Gesamtbundesrat auf dem Bundesplatz mit militärischen Ehren empfangen. Nach offiziellen Gesprächen über bilaterale Angelegenheiten, Europa und aktuelle internationale Fragen reisen die Gäste in die Kantone Appenzell Innerrhoden, St. Gallen und Zürich weiter. Neben zahlreichen kulturellen Anlässen findet im Rahmen des Besuchs ein Expertentreffen zur Rolle der Menschenrechte in Friedensverhandlungen statt, an dem Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, ihr norwegischer Amtskollege Jonas Gahr Stør und die Uno-Menschenrechtskommissarin Louise Arbour teilnehmen. Wie die Schweiz ist auch Norwegen nicht Mitglied der EU und setzt sich als Vermittlerland in verschiedenen Konflikten ein.

06.04.2006

EINSATZBEGINN DES 14. SWISSCOY-KONTINGENTS

Das 14. Swisscoy-Kontingent tritt seinen Friedensförderungseinsatz zugunsten der multinationalen Kosovo Force (Kfor) an und löst das vorgängige Kontingent, das am 7. April 2006 offiziell verabschiedet werden wird, ab. Das neue Kontingent besteht aus 202 Soldaten, darunter 13 Frauen.

06.04.2006

EINIGUNG ÜBER AUFGABENVERTEILUNG ZWISCHEN POLIZEI UND GRENZWACHTKORPS

Die Plenarversammlung der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) heisst in Anwesenheit von Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, eine von der KKJPD und dem Grenzwachtkorps (GWK) bzw. der Eidgenössischen Zollverwaltung ausgearbeitete Mustervereinbarung zur Umsetzung der Assoziierung der Schweiz an Schengen im Grenzraum inhaltlich gut. Die Vereinbarung sieht vor, dass das GWK weiterhin in allen Grenzregionen präsent sein und die Kantone im bisherigen Rahmen unterstützen wird. Die 14 bestehenden Verträge zwischen dem GWK und den Grenzkantonen sollen zur Verbesserung der Zusammenarbeit inhaltlich und formal harmonisiert werden. Die Plattform KKJPD/GWK soll als

ständiges Organ weitergeführt werden, um Fragen zur Aufgabenteilung zwischen den Kantonen und dem GWK, die sich aufgrund der Weiterentwicklung des Schengen-Rechts ergeben werden, zu klären.

10.04.2006 bis 11.04.2006

SCHWEIZER ARMEE VERSTÄRKT FEUERWEHREN IM KAMPF GEGEN DAS HOCHWASSER

Truppen der Schweizer Armee unterstützen in den Kantonen Bern und Freiburg im Gebiet des Neuenburger-, des Bieler- und des Murtensees die Feuerwehren in Kampf gegen das Hochwasser. Dabei geht es vor allem um das Verstärken und Errichten von Dämmen durch Sandsäcke.

11.04.2006

ERSTE LÖSUNGSANSÄTZE ZUR REGELUNG DER ZIVILEN UND MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT IM INNERN

Die Fachvertreter des 2005 geschaffenen interdisziplinären Gremiums aus Vertretern des VBS und der KKJPD präsentieren erste Lösungsansätze zu offenen Fragen im Bereich der zivilen und militärischen Zusammenarbeit im Innern. Ein zentrales Thema ist die Bewachung von ausländischen diplomatischen Vertretungen durch die Armee. Wie das VBS bereits verlauten liess, sollen ab Anfang Juli 2006 keine Milizverbände mehr zum Botschaftsschutz eingesetzt werden, sondern Durchdiener und Angehörige der Militärischen Sicherheit. Die fünf zur Diskussion stehenden Varianten für die künftige Organisation des Botschaftsschutzes reichen von einem Modell, in dem die Armee ihren Dienst stationär leistet und die Polizei mobile Kontrollen durchführt, bis hin zu einer Variante, in der die Polizei alle Aufgaben allein übernimmt. Ein weiteres Thema ist die Verrechnung von gegenseitigen Leistungen zwischen Polizei und Armee. Diese soll ab 2007 auf der Basis einer Vereinbarung zwischen KKJPD und VBS nach einheitlichen Kriterien erfolgen. Ebenfalls behandelt wird die Regelung der Verantwortungsbereiche bei Einsätzen der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden. Wie bis anhin soll hierbei die Einsatzverantwortung bei den zivilen Führungskräften liegen, während die militärischen Kommandanten die Führungsverantwortung über die eingesetzten militärischen Verbände übernehmen. Künftig sind dementsprechend die erforderlichen Leistungen, die jeweiligen Aufträge und die Einsatzregeln zwischen militärischen und zivilen Verantwortungsträgern konkreter als bisher festzu-

legen. Die politischen Vertreter der KKJPD-/VBS-Plattform beurteilen die eingeschlagene Richtung als grundsätzlich richtig und erwarten bis Mitte Jahr einen detaillierten Bericht über den Stand der Arbeiten. Bis September 2006 sollen ausserdem Vorschläge für eine Institutionalisierung des Gremiums unterbreitet werden.

12.04.2006

JAHRESBERICHT 2005 ZUR PARTNERSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN VERABSCHIEDET

Der Bundesrat verabschiedet den durch das VBS und EDA gemeinsam erarbeiteten Bericht über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) und an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) im Jahr 2005. Im Zentrum der Zusammenarbeit des vergangenen Jahres standen die friedensunterstützenden Einsätze im Kosovo und in Afghanistan, die Unterstützung von Reformprozessen in Transformationsstaaten sowie der internationale Terrorismus. Der Bundesrat kommt im Bericht zum Schluss, dass sich das Engagement der Schweiz im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden bewährt hat.

13.04.2006

NIGERIANISCHER PRÄSIDENT IN BERN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, empfängt zusammen mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, und Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, den Präsidenten der Bundesrepublik Nigeria, Olusegun Obasanjo, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum des rund zweistündigen Gesprächs stehen die grösstenteils bereits erfolgte Rückgabe der in der Schweiz blockierten Abacha-Gelder, der Ausbau der bilateralen Beziehungen und die Kooperation im Bereich der Migration. Mit dem Treffen findet die Affäre um die Abacha-Gelder ihren politischen Abschluss.

18.04.2006 bis 28.04.2006

FÜNF F/A-18 DER SCHWEIZER LUFTWAFFE AUF SARDINIEN

Die Schweizer Luftwaffe nimmt mit fünf F/A-18 an der Luftverteidigungsübung SAKA auf Sardinien teil. Das rund 40 Mann starke Kontingent umfasst Piloten, Bodenmannschaft und Unterhaltscrew. Rechtliche Grundlage für die

Teilnahme an der Übung ist eine durch den Bundesrat genehmigte Vereinbarung mit Deutschland und Italien.

20.04.2006 bis 22.04.2006

SENATSPRÄSIDENTEN EUROPAS IN BERN

Auf Einladung von Ständeratspräsident Rolf Büttiker treffen sich die Senatspräsidentinnen und -präsidenten der 16 europäischen Mitgliedstaaten in Bern zur diesjährigen Tagung der Vereinigung der Senate Europas. Die diesjährige Versammlung findet unter dem Titel «Der Beitrag der Senate zu bürgernaher Politik» statt. Die Vereinigung wurde im Jahr 2000 auf Initiative des Präsidenten des französischen Senats, Christian Poncelet, gegründet und verfolgt das Ziel, durch jährliche Treffen die parlamentarische Demokratie sowie die Zusammenarbeit der europäischen Parlamente zu fördern.

23.04.2006 bis 24.04.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER ERÖFFNET INTERNATIONALES ENERGIEFORUM IN DAUHA

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, eröffnet gemeinsam mit dem Gastgeber, Emir Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani das Internationale Energieforum (IEF) in Dauha im Emirat Katar. Zentrale Themen des Treffens der Energieminister aus rund 80 Ländern sind der hohe Ölpreis, die Versorgungssicherheit, die nachhaltige Energiewirtschaft und die Förderung erneuerbarer Energien. In seiner Eröffnungsrede bringt Leuenberger die Diskussionen um die künftige Energieversorgung angesichts der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sowie die Klimaerwärmung und deren Auswirkungen zur Sprache und fordert eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls über das Jahr 2012 hinaus sowie die Ausdehnung des Protokolls auf die Schwellenländer. Im Rahmen des Treffens führt der Bundespräsident auch bilaterale Gespräche mit dem Energiekommissar der EU und den Wirtschaftsministern Deutschlands und Österreichs. Das IEF findet alle zwei Jahre statt.

25.04.2006

EDA VERURTEILT ANSCHLAG IN DAHAB

Das EDA verurteilt die Anschlagsserie im ägyptischen Badeort Dahab auf Schärfste. Dort waren am Abend des 24. April drei Bomben in zwei Restaurants

und einem Touristenbasar gezündet worden, die über zwanzig Tote und um die 100 Verletzte forderten. Unter den Toten befindet sich auch ein Schweizer Staatsangehöriger. Ausserdem erlitt eine Schweizerin schwere Beinverletzungen. Innerhalb der letzten anderthalb Jahre ist die ägyptische Halbinsel Sinai durch nunmehr drei Anschlagsserien auf Ferienorte erschüttert worden.

26.04.2006

LTTE SAGT FRIEDENSGESPRÄCHE IN GENÈVE AB

Das EDA verurteilt den Anschlag auf den sri-lankischen Armeechef, General Sarath Fonseka, in aller Schärfe und mahnt die Konfliktparteien zu grösster Zurückhaltung. Das Attentat ist Höhepunkt der jüngsten Serie der Gewalt in Sri Lanka. Bereits am 22. April 2006 hat die tamilische Rebellenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) die für den 24. April 2006 in Genf angesetzten Friedensgespräche, die im Anschluss an das Treffen der beiden Parteien vom Februar 2006 in Genf hätten stattfinden sollen, endgültig platzen lassen.

27.04.2006

BUNDESRAT BLOCHER NIMMT AM GEMISCHTEN SCHENGEN-AUSSCHUSS IN LUXEMBURG TEIL

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, nimmt am gemischten Schengen-Ausschuss der Justiz- und Innenminister in Luxemburg teil, in dem sich die gegenwärtigen und assoziierten sowie die zukünftig assoziierten Staaten des Schengen-Abkommens regelmässig treffen. Im Zentrum der Gespräche stehen die Visa-Zusammenarbeit, die zweite Generation des Schengener Informationssystems (SIS II) sowie die grenzüberschreitende Polizeikooperation. Zur Debatte steht ein von der EU-Kommission eingebrachter Entwurf eines Rechtserlasses zur Intensivierung der Polizeizusammenarbeit. Umstritten ist dabei die Definition der Voraussetzungen, unter denen die Fortsetzung einer grenzüberschreitenden polizeilichen Observation auf dem Territorium eines anderen Schengen-Staates weitergeführt werden darf. Gemäss Position der Schweizer Delegation darf das Prinzip der doppelten Strafbarkeit nicht preisgegeben werden; bei der Durchführung einer solchen Observation müsse daher nach innerstaatlichem Recht beider Staaten eine strafbare Handlung vorliegen. Ähnliche Vorbehalte äussern unter anderem Dänemark, Grossbritannien und Irland. Gemäss Beschluss wird die Vorlage daher in ihrer bis-

herigen Form nicht weiterverfolgt, sondern soll auf einer neuen Basis wieder aufgenommen werden.

27.04.2006

BUNDESRAT DEISS GIBT RÜCKTRITT BEKANNT

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, gibt seinen Rücktritt aus der Landesregierung auf Ende Juli 2006 bekannt. An der kurzfristig einberufenen Pressekonferenz betont der 60-jährige christlichdemokratische Volkswirtschaftsminister aus dem Kanton Freiburg, dass er den Entscheid zum Rücktritt unabhängig von jedem äusseren Druck getroffen habe. Doch sei es nach sieben Amtsjahren als Bundesrat und nach 25 Jahren politischer Tätigkeit an der Zeit, neuen Kräften Platz zu machen.

28.04.2006

AUSSENMINISTER BANGLADESHS IN BERN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den Aussenminister Bangladeshs, Morshed Khan, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum des Treffens stehen die bilateralen Beziehungen, die Uno-Reformen und der neugeschaffene Menschenrechtsrat. Calmy-Rey und Khan kommen überein, den Abschluss eines bilateralen Doppelbesteuerungsabkommens zwischen den beiden Ländern voranzutreiben. Im Anschluss an das Gespräch stattet der bangalische Aussenminister Bundespräsident Moritz Leuenberger einen Höflichkeitsbesuch ab.

30.04.2006 bis 05.05.2006

SECHSTES INTERNATIONALES CHEMICAL AND BIOLOGICAL MEDICAL TREATMENT SYMPOSIUM IN SPIEZ

Im Labor Spiez findet das sechste internationale Chemical and Biological Medical Treatment Symposium statt. Hauptthema sind wissenschaftliche Aspekte zur militärischen und terroristischen Bedrohung durch atomare, radiologische, chemische und biologische Waffen. An der Veranstaltung nehmen rund 120 Fachleute aus rund 35 Ländern teil. Zusammen mit dem Generaldirektor der Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OPCW), Rogelio Pfirter, nimmt Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, an der Eröffnung des Fachkongresses teil.

03.05.2006

BUNDESRAT FÜR TEILNAHME AM SINGLE EUROPEAN SKY

Der Bundesrat stimmt der Teilnahme der Schweiz am einheitlichen europäischen Luftraum (Single European Sky, SES) zu. Grundlage hierfür bildet das bilaterale Luftverkehrsabkommen der Schweiz mit der EU. Der SES hat zum Ziel, die Effizienz und Sicherheit im europäischen Flugverkehrsmanagement zu steigern. Die Teilnahme der Schweiz am SES muss noch durch den EU-Ministerrat bestätigt werden.

03.05.2006

VEREINBARUNG ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DER NATO FÜR DEN EINSATZ IN AFGHANISTAN

Der Bundesrat genehmigt zwei Vereinbarungen zwischen der Schweiz und der Nato, die den Einsatz von maximal vier Schweizer Offizieren für den Friedensförderungseinsatz in Afghanistan auf eine neue rechtliche Grundlage stellen. Die Vereinbarungen regeln die Teilnahme und die finanziellen Verantwortlichkeiten. Die Nato bestätigt zudem den Vorbehalt der Schweiz, dass die bereits seit März 2003 im Rahmen der Isaf eingesetzten Schweizer Offiziere nicht an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung teilnehmen dürfen.

03.05.2006

ZUSAMMENARBEIT IN DER STRAFVERFOLGUNG MIT DEN USA

Der Bundesrat genehmigt den Vertrag über die Zusammenarbeit mit den USA im Bereich der strafrechtlichen Ermittlungszusammenarbeit im Bereich des Terrorismus und ermächtigt Bundesrat Christoph Blocher, den Vorsteher des EJPD, zur Unterzeichnung. Der Vertrag soll das Operative Working Arrangement (OWA), das die Schweiz und die USA 2002 nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf New York und Washington abgeschlossen haben und das unter Ausschluss des Parlaments verabschiedet wurde, ersetzen. Das EJPD wird nun die Botschaft zuhanden der eidgenössischen Räte ausarbeiten, die den Vertrag noch genehmigen müssen.

03.05.2006

KOOPERATIONSABKOMMEN MIT DEN USA

Der Bundesrat heisst die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Schweiz und den USA zur Schaffung eines Kooperationsforums gut. Die Einrichtung eines gemeinsamen Kooperationsforums (Swiss-US Trade and Investment Cooperation Forum) soll die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA ermöglichen, indem es regelmässige Gespräche organisiert. Das Kooperationsabkommen geht auf eine zwischen Bundesrat Joseph Deiss, dem Vorsteher des EVD, und Robert Portman, dem Handelsbeauftragten der USA, am Rande des diesjährigen Weltwirtschaftsforums (WEF) erzielte Einigung zurück.

03.05.2006

VERORDNUNG ÜBER DEN TRUPPENEINSATZ ZUM SCHUTZ VON PERSONEN UND SACHEN IM AUSLAND VERABSCHIEDET

Der Bundesrat verabschiedet die Verordnung über den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen im Ausland (VSPA). Neben der Bewachung von Schweizer Vertretungen im Ausland durch die Militärische Sicherheit sind auch Aufträge zum Schutz von Personen und Sachen, zur Rettung und Rückführung von Militär- und Zivilpersonen aus Krisengebieten sowie die Nachrichtenbeschaffung vorgesehen. Die Verordnung regelt Aufgaben, Einsatzvoraussetzungen, Gesuchstellung, Auftrag, Zuständigkeit und Berichterstattung der im Rahmen des beschriebenen Einsatzspektrums im Ausland jeweils eingesetzten Formation. Als Teil des Grenadierkommandos 1 ist das Armee-Aufklärungsdetachement 10 (AAD 10) für Sonderoperationen innerhalb des neuen Einsatzspektrums vorgesehen. Die sich bereits im Aufbau befindende Berufsformation wird voraussichtlich ab 2011 mit einem Bestand von 91 Mann operativ sein.

04.05.2006 bis 06.05.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN PAKISTAN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums der schweizerisch-pakistanischen Entwicklungszusammenarbeit in Pakistan. Die Aussenministerin besucht ein Projekt der Deza in der Nähe von Peshawar sowie die durch das Erdbeben vom vergangenen Herbst

schwer beschädigte Stadt Balakot, deren Wiederaufbau die Schweiz in den kommenden drei Jahren mit rund 40 Millionen Franken unterstützt. In Islamabad trifft die Vorsteherin des EDA mit dem pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf, mit Premierminister Shaukat Aziz, mit der Entwicklungsministerin sowie mit ihrem Amtskollegen, Aussenminister Khurshid Kasuri, zusammen. Aus aktuellem Anlass lässt sich die Aussenministerin in der Schweizer Botschaft über die mutmassliche missbräuchliche Erteilung von Visa informieren.

04.05.2006 bis 18.05.2006

SCHWEIZER LUFTWAFFE IN DEUTSCHLAND

Die Schweizer Luftwaffe nimmt an der multinationalen Übung Electronic Warfare Live Training Exercise (ELITE), die zum elften Mal stattfindet und von der deutschen Luftwaffe organisiert wird, teil. An der Übung im süddeutschen Luftraum nehmen 23 Nationen teil. Auf Schweizer Seite beteiligen sich dieses Jahr fünf F/A-18-Kampfflzeuge, zwei Cougar-Helikopter sowie eine Feuerinheit des Flab-Lenk- und Waffensystems Rapier.

04.05.2006 bis 05.05.2006

CdA IN TSSCHECHIEN UND ROM

Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee (CdA), weilt zu einem Arbeitsbesuch beim tschechischen Generalstabschef, Generalleutnant Pavel Stefka, in der Tschechischen Republik. Im Zentrum der Reise steht der Gedankenaustausch über die neuen Herausforderungen für die Streitkräfte sowie über die Transformation der tschechischen Armee. Anschliessend reist der CdA nach Rom, wo er anlässlich des 500-Jahr-Jubiläums der Schweizergarde an der Vereidigung der neuen Schweizer Gardisten teilnimmt.

05.05.2006 bis 06.05.2006

BUNDESRAT SCHMID IN LETTLAND

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu einem Besuch in Riga, Lettland. Im Zentrum der Gespräche mit dem lettischen Verteidigungsminister Atis Slakteris und der lettischen Präsidentin Vaira Vike-Freiberga steht die militärische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Lettland. Schmid informiert sich zudem hinsichtlich der Fussball-Europameisterschaft 2008 über

die Sicherheitsvorkehrungen im Zusammenhang mit der Eishockey-Weltmeisterschaft, die am 6. Mai 2006 in Lettland beginnt.

06.05.2006

GRUSSBOTSCHAFT DES BUNDESPRÄSIDENTEN ZUM 500-JÄHRIGEN JUBILÄUM DER SCHWEIZERGARDE

Mit der Vereidigung von 33 Rekruten der Schweizergarde finden die im Juni 2005 begonnenen Festlichkeiten zum 500-jährigen Jubiläum der Garde in Rom ihren Höhepunkt und Abschluss. In einer Predigt auf dem Petersplatz lobt Papst Benedikt XVI. die Leistungen der Schweizergarde. Mit Bezug auf den historischen Wandel des Papsttums, Europas und der Welt drückt Bundespräsident Moritz Leuenberger in einer Ansprache ebenfalls seine Anerkennung der durch die Garde erbrachten Leistung und vertretenen Werte aus. Aus Anlass der Vereidigung erörtern der Bundespräsident und Papst Benedikt XVI in einer Audienz Fragen des interreligiösen Dialogs.

07.05.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER TRIFFT DEN DESIGNIERTEN ITALIENISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN PRODI

Im Anschluss an die Feierlichkeiten zum 500-Jahr-Jubiläum der Schweizergarde trifft Bundespräsident Moritz Leuenberger den designierten italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi zu einem informellen Treffen in Rom. Leuenberger ist der erste Regierungsvertreter, den Prodi nach seinem Wahlsieg trifft.

08.05.2006

BUNDESRAT DEISS IN WIEN

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Wien und trifft sich mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Martin Bartenstein, sowie dem Bundesminister für Land-, Forst-, Wasserwirtschaft und Umwelt, Josef Pröll. Die Reise findet unter anderem im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs statt. Im Zentrum der Gespräche stehen die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, eine mögliche Liberalisierung des Agrarbereiches zwischen der Schweiz und der EU, die Entwicklung der Dauha-Runde, die europäische Integration sowie die

Zusammenarbeit der beiden Länder zur Bekämpfung der Vogelgrippe. Gemäss Pröll hat sich die EU-Mitgliedschaft Österreichs positiv auf den österreichischen Agrarsektor ausgewirkt. Deiss unterstreicht im Rahmen des Treffens einmal mehr die Position der Schweiz im Steuerstreit mit der EU.

08.05.2006 bis 11.05.2006

GROSSE RAUMSICHERUNGSÜBUNG DER ARMEE

In der grossangelegten Truppenübung Zeus üben rund 8000 Armeeinghörige in der Westschweiz Einsatzverfahren im Rahmen einer Operation zur präventiven Raumsicherung. Im Zentrum der Übung stehen der Schutz wichtiger Infrastrukturen und sensitiver Objekte vor Anschlägen, Sabotageakten und weiteren Gewalttaten unterhalb der Kriegsschwelle.

08.05.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER INFORMIERT EU ÜBER VERKEHRSPOLITIK

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, empfängt in Sedrun Spitzenvertreter der EU, darunter den EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot sowie den Vorsitzenden des EU-Verkehrsministerrats, den österreichischen Vizekanzler Hubert Gorbach, und orientiert über die Verkehrspolitik der Schweiz. Im Zentrum stehen dabei die Verlagerungspolitik, die Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und die Problematik des Lohndumpings bei grenzüberschreitenden Transporten. Die Idee einer Alpentransitbörse soll weiterverfolgt werden. Im Anschluss an die Konferenz findet eine Besichtigung des Gotthardbasistunnels der Neat in Sedrun statt.

09.05.2006

DIE SCHWEIZ IM NEUEN MENSCHENRECHTSRAT VERTRETEN

Die Uno-Generalversammlung in New York wählt die Schweiz mit 140 Stimmen in den neugeschaffenen Menschenrechtsrat. Der Rat hat seinen Sitz in Genf und wird am 19. Juni 2006 zum ersten Mal tagen. An der Schaffung des neuen Rates, der die frühere Menschenrechtskommission ersetzt, war die Schweiz massgeblich beteiligt. Dem neuen Gremium gehören 47 Staaten an, darunter auch aufgrund des Umgangs mit Menschenrechten umstrittene Staaten wie China, Saudiarabien und Kuba. Die USA haben auf eine Kandidatur verzichtet.

10.05.2006 bis 12.05.2006

BUNDESRAT COUCHEPIN AN E-HEALTH-KONFERENZ

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, nimmt an der vierten europäischen Konferenz über eHealth in Malaga teil. Das Treffen, an dem sich Regierungsvertreter und Experten gegenseitig über Anwendungen im Bereich eHealth austauschen, wird seit 2003 von der Europäischen Kommission im Jahresrhythmus organisiert. Der Gesundheitsminister setzt sich in Malaga für die Schaffung einer neuen Gesundheitskarte ein.

11.05.2006

MEMORANDUM OF UNDERSTANDING MIT DEN USA UNTERZEICHNET

Staatssekretär Michael Ambühl und sein amerikanischer Amtskollege, Nicholas Burns, unterzeichnen in Washington ein bilaterales Memorandum of Understanding (MoU). Die gemeinsame Absichtserklärung ist am 3. Mai 2006 vom Bundesrat genehmigt worden. Das MoU drückt den Willen der beiden Staaten aus, den Dialog über alle Fragen von gegenseitigem Interesse auszubauen und die bilateralen Beziehungen zu intensivieren. Die Zusammenarbeit soll vor allem in den Bereichen Demokratie und Recht, Sicherheit sowie Wirtschaft über einen regelmässigen politischen Dialog zwischen der Schweiz und den USA auf hoher Beamtenebene intensiviert werden.

15.05.2006 bis 17.05.2006

BESUCH DES KOMMANDANTEN DER ISRAELISCHEN LUFTWAFFE

Der Kommandant der israelischen Luftwaffe, Generalmajor Eliezer Shkedi, besucht die Schweizer Luftwaffe. Die Reise erfolgt auf Einladung des Schweizer Luftwaffenkommandanten, Korpskommandant Walter Knutti. Auf dem Besuchsprogramm stehen unter anderem ein Treffen mit dem Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis, und ein Besuch der Pilatus-Werke in Stans. Im Zentrum der Gespräche stehen Operationen der Schweizer Luftwaffe, die Aufklärungsdrohnen ADS 95, das Luftraumüberwachungs- und Einsatzleitsystem Florako sowie der F/A-18-Simulator; ferner unterrichtet die israelische Delegation die Schweizer Luftwaffe über ihre Operationen zur Bekämpfung terroristischer Ziele.

15.05.2006

KROATISCHER WIRTSCHAFTSMINISTER IN BERN

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, empfängt den kroatischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmertum, Branko Vukelić, zu einem Arbeitstreffen in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen das ökonomische Umfeld und die wirtschaftlichen Reformen in der Schweiz und in Kroatien, die Umsetzung des Freihandelsabkommens der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Entwicklungen innerhalb der WTO sowie die Beziehungen beider Länder zur EU.

17.05.2006

VERHANDLUNGSMANDAT FÜR BILATERALES ABKOMMEN IM BEREICH ELEKTIZITÄT MIT DER EU

Der Bundesrat verabschiedet das Verhandlungsmandat für den Abschluss eines bilateralen Abkommens im Strombereich mit der EU. Mit dem geplanten Abkommen soll der grenzüberschreitende Stromhandel im weitgehend liberalisierten europäischen Strommarkt geregelt werden. Von zentraler Bedeutung für die Schweiz werden dabei die Bestimmungen für die Nutzung des Übertragungsnetzes sein.

17.05.2006 bis 18.05.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER AN DER KONFERENZ DER EUROPÄISCHEN VERKEHRSMINISTER

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, nimmt an der 90. Sitzung der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (CEMT) in Dublin teil. Im Zentrum der Konferenz stehen die Umsetzung einer nachhaltigen Verkehrspolitik und die zukünftige Entwicklung der CEMT. Die Verkehrsminister beschliessen, die Jahreskonferenz zu einem Weltverkehrsforum mit festem Sitz auszubauen. Der Bundespräsident nutzt ferner die Gelegenheit, um mit dem deutschen Aussenminister Wolfgang Tiefensee die Suche nach einer Lösung des anhaltenden Streits um den Flughafen Zürich voranzutreiben.

17.05.2006

TEILSTREITKRÄFTE BLEIBEN

Der Bundesrat beschliesst, dass die beiden Teilstreitkräfte Heer und Luftwaffe erhalten bleiben. Die Zusammenlegung der beiden Organisationseinheiten war aus Spargründen geprüft worden. Wie der Bundesrat seinen Entscheid begründet, ermögliche die bestehende Struktur einerseits die Festigung der Armee XXI und erleichtere andererseits aufgrund überschaubarer Aufgabengebiete die Weiterentwicklung der Armee. Zudem seien Einsparungen auch mit der bestehenden Organisation möglich.

18.05.2006

INNENMINISTER COUCHEPIN ERÖFFNET GENERALKONSULAT IN SCHOTTLAND

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, eröffnet in Edinburgh das Generalkonsulat der Schweiz in Schottland. Im Vorfeld der Eröffnung trifft sich Couchepin mit der Bürgermeisterin Edinburghs, Lesley Hinds, dem Präsidenten des schottischen Parlaments, George Reid, sowie der Bürgermeisterin Glasgows, Elizabeth Cameron. Die Eröffnung des Generalkonsulats signalisiert die Aufnahme von Beziehungen zwischen der Schweiz und Schottland in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft. Das Generalkonsulat in Manchester ist aufgrund der Neuausrichtung geschlossen worden.

19.05.2006 bis 05.06.2006

KOMMANDANT DER SCHWEIZER LUFTWAFFE IN DEN USA

Der Kommandant der Schweizer Luftwaffe, Korpskommandant Walter Knutti, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in den USA. Im Zentrum der Reise stehen ein Besuch bei der US Air Force im Pentagon sowie Gespräche zur amerikanischen Luftstreitkraft und zu Fliegerabwehrsystemen.

19.05.2006

BUNDESRAT BLOCHER BEI DER UNO IN GENÈVE

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, besucht den Uno-Sitz in Genf und trifft mit dem Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres, zusammen. Dieser bittet die Schweiz um mehr Hilfe bei der Wie-

deransiedlung von Flüchtlingen und dankt für die fortwährende Unterstützung der Uno durch die Schweiz.

23.05.2006 bis 24.05.2006

WIRTSCHAFTSMINISTER DEISS AN OECD-TAGUNG

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, führt zusammen mit Jean-Daniel Gerber, dem Direktor des Seco, die schweizerische Delegation an der OECD-Ministerratstagung in Paris an. Themen sind unter dem Motto «Delivering Prosperity» (Wohlstand sichern) die Wachstumsaussichten im OECD-Raum, die zukünftige Struktur und Rolle der Organisation sowie das multilaterale Handelssystem und die Dauha-Runde.

24.05.2006

BUNDES RAT VERABSCHIEDET GESETZ ZUR SCHAFFUNG EINES NEUEN INFORMATIONSSYSTEMS FÜR DIE POLIZEI

Der Bundesrat verabschiedet das Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme (BPI) des Bundes. Das Gesetz soll die rechtliche Grundlage zur Schaffung eines nationalen Polizei-Indexes bilden. Zurzeit muss ein Kanton, der in Erfahrung bringen will, ob eine Person in einem anderen Kanton oder beim Bund aktenkundig ist, an alle übrigen Kantone sowie an das Bundesamt für Polizei je eine einzelne Anfrage stellen. Das neue Informationssystem für die Polizei soll dem Abhilfe schaffen.

25.05.2006

BUNDES RAT SCHMID IN PORTUGAL

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Lissabon. Im Zentrum der Reise stehen Treffen mit dem portugiesischen Verteidigungsminister Luis Amado sowie mit dem Sicherheitsverantwortlichen der Uefa Euro 2004, Generalleutnant Leonel de Carvalho. Mit seinem Amtskollegen bespricht Bundesrat Schmid allgemeine sicherheitspolitische Fragen der Region, friedensunterstützende Operationen sowie die Entwicklung der Nato. Im Gespräch mit Carvalho geht es um die anlässlich der Euro 2004 gemachten Erfahrungen. Die Schweiz wird gemeinsam mit Österreich die Fussball-Europameisterschaft Euro 2008 durchführen.

25.05.2006

ABKOMMEN ZUR ERRICHTUNG EINES KOOPERATIONSFORUMS UNTERZEICHNET

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EDV, und der Handelsbeauftragte der USA, Rob Portman, unterzeichnen in Washington das Abkommen zur Schaffung eines Kooperationsforums für Handel und Investitionen zwischen der Schweiz und den USA. Das gemeinsame Kooperationsforum (Swiss-US Trade and Investment Cooperation Forum) war anlässlich des Weltwirtschaftsforums 2006 in Davos von Deiss und Portman angekündigt worden und soll die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA ermöglichen, indem es regelmässige Gespräche organisiert.

30.05.2006

BERICHT ZUR INNEREN SICHERHEIT DER SCHWEIZ 2005

Das Bundesamt für Polizei veröffentlicht den Bericht zur inneren Sicherheit der Schweiz 2005. Der Bericht umfasst die Bereiche Terrorismus, Extremismus, verbotene Aktivitäten von Nachrichtendiensten, Proliferation sowie die organisierte, die allgemeine und die Wirtschaftskriminalität. Der Bericht hält fest, dass Europa seit den Anschlägen in Madrid 2004 und in London 2005 zu einem Schauplatz des islamischen Terrorismus geworden sei. In der Schweiz als «Teil eines europäischen Operationsfeldes islamistischer Terroristen» seien Anschläge nicht länger auszuschliessen, auch wenn konkrete Vorbereitungsaktionen bislang nicht nachgewiesen werden konnten. Ferner bleibe die Schweiz wie Europa insgesamt als Logistik-, Propaganda- und Ruheraum für islamistische Aktivisten bedeutsam. Der Bericht fordert daher den Ausbau nachrichtendienstlicher Mittel. Im Bereich der organisierten Kriminalität werden neben kriminellen Gruppen aus Südosteuropa sowie aus Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und Westafrikas erstmals auch chinesische kriminelle Gruppierungen erwähnt. Albanische Banden dominieren laut Bericht den Heroinmarkt in der Schweiz und spielen beim Menschenschmuggel eine bedeutende Rolle. Der Kokainhandel wird dagegen durch Gruppen aus Westafrika kontrolliert. Diese Gruppen seien ausgesprochen professionell organisiert und in der Schweiz etabliert. Festgestellt werden ferner eine zunehmende Radikalisierung in der linksextremen Szene und ein Anwachsen der rechtsextremen Szene; für beide sei eine ansteigende Gewaltbereitschaft charakteristisch.

31.05.2006

SUBSIDIÄRER SICHERUNGSEINSATZ DER ARMEE FÜR DAS WEF 2007 BIS 2009

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zum Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst bei der Gewährleistung der Sicherheit während des WEF in den Jahren 2007 bis 2009 zuhanden der eidgenössischen Räte. Vorgesehen ist, wie bis anhin in den Jahren 2007, 2008 und 2009 den Kanton Graubünden im Rahmen eines subsidiären Sicherungseinsatzes in den Bereichen Objekt- und Personenschutz, Logistik sowie Sicherung des Luftraumes jährlich mit maximal 5000 Angehörigen der Armee zu unterstützen.

31.05.2006

BILANZ DES BUNDESRATS ZUR AUSSENPOLITIK

Der Bundesrat zieht auf der Grundlage eines Aussprachepapiers des EDA eine erste Bilanz seiner aussenpolitischen Standortbestimmung vom 18. Mai 2005. An dieser hatte er ein koordiniertes und kohärentes Vorgehen in der Aussenpolitik beschlossen. Der Bundesrat verabschiedet zudem zuhanden des Parlaments den Bericht über die Tätigkeiten der Schweiz im Europarat im Jahr 2005, den Bericht 2006 über das Verhältnis der Schweiz zur Uno und den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz, den Bericht über die Menschenrechtsausserpolitik der Schweiz 2003–2007 sowie den Bericht über Massnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsförderung 2006.

01.06.2006 bis 04.06.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN ALGERIEN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt anlässlich der Konferenz der Schweizer Botschafterinnen und Botschafter, der Kanzleichefs und der Leiterinnen und Leiter der Koordinationsbüros in den Ländern der südlichen und östlichen Mittelmeerlandern zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Algerien. Im Rahmen ihrer Reise trifft die Bundesrätin unter anderem mit ihrem algerischen Amtskollegen Mohamed Bedjaoui, mit dem Minister für Maghreb-Staaten und afrikanische Angelegenheiten, Abdelkader Messahel, sowie mit dem algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika zusammen. Zum Schluss ihres Arbeitsbesuchs unterzeichnet Calmy-Rey ein Abkommen über den Personenverkehr, ein Abkommen zur Rechtshilfe in Strafsachen sowie ein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Algerien.

01.06.2006

RÜSTUNGSPROGRAMM 2006

Der Bundesrat verabschiedet das Rüstungsprogramm 2006, das einen Verpflichtungskredit von rund 1,5 Milliarden Franken für acht Vorhaben umfasst. Im Zentrum des Programms stehen die Anschaffung eines neuen Führungssystems für das Heer sowie die Anschaffung von Geniepanzern und von Flugzeugen des Typs PC-21. Das Führungsinformationssystem soll die Interoperabilität mit Partnern im In- und Ausland ermöglichen und die Armee bei der Erfüllung ihres gesamten Aufgabenspektrums von der Unterstützung der zivilen Behörden bis zur Landesverteidigung unterstützen. Die 12 Genie- und Minenräumpanzer, deren Beschaffung vor zwei Jahren vom Parlament noch abgelehnt wurde, sollen einerseits die Verteidigungskompetenz erhalten und andererseits Raumsicherungsoperationen ermöglichen. Die 6 Flugzeuge des Typs PC-21 sind für Schulung von Jetpiloten nach der für das Jahr 2010 geplanten Ausmusterung der Tiger vorgesehen.

06.06.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN RUMÄNIEN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bukarest, Rumänien. Sie trifft sich mit Präsident Trajan Basescu und Vizepremier Bela Marko sowie mit ihrem rumänischen Amtskollegen Mihai Razvan Ungureanu zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen. Ebenfalls Gegenstand der Gespräche sind die rumänische Präsidentschaft des Europarates, die laufenden Verhandlungen über den künftigen Status von Kosovo sowie die erste Sitzung des neuen Uno-Menschenrechtsrates.

07.06.2006

GENFER ERKLÄRUNG ÜBER BEWAFFNETE GEWALT UND ENTWICKLUNG

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, eröffnet in Genf das Ministertreffen zum Thema bewaffnete Gewalt und Sicherheit, das die Schweiz gemeinsam mit dem Uno-Entwicklungsprogramm (UNDP) organisiert. Im Rahmen des Treffens verabschieden die 42 teilnehmenden Staaten eine Erklärung zur Verringerung der bewaffneten Gewalt und zur Förderung der menschlichen Entwicklung, die an der bevorstehenden Uno-Konferenz zur

Überprüfung des Aktionsprogramms zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen eingereicht werden soll.

06.06.2006 bis 07.06.2006

ERÖFFNUNG DES NEUEN GENERALKONSULATS IN ST. PETERSBURG

Anlässlich eines offiziellen Arbeitsbesuchs bei seinem russischen Amtskollegen, Vizeausussenminister Vladimir Titov, eröffnet Staatssekretär Michael Ambühl das neue Schweizer Generalkonsulat in St. Petersburg. Die neue Schweizer Vertretung soll die gestiegene Bedeutung der Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz unterstreichen. Die Zusammenarbeit der beiden Länder soll besser strukturiert und in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Recht sowie Wissenschaft und Forschung vertieft werden.

07.06.2006

ABSCHLUSSBERICHT MARTYS ZU DEN CIA-HÄFTLINGSFLÜGEN

Sieben Monate nach Aufnahme der Ermittlungen über angebliche illegale Flugzeugtransporte mutmasslicher Terroristen durch die CIA sowie vermutete Geheimgefängnisse in Osteuropa legt der Schweizer Europaratsabgeordnete Dick Marty in seiner Funktion als Sonderermittler der parlamentarischen Versammlung seinen Abschlussbericht vor. Marty beschuldigt in seinem Bericht Grossbritannien, Schweden, Bosnien-Herzegowina, Italien, Mazedonien, Deutschland, die Türkei, Polen, Rumänien, Irland, Spanien, Portugal, Griechenland und Zypern, in die angeblichen Gefangenentransporte von Terrorverdächtigen durch die CIA verwickelt gewesen zu sein. Marty räumt allerdings ein, dass sich die Anschuldigungen nicht durchgehend erhärten liessen und schlüssige Beweise für die Existenz geheimer Gefängnisse in Polen und Rumänien sowie für die Durchführung der angeblichen Flugzeugtransporte von Gefangenen nach wie vor fehlen.

08.06.2006

CDA BEZEICHNET REFORM DER SCHWEIZER ARMEE ALS GELUNGEN

Anlässlich des Kaderrapports des Bereichs Verteidigung bezeichnet der Chef der Armee (CdA), Korpskommandant Christophe Keckeis, die Armee XXI im dritten Jahr der Implementierung als gelungen. Anfängliche Schwierigkeiten seien überwunden und Rekrutierung und Durchdienermodell eigent-

liche Erfolgsgeschichten. Die Armee habe alle ihr zugewiesenen Aufträge zur Zufriedenheit aller Partner erfüllt.

08.06.2006

ATTENTAT AUF EL-AL-FLUGZEUG VERHINDERT

Die Bundesanwaltschaft gibt Hintergründe zu den Verhaftungen von mehreren Nordafrikanern vom 12. Mai 2006 bekannt. Gemäss Bundesanwaltschaft bestanden ernsthafte Attentatsabsichten der Gruppe gegen ein Flugzeug der israelische Fluggesellschaft El Al in Genf. Die Terrorzelle habe Beziehungen zu gleichartigen Gruppen in Frankreich und Spanien unterhalten, die ebenfalls zerschlagen werden konnten. Zudem bestanden Kontakte zum mutmasslichen Terroristen Mohamed Achraf, der durch die Schweiz im Frühling 2005 an Spanien ausgeliefert wurde. Die Festnahmen in der Schweiz und im Ausland kamen durch die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Justizbehörden mehrerer europäischer Staaten sowie in Abstimmung mit den betroffenen Kantonen zustande.

08.06.2006

DIE SCHWEIZ AM TREFFEN DER EAPC-VERTEIDIGUNGSMINISTER IN BRÜSSEL

Die Schweiz nimmt unter der Leitung von Botschafter Raimund Kunz, dem Chef der Direktion für Sicherheitspolitik (DSP) im VBS, am jährlichen Verteidigungsministertreffen des EAPC in Brüssel teil. Im Zentrum der Gespräche stehen die laufenden Nato-geführten friedensunterstützenden Einsätze im Kosovo und in Afghanistan.

09.06.2006

DIE SCHWEIZ ERKENNT MONTENEGRO ALS SOUVERÄNEN STAAT AN

Der Bundesrat beschliesst, den Staat Montenegro völkerrechtlich anzuerkennen und die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen in die Wege zu leiten. Die bisherige Teilrepublik der Union Serbien und Montenegro hat sich am 3. Juni 2006 nach einem Referendum für unabhängig erklärt.

09.06.2006

BUNDESRAT WILL TERRORISMUS UND ORGANISIERTES VERBRECHEN EFFIZIENTER BEKÄMPFEN

Der Bundesrat verabschiedet den Bericht «Effizientere Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen» zuhanden der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats. Darin hält er fest, welche gesetzgeberischen Massnahmen er zur effizienteren Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens ergreifen will. Unter anderem erachtet er es als sinnvoll, Kommunikationsdaten länger als sechs Monate aufzubewahren und den Zeugenschutz zu verbessern. In diesem Zusammenhang wird das EJPD beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, um im Bundesrecht die Voraussetzungen für die Gewährleistung ausserprozessualer Zeugenschutzmassnahmen zu schaffen.

11.06.2006 bis 12.06.2006

BUNDESPRÄSIDENT AN EU-MINISTERTREFFEN ÜBER DIGITALE INTEGRATION

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, nimmt in Riga am Ministertreffen der EU zum Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie für die Gesellschaft teil. In einer Ministererklärung werden die Richtlinien für Aktivitäten zur Integration aller in die Informationsgesellschaft bis 2010 verabschiedet.

11.06.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN ISRAEL

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, trifft in Tel Aviv ihre israelische Amtskollegin, Aussenministerin Tzippi Livni. Die Gespräche dienen der Vorbereitung der auf den 20. Juni 2006 angesetzten 29. Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds in Genf, bei der es um die Revision der Statuten zur Aufnahme des roten Kristalls als drittes Emblem und den Beitritt des Magen David Adom sowie des Palästinensischen Roten Halbmonds gehen wird. Im Rahmen ihrer Reise trifft Calmy-Rey ebenfalls mit den Präsidenten der beiden Hilfsgesellschaften zusammen. In ihrer Funktion als Vertreterin des Depositärstaates der Genfer Konventionen äussert die Vorsteherin des EDA gegenüber der israelischen Aussenministerin zudem ihre Bedenken über den israelischen Artillerieangriff vom 9. Juni in Gaza.

12.06.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN ARMENIEN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, trifft den armenischen Aussenminister Vartan Oskanian, Premierminister Andranik Margarian und den armenischen Präsidenten Robert Kocharian zu offiziellen Gesprächen in Erewan. Es handelt sich um den ersten offiziellen Besuch eines Mitglieds der schweizerischen Landesregierung in Armenien. Gegenstand der Gespräche sind die politische Situation in der Region, insbesondere die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Karabach-Konflikts zwischen Armenien und Aserbeidschan. Als Basis für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Armenien wird ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Im Rahmen ihrer Reise besucht die Aussenministerin die Erinnerungstätte für die Opfer des durch das Osmanische Reich an den Armeniern verübten Genozids.

14.06.2006

DORIS LEUTHARD IN DEN BUNDESRAT GEWÄHLT

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt im ersten Wahlgang mit 133 von 234 gültigen Stimmen die CVP-Präsidentin und Aargauer Nationalrätin Doris Leuthard in den Bundesrat. Die CVP-Präsidentin war nach der Bekanntgabe des Rücktritts von Bundesrat Joseph Deiss, des Vorstehers des EVD, von ihrer Partei als alleinige Kandidatin nominiert worden. Mit Doris Leuthard nimmt wieder eine zweite Frau in die Landesregierung Einzug.

15.06.2006

EDA VERURTEILT ANSCHLAG IN SRI LANKA

Das EDA verurteilt den Anschlag auf einen Autobus in Sri Lanka, durch den über 60 Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, getötet und weitere 70 Personen verletzt wurden, in aller Schärfe. Das EDA äussert sich besorgt über die zunehmende Gewalt auf Sri Lanka und sieht den Waffenstillstand zwischen der Regierung und den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) gefährdet. Seit der 2002 vereinbarten Feuerpause zwischen der Regierung und den LTTE ist dies das blutigste Attentat. Die sri-lankische Regierung macht die tamilischen Rebellen für den Anschlag verantwortlich und bombardiert Stellungen der Rebellen. Die LTTE ihrerseits verurteilen das Attentat und wei-

sen die Verantwortung einer rivalisierenden Rebellengruppe zu, die durch die Armee unterstützt wird.

15.06.2006

HOHER CHINESISCHER KP-FUNKTIONÄR IN BERN

Li Changchun, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, weilt im Rahmen seiner Europareise zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Nach einem Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Moritz Leuenberger und einem Mittagessen mit Bundesrat Pascal Couchepin, dem Vorsteher des EDI, trifft Li Changchun mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, zusammen. Im Zentrum des Arbeitsgesprächs mit Calmy-Rey stehen die bilateralen Beziehungen zwischen China und der Schweiz, die Menschenrechte sowie die Reform der Uno.

15.06.2006 bis 18.06.2006

KOMMANDANT DER SCHWEIZER LUFTWAFFE IN SCHWEDEN

Der Kommandant der Schweizer Luftwaffe, Korpskommandant Walter Knutti, weilt auf Einladung seines Amtskollegen, Generalmajor Jan Andersson, zu einem Besuch in Schweden. Anlass für die Reise sind die Festivitäten zum 80-jährigen Jubiläum der schwedischen Luftwaffe.

15.06.2006

CDA IN STUTTGART

Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee (CdA), besucht in Stuttgart das Kommando der US-Streitkräfte in Europa und trifft den Stellvertretenden Kommandanten des US European Command (USEUCOM), General William Ward. Die Reise findet im Rahmen der Kontakte zu den Armeechefs der Nachbarstaaten und den dort stationierten militärischen Vertretern weiterer nationaler Streitkräfte statt. Themen des Treffens in Stuttgart sind die Transformation der US-Streitkräfte und die gegenwärtigen Herausforderungen in Europa.

16.06.2006

ENTSCHEIDUNG DES BUNDESRATS ZUR FINANZIERUNG DER KOHÄSIONSZAHLUNGEN

Der Bundesrat beschliesst über die Finanzierung des Schweizer Beitrags zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU. Gemäss Beschluss werden die Kohäsionszahlungen budgetneutral über Kompensationen im EDA und EVD sowie über Kürzungen bei der Osthilfe geleistet. Bei der Südhilfe soll es zu keinen Einsparungen kommen. Entgegen der Vorgabe des Parlaments wird die Kohäsionsmilliarde somit zu einem Teil auf Kosten der Entwicklungshilfe finanziert. Insgesamt sollen mit einer Milliarde Franken während eines Zeitraums von fünf Jahren Projekte und Programme in den Bereichen Sicherheit, Infrastruktur und menschliche Entwicklung in den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten unterstützt werden. Der Bundesrat geht davon aus, dass sich die effektiven Zahlungen über zehn Jahre erstrecken werden, womit pro Jahr durchschnittlich 100 Millionen Franken anfallen werden.

19.06.2006 bis 30.06.2006

ERSTE SITZUNG DES UNO-MENSCHENRECHTSRATES

Uno-Generalsekretär Kofi Annan eröffnet die konstituierende Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen in Genf, an deren Eröffnung Ministerinnen und Minister sowie ranghohe Vertreterinnen und Vertreter von rund hundert Staaten teilnehmen. Der Rat löst die frühere Uno-Menschenrechtskommission ab und geht auf eine Initiative des Schweizer Staatsrechtsprofessors Walter Kälin zurück. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, bringt in ihrer Rede die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Rat den Schutz der Menschenrechte voranbringen werde. Zum Abschluss der zweiwöchigen Sitzung verabschiedet der Rat zuhanden der Uno-Generalversammlung eine Konvention gegen das Entführen und Verschwindenlassen von Menschen und eine Erklärung zu den Rechten indigener Völker. Ferner wird auf Antrag muslimischer Staaten mit 29 gegen 12 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Überprüfung des Verhaltens Israels gegenüber den Palästinensern auf allen künftigen Sitzungen vereinbart.

20.06.2006

VERTRETER DER BALTISCHEN STAATEN IN BERN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, empfängt den Wirtschafts- und Energieminister Lettlands, Aigars Stokenbergs, zu einem Höflichkeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen, die europäische Integration sowie energiepolitische Fragen. Im Anschluss treffen Stokenbergs, der litauische Staatssekretär für Wirtschaft, Gediminas Miskinis, und der Unterstaatssekretär Estlands, Mart Laanemäe, mit Bundesrat Joseph Deiss, dem Vorsteher des EVD, zusammen, um die Entwicklung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem Baltikum zu erörtern.

21.06.2006 bis 22.06.2006

STATUTENREVISION UND AUFNAHME DES DAVID MAGEN ADOM UND DES PALÄSTINENSISCHEN ROTEN HALBMONDS

Die 29. Internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes in Genf führt den roten Kristall als drittes Emblem ein. Die dafür notwendige Statutenrevision wird mit 237 zu 54 Stimmen bei 18 Enthaltungen gutgeheissen. Als religiös, kulturell und politisch neutrales Symbol steht der rote Kristall jenen Gesellschaften zur Verfügung, die keines der bestehenden Schutzzeichen verwenden wollen. Mit der Statutenrevision werden der israelische David Magen Adom (Roter Davidstern) und der Palästinensische Rote Halbmond in die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung aufgenommen.

22.06.2006

AUSRÜSTUNGSERGÄNZUNG FÜR F / A-18-FLOTTE

Das VBS gibt den Abschluss der ersten Phase der 2001 bewilligten Ausrüstungsergänzung für die F/A-18-Flotte der Schweizer Luftwaffe bekannt. Während zweier Jahre wurden unter der Projektleitung der Armasuisse insgesamt 33 Kampfflugzeugen durch Boeing und Ruag Aerospace für 220 Millionen Franken ein aktives Freund-Feind-Erkennungsgerät sowie ein digitales Kartenanzeigesystem eingebaut. In der 2003 bewilligten und bereits angelaufenen zweiten Phase werden der Flotte nun bis 2009 für 292 Millionen Franken ein Data Link-System, eine neue Lenkwaffe sowie ein Helmvisier-System eingebaut.

22.06.2006

IRANISCHER AUSSENMINISTER IN BERN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den iranischen Aussenminister Manuchehr Mottaki zu einem informellen Treffen in Bern. Neben bilateralen Themen und regionalen Fragen wird auch das iranische Nuklearprogramm thematisiert. Der iranische Aussenminister war nach der Teilnahme an der Sitzung des Uno-Menschenrechtsrats in Genf nach Bern gereist.

26.06.2006

LIBANESISCHER MINISTERPRÄSIDENT IN BERN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den Präsidenten des Ministerrats der libanesischen Republik, Fouad Abdel Basset Sionora, und den libanesischen Aussenminister, Fawzi Salloukh, im Von-Wattenwyl-Haus zu offiziellen Gesprächen. Thematisiert werden die bilateralen Beziehungen, die politische Situation im Libanon, die Lage der palästinensischen Flüchtlinge, das libanesische Verhältnis zu Syrien und der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern.

26.06.2006 bis 27.06.2006

BUNDESRAT DEISS AN EFTA-MINISTERTREFFEN IN ISLAND

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, nimmt am ordentlichen Ministertreffen der EFTA in Höfn, Island teil. Im Zentrum der Gespräche stehen der Stand und die Perspektiven der EFTA-Freihandelspolitik mit Staaten ausserhalb der EU. Im Rahmen des Treffens wird das Verfahren zur Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit der Südafrikanischen Zollunion Sacu (Southern African Customs Union), der Südafrika, Botswana, Lesotho, Namibia und Swasiland angehören, eingeleitet.

27.06.2006 bis 30.06.2006

VERTRETER DER OSZE BESUCHEN SCHWEIZER ARMEE

Die Schweiz lädt Vertreter aller Mitgliedstaaten der OSZE sowie Kooperationspartner der OSZE aus dem Mittelmeerraum und aus Asien auf den Militärflugplatz Payerne und den Waffenplatz Thun ein. Der Besuch findet gemäss

dem Wiener Dokument von 1999 im Rahmen der jeweils innerhalb von fünf Jahren üblichen gegenseitigen Visiten statt.

27.06.2006 bis 28.06.2006

BUNDES RAT COUCHEPIN AM TREFFEN DER OECD-BILDUNGS MINISTER IN ATHEN

Unter Leitung von Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, und Hans Ulrich Stöckling, Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, nimmt eine Schweizer Delegation am Treffen der Bildungsminister der OECD in Athen teil. Im Zentrum der Tagung stehen durch die Globalisierung sowie die demographische Entwicklung hervorgerufene Herausforderungen für Hochschulen.

27.06.2006

WAHL MALINVERNIS AN DEN EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates wählt den Genfer Professor für Verfassungsrecht, Giorgio Malinverni, zum neuen Schweizer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. Malinverni wird auf fünf Jahre gewählt und wird im Januar 2007 seinen Vorgänger Luzius Wildhaber ablösen.

27.06.2006

ERSTER OFFIZIELLER ARBEITSBESUCH EINES NEUSEELÄNDISCHEN AUSSEN-MINISTERS

Der neuseeländische Aussenminister Winston Peters weilt im Rahmen seiner Europareise zu einem offiziellen Besuch in der Schweiz. Im Zentrum der Gespräche mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, stehen bilaterale Fragen, die Reformen innerhalb der Uno, insbesondere der neugeschaffene Menschenrechtsrat, sowie Fragen zur Umwelt-, Friedens- und Sicherheitspolitik. Der neuseeländische Aussenminister wird zudem von Bundespräsident Leuenberger und von Nationalratspräsident Claude Janiak zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Mit Winston Peters weilt zum ersten Mal ein neuseeländischer Aussenminister zu einem offiziellen Besuch in der Schweiz.

27.06.2006

REAKTION DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DES EUROPARATES AUF DIE MUTMASSLICHEN CIA-GEFANGENENTRANSPORTE

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates fordert eine Reihe von Massnahmen zur Verbesserung der Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte in Europa. Dies geschieht als Reaktion auf den am 7. Juni 2006 vom Schweizer Sonderermittler Dick Marty vorgelegten Bericht über die mutmasslichen Gefangenentransporte durch die CIA. Die Versammlung fordert unter anderem, den Rechtsrahmen für die Arbeit der Geheimdienste hinsichtlich des Menschenrechtsschutzes genauer zu definieren sowie die Mechanismen der Rechenschaftsablegung bei Missbrauch zu stärken. Das Parlament verurteilt die Inhaftierung und Verschleppung von Menschen ohne jegliche Form des juristischen Schutzes durch die USA bzw. durch deren Geheimdienste.

28.06.2006

BUNDESRAT HEBT EXPORTVERBOT FÜR WAFFENLIEFERUNGEN IN DIE VAE AUF

Der Bundesrat hebt die Sistierung der Kriegsmaterialausfuhr in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) auf. Der Waffenexport in die VAE wurde ausgesetzt, nachdem diese 40 durch die Schweiz gelieferte Panzerhaubitzen M-109 trotz der vertraglich geregelten Verpflichtung, diese nicht weiterzugeben, Marokko schenkten. Für diese Hinwegsetzung über eine vertragliche Zusicherung haben sich die Emirate nun in aller Form entschuldigt; sie seien von der irrtümlichen Annahme ausgegangen, dass die schweizerische Genehmigung für den Export nach Marokko nicht notwendig sei.

28.06.2006

SANKTIONEN GEGEN MYANMAR VERSCHÄRFT

Der Bundesrat beschliesst, die Sanktionen gegenüber Myanmar zu verschärfen. Die Massnahmen werden aufgrund der «prekären Menschenrechtssituation» in Myanmar verhängt und treten am 29. Juni 2006 in Kraft. Die Sanktionen umfassen die Erweiterung des bestehenden Embargos für Rüstungs- und Repressionsgüter, die Ausweitung der Finanzsanktionen und der Ein- und Durchreisesperren sowie wirtschaftliche Massnahmen gegenüber bestimmten staatlich kontrollierten Unternehmen. Die Schweiz gleicht damit ihr Sanktionsregime gegenüber Myanmar demjenigen der EU an.

28.06.2006

SANKTIONEN GEGEN WEISSRUSSLAND

Aufgrund der Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien bei den Präsidentschaftswahlen vom 19. März 2006 in Weissrussland beschliesst der Bundesrat, Sanktionen gegenüber Weissrussland zu verhängen. Die diesbezügliche Verordnung tritt am 29. Juni 2006 in Kraft. Die Sanktionen umfassen ein Ein- und Durchreiseverbot für 36 Regierungsangehörige sowie die Sperrung ihrer Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen. Der Bundesrat schliesst sich damit den Sanktionen der EU an.

28.06.2006 bis 29.06.2006

SEMINAR ZUR ZUSAMMENARBEIT DER ARMEE MIT ZIVILEN PARTNERN IN DER RAUMSICHERUNG

Unter Leitung von Korpskommandant Christophe Keckeis, dem Chef der Armee (CdA), und in Anwesenheit von Bundesrat Samuel Schmid, dem Vorsteher des VBS, treffen die höheren Staboffiziere der Schweizer Armee, Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und Kantonalbehörden sowie Experten zu einem zweitägigen Seminar zusammen. Ziel der Veranstaltung ist die Klärung der Rollen und Bedürfnisse der einzelnen Partner in der Zusammenarbeit der zivilen Behörden und der Armee bei Einsätzen zur Raumsicherung.

28.06.2006

EUROPABERICHT 2006

Der Bundesrat verabschiedet den Europabericht 2006 zuhanden des Parlaments. Der Bericht sucht die Wahrung der schweizerischen Interessen ins Zentrum der Analyse zu stellen. Auf dieser Grundlage analysiert er die zur Verfügung stehenden Instrumente der schweizerischen Europapolitik. Es werden die Auswirkungen der bestehenden bilateralen Abkommen, eines allfälligen Rahmenabkommens, eines EWR II, einer Zollunion und eines Vollbeitritts in Bezug auf die Interessenwahrung der Schweiz in den Bereichen Demokratie, Föderalismus, Neutralität, Arbeitsmarkt, Finanzen, Steuerwesen, Infrastruktur und Wirtschaft untersucht. Der Bundesrat will mit dem Bericht eine sachliche Diskussion der schweizerischen Europapolitik ermöglichen. Der Bericht kommt zum Schluss, dass durch eine Weiterentwicklung des bestehenden Vertragswerks die Ziele der Schweiz erreicht werden können, betont aber auch, dass die

Instrumente der Europapolitik den sich ändernden Umständen ständig angepasst werden müssen. Kurz- und mittelfristig haben die Umsetzung der bestehenden bilateralen Abkommen, die Vertiefung der vertraglichen Beziehungen, wo diese sinnvoll und machbar ist, sowie der Beitrag der Schweiz zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa Priorität.

29.06.2006

SCHWEIZ BESORGT ÜBER ESKALATION IN ISRAEL UND DEN BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

Das EDA äussert sich besorgt über die Eskalation der vergangenen Tage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten und verurteilt sämtliche gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Gewalt. Die Konfliktparteien werden dazu aufgerufen, eine weitere Verschärfung der Situation zu vermeiden und das humanitäre Völkerrecht einzuhalten.

29.06.2006

KRIMINAL- UND BETÄUBUNGSMITTELSTATISTIK 2005

Das Fedpol veröffentlicht die polizeiliche Kriminalstatistik und die Betäubungsmittelstatistik für das Jahr 2005. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang von rund 10,5 Prozent der polizeilich registrierten Straftaten zu verzeichnen. Zugenommen haben demgegenüber Anzeigen wegen Geldwäscherei und Veruntreuung. Die Menge an sichergestelltem Kokain ist gegenüber dem Rekordjahr 2004 rückläufig, im mehrjährigen Vergleich aber nach wie vor hoch. Die Menge sichergestellten Ecstasy-Einzeldosen ist die grösste seit 1975 und hat somit stark zugenommen.

29.06.2006

ZWEITER OBSERVATORIUMSBERICHT ÜBER DIE PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das Bundesamt für Migration (BFM) und das Bundesamt für Statistik (BFS) publizieren den zweiten Observatoriumsbericht über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Gemäss Bericht entwickelte sich die Zuwanderung in den vergangenen dreieinhalb Jahren gemäss den Bedürfnissen der Wirtschaft. Die Arbeitslosenquote blieb stabil, und einheimische Erwerbstätige wurden nicht vom Arbeitsmarkt verdrängt. Somit sieht der Bericht die in die Perso-

nenfreizügigkeit gesetzten Erwartungen bestätigt und zieht dementsprechend eine positive Bilanz.

03.07.2006

APK-S NIMMT STELLUNG ZUR FINANZIERUNG DES KOHÄSIONSBEITRAGS AN DIE EU

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats (APK-S) tagt im Beisein von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, und Bundesrat Joseph Deiss, dem Vorsteher des EVD. Trotz Bedenken in Bezug auf die vom Bundesrat beschlossenen Finanzierungsmodalitäten erachtet sie den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU für unerlässlich. Ebenfalls Gegenstand der Beratungen der APK-S sind der EU-Fonds zur Sicherung der Schengen-Aussengrenze, ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich, der Bericht des Bundesrates über die Beziehungen der Schweiz zur Uno und zu den internationalen Organisationen, die Situation im Nahen Osten sowie der Bericht des Bundesrates zum Europarat. Aussenministerin Calmy-Rey stellt der Kommission ausserdem den Europabericht 2006 des Bundesrates vor, und Wirtschaftsminister Deiss orientiert über den Stand der Dauha-Runde.

03.07.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY EMPFÄNGT FRANKREICHS DELEGIERTE MINISTERIN FÜR EUROPÄISCHE ANGELEGENHEITEN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt Catherine Colonna, Delegierte Ministerin für europäische Angelegenheiten Frankreichs, in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen Fragen zur institutionellen Gestaltung und Erweiterung der EU. Weitere Schwerpunkte der Gespräche bilden die Umsetzung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit, der Europabericht 2006, die Entwicklung der Region Genf-Waadt-Frankreich sowie die Stärkung des internationalen Genf.

05.07.2006

STRATEGIEPAPIER FÜR MILITÄRISCHE FRIEDENSEINSÄTZE

Der Bundesrat diskutiert ein Strategiepapier, das Leitlinien für die Beteiligung der Schweizer Armee an multinationalen Friedensoperationen festhält. Das Strategiepapier wurde in Anbetracht des voraussichtlichen Ausbaus der Beteiligung der Schweizer Armee an Friedenseinsätzen auf Bataillonsstärke von der Direktion für Sicherheitspolitik (DSP) des VBS und dem Zentrum für Internationale Sicherheitspolitik (ZISP) des EDA verfasst. Hauptvoraussetzung eines Engagements ist nach wie vor ein Mandat der Uno und/oder der OSZE. Ferner müssen Einsätze mit der Neutralität vereinbar sein. Gemäss Strategiepapier ermöglicht die Teilnahme der Schweiz an Peace Support Operations (PSO) die Wahrnehmung ihrer eigenen sicherheitspolitischen Interessen sowie die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft in der Friedensförderung. Die Einsätze seien ausserdem für die Doktrinentwicklung und die Ausbildung bedeutsam. Aufgrund der aktuellen Bedrohungslage solle sich die Schweiz keine spezifischen geographischen Einschränkungen auferlegen. Denkbar sind daher gemäss Strategiepapier neu auch Einsätze ausserhalb Europas, wie zum Beispiel auf dem afrikanischen Kontinent. Das Strategiepapier stösst bei der SVP, die aus Neutralitäts- und Kostenüberlegungen die Einstellung der Auslandseinsätze fordert, auf Widerstand. Die Grünen wehren sich gegen eine «Militarisierung der Aussenpolitik» und lehnen das Strategiepapier ebenfalls ab.

05.07.2006

BUNDESRAT SCHICKT REVISIONSVORLAGE BWIS II IN DIE VERNEHM- LASSUNG

Der Bundesrat schickt die Revisionsvorlage des Bundesgesetzes über die Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS II) in die Vernehmlassung. Durch die Revision sollen den Sicherheitsbehörden präventivpolizeiliche Mittel zur Informationsbeschaffung zur Erkennung und Verhinderung möglicher Terroranschläge zur Verfügung gestellt werden. Unter gewissen Voraussetzungen sollen das Abhören von Telefonen und die Überwachung von E-Mails und Computern erlaubt sein, wenn damit eine konkrete Gefahr für die innere oder äussere Sicherheit durch Terrorismus, verbotenen Nachrichtendienst, verbotenen Waffenhandel oder verbotenen Technologietransfer erkannt und abgewehrt werden können. Die Massnahmen sollen sehr restriktiv zum Einsatz kommen;

die präventivpolizeiliche Überwachung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität soll gemäss BWIS II nach wie vor nicht zulässig sein.

05.07.2006

EINSATZ VON AUFKLÄRUNGSDROHNEN UND HELIKOPTERN DER ARMEE ZUGUNSTEN DES GWK GENEHMIGT

Der Bundesrat bewilligt den Einsatz von Aufklärungsdrohnen des Systems ADS-95 sowie von mit Infrarot-Kameras ausgerüsteten Helikoptern des Typs Super Puma zugunsten des GWK. Der Einsatz erfolgt im Rahmen des bis Ende 2007 dauernden Assistenzdienstes der Armee zur Verstärkung des GWK. Aus Datenschutzgründen wird vorerst auf die Aufzeichnung von Daten verzichtet.

05.07.2006

BUNDESANWALT ROSCHACHER TRITT ZURÜCK

Der Bundesrat nimmt den Rücktritt von Bundesanwalt Valentin Roschacher per Ende 2006 zur Kenntnis. Wie das EJPD mitteilt, gibt Roschacher die operative Leitung per sofort ab. Roschacher begründet seinen Rücktritt mit der Summe der Auseinandersetzungen um seine Person und die Positionierung der Bundesanwaltschaft während der vergangenen zwei Jahre. Die interimistische operative Führung der Bundesanwaltschaft übernimmt ab sofort der stellvertretende Bundesanwalt Michel-André Fels.

05.07.2006

SICHERHEITSABKOMMEN MIT FRANKREICH

Der Bundesrat genehmigt den Abschluss eines Sicherheitsabkommens mit Frankreich, das den Austausch von klassifizierten Informationen zwischen der Schweiz und Frankreich ermöglicht. Wie das VBS mitteilt, handelt es sich beim Abkommen um eine Anpassung des aus dem Jahr 1972 stammenden Vertrags an die neuen gesetzlichen Grundlagen und organisatorischen Gegebenheiten. Anwendung finden solche Abkommen am häufigsten im Bereich der Rüstungsbeschaffung sowie bei grenzüberschreitenden Übungen und Einsätzen.

06.07.2006

MENSCHENRECHTSRAT MAHNT ISRAEL

Der Uno-Menschenrechtsrat fordert Israel auf, seine Militäraktion in den besetzten palästinensischen Gebieten zu stoppen, und setzt eine Mission zur Untersuchung der israelischen Menschenrechtsverletzungen ein. Grundlage hierfür ist eine von islamischen Staaten eingebrachte Resolution, die an der Sondersitzung mit 29 zu 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen wird. Westliche Ratsmitglieder, darunter Finnland, das im zweiten Halbjahr den EU-Ratsvorsitz innehat, kritisieren die Resolution als einseitig gegen Israel gerichtet. Die Schweiz hat sich vergeblich um eine Konsenslösung bemüht und enthielt sich der Stimme.

08.07.2006

CHEF DES IRANISCHEN RATES FÜR NATIONALE SICHERHEIT IN BERN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den Chef des iranischen Rates für nationale Sicherheit, Ali Larijani, zu einem Treffen in Bern. Larijani informiert die Schweiz über die aktuelle Entwicklung der iranischen Haltung zum Nukleardossier. Dabei legt Calmy-Rey dar, dass die Schweiz das Recht eines jeden Staates auf eine friedliche Nutzung von Nuklear-technologie anerkenne, sich jedoch aktiv gegen die Weiterverbreitung von Nuklear-technologie einsetze. In Bezug auf das iranische Atomprogramm unterstütze die Schweiz eine Lösung auf dem Verhandlungsweg und sei bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beizutragen.

08.07.2006 bis 15.07.2006

BUNDESRAT COUCHEPIN IN SKANDINAVIEN

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, besucht Dänemark, Schweden und Finnland. Im Zentrum der Reise stehen Themen der Gesundheits-, Sozial- und Bildungspolitik. In Kopenhagen trifft Couchepin mit dem dänischen Minister für Bildung, Bertel Haarder, zusammen. In Stockholm führt der Innenminister unter anderem ein Gespräch mit der schwedischen Ministerin für Gesundheit und Altersvorsorge, Ylva Johansson, und in Helsinki wird er von der finnischen Ministerin für Gesundheit und Soziales, Liisa Hyssälä, empfangen.

09.07.2006 bis 15.07.2006

KORPSKOMMANDANT KECKEIS IN SÜDKOREA UND CHINA

Der Chef der Armee (CdA), Korpskommandant Christophe Keckeis, besucht auf Einladung des koreanischen Vorsitzenden des Generalstabs und des Chefs des Generalstabs der chinesischen Volksarmee die Republik Korea und die Volksrepublik China. Die Reise dient dem gegenseitigen Gedankenaustausch.

10.07.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER TRIFFT EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENTEN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, trifft sich in Brüssel mit dem Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso. Im Zentrum der Gespräche stehen die Differenzen betreffend einiger kantonaler Steuerregime, die Öffnung des Strommarktes, die Idee einer Alpentransitbörse sowie die von der Schweiz lancierte Initiative, die bilateralen Abkommen mit der EU in ein Rahmenabkommen zusammenzufassen. Der Präsident der EU-Kommission betont, dass die Meinungsverschiedenheiten wegen gewisser kantonaler Steuerregime für die EU ein Thema blieben, gibt sich im Ton aber weit moderater als noch im Vorfeld des Treffens. Auf die schweizerische Initiative eines Rahmenabkommens reagiert Barroso mit dem Hinweis, dass für solche Anliegen bereits zwei Instrumente zur Verfügung stünden, nämlich der Europäische Wirtschaftsraum und das Assoziierungsabkommen. Gut aufgenommen wird in Brüssel hingegen der Vorschlag zur Schaffung einer Alpentransitbörse. Zudem sollen im Herbst die Verhandlungen über eine Öffnung des Strommarktes aufgenommen werden. Im Rahmen seines Besuchs trifft Leuenberger ebenfalls mit den zuständigen EU-Kommissaren für die Bereiche Energie und Verkehr sowie mit dem belgischen Premierminister zusammen.

11.07.2006

SCHWEIZ VERURTEILT TERRORANSCHLÄGE IN BOMBAY SCHARF

In der indischen Wirtschaftsmetropole Bombay explodieren während der abendlichen Hauptverkehrszeit in sieben Vorortszügen Sprengsätze. Die Anschlagsserie fordert mindestens 150 Tote und mehrere hundert Verletzte. Die Attentäter werden im kaschmirisch-islamistischen Umfeld vermutet. Die Schweiz verurteilt die Terroranschläge in aller Schärfe und bezeichnet sie als «unentschuldigbar und unverzeihlich».

11.07.2006

HALBJAHRESBILANZ DER ARMEE-EINSÄTZE

Das VBS gibt die Halbjahresbilanz der Armee-Einsätze bekannt. Die Schweizer Armee hat im ersten Halbjahr 2006 total 283'655 Dienstage in Einsätzen geleistet; im Vergleich zur Vorjahresperiode sind dies rund 12 Prozent mehr. Diese erneute Steigerung ist wie bereits 2005 auf den Einsatz am WEF sowie auf den Botschaftsschutz zurückzuführen. So fanden über drei Viertel aller im ersten Halbjahr 2006 geleisteten Dienstage im Rahmen von subsidiären Sicherungseinsätzen statt. Die Anzahl von Dienstagen in Unterstützungseinsätzen ging dagegen um rund 30 Prozent zurück. Die im Rahmen der Katastrophenhilfe (1 Prozent) sowie der Friedensförderung (17 Prozent) geleisteten Dienstage veränderten sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig.

12.07.2006 bis 15.07.2006

BUNDESRAT DEISS IN MALAYSIA

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des EVD, besucht in Begleitung von Schweizer Wirtschaftsvertretern auf seiner letzten offiziellen Reise als Bundesrat Malaysia. Im Zentrum der Reise stehen die Vertiefung des Dialogs mit den malaysischen Behörden und die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

12.07.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER ALS EHRENGAST AN 200-JAHR-FEIER LIECHTENSTEINS

Bundespräsident Moritz Leuenberger nimmt als Ehrengast an der Jubiläumsfeier «200 Jahre Souveränität» des Fürstentums Liechtenstein teil. Er nutzt die Gelegenheit, um die in Liechtenstein lebenden Schweizerinnen und Schweizer zu besuchen.

12.07.2006

VEREINBARUNG ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS MIT DEN USA UNTERZEICHNET

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, und Alberto R. Gonzales, Justizminister der USA, unterzeichnen in Washington einen Vertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung und Terrorismusfinanzierung. Der Vertrag mit den USA im Bereich der strafrechtlichen Er-

mittlungszusammenarbeit wurde am 3. Mai 2006 vom Bundesrat genehmigt und geht nun ans Parlament.

13.07.2006

EDA VERURTEILT OFFENSIVE ISRAELS GEGEN DEN LIBANON SOWIE DAS VORGEHEN DER HIZBULLAH-MILIZ

Die israelischen Streitkräfte verhängen eine See- und Luftblockade gegen Libanon und führen Luftangriffe gegen Ziele im Südlibanon und in der libanesischen Hauptstadt Beirut, insbesondere gegen den internationalen Flughafen, durch. Auslöser der Offensive ist ein Überfall der libanesischen Hizbullah-Miliz auf israelisches Staatsgebiet und die Entführung zweier israelischer Soldaten tags zuvor. Der Hizbullah seinerseits fordert von Israel einen Gefangenenaustausch und setzt den Beschuss israelischer Bevölkerungszentren mit Katjuscha-Raketen fort. Das EDA verurteilt die «unverhältnismässige Reaktion der israelischen Streitkräfte im Libanon» und die Angriffe des Hizbullah auf Wohnsiedlungen im Norden Israels, «die ebenso gegen das humanitäre Völkerrecht verstossen». Die Schweiz unterstütze die Bemühungen der libanesischen Regierung bei der Suche nach einem diplomatischen Ausweg aus der Krise und fordere alle Konfliktparteien dazu auf, die zunehmende Eskalation zu unterbrechen.

14.07.2006

SCHWEIZ RATIFIZIERT DRITTES ZUSATZPROTOKOLL DER GENFER ABKOMMEN

Die Schweiz ratifiziert als zweites Land nach Norwegen das dritte Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen. Damit kann dieses in sechs Monaten in Kraft treten. Das Zusatzprotokoll schafft mit dem roten Kristall ein weiteres internationales Schutzzeichen als Ergänzung zum roten Kreuz und zum roten Halbmond. Das Emblem ermöglicht den Beitritt Israels zur Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung.

14.07.2006 bis 16.07.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER IN FINNLAND

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Finnland, wo er von der finnischen Präsidentin Tarja Halonen empfangen wird. Finnland hat seit dem 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft inne. Halonen und Leuenberger tauschen sich insbesondere

über die Umwelt- und Klimapolitik Finnlands und der Schweiz sowie über den Gewaltausbruch in Nahost aus; nicht thematisiert wird der Streit zwischen der EU und der Schweiz um einige kantonale Steuerregime. Anschliessend nimmt Leuenberger an einer informellen Konferenz der Umweltminister der EU, der EFTA, des EWR und der EU-Beitrittskandidaten teil.

19.07.2006 bis 24.07.2006

EVAKUIERUNG SCHWEIZER STAATSANGEHÖRIGER AUS DEM LIBANON

Nach Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Israel und dem libanesischen Hizbullah am 13. Juli 2006 beginnt die Schweiz mit der Evakuierung von ausreisewilligen Schweizer Staatsangehörigen aus dem Libanon. Im Verlauf der seit Jahrzehnten grössten von der Schweiz durchgeführten Evakuierung verlassen insgesamt rund 850 Schweizerinnen und Schweizer den Libanon auf dem Seeweg via Zypern. Die Evakuierung gilt am 24. Juli 2006 als vorerst abgeschlossen. Das EDA bemüht sich weiterhin, die im Südlibanon verbleibenden Schweizer Staatsangehörigen zu lokalisieren und Kontakt zu diesen herzustellen.

21.07.2006

ZWEI SCHWEIZER MILITÄRÄRZTE FÜR FRIEDENSMISSION IN KONGO-KINSHASA

Der Bundesrat entscheidet, das deutsche Kontingent in Kongo-Kinshasa auf deren Antrag mit zwei unbewaffneten Schweizer Militärärzten zu unterstützen. Das Kontingent der Bundeswehr gehört zur EU-geführten Friedensmission. Die Ärzte werden primär für die medizinische Versorgung des deutschen Kontingents eingesetzt. Grundlage der auf vier Monate beschränkten Friedensmission bildet die Uno-Resolution 1671.

24.07.2006

DAUHA-RUNDE SUSPENDIERT

Auf Vorschlag des WTO-Generaldirektors Pascal Lamy werden, nachdem sich die Chefunterhändler der G-6-Länder (Australien, Brasilien, EU, Indien, Japan und die USA) ergebnislos getrennt haben, an einem informellen Treffen der 149 WTO-Mitgliedstaaten die Verhandlungen der Dauha-Runde suspendiert. Der formale Beschluss zur Aussetzung der neunten Welthandelsrunde dürfte somit nur noch Formsache sein.

26.07.2006

AUSSERORDENTLICHE SITZUNG DES BUNDESRATS ZUR LAGE IM NAHEN OSTEN

An einer ausserordentlichen Sitzung äussert der Bundesrat seine Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen der Lage im Nahen Osten. Der Bundesrat beschliesst, das IKRK mit einem zusätzlichen Betrag von fünf Millionen Franken für Soforthilfe zu unterstützen und sich für eine diplomatische Lösung des Konflikts im Rahmen der Uno einzusetzen. Darüber hinaus verzichtet der Bundesrat auf eine Bewertung des Vorgehens der Konfliktparteien.

31.07.2006

BUNDESRAT DEISS ÜBERGIBT SCHLÜSSEL AN NACHFOLGERIN LEUTHARD

Bundesrätin Doris Leuthard nimmt von ihrem Vorgänger, Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss, in einer offiziellen Zeremonie den Schlüssel zum Bundeshaus entgegen. Mit dieser Übergabe wird Leuthard zur amtierenden Bundesrätin und löst Deiss als Vorsteher des EVD ab. Am 14. Juni dieses Jahres war Doris Leuthard von der Vereinigten Bundesversammlung in den Bundesrat gewählt worden.

03.08.2006

SCHÜTZENPANZER WERDEN VERSCHROTTET

Das VBS gibt bekannt, dass rund 550 ausgediente Schützenpanzer vom Typ M-113 verschrottet werden. Ursprünglich hätten diese an die Vereinigten Arabischen Emirate verkauft werden sollen. Die bis zu 40-jährigen Fahrzeuge werden nun durch die Westschweizer Firma Thévenaz-Leduc SA entsorgt. Das dabei anfallende Material wird der Reststoffverwertung zugeführt.

09.08.2006

REFERENDUM GEGEN OSTHILFEGESETZ

Die Bundeskanzlei gibt bekannt, dass das Referendum gegen das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas mit 82'644 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen ist. Die Vorlage kommt am 26. November 2006 vors Volk.

10.08.2006

BRITISCHE TERRORABWEHR VEREITELT ANSCHLAGSSERIE

Die britische Polizei führt einen umfangreichen Anti-Terror-Einsatz durch. Sie verhaftet 24 Personen und verhängt die höchste Alarmstufe in sämtlichen britischen Flughäfen. Gemäss Auskunft der Behörden hatten Terroristen geplant, bis zu zehn Flugzeuge durch die Zündung von Sprengsätzen während des Flugs von Grossbritannien in die USA zeitgleich zum Absturz zu bringen. Der als harmlose Getränke getarnte Flüssigsprengstoff sollte dabei im Handgepäck an Bord gebracht werden. Der Terroralarm führt zu chaotischen Verhältnissen auf den britischen Flughäfen und zieht im gesamten europäischen Luftverkehr Verspätungen nach sich.

11.08.2006

UNO-MENSCHENRECHTSRAT VERURTEILT ISRAELISCHES VORGEHEN IM LIBANON

Der Uno-Menschenrechtsrat kommt zu einer Sondersitzung zusammen und verurteilt Israel wegen der Angriffe auf Zivilisten im Libanon. Die Mitgliedstaaten verabschieden mit 27 zu 11 Stimmen bei 8 Enthaltungen eine von islamischen Staaten eingebrachte Resolution, eine Kommission zur Untersuchung der von Israel begangenen Menschenrechtsverletzungen im Libanon einzusetzen. Die EU-Staaten, Rumänien, die Ukraine, Japan und Kanada lehnen die Resolution als einseitig ab; die Schweiz enthält sich der Stimme und erinnert die Konfliktparteien daran, dass das humanitäre Völkerrecht Angriffe auf Zivilpersonen verbietet.

12.08.2006

UNO-RESOLUTION ZUR LAGE IM LIBANON

Das EDA begrüsst die Verabschiedung der Uno-Resolution 1701 zur Lage im Libanon und ruft alle Parteien dazu auf, die Feindseligkeiten umgehend einzustellen und ihren Beitrag zur Umsetzung der Resolution zu leisten. Die Resolution sieht eine Aufstockung der Uno-Mission im Libanon (Unifil) von 2000 auf 15'000 Mann vor. Diese sollen die Stationierung von 15'000 Soldaten der libanesischen Streitkräfte im Süden des Landes entlang der so genannten blauen Linie unterstützen. Das EDA lässt offen, ob sich die Schweiz an der Uno-Mission im Libanon personell beteiligen wird.

15.08.2006 bis 16.08.2006

BUNDESRAT SCHMID IN KOSOVO UND IN BOSNIEN-HERZEGOWINA

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu einem Besuch in Kosovo und in Bosnien-Herzegowina. In Pristina trifft Schmid mit dem Präsidenten Kosovos, Fatmir Sejdiu, und dem Premierminister Agim Ceku zusammen. Gesprächsthema ist die Lage in Kosovo. Beide Repräsentanten befürworten eine Unabhängigkeit der Provinz. Nach einem Gespräch mit dem italienischen Kommandanten der Kfor, Generalleutnant Giuseppe Valotto, besucht der Verteidigungsminister Angehörige der Swisscoy. Schmid spricht sich für eine Fortsetzung des Engagements der Schweizer Armee in Kosovo aus. In Sarajevo trifft Schmid unter anderem mit seinem bosnischen Amtskollegen, Nikola Radovanovic, und dem Repräsentanten der EU für Bosnien-Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling, zusammen. Am Nachmittag besucht Schmid die im Rahmen der European Union Force (Eufor) eingesetzten Schweizer Armeeangehörigen.

18.08.2006

DER PRÄSIDENT ITALIENS IN LUZERN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, empfängt den italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano zu einem Gespräch in Luzern. Im Anschluss an das Treffen besuchen Leuenberger und Napolitano ein klassisches Konzert am Lucerne Festival.

21.08.2006 bis 23.08.2006

BOTSCHAFTERKONFERENZ IN BERN

Die diesjährige Botschafterkonferenz findet im Kultur-Casino in Bern statt und widmet sich unter dem Titel «Machtpolitik – Einflusspolitik: Möglichkeiten und Grenzen einer Einflusspolitik» aktuellen Fragen sowie der Ausrichtung der Aussenpolitik der Schweiz. Neben den Botschafterinnen und Botschaftern nehmen dieses Jahr zum zweiten Mal auch die Generalkonsulinnen und Generalkonsuln sowie die Leiterinnen und Leiter der Deza-Kooperationsbüros an der Konferenz teil. In der Eröffnungsrede lanciert Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, die Idee einer Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat und verteidigt ihre Interpretation einer aktiven Neutralitätspolitik. Neben der Aussenministerin nehmen Bundespräsident

Moritz Leuenberger sowie Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, und Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, an der Konferenz teil.

23.08.2006

ERSTE ORDENTLICHE BUNDESRATSSITZUNG NACH DER SOMMERPAUSE

Der Bundesrat trifft sich zur ersten ordentlichen Sitzung nach der Sommerpause. Im Zentrum der Gespräche stehen die Situation im Libanon sowie die in diesem Zusammenhang gemachten Äusserungen von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, zur Neutralitätspolitik. In beiden Angelegenheiten wird nichts entschieden. Der Bundesrat will zunächst die Ergebnisse der geplanten internationalen Geberkonferenz in Stockholm abwarten, bevor er neue Beschlüsse fasst.

23.08.2006

BUNDESRAT SCHICKT REVISION DER MILITÄRGESETZGEBUNG IN DIE VERNEHMLASSUNG

Der Bundesrat schickt die Revision der Militärgesetzgebung in die Vernehmlassung. In der Revision vorgesehen sind unter anderem obligatorische, sechswöchige Ausbildungsdienste im Ausland für Panzertruppen, Artillerie sowie Verbände der Luftwaffe. Im Gegenzug will die Schweiz Partnerstaaten Teile ihrer Ausbildungsinfrastruktur zur Verfügung stellen, beispielsweise Panzer- und Flugzeugsimulatoren. Weiter sollen im Rahmen der Revision die Teilnahme an Auslandseinsätzen für Berufsmilitärs obligatorisch und dem Bundesrat mehr Kompetenzen bei der Genehmigung von Assistenz- und Auslandseinsätzen eingeräumt werden. Der Bundesrat schlägt vor, künftig ohne Konsultation des Parlaments 4000 statt wie bis anhin 2000 Armeeangehörige für Assistenzdienste aufbieten sowie ein Kontingent von 30 Personen für die Dauer von sechs Monaten zu friedensfördernden Einsätzen ins Ausland entsenden zu können. Bis anhin muss die Entsendung von Schweizer Truppen ins Ausland vom Parlament genehmigt werden, sobald das Kontingent aus mehr als 100 Armeeangehörigen besteht oder länger als drei Wochen im Ausland weilt. Mit der Schaffung eines neuen Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG) soll ausserdem eine rechtliche Grundlage für den Einsatz von Aufklärungsdrohnen und Armeehelikoptern zu zivilen Zwecken gebildet werden.

24.08.2006 bis 25.08.2006

BUNDES RAT BLOCHER AN INNENMINISTERTREFFEN IN VADUZ

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, weilt zu einem Treffen mit den Innenministern des Fürstentums Liechtenstein, Österreichs und Deutschlands in Vaduz. Im Zentrum der Gespräche unter dem Motto «Vier Länder – ein gemeinsamer Sicherheitsraum» stehen die Sicherheitszusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf die Fussball-Europameisterschaft 2008, und die Integration der Schweiz und Liechtensteins in das Schengener Informationssystem. Im Anschluss an das Treffen gibt Blocher bekannt, dass die Schweiz und Deutschland zur Gewährleistung der Sicherheit in den Bereichen Bahn- und Luftverkehr enger zusammenarbeiten wollen. Handlungsbedarf sieht Blocher ferner bei der Videoüberwachung auf Flugplätzen sowie Bahnhöfen und spricht sich für längere Aufbewahrungsfristen für Video-Aufzeichnungen aus. Nach dem Arbeitsgespräch erfolgt ein Höflichkeitsbesuch bei Regierungschef Otmar Hasler und Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein.

24.08.2006

RESULTATE DER TRENDUMFRAGE «SICHERHEIT 2006»

Unter dem Titel «Sicherheit 2006» veröffentlichen die Militärakademie an der ETH Zürich und die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich die Ergebnisse der alljährlichen Trendumfrage über das Sicherheitsbefinden der Schweizerinnen und Schweizer. In Bezug auf die Schweiz werden die Zukunftsaussichten optimistischer, die künftige weltpolitische Lage aber wird düsterer als 2005 eingeschätzt. Eine hohe Zustimmung findet der bilaterale Weg im Verhältnis zur EU. In der Frage der Annäherung an die EU und des Beitritts ist hingegen ein Rückgang zu gewärtigen. Die Option eines EU-Beitritts erhält 2006 die tiefste Billigung seit Messbeginn. Das Einverständnis zur Uno nimmt leicht ab, bleibt aber auf einem hohen Niveau; der Nato wird auf tiefem Niveau vermehrt zugesprochen. Grosse Zustimmung findet nach wie vor die Neutralität, wobei deren Solidaritäts- und Integrationsfunktion besonders hervorgehoben wird. Das grösste Vertrauen genießt weiterhin die Polizei, während den Medien nur wenig Vertrauen entgegengebracht wird; das Vertrauen in den Bundesrat und das Parlament nimmt seit 2002 ab. Mit einem Wert von 6,8 auf einer Skala von 1 bis 10 ist das Vertrauen in die Armee markant gestiegen. 75 Prozent der Befragten erachten die Armee als nötig, was gegenüber 2005 einer Zunahme von 10 Prozent entspricht. Vor dem Hintergrund der Terror-

anschläge in London erklären sich 65 Prozent der Befragten dazu bereit, Einschränkungen in der persönlichen Freiheit in Kauf zu nehmen.

25.08.2006

ENTMINUNGSSYSTEME DER ARMEE FÜR DEN LIBANON

Das VBS gibt bekannt, dass die Schweizer Armee auf Anfrage der Uno das zivile Minenräumprogramm im Libanon mit insgesamt 1300 Entminungssystemen unterstützt. Ein Angehöriger des Kompetenzzentrums für Minenräumung und Kampfmittelbeseitigung der Schweizer Armee wird während rund einer Woche das Personal vor Ort in der Handhabung des Systems ausbilden.

25.08.2006

JAHRESKONFERENZ ZUR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

In Anwesenheit von Mario Flores, dem Finanzminister Nicaraguas, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, Deza-Direktor Walter Fust und Seco-Direktor Jean-Daniel Gerber findet in Bern die gemeinsame Jahreskonferenz der Deza und des Seco statt. Unter dem Motto «Mit vereinten Kräften – Entwicklung heisst Partnerschaft» wird am Beispiel Nicaraguas die Bedeutung von Partnerschaft für die bilaterale und die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit thematisiert.

25.08.2006

SIK-S EMPFIEHLT RÜSTUNGSPROGRAMM 2006 ZUR ANNAHME

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SIK-S) unterstützt mit 10 zu 2 Stimmen das Rüstungsprogramm 2006 des Bundesrates und gibt das Geschäft mit der Empfehlung zur Annahme an den Rat weiter. Die SIK-S ist der Auffassung, dass die vom Bundesrat beantragten Beschaffungen im Wert von rund 1,5 Milliarden Franken gerechtfertigt und auf die weiteren Entwicklungsschritte der Armee ausgerichtet sind sowie der Finanzplanung des Bundes vollumfänglich Rechnung tragen.

31.08.2006 bis 01.09.2006

APK-S WÜRDIGT DEN EUROPABERICHT 2006

Unter dem Präsidium von Ständerat Philipp Stähelin und im Beisein der Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, und Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, tagt die Aussenpolitische Kommission des Ständerats (APK-S). Die APK-S begrüsst den Europabericht 2006 des Bundesrates als «pragmatische» und «sehr wertvolle Grundlage für die Reflexion über die Europapolitik der Schweiz». Der Bericht stelle die Interessenwahrung und nicht mehr die Glaubensfrage des Beitritts zur EU in den Mittelpunkt und leiste so einen Beitrag zur Versachlichung der europapolitischen Diskussion. Die Kommission bekräftigt ihre Unterstützung für die gegenwärtige Politik der bilateralen Annäherung an die EU und will ein Rahmenabkommen zur Absicherung des bilateralen Wegs prüfen lassen. Die Äusserungen des EDA im Zusammenhang mit dem Libanon-Konflikt stehen nach Ansicht der Kommission nicht im Widerspruch zur Neutralitätspolitik der Schweiz. Ferner ist sich die APK-S einig, dass ein Einsatz von Schweizer Soldaten im Rahmen der Unifil-Mission im Libanon aufgrund des friedens erzwingenden Mandates nicht in Frage kommt. Im Weiteren sieht die Kommission keinen Diskussionsbedarf über eine mögliche Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat.

01.09.2006 bis 02.09.2006

FINNISCHER ARMEECHEF ZU BESUCH IN DER SCHWEIZ

Auf Einladung von Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee (CdA), weilt der Chef der finnischen Streitkräfte, Admiral Juhani Kaskaala, zu einem Besuch in der Schweiz. Im Zentrum der Gespräche stehen die Weiterentwicklung der Armee sowie die friedensfördernden Einsätze. Kaskaala besucht zudem das Ausbildungszentrum des Heeres in Walenstadt sowie die Swiss Air Force Competition in Emmen.

04.09.2006

BUNDESRAT BLOCHER EMPFÄNGT ITALIENISCHEN JUSTIZMINISTER

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, empfängt den italienischen Justizminister Clemente Mastella zu einem Arbeitsgespräch im Landsitz Lohn. Im Zentrum des Gesprächs stehen die Zusammenarbeit im Bereich der Auslieferung sowie der internationalen Rechtshilfe. Diese sollen auf der Grund-

lage des neuen bilateralen Zusatzvertrags zum europäischen Rechtshilfeübereinkommen weiter vertieft werden.

05.09.2006

SIK-N FÜR ENTWICKLUNGSSCHRITT 2008 / 2011

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK-N) heisst mit 12 zu 0 Stimmen bei 10 Enthaltungen die Revision der Armeeorganisation gut und stellt sich somit hinter die Halbierung der schweren Kampftruppen sowie den Ausbau der Infanterie. Die Vorlage kommt in der Herbstsession vor den Nationalrat.

06.09.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER IN PARIS

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, wird vom französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac in Paris empfangen. Im Zentrum der Gespräche stehen die Verträge zwischen der Schweiz und Frankreich in den Bereichen Erdgas- und Stromversorgung, Pläne für einen gemeinsamen Luftraum zwischen den beiden Ländern sowie die Ölpest an der libanesischen Küste. Chirac ersucht die Schweiz um finanzielle Beteiligung an einem Fonds zur Beseitigung der Ölpest in den Küstengewässern des Libanon.

06.09.2006

AUSBAU DER LIBANON-HILFE

Der Bundesrat beschliesst auf Antrag von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, den im Juli 2006 im Zusammenhang mit dem Libanon-Konflikt gesprochenen Kredit für die humanitäre Hilfe von 5 Millionen Franken um weitere 15 Millionen Franken für die Nahostregion aufzustocken. Die Hilfe ist nicht auf den Wiederaufbau der zerstörten Region ausgerichtet, sondern ausschliesslich humanitärer Natur.

07.09.2006 bis 08.09.2006

GEMEINSAME STRATEGIEÜBUNG DER SCHWEIZ UND DER USA

Die Aussenministerien der Schweiz und der USA führen in Montreux eine gemeinsame Strategieübung zum Thema Bioterrorismus durch. Im Zentrum

der Übung Black Ice stehen Fragen der grenzüberschreitenden Koordination verschiedener Institutionen nach einem Anschlag mit Pockenviren. An der Übung nehmen Vertreterinnen und Vertreter internationaler Organisationen teil, unter anderem der OSZE, der Nato, Interpols, der Weltgesundheitsorganisation und der Hauptabteilung der Uno für Abrüstungsfragen.

07.09.2006 bis 08.09.2006

STAATSBESUCH DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESPRÄSIDENTEN

Der Bundespräsident Österreichs, Heinz Fischer, weilt zusammen mit seiner Ehefrau auf Staatsbesuch in der Schweiz. Auf dem Berner Münsterplatz werden Fischer und seine Gattin vom Bundesrat mit militärischen Ehren empfangen. Im Zentrum der Gespräche stehen die Lage in Nahost, der Dialog über die Rolle kleiner neutraler Staaten in Konflikten sowie nachbarschaftliche Differenzen im Zusammenhang mit der geplanten Schaffung eines Atom Mülllagers im zürcherischen Benken und dem Ausbau des Flugplatzes St. Gallen Altenrhein. Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, und ihre österreichische Amtskollegin, Ursula Plassnik, führen im Rahmen des Staatsbesuches ebenfalls Gespräche. Am Donnerstag besuchen die Gäste aus Österreich in Begleitung von Bundespräsident Moritz Leuenberger eine Ausstellung über Albert Einstein im Historischen Museum in Bern. Zum Abschluss des Staatsbesuches reisen die Delegationen am Freitag ins Tessin.

07.09.2006

WIEDERWAHL KÄLINS IN DEN UNO-MENSCHENRECHTSAUSSCHUSS

Walter Kälin, Professor für Völkerrecht an der Universität Bern, wird in den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen wiedergewählt. Seit 2004 ist Kälin im Auftrag des Uno-Generalsekretärs für die Menschenrechte Binnenvertriebener zuständig.

08.09.2006

JAHRESKONFERENZ DER POLITISCHEN ABTEILUNG IV

Zum fünften Mal findet die Jahreskonferenz der Politischen Abteilung IV des EDA (Menschliche Sicherheit) statt. Unter dem Titel «Schweizer Aussenpolitik und Wirtschaft – Ideelle oder materielle Interessenpolitik?» widmet sich die diesjährige Versammlung politischen Risiken im globalisierten Markt.

Im Zentrum des Treffens steht der Austausch zwischen Bundesverwaltung, Nichtregierungsorganisationen, Experten, Mitgliedern des Parlaments und Betroffenen.

11.09.2006

SIK-S UNTERSTÜTZT DEN KURS DES BUNDESRATES ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SIK-S) setzt sich an ihrer Tagung unter der Leitung von Ständerat Hermann Bürgi und in Anwesenheit der Bundesräte Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, und Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, mit dem Bericht des Bundesrates vom 9. Juni 2006 über die effizientere Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen auseinander und nimmt den Bericht in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

11.09.2006 bis 12.09.2006

APK-N UNTERSTÜTZT DEN EUROPABERICHT 2006

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) nimmt an ihrer Sitzung unter der Leitung von Nationalrat Luzi Stamm und im Beisein der Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, und Doris Leuthard, der Vorsteherin des EVD, den Europabericht 2006 des Bundesrates zur Kenntnis. Die Kommissionsmehrheit teilt die im Bericht vertretene Schlussfolgerung, dass der bilaterale Weg und dessen Ausbau zurzeit die optimale Lösung zur Regelung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU darstellen. Eine Minderheit der Kommission vermisst im Bericht eine zukunftsgerichtete Vision.

12.09.2006

BUNDESRÄTIN LEUTHARD IN PARIS

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt zu einem Arbeitsbesuch in Paris. Im Zentrum des Treffens mit dem französischen Landwirtschaftsminister Dominique Bussereau und der französischen Aussenhandelsministerin Christine Lagarde stehen Sondierungsgespräche betreffend eines Agrarfreihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU.

13.09.2006

ARMEE-EINSATZ AN DER EURO 08

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft und den Entwurf des Bundesbeschlusses über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung der zivilen Behörden anlässlich der Fussball-Europameisterschaft 2008 (Uefa Euro 2008) zuhanden des Parlaments. Vorgesehen ist der zeitlich gestaffelte Einsatz von maximal 15'000 Armeeingehörigen im Juni 2008. Für den subsidiären Sicherungseinsatz vorgesehen sind elf Bataillone bzw. Abteilungen aus den Bereichen Führungsunterstützung, Radar, Richtstrahlverbindungen, Übermittlung und elektronische Kriegsführung sowie drei Infanterie- und zwei Logistikbataillone. Zusätzlich werden acht Kompanien aus den Bereichen Sanität, Transport und Verkehr aufgeboden. Ob wirklich alle vorgesehenen Einheiten zum Einsatz kommen, kann gemäss Bundesrat Schmid, Vorsteher des VBS, noch nicht gesagt werden. Neben Sicherungseinsätze am Boden ist auch die Luftüberwachung mittels Aufklärungsdrohnen und Armeehelikoptern geplant.

13.09.2006

BUNDESRÄTIN LEUTHARD EMPFÄNGT ARGENTINISCHEN MINISTER

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, empfängt den argentinischen Aussen-, Handels- und Kultusminister Jorge Enrique Taiana in Zürich. Im Zentrum der Gespräche stehen die sistierte Dauha-Runde der WTO, das im vergangenen August unterzeichnete Zusatzprotokoll zum bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen sowie geistige Eigentumsrechte in Argentinien.

13.09.2006

ABKOMMEN ZUR REGELUNG DER ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ UND ÖSTERREICHS IM RAHMEN DER KFOR

Der Bundesrat genehmigt ein Abkommen zwischen der Schweiz und Österreich zur Regelung der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung im Rahmen der Kfor im Kosovo. Die neue Vereinbarung ersetzt das Abkommen aus dem Jahr 2002 und trägt der Kfor-Reorganisation Rechnung. Interne Strukturen, Personal- und Disziplinarwesen bleiben unter schweizerischer Kontrolle.

14.09.2006

UNTERSTAATSSEKRETÄR DES US-FINANZMINISTERIUMS IN BERN

Staatssekretär Michael Ambühl und Staatssekretär Jean-Daniel Gerber treffen den für Terrorismus und Finanzfragen zuständigen Unterstaatssekretär des US-Finanzministeriums, Stuart Levey, in Bern. Im Zentrum der Gespräche steht die Verhinderung des Missbrauchs des internationalen Finanzsystems zur Terrorismusfinanzierung.

14.09.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER TRIFFT EHEMALIGEN IRANISCHEN PRÄSIDENTEN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, trifft den früheren Präsidenten der Islamischen Republik Iran, Sayed Mohammed Khatami, zu einem informellen Gedankenaustausch in Zürich. Khatami hält sich privat in der Schweiz auf.

15.09.2006

SCHWEIZER TEILNAHME AM EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN LUFTRAUM

Der EU-Ministerrat genehmigt die Mitwirkung der Schweiz an der Europäischen Flugsicherheitsagentur (EASA) sowie am einheitlichen europäischen Luftraum (Single European Sky, SES). Die Teilnahme an dem von der EU-Kommission initiierten Projekt geschieht auf der Grundlage des bilateralen Luftverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Gemäss BAZL bleibt dadurch die Schweizer Zivilluftfahrt ins europäische System eingebunden und kann verstärkt in dieses integriert werden.

18.09.2006 bis 29.09.2006

61. UNO-GENERALVERSAMMLUNG IN NEW YORK

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, nimmt am 18. und 19. September 2006 an der 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York teil und hält anlässlich der Eröffnungsdebatte eine Ansprache. Der Bundespräsident betont, dass globale Probleme wie Krieg, Terrorismus, Drogenhandel, Abwanderung von Arbeitsplätzen oder Umwelt- und Klimakatastrophen nur gemeinsam angegangen werden können. Leuenberger

verweist auf die Notwendigkeit international gültiger Rechtsnormen und die Grundwerte der Schweiz – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der soziale Ausgleich. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, nimmt vom 20. bis 23. September 2006 ebenfalls an der Uno-Generalversammlung teil. Sie nutzt die Gelegenheit zu bi- und multilateralen Treffen und nimmt unter anderem an einer Veranstaltung zur Reform des Uno-Sicherheitsrates, an einer Zusammenkunft der Aussenministerinnen, am traditionellen Treffen der EU- und Nato- Staaten sowie an Diskussionen mit dem American Jewish Committee und dem World Jewish Congress teil.

18.09.2006 bis 22.09.2006

7. INTERNATIONALE KONFERENZ GEGEN ANTIPERSONENMINEN IN GENÈVE

Die Konferenz der Mitgliedstaaten der Ottawa-Konvention zum Verbot für Antipersonenminen tagt in Genf. Die 151 Mitgliedstaaten wollen den Druck auf die 40 Staaten, welche das Abkommen der Uno noch nicht unterzeichnet haben, erhöhen. Die Konferenzteilnehmer begrüssen die Arbeit der Stiftung Genfer Appell, die nichtstaatliche Konfliktparteien dazu zu verpflichten sucht, auf den Einsatz von Antipersonenminen zu verzichten. Der Genfer Appell wurde bis anhin von 31 Rebellenorganisationen unterzeichnet. Am Rande der Konferenz wird auch über den Umgang mit Streumunition und Möglichkeiten des Verbots des Einsatzes dieser Waffen diskutiert.

18.09.2006

STÄNDERAT STIMMT RÜSTUNGSPROGRAMM 2006 UND WEF-EINSATZ DER ARMEE ZU

Der Ständerat nimmt mit 32 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Rüstungsprogramm 2006 über rund 1,5 Milliarden Franken an. Mit 32 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt der Ständerat ausserdem den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung des Kantons Graubünden am WEF mit bis zu 5000 Armeeingehörigen in den Jahren 2007 bis 2009.

18.09.2006

WAFFENDIEBSTAHL AUS TRUPPENUNTERKUNFT

In der Truppenunterkunft in Marly (FR) wird ein Einbruch festgestellt. Über das Wochenende vom 16./17. September sind 82 Sturmgewehre (inkl. Ver-

schlüsse), 3 Pistolen, 2150 Schuss Munition, 10 Restlichtverstärker, 3 Infrarotpointer und weiteres Armeematerial verwendet worden. Die Militärjustiz übernimmt in Zusammenarbeit mit der Freiburger Polizei und der Militärpolizei die Leitung der Untersuchung.

20.09.2006

BUNDESRÄTIN LEUTHARD EMPFÄNGT DEN EFTA-GENERALSEKRETÄR

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, empfängt den neuen EFTA-Generalsekretär, Kåre Bryn, in Bern. Im Zentrum der Gespräche steht die Weiterentwicklung der Freihandelsbeziehungen der EFTA-Staaten mit Drittstaaten ausserhalb der EU.

21.09.2006

MADAGASKARS ENERGIEMINISTER IN BERN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, empfängt den Energieminister Madagaskars, Donat Olivier Andriamahafarany, zu einem Höflichkeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche steht die Förderung erneuerbarer Energien.

24.09.2006

VIZEMINISTER FÜR ÖFFENTLICHE SICHERHEIT DER VOLKSREPUBLIK CHINA IN DER SCHWEIZ

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, trifft sich mit dem Vizeminister für öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China, De Liu, in Bern. Im Zentrum des Treffens steht der Gedankenaustausch zu Sicherheitsfragen. Vizeminister Liu weilt seit dem 21. September 2006 mit einer Delegation zu einem Arbeitsbesuch in der Schweiz. Im Hinblick auf die 2008 in China stattfindenden Olympischen Sommerspiele stossen neben dem Schweizer Polizeisystem im Allgemeinen die in der Schweiz für die Fussball-Europameisterschaft 2008 getroffenen Sicherheitsmassnahmen auf besonderes Interesse.

24.09.2006

DEUTLICHE ZUSTIMMUNG ZU AUSLÄNDER- UND ASYLGESETZ

Die Schweizer Stimmbevölkerung sowie sämtliche Kantone stimmen dem neuen Ausländergesetz und dem verschärften Asylgesetz zu. Das Ausländergesetz wird mit 67,96 Prozent, die Revision des Asylgesetzes mit 67,75 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Mit strengeren Bestimmungen zum Nachweis der Identität, einem Abbau der Sozialhilfe sowie einer Verschärfung der Zwangsmassnahmen gab vor allen das Asylgesetz im Vorfeld der Abstimmungen Anlass zu kontroversen Diskussionen. Widerstand gab es aber auch gegen das neue Ausländergesetz, mit dem die Aufnahme von Personen von ausserhalb des EU- und EFTA-Raumes auf qualifizierte Arbeitskräfte beschränkt wird.

25.09.2006

AUSSENMINISTERIN CALMY-REY IN STUTTGART

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem Arbeitsbesuch in Stuttgart. Im Zentrum der Reise steht ein Gespräch mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger über Möglichkeiten zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Gegenstand der Unterhaltung sind die Fortsetzung der Autobahn A 98 durch den Kanton Schaffhausen, der Ausbau der S-Bahn-Linie Zürich-Waldshut, mögliche Alternativen zum geplanten Atommülllager in Benken sowie eine Liberalisierung des Gesundheitswesens. Die Gespräche, die im Zusammenhang mit den parallel laufenden Verhandlungen in Bezug auf die Anflugrechte auf Zürich-Kloten zu sehen sind, gehen ohne konkrete Ergebnisse zu Ende.

27.09.2006 bis 05.10.2006

SCHWEIZER LUFTWAFFE IN NORWEGEN

Zusammen mit der schwedischen und norwegischen Luftwaffe nimmt die Schweizer Luftwaffe mit fünf F/A-18-Kampffjets an der Luftverteidigungsübung Nordic Air Meet 2006 im norwegischen Oerland teil. Die Schweizer Delegation besteht aus 13 Piloten und 25 Angehörigen der Bodenmannschaft. Im Zentrum der Übung stehen der Einsatz bei Nacht sowie das Fliegen in geringer Höhe.

27.09.2006

STÄNDERAT DEBATTIERT EUROPABERICHT

Der Ständerat debattiert im Beisein von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, und Bundesrätin Doris Leuthard, der Vorsteherin des EVD, den Europabericht des Bundesrates und nimmt diesen zur Kenntnis. Zuvor haben sich die aussenpolitischen Kommissionen der Räte wohlwollend mit dem Europabericht auseinander gesetzt. Der Bericht bezeichnet den bilateralen Weg als das zum heutigen Zeitpunkt erfolgsversprechendste Mittel zur Interessenwahrung der Schweiz gegenüber Europa.

27.09.2006 bis 28.09.2006

CDA IN ÖSTERREICH

Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee (CdA), weilt zu einem Besuch beim österreichischen Bundesheer. Der Besuch findet auf Einladung des Chefs des Generalstabes, General Roland Ertl, statt. Im Zentrum der Gespräche stehen die Streitkräfteentwicklung des österreichischen Bundesheeres, die bilaterale Zusammenarbeit und ein Besuch beim neuen österreichischen Streitkräfteführungskommando in Graz.

27.09.2006 bis 28.09.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER IN RUMÄNIEN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, weilt zu einem Arbeitsbesuch in Rumänien. Er trifft Staatspräsident Traian Basescu und Premierminister Calin Popescu-Tariceanu. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Rumänien sowie der bevorstehende Beitritt Rumäniens zur EU. Im Rahmen seiner Reise nimmt Leuenberger an der Eröffnung des elften Frankophonie-Gipfels in Bukarest teil.

28.09.2006

SPANISCHER AUSSENMINISTER IN BERN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den spanischen Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit, Miguel Moratinos, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Ge-

sprache stehen die bilateralen Beziehungen, die Europapolitik der Schweiz sowie das gemeinsame Engagement für einen politischen Dialog in Kolumbien.

29.09.2006

VERHANDLUNGEN MIT EUROJUST ÜBER ZUSAMMENARBEITSVERTRAG

Der Bundesrat beschliesst, mit Eurojust Verhandlungen über einen Zusammenarbeitsvertrag aufzunehmen. Durch die Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit Eurojust will der Bundesrat die länderübergreifende Kooperation bei der Bekämpfung der Kriminalität weiter ausbauen. Eurojust wurde 2002 zur Erleichterung der internationalen Rechtshilfe und der Bearbeitung von Auslieferungsgesuchen sowie zur Förderung der Koordination bei Ermittlungen und Strafverfolgungen innerhalb der EU geschaffen und hat seinen Sitz in Den Haag.

01.10.2006

BUNDES RAT COUCHEPIN TRIFFT MÜNTEFERING IN KÖLN

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, trifft am Sonntagabend im Anschluss an die in Berlin stattfindende Festveranstaltung zum 25-Jahr Jubiläum des Wissenschaftskollegs in Köln mit dem deutschen Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, zusammen. Im Zentrum des Treffens steht der Austausch über aktuelle Themen der Sozialpolitik, insbesondere über die deutschen Pläne für eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre.

03.10.2006

NATIONALRAT LEHNT ENTWICKLUNGSSCHRITT 2008 / 2011 AB

Die geplante Änderung der Armeeorganisation, der Entwicklungsschritt 2008/2011, wird vom Nationalrat mit 101 zu 73 Stimmen abgelehnt. Vorgeesehen waren eine Reduktion der schweren Kampftruppen für die klassische Landesverteidigung zu Gunsten des Ausbaus der Infanterie für Schutz- und Überwachungsaufgaben sowie ein Ausbau der Armeekapazitäten für Friedensförderungseinsätze im Ausland. Die SVP sieht durch den geplanten Entwicklungsschritt den Verfassungsauftrag der Landesverteidigung gefährdet. Der SP geht die Reduktion der Armeebestände zu wenig weit. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

04.10.2006 bis 06.10.2006

BUNDESRAT BLOCHER IN DER TÜRKEI

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, weilt anlässlich der Eröffnungsfeier eines Symposiums zum 80-jährigen Inkrafttreten des türkischen Zivilgesetzbuches in Ankara. Im Rahmen seiner Reise trifft Blocher mit seinen türkischen Amtskollegen Cemil Cicek und Abdulkadir Aksu sowie mit der Präsidentin des Verfassungsgerichts, Tülay Tugcu, zusammen. Gegenüber Cemil Cicek kündigt Blocher eine Revision der Antirassismus-Strafnorm an und bezeichnet die strafrechtlichen Ermittlungen gegen zwei prominente türkische Staatsangehörige in der Schweiz als Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die beiden Türken sollen den Völkermord an den Armeniern 1915 im damaligen Osmanischen Reich öffentlich geleugnet haben. Darüber hinaus stellt der Justizminister die Auslieferung von vier PKK-Mitgliedern in Aussicht; er räumt allerdings ein, dass der letzte Entscheid dem Bundesgericht obliege. Die Äusserungen Blochers stossen in der Schweiz auf äusserst heftige Kritik.

05.10.2006

EINSATZBEGINN DES 15. SWISSCOY-KONTINGENTS

Das 15. Swisscoy-Kontingent tritt in Pristina seinen Friedensförderungseinsatz zugunsten der Kfor an und löst das vorgängige Kontingent, das am 6. Oktober 2006 offiziell verabschiedet werden wird, ab. Das neue Kontingent besteht aus 207 Soldaten, darunter 13 Frauen.

09.10.2006 bis 12.10.2006

JUSTIZMINISTER BLOCHER IN MOSKAU UND BRATISLAVA

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, trifft sich in Moskau mit dem Generalstaatsanwalt Juri Tschaika, dem stellvertretenden Innenminister Andrei Nowikow, dem russischen Justizminister Wladimir Ustinow und hochrangigen Vertretern des russischen Inlandgeheimdienstes FSB. Im Zentrum der Gespräche steht die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des internationalen Terrorismus, des Drogen- und Menschenhandels sowie der illegalen Migration. Die Schweiz will das europäische Überstellungsübereinkommen von verurteilten Personen nach dessen Ratifizierung durch Russland zur Anwendung bringen sowie die Erteilung von Visa vereinheitlichen. Im Anschluss an die Gespräche in Moskau trifft Blo-

cher zur Unterzeichnung eines Rückübernahmeabkommens in Bratislava mit dem slowakischen Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Robert Kaliňák zusammen.

09.10.2006 bis 10.10.2006

WIRTSCHAFTSMINISTERIN LEUTHARD IN VADUZ UND BERLIN

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt zu offiziellen Arbeitsbesuchen in Vaduz und Berlin. In Vaduz führt Leuthard mit dem Wirtschaftsminister und stellvertretenden Liechtensteiner Regierungschef Klaus Tschüscher, Sozialminister Hugo Quaderer und Aussenministerin Rita Kieber-Beck Gespräche über die Aussenwirtschaftspolitik, die Arbeitsmarktsituation und die Jugendarbeitslosigkeit. Leuthard und Tschüscher einigen sich darauf, das Markt- und Kontrollsystem für EWR-Waren, das nach dem Beitritt des Fürstentums zum EWR eingeführt wurde, zu lockern. Anschliessend stattet Leuthard Regierungschef Otmar Hasler einen Höflichkeitsbesuch ab. Im Zentrum des Gesprächs mit dem deutschen Wirtschaftsminister Michael Glos in Berlin stehen die bilateralen Beziehungen sowie die Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen im Rahmen der Dauha-Runde. Leuthard trifft zudem mit der deutschen Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul sowie Forschungsministerin Annette Schavan zusammen.

09.10.2006

BUNDESANWALTSCHAFT BESTÄTIGT KLAGE GEGEN SIEBEN TERRORVERDÄCHTIGE

Wie die Bundesanwaltschaft bestätigt, wurde im Zusammenhang mit dem Terroranschlag vom 12. Mai 2003 in Riad, der 35 Tote forderte, gegen sieben von zehn Verdächtigen Anklage erhoben. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, das Kaida-Terrornetzwerk unterstützt zu haben und Personen aus dem arabischen Raum durch die Schweiz geschleust sowie mit falschen Papieren versorgt zu haben. Der Zeitpunkt des Prozesses steht noch nicht fest.

09.10.2006 bis 14.10.2006

BUNDESRAT COUCHEPIN IN AUSTRALIEN UND NEUSEELAND

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, weilt zu Arbeitsbesuchen in Australien und Neuseeland. In Canberra unterzeichnet Couchepin mit dem

australischen Gesundheitsminister Tony Abbott ein Abkommen über soziale Sicherheit. Im Anschluss an seinen Australienbesuch trifft Couchepin in Wellington mit dem neuseeländischen Gesundheitsminister Peter Hodgson sowie mit Premierministerin Helen Clark zusammen.

09.10.2006

SCHWEIZ VERURTEILT NORDKOREANISCHEN ATOMWAFFENTEST

Die Schweiz verurteilt den von der Demokratischen Volksrepublik Korea durchgeführten Atomwaffentest. Der von Nordkorea angekündigte und trotz internationalem Protest durchgeführte Kernwaffenversuch stellt gemäss EDA eine Bedrohung für die Sicherheit in der Region dar. Das EDA bekräftigt, die Schweiz werde allfällige Uno-Sanktionen mittragen.

09.10.2006 bis 27.10.2006

MULTINATIONALE MILITÄRBEOBACHTERAUSBILDUNG IN STANS

Im Grossraum Stans findet der 15. Schweizer Militärbeobachterkurs statt. Während drei Wochen bilden Schweizer und internationale Instrukto:ren 37 Offiziere aus 17 Ländern zu Uno-Militärbeobachtern aus. Im Zentrum stehen die Aufgabenschwerpunkte Beobachten, Rapportieren, Patrouillieren und Verhandeln. Das Kommando für diesen Kurs obliegt dem Ausbildungszentrum Swissint. Zurzeit stehen 20 Schweizer Offiziere als Uno-Militärbeobachter im Einsatz.

10.10.2006

GPK-N VERABSCHIEDET BERICHT ZUR REKRUTIERUNG IN DER ARMEE XXI

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK-N) verabschiedet ihren Bericht zur Umsetzung der Armee XXI im Bereich der Ausbildung. Der Bericht betont, dass sich die Qualität der Ausbildung mit der Einführung der Armee XXI verbessert habe. Die Kommission weist im Bericht aber auch darauf hin, dass die in der Ausbildung engagierten Berufs- und Zeitmilitä:rs einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt seien. Arbeitszeiten von häufig über 70 Stunden pro Woche, die gravierenden Unterbestände, die Kürzung gewisser Lohn- und Sozialleistungen sowie der Mangel an beruflichen Perspektiven führten zur Demotivation und einer Zunahme der Kündigungen. Die GPK-N fordert daher vom Bundesrat Massnahmen zur Verbesserung der Si-

tuation der Berufsmilitärs. Gesamthaft äussert die GPK-N ernsthafte Zweifel an der Nachhaltigkeit des aktuellen Systems.

11.10.2006

VBS-VORSTEHER SCHMID TRIFFT ÖSTERREICHISCHEN VERTEIDIGUNGSMINISTER

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, trifft seinen österreichischen Amtskollegen Günther Platter. Auf der Axalp im Berner Oberland wohnen die beiden Verteidigungsminister dem Abschlussstraining der Schweizer Luftwaffe bei und reisen anschliessend gemeinsam nach Innsbruck. Im Rahmen des Arbeitsgesprächs wird ein Abkommen über die Zusammenarbeit beim Kfor-Einsatz im Kosovo unterzeichnet.

12.10.2006 bis 13.10.2006

KOMMANDANT DER SCHWEIZER LUFTWAFFE AN EURAC-TREFFEN

Der Kommandant der Schweizer Luftwaffe, Korpskommandant Walter Knutti, nimmt an der European Air Chiefs' Conference (EURAC) in Wien teil. Im Zentrum des Fachtreffens stehen der Beitrag der Luftwaffe zur Sicherheit bei Grossanlässen, die österreichische EU-Ratspräsidentschaft während des ersten Halbjahres, die Fussballweltmeisterschaft in Deutschland sowie die Frage der Beibehaltung unabhängiger Luftwaffen.

13.10.2006

BAN KI MOON NEUER UNO-GENERALSEKRETÄR

Die Schweiz beglückwünscht den südkoreanischen Aussenminister Ban Ki Moon zu seiner Wahl zum neuen Uno-Generalsekretär durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Dem scheidenden Generalsekretär Kofi Annan spricht die Schweiz ihren grossen Dank für seine zehnjährige Tätigkeit aus.

16.10.2006 bis 17.10.2006

TREFFEN DER DREI ARMEECHEFS DER DEUTSCHSPRACHIGEN ALPENLÄNDER

Der Chef der Armee (CdA), Korpskommandant Christophe Keckeis, empfängt den Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, und den Chef des Generalstabes des österreichischen Bundes-

heeres, General Roland Ertl, zum alljährlichen Treffen der drei Armeechefs der deutschsprachigen Länder. Das Treffen findet in der Region Neuenburg statt. Im Zentrum der Gespräche stehen die Reformen der Streitkräfte sowie die Erfahrungen von Streitkräften im Unterstützungseinsatz bei Grossereignissen (Fussball-WM 2006) und in Auslandseinsätzen.

16.10.2006 bis 20.10.2006

NATO / PFP-TAGUNG IN MONTREUX

Die Schweizer Armee organisiert im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) die Herbsttagung der Nato Training Group (NTG) in Montreux. Die NTG besteht seit 1993 und will den Erfahrungsaustausch der Partnerstaaten im Bereich der Ausbildung sowie die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Ausbildungsverfahren fördern. An der Tagung beteiligen sich Teilnehmer aus knapp 30 Staaten.

21.10.2006

WAFFENDIEBSTAHL AUFGEKLÄRT

Nach Angaben der Militärjustiz werden in der Nacht auf den 21. Oktober die vier mutmasslichen Täter des Waffendiebstahls von Marly verhaftet. Bis auf drei Pistolen und zwei Nachtsichtgeräte werden sämtliche am Wochenende vom 16./17. September 2006 entwendeten 82 Sturmgewehre, die gesamte Munition sowie das restliche Armeematerial sichergestellt. Da es sich bei den mutmasslichen Tätern um Zivilpersonen handelt, wird die Leitung des Verfahrens an die zivilen Behörden übergeben.

23.10.2006

VERHANDLUNGSMANDAT FÜR ELEKTRIZITÄTSABKOMMEN ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DER EU

Der EU-Ministerrat ermächtigt die Europäische Kommission, mit der Schweiz Verhandlungen über ein Elektrizitätsabkommen aufzunehmen. Das Ziel besteht darin, auf der Basis der EU-Gesetzgebung zwischen der Schweiz und der EU einen integrierten Markt für Elektrizität zu schaffen. Voraussichtlich werden die Verhandlungen Anfang 2007 beginnen.

25.10.2006

MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NIEDERLANDEN

Der Bundesrat genehmigt ein Abkommen über die militärische Zusammenarbeit mit den Niederlanden. Im Zentrum des Abkommens steht der Ausbau der gegenseitigen Kooperation im Bereich der Ausbildung.

25.10.2006

SCHWEIZ VERHÄNGT SANKTIONEN GEGEN NORDKOREA

Der Bundesrat beschliesst Sanktionen gegenüber der Demokratischen Volksrepublik Korea und erlässt eine entsprechende Verordnung. Die Schweiz setzt damit die Uno-Resolution 1718 vom 14. Oktober um, die der Uno-Sicherheitsrat als Reaktion auf den Atomwaffentest Nordkoreas vom 9. Oktober erlassen hat. Die Verordnung beinhaltet ein Export- und Importverbot von schwerem Kriegsgüter sowie von Gütern und Technologien, die für Massenvernichtungswaffen- und Trägerraketenprogramme Nordkoreas verwendet werden können. Untersagt werden ferner die Vermittlung und Finanzierung dieser Güter sowie die Lieferung von Luxusgütern. Die Sanktionen beinhalten darüber hinaus die Sperrung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen von bestimmten Personen, Unternehmen und Organisationen sowie Ein- und Durchreiseverbote. Die Verordnung tritt am 26. Oktober in Kraft.

26.10.2006 bis 30.10.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN CHINA

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in der Volksrepublik China. In Peking trifft die Aussenministerin unter anderem ihren chinesischen Amtskollegen Li Zhaoxing sowie den chinesischen Vizepräsidenten Zeng Qinghong. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen. Im Weiteren unterzeichnen die Aussenministerin und der chinesische Bildungsminister Zhou Ji eine Übereinkunft zu Bildung und Forschung. Anlässlich ihrer Reise eröffnet die Bundesrätin ausserdem in der chinesischen Provinz Guangzhou das neue Generalkonsulat der Schweiz.

26.10.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER SPRICHT MIT TSCHECHISCHEM UMWELT-MINISTER ÜBER KOHÄSIONSMILLIARDE

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, empfängt den tschechischen Umweltminister Petr Kalas in Bern. Gegenstand der Gespräche sind unter anderem das Osthilfegesetz und die damit in Verbindung stehenden Kohäsionszahlungen sowie die Schweizer Verkehrspolitik.

26.10.2006 bis 28.10.2006

SIEBTES INTERNATIONAL SECURITY FORUM IN ZÜRICH

In Zürich findet das siebte International Security Forum (ISF) mit rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Wissenschaft, Diplomatie, Zivilgesellschaft und Militär zum Thema «New Risks and Threats: The Challenge of Securing State and Society» statt. Ziel des im Jahr 1994 geschaffenen Forums ist die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Institutionen, die sich mit internationalen und regionalen Sicherheitsproblemen befassen. Schwerpunkte des diesjährigen Forums sind der internationale Terrorismus, die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, die mit zerfallenden Staaten einhergehenden Herausforderungen und die Frage, wie demokratische und internationale Institutionen gestärkt werden können. Die Konferenz ist Teil des Schweizer Beitrags zur Partnerschaft für den Frieden (PfP). Organisiert wird das Forum von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich; Partnerorganisationen sind das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer Internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD), das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), das «Institute universitaires de hautes études internationales» (HEI) sowie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK).

28.10.2006 bis 29.10.2006

GESPRÄCHE ZWISCHEN REGIERUNG SRI LANKAS UND DEN TAMIL TIGERS IN GENÈVE

Delegationen der Regierung Sri Lankas und der Rebellenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) treffen sich in Genf zu Gesprächen. Der norwegische Vermittler, Erik Solheim, will mit der Konferenz ein Ende der Gewalt in Sri Lanka erreichen. Botschafterin Heidi Tagliavini ruft im Namen

der Schweiz als Gastgeberland und als Depositärstaat der Genfer Konventionen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts auf. Die Gespräche werden ohne Resultat und ohne Einigung auf ein weiteres Verhandlungsdatum beendet.

30.10.2006 bis 31.10.2006

BUNDESRAT SCHMID IN PAKISTAN

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu einem offiziellen Besuch in Pakistan. Im Zentrum der Gespräche mit Präsident Pervez Musharraf, Premierminister Shaukat Aziz, Verteidigungsminister Rao Sikandar Iqbal und den höchsten Vertretern der pakistanischen Streitkräfte stehen die Sicherheitspolitik Pakistans sowie aktuelle sicherheitspolitische Fragen der Region. Anlässlich seines Besuchs hält Schmid an der Nationalen Verteidigungsakademie in Islamabad ein Referat über die Sicherheitslage aus Schweizer Sicht. In seinen Ausführungen betont Schmid den Dialog und die Kooperation als die langfristig wichtigsten Mittel, um die heutigen Sicherheitsprobleme zu bewältigen. Zudem besucht der Vorsteher des VBS die Waffenstillstandslinie zu Kaschmir sowie das Erdbebengebiet von Balakot.

31.10.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER TRIFFT DEUTSCHEN VERKEHRSMINISTER IN BERLIN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, und die Zürcher Regierungsrätin Rita Fuhrer treffen in Berlin den deutschen Verkehrsminister, Wolfgang Tiefensee, und den Innenminister des Bundeslandes Baden-Württemberg, Heribert Rech. Im Zentrum der Gespräche steht die Kontroverse um die An- und Abflugrechte auf den Flughafen Zürich-Kloten über süddeutsches Gebiet. Die Verhandlungspartner einigen sich auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die bis März 2007 Lösungsvorschläge erarbeiten soll. Ein nächstes Treffen wird voraussichtlich im März 2007 stattfinden.

31.10.2006 bis 05.11.2006

CHINESISCHER GOUVERNEUR ZU BESUCH IN DER SCHWEIZ

Der Gouverneur der chinesischen Provinz Guangdong, Huang Huahua, weilt anlässlich einer Europareise in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation in der Schweiz, wo er unter anderem in Bern zu Gesprächen mit Staatssekretär Mi-

chael Ambühl zusammentrifft. Zudem wird der Gast aus China von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, sowie Bundesrätin Doris Leuthard, der Vorsteherin des EVD, zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

01.11.2006

RÜSTUNGSEMBARGO GEGEN LIBANON

Der Bundesrat beschliesst, entsprechend der Uno-Resolution 1701 vom 11. August 2006 ein Rüstungsembargo gegenüber Libanon zu erlassen. Die Verordnung, die am 2. November in Kraft treten wird, verbietet den Export von Rüstungsgütern sowie verwandtem Material und richtet sich gegen die bewaffneten Milizen wie den Hizbullah.

03.11.2006

11. JAHRESKONFERENZ DER SCHWEIZER OSTZUSAMMENARBEIT

In Lausanne findet im Beisein von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, die Jahreskonferenz der Schweizer Ostzusammenarbeit von Deza und Seco statt. Im Zentrum der Tagung steht die Situation der Jugendlichen im Westbalkan.

03.11.2006

VORSCHLÄGE ZUR POLIZEILICH-MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN DER INNEREN SICHERHEIT

Bundesrat und VBS-Vorsteher Samuel Schmid, die St. Galler Regierungsrätin und Vizepräsidentin der KKJPD, Karin Keller-Sutter, und der Aargauer Regierungsrat und Präsident der MZDK, Ernst Hasler, informieren in Bern über die bisher erzielten Ergebnisse der Plattform KKJPD/VBS zur Klärung der Aufgabenteilung und der Kooperationsformen zwischen Polizei und Armee im Bereich der inneren Sicherheit. Im Zentrum des vorgestellten Konzeptpapiers stehen das Subsidiaritätsprinzip sowie der Dialog zur gegenseitigen Problemlösung als Eckwerte für die Kooperation zwischen Bund, Kantonen und grossen Städten. Die Einsatzverantwortung in der militärisch-zivilen Zusammenarbeit soll grundsätzlich bei den zivilen Behörden liegen, während die Armee die Führungsverantwortung trägt. Da Ende dieses Jahres die Bundesbeschlüsse über subsidiäre Armee-Einsätze auslaufen, kommt der Neuregelung der Einsätze der

Armee zum Schutz ausländischer diplomatischer Vertretungen in der Schweiz besondere Bedeutung zu. Kantone und Städte bevorzugen eine Lösung, bei der die Armee lediglich im Falle von Belastungsspitzen zum Einsatz kommt. In erster Linie sollen dabei künftig Berufssoldaten der Militärischen Sicherheit und Durchdiener eingesetzt werden. Je nach Lage soll aber auch weiterhin auf WK-Formationen zurückgegriffen werden können.

06.11.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN BRÜSSEL

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, trifft in Brüssel mit dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, zusammen. Im Zentrum der Gespräche stehen der Uno-Menschenrechtsrat, der Nahe Osten, das iranische Atomprogramm und der künftige Status Kosovos.

06.11.2006

PRÄSIDENTENTREFFEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDER

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, trifft sich mit dem deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler, dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer sowie Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zu informellen Gesprächen in Meersburg am Bodensee. Im Zentrum der Gespräche stehen die deutsche Präsidentschaft der EU im ersten Halbjahr 2007, die Osterweiterung der EU, das Verhältnis Europas zu Afrika sowie der demographische Wandel in den vier Staaten.

06.11.2006 bis 08.11.2006

STAATSEKRETÄR AMBÜHL IN INDIEN

Staatssekretär Michael Ambühl weilt im Rahmen des politischen Dialogs zwischen der Schweiz und Indien zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Neu Delhi. Im Zentrum der Gespräche mit hochrangigen Vertretern des indischen Aussenministeriums stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Indien. Die Beziehungen sollen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Entwicklung, Forschung und Technik intensiviert werden. Hierzu werden der Abschluss eines Memorandum of Understanding zwischen der Schweiz und Indien sowie die Möglichkeit der Schaffung eines EFTA-Freihandelsabkom-

mens geprüft. Die Schweiz bekundet zudem das Interesse an einer Anpassung des bilateralen Luftverkehrsabkommens mit Indien.

07.11.2006

BERICHT DER GPK-N ZUM VOLLZUG DER KRIEGSMATERIALGESETZGEBUNG

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK-N) veröffentlicht ihren Bericht zum Vollzug der Kriegsmaterialgesetzgebung. In ihrem Bericht untersucht die Kommission die vier Beschlüsse des Bundesrates vom 29. Juni 2005 zu Kriegsmaterialexporten: Das Gesuch für die Ausfuhr von 180 Schützenpanzern M-113 in die Vereinigten Arabischen Emirate, welche diese der irakischen Regierung schenken wollten, das Gesuch für die Lieferung von 736 Schützenpanzern M-113 nach Pakistan sowie Waffenexporte nach Indien und Südkorea. Ebenfalls Gegenstand der Untersuchung war der Verkauf von 40 Panzerhaubitzen M-109 an die Vereinigten Arabischen Emirate, welche die Haubitzen trotz der Verpflichtung, diese nicht weiterzugeben, Marokko schenkten. Die Kommission stellt keinerlei Verstösse seitens des Bundesrates gegen das Völkerrecht oder die internationalen Verpflichtungen der Schweiz fest. Dennoch hält die Kommission einzelne Entscheide des Bundesrates für falsch und schlägt vor, künftig dem Kriterium der Menschenrechte in den jeweiligen Ländern ein grösseres Gewicht beizumessen und in der Praxis auf eine Unterscheidung zwischen einzelnen Behörden eines Landes in diesem Bereich zu verzichten. Im Fall Südkorea empfiehlt die Kommission eine vertiefte Begründung sowie klare Kriterien für die Berücksichtigung der Neutralitätspolitik. Weiter empfiehlt die GPK-N bei Verletzungen von Nichtwiederausfuhrerklärungen entsprechende Konsequenzen für den betreffenden Staat vorzusehen, überschüssiges Kriegsmaterial in erster Linie in der Schweiz zu verwerten und die Kriterien für die Erteilung der Ausfuhrbewilligungen, insbesondere in Bezug auf die Menschenrechte, zu präzisieren.

07.11.2006

JAPANISCHER LANDWIRTSCHAFTSMINISTER IN BERN

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, trifft in Bern mit dem japanischen Landwirtschaftsminister Toshikatsu Matsuoka zusammen. Im Zentrum der Gespräche steht eine möglichst rasche Aufnahme von Verhandlungen mit Japan zur Schaffung eines Freihandelabkommens. Die Volkswirtschaftsministerin bekräftigt zudem das Interesse der Schweiz, die ausgesetzten

WTO-Gespräche baldmöglichst wieder aufzunehmen und zu einem Abschluss zu bringen.

07.11.2006

LITAUENS PRÄSIDENT IN BERN

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, empfängt Valdas Adamkus, den Präsidenten der Republik Litauen, zu einem offiziellen Besuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche, an denen ebenfalls Bundesrätin und EDA-Vorsteherin Micheline Calmy-Rey teilnimmt, stehen die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Litauen, der Kohäsionsbeitrag der Schweiz an die neuen EU-Staaten sowie die europäische Integration.

07.11.2006

BUNDESRÄTIN LEUTHARD FÜHRT GESPRÄCHE IN BRÜSSEL

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt zu ihrem ersten Arbeitsbesuch bei der EU-Kommission in Brüssel. Leuthard vertritt die Schweiz an der gemeinsamen Sitzung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU und EFTA (Joint Ecofin). Anschliessend trifft Leuthard mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission und EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie, Günter Verheugen, sowie mit der EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Mariann Fischer Boel, zusammen. Im Zentrum der Gespräche mit Fischer Boel stehen die Entwicklungen in der WTO, die Landwirtschaftspolitik sowie das Dossier «Appellations d'origine contrôlée» (AOC). Unter dem Label AOC sind in der Schweiz regionale Agrarprodukte registriert und somit deren Ursprungsbezeichnung geschützt. Die EU erkennt das Label jedoch nicht an. Ein diesbezügliches Verhandlungsmandat soll nun vorbereitet werden.

08.11.2006

DIE SCHWEIZ UND DIE USA ERNEUERN IHRE RÜSTUNGSKOOPERATION

Der Bundesrat genehmigt eine Vereinbarung zwischen der Schweiz und den USA über die weitere Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsbeschaffung. Das Memorandum of Understanding erlaubt es der schweizerischen Industrie, sich zu gleichen Bedingungen wie amerikanische Firmen um Aufträge des amerikanischen Verteidigungsministeriums zu bewerben. Die Verein-

barung beruht auf Gegenseitigkeit und dient auch der Unterstützung von Ausgleichsgeschäften.

08.11.2006 bis 09.11.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER AN ALPENKONFERENZ

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, nimmt an der neunten Vertragskonferenz der Alpenkonvention im österreichischen Alpbach teil. Im Zentrum der Konferenz stehen die Themen Naturgefahren, Wasser und Klimawandel.

10.11.2006

VERTEIDIGUNGSMINISTER SCHMID ZU BESUCH IN LIECHTENSTEIN

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Im Zentrum der Gespräche mit dem liechtensteinischen Innenminister Martin Meyer sowie Regierungschef Otmar Hasler und dessen Stellvertreter Klaus Tschüscher stehen der Austausch der in der gemeinsamen Erdbebenübung «Rheintal 06» gemachten Erfahrungen sowie das Abkommen über gegenseitige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen. Das am 2. November 2005 unterzeichnete und am 1. Dezember 2006 in Kraft tretende Abkommen ermöglicht den grenzüberschreitenden Einsatz von Hilfsmannschaften und Material militärischen und zivilen Charakters und bildet die Grundlage für die Sicherheitskoordination zwischen Liechtenstein, der Schweiz und Österreich anlässlich der Fussball-Europameisterschaft (Euro 2008).

13.11.2006 bis 14.11.2006

STAATSEKRETÄR AMBÜHL IM NAHEN OSTEN

Michael Ambühl, Staatssekretär des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch im Nahen Osten. Im Rahmen des politischen Dialogs zwischen der Schweiz und Israel führt er Gespräche im israelischen Aussenministerium. Im Zentrum der Gespräche stehen die Lage von Schweizer Bürgerinnen mit Familien in den besetzten palästinensischen Gebieten, die Reform der Uno sowie der Menschenrechtsrat. Ambühl betont die grosse Bedeutung des humanitären Völkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung und bringt die Sorge der Schweiz über die israelische Militäroffensive in Beit Hanun zum Ausdruck.

Nach einem Besuch der besetzten palästinensischen Gebiete reist Ambühl nach Jordanien weiter.

13.11.2006 bis 17.11.2006

BUNDESPRÄSIDENT LEUENBERGER AN DER 12. UNO-WELTKLIMAKONFERENZ

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, weilt zu offiziellen Arbeitsbesuchen in Kenya und Äthiopien. Im Rahmen seiner Reise nimmt der Bundespräsident an der 12. Uno-Weltklimakonferenz in Nairobi teil. In seiner Rede ruft Leuenberger dazu auf, im Kampf gegen die Klimaerwärmung die Einführung einer globalen CO₂-Abgabe in Erwägung zu ziehen, und fordert jene Staaten, die das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet haben, dazu auf, «wenigstens endlich die versprochenen eigenen Taten zu leisten». Im weiteren Verlauf seiner Reise besucht Leuenberger einige Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Kenya und unterzeichnet mit dem kenyanischen Präsidenten Emilio Mwai ein Abkommen zur Förderung und zum gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Schweiz und Kenya. In der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba trifft Leuenberger mit dem Kommissionspräsidenten der Afrikanischen Union, Alpha Oumar Konaré, zusammen. Im Zentrum der Gespräche mit Konaré steht die Rolle der Union bei der Bewältigung von Konflikten und der Schaffung stabiler Verhältnisse in Afrika. Schliesslich stattet Leuenberger dem äthiopischen Präsidenten Girma Wolde-Giorgis einen Höflichkeitsbesuch ab.

15.11.2006 bis 18.11.2006

BUNDESRAT COUCHEPIN EMPFÄNGT INDISCHEN MINISTER

Auf Einladung von Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, weilt der indische Minister für Wissenschaft, Technologie und Erdwissenschaften, Kapil Sibal, zu einem offiziellen Besuch in der Schweiz. Die beiden Minister unterzeichnen in Bern ein Arbeitsprogramm über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Indien. Im Rahmen seiner Reise besucht Sibal zudem die ETH Zürich sowie die EPF Lausanne.

15.11.2006

UNO-MENSCHENRECHTSRAT VERURTEILT ISRAEL

Der Menschenrechtsrat der Uno verurteilt an einer Sondersitzung mit 32 gegen 8 Stimmen bei 6 Enthaltungen den israelischen Beschluss der palästinensischen Ortschaft Beit Hanun, bei dem 19 Zivilisten ihr Leben verloren haben. Der Stimme enthalten hat sich unter anderem die Schweiz.

16.11.2006

DIE SCHWEIZ ERHÄLT SITZ IN DER UNO-VÖLKERRECHTSKOMMISSION

Der Genfer Völkerrechtsexperte Prof. Lucius Caflisch wird von der Uno-Generalversammlung für fünf Jahre in die Völkerrechtskommission der Uno gewählt. Dessen amerikanischer Konkurrent konnte sich nicht durchsetzen. Die Schweiz ist damit erstmals in der Uno-Völkerrechtskommission, die ihren Sitz in Genf hat, vertreten.

21.11.2006

RUSSISCHER AUSSENMINISTER IN BERN

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den russischen Aussenminister Sergei Lawrow zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen ein Visa- und ein Rückübernahmeabkommen zwischen der Schweiz und Russland sowie die Situation im Nahen Osten, das iranische Atomprogramm und die Beziehungen zur EU. Im Anschluss an das Gespräch stattet Lawrow Bundespräsident Moritz Leuenberger einen Höflichkeitsbesuch ab. Die Schweiz und Russland wollen ihren Austausch durch jährliche Treffen intensivieren.

22.11.2006 bis 27.11.2006

BUNDESRAT BLOCHER IN CHILE

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Chile. Zusammen mit dem chilenischen Justizminister Isidro Solís unterzeichnet Blocher einen Rechtshilfevertrag; mit dem Innenminister Belisario Velasco ein Rückübernahmeabkommen. Thema der Gespräche ist die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen der internationalen Kriminalität und der illegalen Migration.

26.11.2006

OSTHILFEGESETZ VOM VOLK ANGENOMMEN

Das Schweizer Stimmvolk nimmt mit 53 Prozent Ja-Stimmen das Osthilfegesetz an. Das unter anderem von der SVP ergriffene Referendum gegen die Gesetzesvorlage ist somit gescheitert. Das Osthilfegesetz bildet die rechtliche Grundlage für die vorgesehenen Zahlungen der Schweiz von einer Milliarde Franken, die, verteilt auf zehn Jahre, zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU geleistet werden sollen. Die EU-Kommission drückt in einem Communiqué ihre Genugtuung über den Ausgang der Abstimmung aus und betont, dass mit dem Entscheid die Voraussetzungen für eine weitere Vertiefung der bilateralen Beziehung geschaffen seien.

30.11.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY IN BRÜSSEL UND HELSINKI

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, trifft mit der EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner in Brüssel zusammen. Im Zentrum der Gespräche stehen die Umsetzung der bilateralen Abkommen sowie der Steuerstreit zwischen der EU und der Schweiz im Zusammenhang mit gewissen kantonalen Steuerregeln gegenüber Holding- und Verwaltungsgesellschaften. Nach der Annahme des Osthilfegesetzes hatte ein hochrangiger EU-Beamter mit der Äusserung, ein Begehren an die Mitgliedstaaten zu richten, in dem der Schweiz formell der Verstoss gegen das Freihandelsabkommen von 1972 vorgeworfen werde, für Wirbel gesorgt. Calmy-Rey wiederholt die Position der Schweiz, wonach zwischen den kantonalen Steuerregimen und dem Freihandelsabkommen keine rechtliche Verbindung bestehe. Ferrero-Waldner bezeichnet die Sache als juristisch und politisch heikle Angelegenheit, für die eine Lösung gefunden werden müsse. Der Auseinandersetzung liegt die Frage zugrunde, ob die Schweiz einen privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt und deshalb dessen Regeln einzuhalten hat. Anschliessend an das Treffen mit der EU-Aussenkommissarin reist Calmy-Rey nach Finnland, wo sie die finnische Aussenministerin und EU-Ratsvorsitzende Erkki Tuomioja trifft.

01.12.2006

MINISTERTREFFEN DER EFTA IN GENÈVE

Die EFTA-Mitglieder Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz versammeln sich zum Ministertreffen in Genf. Die Schweiz hat im zweiten Halbjahr 2006 den EFTA-Vorsitz inne. Das Ministertreffen steht unter dem Vorsitz von Bundesrätin und EVD-Vorsteherin Doris Leuthard. Im Zentrum der Gespräche steht die Weiterentwicklung der Freihandelsbeziehungen der EFTA-Staaten mit Drittstaaten ausserhalb der EU.

01.12.2006

BUNDESRÄTIN CALMY-REY EMPFÄNGT SLOWAKISCHEN AUSSENMINISTER

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt ihren slowakischen Amtskollegen, Jan Kubis, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Slowakei. Der slowakische Aussenminister bedankt sich für das Ja des Schweizer Volkes zum Osthilfegesetz. Im Rahmen der Leistungen der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind 67 Millionen Franken für die Slowakei vorgesehen. In weiteren Verhandlungen soll geklärt werden, wie das Geld konkret verwendet werden soll. Calmy-Rey weist darauf hin, dass der Rahmenkredit zunächst noch vom Parlament genehmigt werden muss. Weitere Gesprächsthemen sind die Situation im Westbalkan, die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie die laufenden Reformen innerhalb der Uno. In Bezug auf den künftigen Status des Kosovo vertreten die Schweiz und die Slowakei unterschiedliche Positionen. Während für die Slowakei derzeit eine völlige Unabhängigkeit des Kosovo nicht denkbar ist, spricht sich die Schweiz für eine formelle Unabhängigkeit der südserbischen Provinz aus.

05.12.2006

BUNDESRAT BLOCHER AM SCHENGEN-AUSSCHUSS IN BRÜSSEL

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, weilt am gemischten Schengen-Ausschuss der Justiz- und Innenminister in Brüssel. Im Zentrum der Gespräche steht das Schengener Informationssystem SIS II. Aufgrund der Verzögerung bei der Einführung des neuen Fahndungssystems SIS II wird beschlossen, in den neuen EU-Ländern und den assoziierten Staaten mit ei-

ner auf SIS I basierenden Übergangslösung zu arbeiten. Eine solche Notlösung wird jedoch zu einer zusätzlichen Verzögerung der Einführung von SIS II führen. Die EU-Kommission will bis im Februar 2007 den neuen Fahrplan für das SIS II vorstellen. Die Schweiz wird danach entscheiden, ob sie sich der Übergangslösung anschliessen oder mit der Anbindung an das Schengener Informationssystem bis zur Einführung von SIS II warten will.

07.12.2006

BUNDES RAT MERZ TRIFFT MOLDAWISCHEN FINANZMINISTER

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, empfängt den moldawischen Finanzminister Mihail Pop zu einem Höflichkeitsbesuch. Im Zentrum des Gesprächs stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Moldawien.

08.12.2006

BUNDES RAT BEZEICHNET WEITERE STAATEN ALS VERFOLGUNGSSICHER

Der Bundesrat beschliesst, dass ab 1. Januar 2007 Benin, Kroatien, Mali, Moldawien (ohne Transnistrien), Montenegro und die Ukraine als verfolgungssichere Staaten (Safe Countries) gelten. Mit Moldawien wird erstmals ein Staat als verfolgungssicher eingestuft, der die gestellten Anforderungen in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Anwendung internationaler Konventionen im Menschenrechts- und Flüchtlingsbereich nicht auf seinem ganzen Staatsgebiet erfüllt. Auf Asylgesuche oder Beschwerden von Personen, die aus einem Safe Country stammen, wird gemäss Asylgesetz in der Regel nicht eingetreten.

10.12.2006 bis 12.12.2006

WIRTSCHAFTSMINISTERIN LEUTHARD IN WASHINGTON

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt zu einem Arbeitsbesuch in Washington. Unter anderem trifft Leuthard mit der US-Handelsbeauftragten Susan Schwab zusammen. Im Zentrum der Gespräche mit Schwab stehen die festgefahrene Dauha-Runde sowie das bilaterale Kooperationsforum für Handel und Investitionen zwischen der Schweiz und den USA. Weitere Gespräche führt die Bundesrätin mit dem Landwirtschaftsminister Mike Jo-

hanns sowie mit Vertretern des Handels- und Arbeitsministeriums, der Business-Gemeinschaft und des Kongresses.

11.12.2006 bis 12.12.2006

DIALOG ÜBER MENSCHENRECHTE MIT RUSSLAND

Delegationen aus der Schweiz und Russland treffen sich in Bern zu den seit 2003 ein- bis zweimal jährlich stattfindenden Konsultationen zum Thema Menschenrechte. Im Zentrum stehen die Menschenrechtslage in der Schweiz und Russland sowie die multilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte im Rahmen der Uno, des Europarats und der OSZE.

11.12.2006

EMPFEHLUNGEN DER GPK-S ZUR SCHWEIZER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats (GPK-S) veröffentlicht ihren Bericht zur Kohärenz und strategischen Führung der Deza. Der Bericht hält fest, dass die Arbeit der Deza international grosse Anerkennung genieisse und als professionell und effizient gelte. Die GPK-S weist die in den letzten Jahren aufgekommene Kritik, wonach die Aktivitäten der Deza nicht den von Bundesrat und Parlament festgelegten Zielen und Prioritäten entsprächen, ausdrücklich zurück. Bemängelt werden von der Kommission hingegen eine ungenügende thematische und geografische Schwerpunktsetzung, ein Führungsdefizit seitens Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, eine ungenügende Einbeziehung des EDA bei der Ausarbeitung der Strategie 2010 der Deza, eine ungenügende Koordination zwischen Deza und Seco sowie eine mangelhafte Transparenz. Der Bundesrat muss bis Mitte März 2007 zu den aus dem Bericht resultierenden sechs Empfehlungen und zwei Motionen Stellung nehmen.

12.12.2006 bis 13.12.2006

NATIONALRAT GENEHMIGT RÜSTUNGSPROGRAMM 2006

Der Nationalrat heisst das Rüstungsprogramm 2006 von 1,5 Milliarden Franken ohne Abstriche mit 115 zu 64 Stimmen gut. Das Führungsinformationssystem für das Heer für 424 Millionen Franken sowie die Werterhaltung der Panzer 87 Leopard für 395 Millionen Franken machen den grössten Teil des Rüstungsprogramms aus.

13.12.2006

BUNDESANWALTSCHAFT STELLT VERFAHREN BEZÜGLICH DER FAX-AFFÄRE EIN

Die Bundesanwaltschaft gibt bekannt, dass sie das Verfahren im Zusammenhang mit dem im Januar durch den Sonntags-Blick veröffentlichten Geheimdienst-Dokument über mutmassliche CIA-Gefängnisse eingestellt hat. Bei dem Dokument handelte es sich um ein Fax des ägyptischen Aussenministeriums, das vom Strategischen Nachrichtendienst abgefangen wurde und Informationen zu mutmasslichen CIA-Geheimgefängnissen in Europa enthielt. Die Verfahren der Militärjustiz gegen zwei Redaktoren des Sonntags-Blicks wegen Verletzung militärischer Geheimnisse sowie gegen das Leck im Nachrichtendienst dauern dagegen noch an.

14.12.2006

SITZUNG DES GEMISCHTEN AUSSCHUSSES ZUM FREIHANDELSABKOMMEN SCHWEIZ – EU

An der 52. Sitzung des Gemischten Ausschusses zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU von 1972 in Brüssel steht unter anderem die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit der Sicherheitsstandards im Warenverkehr im Zentrum der Diskussion. Eine solche Anerkennung würde es ermöglichen, trotz der im Rahmen der Änderung des EU-Zollkodex vorgesehenen Voranmeldepflicht beim Import, Export und Transit von Waren aus Drittstaaten in die EU den Warenverkehr zwischen der Schweiz und der EU weiterhin ohne Voranmeldung abzuwickeln. Die Verabschiedung der entsprechenden Verhandlungsmandate wird demnächst erwartet. Anlass zu Diskussionen gibt ferner der Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU. Streitpunkt sind gewisse kantonale Bestimmungen bei der Besteuerung von Holding- und Verwaltungsgesellschaften. Die EU-Kommission betrachtet die Steuererleichterungen, die bestimmten Unternehmen gewährt werden, als staatliche Beihilfen, die den Wettbewerb verfälschen und somit mit dem Freihandelsabkommen nicht vereinbar seien. Die Schweiz nimmt den Standpunkt ein, dass kein rechtlicher Zusammenhang zwischen dem Freihandelsabkommen von 1972, das ausschliesslich den Warenverkehr regelt, und der Besteuerung gewisser Unternehmen bestehe.

15.12.2006

BUNDESRAT BEWILLIGT EXPORT VON KRIEGSMATERIAL

Der Bundesrat bewilligt Ausfuhrgesuche für Kriegsmaterial nach Saudiarabien, Pakistan und Indien. Vorgesehen sind die Lieferung von jeweils 20 bzw. 21 Fliegerabwehrsystemen inklusive Munition nach Saudiarabien und Pakistan sowie die Ausfuhr von 140 Sturmgewehren mit Zubehör und Ersatzteilen nach Indien.

15.12.2006

BUNDESRAT GENEHMIGT RAHMENKREDITE FÜR OSTHILFE

Der Bundesrat verabschiedet einen Rahmenkredit von 650 Millionen Franken für die Fortsetzung der traditionellen Osthilfe an die Länder Südosteuropas und der ehemaligen Sowjetunion während vier Jahren zuhanden der eidgenössischen Räte. Zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU beantragt der Bundesrat zudem einen Rahmenkredit von einer Milliarde Franken während fünf Jahren. Entgegen ursprünglicher Forderungen des Parlaments wird der Kohäsionskredit von einer Milliarde Franken teilweise zulasten der traditionellen Ost- und Entwicklungshilfe finanziert. Rechtliche Grundlage der beiden Rahmenkredite bildet das am 26. November 2006 in der Volksabstimmung gutgeheissene Osthilfegesetz.

18.12.2006

STÄNDERAT BEWILLIGT ARMEE-EINSATZ AN DER EURO 08

Der Ständerat genehmigt den Bundesbeschluss für den subsidiären Assistenzdienst der Armee während der Fussball-Europameisterschaft (Euro 08) mit 32 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Vorgesehen ist der gestaffelte Einsatz von maximal 15'000 Armeeangehörigen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

21.12.2006 bis 22.12.2006

IRANISCHER VIZEAUSSENMINISTER IN BERN

Der iranische Vizeausserminister Said Jalili trifft in Bern mit Vertretern des Schweizer Aussenministeriums zusammen. In einem Gespräch mit der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) betont Jalili den friedlichen Charakter des iranischen

Atomprogramms. Gemäss Jalili haben Gespräche zur Bereinigung diesbezüglicher Differenzen mit dem Westen erst dann einen Sinn, wenn sich das Verhalten der USA ändere.

21.12.2006 bis 22.12.2006

ARMEECHEF KECKEIS IM KOSOVO UND IN BOSNIEN-HERZEGOWINA

Der Chef der Armee (CdA), Korpskommandant Christophe Keckeis, besucht traditionsgemäss die Schweizer Kontingente im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina. Begleitet wird der CdA vom neuen Chef des Führungsstabs der Armee, Divisionär Peter Stutz. Im Rahmen seines Weihnachtsbesuchs trifft Keckeis mit verschiedenen Kommandanten der Kfor und der Eufor zusammen.



Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich wurde 1986 gegründet und befasst sich in Lehre und Forschung mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Die Forschungsstelle ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Das Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik wird von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik jährlich herausgegeben. Es informiert über das sicherheitspolitische Geschehen in der Schweiz und leistet somit einen Beitrag zur sicherheitspolitischen Diskussion. Das Bulletin enthält Artikel zu aktuellen Themen der schweizerischen Sicherheitspolitik, jüngere Forschungsprojekte der Forschungsstelle in diesem Bereich sowie eine Chronologie aussen- und sicherheitspolitischer Ereignisse. Eine elektronische Volltextversion des Bulletins ist im Internet unter der Adresse <http://www.css.ethz.ch/> verfügbar.